

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALE RECHTLICHE
ZUSAMMENARBEIT E.V.



Jahresbericht Annual Report 2020



2020

Gefördert durch:



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALE RECHTLICHE
ZUSAMMENARBEIT E.V.



Jahresbericht Annual Report

2020

4	Geleitwort	4	Preface
6	Grußwort	6	Welcome address
10	Vorwort	10	Foreword
14	IRZ in Zahlen	14	IRZ in numbers
18	IRZ im Überblick	18	IRZ in brief
21	Finanzierungsarten	21	Financing methods
26	Die Partnerstaaten der IRZ	26	Partner States of the IRZ
28	Ägypten	28	Egypt
30	Albanien	30	Albania
34	Algerien	34	Algeria
35	Armenien	35	Armenia
40	Belarus	40	Belarus
42	Bosnien und Herzegowina	42	Bosnia and Herzegovina
45	Georgien	45	Georgia
48	Jordanien	48	Jordan
51	Kasachstan	51	Kazakhstan
54	Kirgisistan	54	Kyrgyzstan
57	Kosovo	57	Kosovo
61	Marokko	61	Morocco
64	Moldau	64	Moldova
67	Montenegro	67	Montenegro
69	Nordmazedonien	69	North Macedonia
73	Russische Föderation	73	Russian Federation
76	Senegal	76	Senegal
78	Serbien	78	Serbia
80	Tadschikistan	80	Tajikistan
81	Tunesien	81	Tunisia
84	Ukraine	84	Ukraine
88	Usbekistan	88	Uzbekistan
91	Vietnam	91	Vietnam
95	Multilaterale Programme	95	Multilateral programmes
98	Das Vereinsjahr 2020	98	The 2020 business year
100	Kuratorium der IRZ	100	Board of Trustees of the IRZ
101	Vorstand und Mitglieder	101	Board and Members
102	Organigramm	102	Organigramme
106	Satzung	106	Statutes
114	Impressum	114	Imprint

Shutdowns und Stillstand, Reiseverbote und Risikogebiete. Das Jahr 2020 stand im Schatten der Corona-Pandemie. Auch die Arbeit der IRZ wurde von der Pandemie geprägt. Schon zu gewöhnlichen Zeiten ist internationale Zusammenarbeit anspruchsvoll. Unter Pandemiebedingungen ist sie noch herausfordernder. Doch die IRZ hat diese Herausforderung gut bewältigt. Online-Veranstaltungen gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Und die Partnerstaaten haben die neuen Formate der Zusammenarbeit positiv angenommen. Für ihren Einsatz danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IRZ herzlich!

Dass die IRZ auch in der Pandemie arbeitsfähig war, ist von unschätzbarem Wert. Denn die wichtige Arbeit der IRZ hat in der Pandemie noch einmal an Bedeutung gewonnen. Viele Partnerländer sind infolge von Corona in große wirtschaftliche Not geraten. Und wirtschaftliche Not gefährdet den mühsam erarbeiteten Fortschritt. Fragile demokratische, rechts- und sozialstaatliche Strukturen geraten unter Druck und mit ihnen die Menschenrechte. Darum brauchen die betroffenen Staaten gerade jetzt unsere Unterstützung. Und darum zeigt sich gerade jetzt: Juristische Entwicklungszusammenarbeit ist Entwicklungszusammenarbeit für die gesamte Gesellschaft.

Wie lassen sich Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in der Pandemie sichern? Diese Frage hat uns auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft intensiv beschäftigt – und sie wird uns auch weiter beschäftigen. Denn die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz sind das Fundament einer vertrauensvollen europäischen Zusammenarbeit. Die Arbeit der IRZ in den Ländern der (potenziellen) EU-Beitrittskandidaten des westlichen Balkans ist eine stimmige Ergänzung unserer Bemühungen um eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU. Die Westbalkan-Staaten haben den politischen Willen zum EU-Beitritt. Sie bemühen sich, den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Hier kann und muss die IRZ auch künftig wertvolle Hilfestellung leisten.

Lockdowns and standstill, travel bans and high-risk areas – the year 2020 was overshadowed by COVID-19. Of course, the work of IRZ was also considerably affected by the pandemic. International cooperation is a highly demanding task, even in normal times. But it is even more challenging during a pandemic. Nevertheless, IRZ was able to overcome this challenge. Virtual events have now become commonplace, and the partner states have willingly accepted the new cooperation formats. Allow me to extend my sincere gratitude to the IRZ staff for their commitment!

The fact that IRZ remained operational during the pandemic is of inestimable value. After all, COVID-19 made IRZ's important work even more significant. Many partner countries have experienced considerable economic hardship as a result of the coronavirus. And this economic hardship jeopardises the painstakingly earned progress. Fragile democratic structures, the rule of law and social systems come under pressure, and this in turn can endanger human rights. This is why the affected countries now require our support. And this is why one thing has become even more apparent: legal development cooperation means development cooperation for all of society.

How can the rule of law and fundamental rights be safeguarded during the pandemic? This question was at the forefront of our minds during the German EU Council Presidency – and it will remain paramount in the future as well. Let us not forget: the rule of law and independence of the judiciary are the foundations upon which trustful European cooperation is built. IRZ's work in the (potential) EU accession candidate countries of the Western Balkans is a coherent addition to our efforts to strengthen the rule of law within the EU. The Western Balkan states have the political will to join the EU. They are making efforts to fulfil the strict requirements. IRZ can and must continue to provide valuable assistance in this area.



Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der IRZ liegt auf Nordafrika und der Subsahara-Region. Auch hier leistet die IRZ dabei Unterstützung, stabile Institutionen und eine unabhängige Justiz zu errichten – als Fundament für die Menschenrechte und als Mauern gegen die Korruption. So trägt die IRZ maßgeblich dazu bei, den Menschen ein sicheres und besseres Leben zu ermöglichen. Ein verlässliches Rechtssystem macht die Region auch für wirtschaftliche Unternehmungen attraktiver. So bekommen die Menschen in ihrem Heimatland die Perspektive auf Arbeit und eine auskömmliche Existenz. Daher begrüße ich es sehr, dass die IRZ ihr Engagement in Afrika weiter ausweitet. Nachdem die IRZ bereits im Jahr 2019 erste Projekte im Senegal durchführen konnte, wurde im Februar 2020 ein Memorandum of Understanding unterzeichnet: Es bietet eine vielversprechende Grundlage für die weitere Zusammenarbeit.

Dass die IRZ heute so eine bedeutende Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielt, haben wir ganz maßgeblich Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth zu verdanken, 14 prägende Jahre lang Präsident des Kuratoriums der IRZ. Im November ist er aus dem Amt geschieden. Ich danke ihm sehr herzlich für sein unermüdetes Engagement und für seine umsichtig moderierende Amtsführung! Sein Nachfolger ist Christian Lange, seit sieben Jahren Parlamentarischer Staatssekretär in meinem Hause. Ich bin mir sicher, dass dieser überaus erfahrene Rechtspolitiker die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers nahtlos und ebenso erfolgreich fortsetzen wird. Dafür wünsche ich ihm alles Gute!



Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

North Africa and the sub-Saharan regions are a key priority of IRZ's work. Here, too, IRZ provides support in establishing stable institutions and an independent judiciary – as foundations for human rights and to bolster the fight against corruption. In doing so, IRZ plays a significant role in enabling people to live safer and better lives. A reliable legal system also makes the region more attractive for economic undertakings. This gives people the prospect of work and a decent livelihood in their home countries. I am therefore delighted to note that IRZ continues to expand its engagement in Africa. After successful completion of the initial projects in Senegal in 2019, IRZ signed a Memorandum of Understanding in February 2020, laying an auspicious foundation for continued cooperation.

The fact that IRZ plays such an important role in development cooperation today is, to a considerable extent, thanks to Dr Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth. President of the IRZ Board of Trustees for 14 formative years, he stepped down from his position in November. I would like to extend my warm thanks to him for his tireless dedication and prudent moderation. He is succeeded in office by Christian Lange, Parliamentary State Secretary in my Ministry for the past seven years. I am convinced that this highly experienced legal politician will seamlessly continue the fruitful work of his predecessor with equal success. I wish him all this best in this endeavour!



Christine Lambrecht
Federal Minister of Justice and Consumer Protection

Das Jahr 2020 war in vielerlei Hinsicht ein ganz besonderes Jahr. Zunächst und vor allem war es das letzte Jahr, in dem Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth die IRZ als Präsident ihres Kuratoriums geführt hat. Er hat dieses Amt 14 Jahre lang ausgeübt und in dieser Zeit die Geschicke der IRZ ganz entscheidend mitgeprägt. In dieser Zeit und unter seiner Führung konnte sich die IRZ zu einem maßgeblichen und anerkannten Akteur der deutschen Justizaußenpolitik entwickeln. Es ist nicht zuletzt auch sein Verdienst, dass die IRZ neben ihrer mit Bundesmitteln finanzierten Tätigkeit unter anderem das EU-Projektgeschäft mit großem Erfolg ausweiten konnte und sich so zudem zu einem der bedeutenden Player in dem Bereich der internationalen rechtlichen Zusammenarbeit entwickelt hat. Dr. von Fürstenwerth hat dieses Amt mit Weitsicht und Besonnenheit wahrgenommen, er hat es wie kein anderer verstanden, alle im Kuratorium versammelten Interessen hinter sich und im wohlverstandenen Interesse der IRZ zu vereinen. Für dieses unermüdliche Engagement danke ich ihm ausdrücklich und auch im Namen der gesamten IRZ.

Blicken wir zurück auf das Jahr 2020, so sehen wir ein Jahr voller Herausforderungen und Schwierigkeiten für uns alle, das aber auch Chancen und Möglichkeiten aufgezeigt hat. Chancen zur technischen Weiterentwicklung, zur Einrichtung von digitalen Arbeitsplattformen, von alternativen Gesprächs- und Beratungsformaten. Die IRZ hat es in kürzester Zeit verstanden, in Zusammenarbeit mit ihren Partnerstaaten solche alternativen Formate einzurichten und anzubieten. Die beeindruckende Vielzahl der zumeist online durchgeführten Veranstaltungen zeigt das nachdrückliche Interesse der Partnerstaaten an der Rechtszusammenarbeit mit Deutschland und der IRZ. Die rege Teilnahme zeigt auch, dass die Arbeit trotz der durch die weltweite COVID-19-Pandemie bedingten Schwierigkeiten nahezu nahtlos fortgeführt werden konnte. Hierfür gilt der IRZ mein besonderer Dank.

The year 2020 was a particular year in many senses. First and foremost, it was the last year that Dr Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth led the IRZ as President of its Board of Trustees. It was an office that he held for 14 years, a period in which he played a key role in shaping the fortunes of IRZ. During this time and under his leadership, IRZ emerged as an authoritative and recognised actor in German judicial foreign policy. It is thanks to him in no small part that IRZ, in addition to its activities financed with federal funds, has enjoyed immense success in expanding its EU project portfolio and in doing so has developed into one of the most important players in the field of international legal cooperation. Dr von Fürstenwerth held this office with foresight and prudence, showing a unique understanding of how to reconcile all the interests represented on the Board of Trustees and to harness them skilfully to the benefit of IRZ. I would like to thank him explicitly for this tireless dedication, also on behalf of the entire IRZ.

Looking back at 2020, we see a year full of challenges and difficulties for all of us, but one that has also revealed opportunities and prospects. Opportunities for continued technical development, for establishing digital work platforms, for alternative formats to engage in discussion and to offer advice. IRZ learned very quickly to build and provide these alternative formats in cooperation with its partner states. The impressive number of mostly virtual events indicates the partner states' firm interest in legal cooperation with Germany and IRZ. The lively participation also demonstrates that work continued almost seamlessly, despite the difficulties caused by the global COVID-19 pandemic. Let me express my particular gratitude to IRZ for this.



„Die Förderung des Friedens in der Welt gehört vor dem Hintergrund unserer politischen Erfahrung zu den zentralen Staatszielen, die das deutsche Grundgesetz deutscher Politik vorgegeben hat“, heißt es in den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Die Rechtsstaatsförderung spielt in allen drei Phasen eine bedeutende Rolle; sie zielt darauf ab „die Rolle des Rechts, insbesondere die Unabhängigkeit und Integrität der Justiz, zu stärken, gesellschaftliches Zusammenleben regelbasiert und friedlich zu gestalten und den Einzelnen in seiner Menschenwürde und vor staatlicher Willkür zu schützen“. Dazu gehört unbedingt, wie dies auch in der Satzung der IRZ festgelegt ist, die Festigung von Strukturen der sozialen Marktwirtschaft. Vor diesem Hintergrund agiert die IRZ in den verschiedenen landestypischen Kontexten seit vielen Jahren überaus erfolgreich. Zivilgesetzbücher und Folgegesetze wurden reformiert, Verfassungsreformen eingeleitet und umgesetzt, teils mit der Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde, Verwaltungsgerichtsbarkeiten nach deutschem Vorbild wurden eingeführt, Reformen im Justizwesen, im Prozessrecht und im Strafrechtsbereich begleitet. All dies zeugt von den beispielgebenden Maßstäben des deutschen Rechts- und Justizsystems. Es zeugt aber auch von der nachhaltigen Wirkung der Arbeit der IRZ in vielen Partnerstaaten.

Diese Wirkungen möchten wir erhalten und verstärken. Für die kommenden Jahre bedeutet dies, die EU-Beitrittskandidaten des westlichen Balkans auch weiterhin auf ihrem Weg in die EU zu begleiten und zu unterstützen, sie für die EU fit zu machen. Hier ist die IRZ nicht nur mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und mit Projektförderungen des Auswärtigen Amtes tätig, sie wurde auch mit der Umsetzung mehrerer langjähriger und großvolumiger EU-Projekte betraut, was enorme Synergieeffekte mit sich bringt. Ein anderer Fokus liegt in Asien, genauer in Vietnam. Deutschland ist innerhalb der EU für Vietnam der größte Handelspartner, und Vietnam ist trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten als Investitionsstandort auch für deutsche

As it states in the Federal Government’s guidelines entitled Preventing Crises, Resolving Conflicts, Building Peace, “Against the backdrop of our own historical experience, the promotion of world peace is one of the key national objectives that German Basic Constitutional Law has specified with regard to German policy.” Promoting the rule of law plays a significant role in all three phases; its aim is “to strengthen the role of law, and notably the independence and integrity of the judiciary, to ensure peaceful and rulesbased social coexistence, and to protect the individual and his or her human dignity from arbitrary government action.” An integral part of this, as stipulated in the IRZ statutes as well, is the consolidation of social market economy structures. Against this backdrop, IRZ has been operating extremely successfully in the specific contexts of the individual countries for many years. Civil codes and subsequent laws have been reformed, constitutional reforms initiated and implemented, partly with the possibility to lodge a constitutional complaint. Administrative court jurisdictions have also been introduced based on the German model, and reforms in the judicial system, procedural law and criminal law accompanied. All of this bears witness to the exemplary standards of the German legal and judicial systems. But it also testifies to the sustainable impact of IRZ’s work in many partner states.

It is our goal to preserve and amplify this impact. What this entails for the years ahead is to continue accompanying and supporting the EU accession candidate countries in the Western Balkans on their way to joining the EU, getting them into shape for the EU. Here, IRZ operates not only with funding from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and project grants from the Federal Foreign Office, it has also been entrusted with implementing several multi-year, high-volume EU projects, which brings enormous synergy effects. Asia is another focus, Vietnam to be precise. Germany is Vietnam’s largest EU trading partner, and Vietnam is also an interesting investment location for German companies, despite all the difficulties that continue to exist. In addition, Germany and Vietnam

Firmen interessant. Zudem führen Deutschland und Vietnam seit 2008 einen institutionalisierten Rechtsstaatsdialog, an dem die IRZ maßgeblich beteiligt ist. Ein anderes geopolitisch unverändert wichtiges Partnerland ist für Deutschland und im Rahmen der Östlichen Partnerschaft die Ukraine. Hier leistet die IRZ seit vielen Jahren unermüdlich Unterstützung auf dem beschwerlichen Reformweg, und sie wird der Ukraine auch weiterhin zur Seite stehen.

Ein vergleichsweise neuer, aber wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt liegt auf der Region Nordafrika und Subsahara. Die IRZ arbeitet in Kooperation mit den örtlichen Partnern unter anderem daran, stabile Institutionen und eine unabhängige Justiz für ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, Korruption zu bekämpfen und Menschenrechte einzuhalten. So können vor Ort die Lebensbedingungen verbessert sowie Flucht- und Migrationsursachen beseitigt werden. Gleichzeitig ist – wie überall – ein verlässliches Rechtssystem immer auch ein wichtiges Kriterium für eine Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Das Büro in Tunis oder die sich weiter intensivierende Zusammenarbeit mit dem Senegal, wo ich im letzten Jahr ein Memorandum of Understanding unterzeichnet habe, sind positive Beispiele für die erfolgreiche Arbeit der IRZ. Dieses Engagement in Afrika wollen wir in Zukunft noch verstärken. Denn es wird für die Zukunft des Kontinents ganz wesentlich auch auf gute Wirtschaftsbeziehungen ankommen, auf deren Grundlage die Transformationsprozesse beschleunigt und zu einem auch für die Bevölkerung spürbaren Erfolg geführt werden können. Diese internationale rechtliche Zusammenarbeit ist – damit schließt sich der Kreis – eine Entwicklungszusammenarbeit für die gesamte Gesellschaft. Sie hat eine stabilisierende und friedensfördernde Funktion.

have been engaged in an institutionalised dialogue on the rule of law since 2008, in which IRZ plays a significant role. Ukraine remains as another geopolitically important partner state for Germany and is within the framework of the Eastern Partnership. Here, IRZ has provided tireless support in the arduous reform process for many years, and it will continue to stand by Ukraine.

The North African and sub-Saharan regions are comparatively recent, but nevertheless crucial, foci of activity. IRZ cooperates with local partners to create stable institutions and an independent judiciary as a means of improving the rule of law, combating corruption and promoting a respect for human rights, among other things. Doing so improves the living conditions on the ground and eliminates the causes of flight and migration. At the same time – as is the case everywhere – a reliable legal system is always an important criterion for the business community's willingness to invest. Positive examples of IRZ's successful work include the office in Tunis or the blossoming cooperation with Senegal, where I signed a Memorandum of Understanding just last year. We intend to continue strengthening our engagement in Africa going forward. After all, the continent's future will depend to a large extent on good economic relations that can be used to accelerate transformation processes and yield tangible results for the population as well. To turn full circle, this international legal cooperation means development cooperation for all of society. It has a stabilising function that helps to build peace.

Dazu leistet die IRZ seit vielen Jahren – im vergangenen Jahr unter erschwerten Rahmenbedingungen – einen enormen Beitrag als Durchführungsorganisation der Bundesregierung. Daher danke ich an dieser Stelle allen Beschäftigten für ihr ganz besonderes Engagement im Sinne der geschilderten Zielsetzungen. Danken möchte ich vor allem aber auch dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und dem Auswärtigen Amt (AA) als Zuwendungsgeber und als Projektförderer, ebenso wie allen vielfach an den Kooperationsmaßnahmen der IRZ beteiligten Mitgliedern des Kuratoriums und des Vereins, allen in den Projekten eingesetzten Expertinnen und Experten, ohne deren Mitwirkung die Vielzahl der umgesetzten Maßnahmen gar nicht möglich gewesen wäre.

Lassen Sie uns auch weiterhin gemeinsam und mit Ihrer Unterstützung diesen Weg weitergehen.

Christian Lange, Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz
Präsident der IRZ

IRZ has made a vital contribution to this for many years – even under last year's more difficult conditions – as one of the leading organisations delivering to the Federal Government's agenda of promoting the rule of law. So let me now extend my thanks to all employees for their particular commitment to our stated objectives. Above all, I would like to thank the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Federal Foreign Office as funding agencies and project sponsors, as well as all the members of the Board of Trustees and the Association who were involved in many of the IRZ's cooperation measures, and all the experts involved in the projects, without whose cooperation the large number of measures implemented would not have been possible.

Let us continue on this path together and with your support.

Christian Lange, Member of the Bundestag
Parliamentary State Secretary to the Federal Minister of Justice and Consumer Protection
President of IRZ

So fern und doch so nah... Der IRZ ist es auch im 29. Jahr ihres Bestehens gelungen, die fachliche Nähe zu den Partnerstaaten und die konstruktive Zusammenarbeit in der internationalen Rechtsstaatsförderung trotz räumlicher Entfernung und erschwelter Bedingungen weitestgehend aufrechtzuerhalten oder sogar auszubauen.

Dies ist natürlich auch dem technischen Fortschritt geschuldet. Rechtsstaatsförderung goes online. Die Welt rückt in Videoformaten näher zusammen. Dennoch verdanken wir diesen Erfolg der außerordentlichen Leistungsbereitschaft, Kreativität und Motivation unserer Beschäftigten. Sie verfügen über kontextspezifisches rechtspolitisches, rechtliches, gesellschaftliches Wissen und Sprachkenntnisse, sind bestens vernetzt und interkulturell kompetent. Alle Bereiche haben sofort umgedacht und umgeplant. Die IRZ hat in den Partnerstaaten einen unverzichtbaren persönlichen Zugang zu wichtigen Schlüsselakteuren. Das hat auch 2020 Türen offengehalten und die fachliche Nähe zu den Kooperationspartnern sichergestellt.

Ermöglicht wurde dies auch durch die großartige Unterstützung der unzähligen fachlichen Expertinnen und Experten in den Projekten und bilateralen Maßnahmen, wenngleich es durchaus einen Unterschied macht, ob die Gesprächspartner und -partnerinnen oder Zuhörenden gemeinsam in einem Raum oder vor Bildschirmen weltweit sitzen. Darauf muss man sich einlassen können, das birgt neue Herausforderungen, denen sie sich gestellt haben, und dafür bedanken wir uns außerordentlich.

Ausdrücklich schließe ich mich dem Dank von Frau Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz und Herrn Präsidenten Christian Lange an, der Herrn Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth für sein langjähriges und wertvolles Engagement gilt. Unter seiner konstruktiven, uneigennütigen, besonnenen, vertrauensvollen und vorausschauenden Führung hat sich die IRZ zu einem hochspezialisierten, anerkannten Player in der Rechtsstaatsförderung entwickelt. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft!

So far and yet so near... IRZ has succeeded, in the 29th year of its existence, in largely maintaining or even expanding its professional proximity to the partner states and its constructive cooperation in the international promotion of the rule of law, despite geographical distance and difficult conditions.

Naturally, this is also due to technological advancements. Promoting the rule of law goes online. The world is drawing closer together, in video conferencing at least. But we still owe this success to the extraordinary commitment, creativity and motivation of our employees. They possess knowledge of legal policies, laws and society, as well as language skills, strong networks and outstanding intercultural competence, that are specific to the individual contextual circumstances. All areas of IRZ responded immediately with fresh ideas and plans. IRZ has vital personal access to key actors in the partner states. This kept the doors open in 2020 and ensured close professional relationships with the cooperation partners.

It was also made possible by the immense support provided by the countless technical experts in the projects and bilateral measures, although it makes a difference whether the interlocutors or listeners sit together in one room or in front of screens around the world. These new circumstances require a willingness to embrace change, which in itself presents new challenges. Everyone involved showed the necessary enthusiasm, for which we are exceedingly grateful.

I would like explicitly to echo the thanks expressed by the Federal Minister of Justice and Consumer Protection and President Christian Lange to Dr Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth for his many years of valuable service. IRZ has developed into a highly specialised, recognised player in promoting the rule of law under his constructive, selfless, circumspect, trusting and forward-looking leadership. We wish him every success in the future!

Herrn Präsidenten Christian Lange gratuliere ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen zur Wahl. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit einem anerkannten und engagierten Rechtspolitiker. Schon bisher fand er als Vizepräsident in Gesprächen mit hochrangigen Partnern in vielen Partnerstaaten klare Worte zur Rechtsstaatlichkeit.

Das Bild rundet die anhaltende und große Unterstützung durch den Deutschen Bundestag ab, durch die Mitglieder des Kuratoriums und des Vereins, die Bundesressorts, allen voran das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Auswärtige Amt sowie die entscheidenden Landesjustizverwaltungen und Berufsorganisationen der Richter-, Staatsanwalt-, Anwaltschaft und des Notariats. Ihnen gilt wie immer unser besonderer Dank, gerade in diesen Zeiten.

Dem Transformationsindex 2020 der Bertelsmann Stiftung lässt sich entnehmen, dass auch in immer mehr Demokratien eine schleichende Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit und politischen Freiheiten stattfindet¹. Der Anticorruption Monitor des European Research Centre for Anti-Corruption and State-Building (ERCAS)² zeigt, wie wichtig ein verlässlicher Rechtsrahmen unter anderem zur Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und organisierter Kriminalität ist. Der Einsatz für den Rechtsstaat bleibt unverzichtbar. Das Engagement der IRZ ist ein Spiegel der gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Entwicklung. Da in einer Gesellschaft immer wieder neue Generationen von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und Justiz heranwachsen, ist Kontinuität zwingend.

Entsprechend engagiert sich die IRZ besonders in den justizaußenpolitisch definierten geopolitischen Schwerpunkten nach interner landesspezifischer Kontext- und Bedarfsanalyse. Alle Projekte und Maßnahmen werden intern sowohl durch intensives Monitoring begleitet als auch nach ihrem Abschluss die Zielerreichung untersucht.

1 BTI 2020 Pressemitteilung, <https://www.bti-project.org/de/Presse.html>, Abruf: 15. Januar 2021.
2 Hertie School of Governance, <https://www.againstcorruption.eu>, Abruf: 15. Januar 2021.



Congratulations to President Christian Lange on his election, also on behalf of all my colleagues. We are looking forward to working with a recognised and committed legal politician. As Vice-President, he has already made clear statements on the rule of law in talks with high-ranking associates in many partner states.

The final touches are added by the continuing, immense support from the German Bundestag, from the members of the Board of Trustees and the Association, the federal ministries, first and foremost the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Federal Foreign Office, as well as the state judicial administrations and professional organisations of judges, public prosecutors, lawyers and notaries. To them, as always, we owe a particular debt of gratitude, especially in these times.

The Bertelsmann Transformation Index 2020 indicates a gradual erosion of the rule of law and political freedoms in increasing numbers of democracies¹. The Anticorruption Monitor of the European Research Centre for Anti-Corruption and State-Building (ERCAS)² shows the huge importance of a reliable legal framework for combating corruption, money laundering and organised crime, among other things. Commitment to the rule of law is indispensable. IRZ's engagement reflects social, political and legal developments. Continuity is imperative, as societies will always produce fresh generations of decision-makers in the worlds of politics, administration and the judiciary.

It follows, therefore, that IRZ shows particular commitment to geopolitical priorities defined in terms of judicial foreign policies based on an internal context and needs analysis for the specific countries. All projects and measures are accompanied by intensive internal monitoring, and the achievement of objectives is reviewed after completion.

1 BTI 2020 press release, <https://www.bti-project.org/de/Presse.html>, retrieved: 15 January 2021.
2 Hertie School of Governance, <https://www.againstcorruption.eu>, retrieved: 15 January 2021.

Bei den EU-Beitrittskandidaten des westlichen Balkans standen weiterhin die Angleichung an den und Vermittlung des *Acquis communautaire*, auch im Bereich Verbraucherschutz, das Verfassungsrecht und die Korruptionsbekämpfung im Vordergrund, natürlich die rechtlichen Auswirkungen der Pandemie und die nicht zuletzt deshalb erforderliche Digitalisierung der Justiz, Anwaltschaft und vorsorgenden Rechtspflege. In Armenien lagen darüber hinaus besondere Schwerpunkte auf dem Strafvollzug und dem Medienrecht, in Georgien auf dem Zivil- und Wirtschaftsrecht. In Vietnam standen die Menschenrechte im Fokus, unter anderem in Zusammenarbeit mit dem UN-Menschenrechtsausschuss. Mit Überlegungen zu rechtswirksamen Instrumenten gegen Korruption beschäftigten sich Maßnahmen von Osteuropa bis Kasachstan. In diesem Partnerstaat konnten auch erfolgreiche Impulse zur Anwendung des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25. Oktober 1980 gesetzt werden. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft setzte sich das langjährige Wirken in der Ukraine unter anderem mit dem Einsatz für ein zentrales kodifiziertes Verwaltungsverfahrenrecht, ein Mediationsgesetz und die Reform des Strafvollzugs fort.

Menschenwürdige Bedingungen in überfüllten Strafvollzugsanstalten mit einem besonderen Blick auf eine Resozialisierung und Deradikalisierung bleiben das Ziel weiterer Anstrengungen in Nordafrika. Im Frühjahr konnte Herr Präsident Lange das gemeinsame Arbeitsprogramm mit dem Justizministerium in Senegal noch vor Ort mit Fokus auf Reformen im Straf- und Strafprozessrecht, im Strafvollzug und die Unabhängigkeit der Justiz unterzeichnen. In Zusammenarbeit mit der Universität Tunis El Manar entwickelte die IRZ im Rahmen der vielfältigen Zusammenarbeit mit Tunesien ein juristisches Zeitschriftenformat „ECRITS“ zur Förderung des Verständnisses für Ähnlichkeiten, Überschneidungen und Gemeinsamkeiten des tunesischen, französischen und deutschen Rechtssystems. Darüber hinaus wurde 2020 der mehrsprachige Online-Blog „IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand“ entwickelt und wird künftig die jeweiligen Projektvorhaben in Afrika durch kontinuierlichen fachlichen Austausch unterstützen. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Autorinnen und Autoren, die diese Formate mit ihren fachlichen Beiträgen bereichern.

The focus in the EU accession candidate countries of the Western Balkans remained on harmonisation with and communication of the *acquis communautaire* including the area of consumer protection, as well as constitutional law and policy to combat corruption. Other priorities naturally included the legal implications of the pandemic and digitalisation of the judiciary, the legal profession and the non-contentious administration of justice, which became necessary not least for this reason. Particular priorities also included the penitentiary system and media law in Armenia, and civil and commercial law in Georgia. Activities in Vietnam focused on human rights, including cooperation with the UN Human Rights Committee. Measures introduced from Eastern Europe to Kazakhstan dealt with considerations to establish legally effective instruments to combat corruption. In Kazakhstan, measures were also successful to provide impetus for the application of the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction of 25 October 1980. The many years of work in Ukraine continued, among other things, with the commitment to a central codified administrative procedure law, a mediation law and reform of the penitentiary system within the framework of the Eastern Partnership.

The assurance of humane conditions in overcrowded prisons with a special focus on resocialisation and de-radicalisation remain the objectives of ongoing efforts in North Africa. President Lange visited Senegal in spring, where he was able to sign the joint work programme with the Ministry of Justice in Senegal. This programme will concentrate on reforms in criminal law and criminal procedure law, the penitentiary system and the independence of the judiciary. As part of its multifaceted cooperation with Tunisia, IRZ developed the “ECRITS” legal journal format in cooperation with the University of Tunis El Manar to promote the understanding of similarities, overlaps and commonalities between the Tunisian, French and German legal systems. In addition, the multilingual online blog “IRZ Dialogue Juridique Afro-Allemand” was developed in 2020 to support the individual project undertakings in Africa through ongoing legal exchange. I would like to take this opportunity to thank all the authors who enrich these formats with their professional contributions.

In Jordanien als Stabilitätsanker im Nahen Osten waren Schwerpunkte die Korruptionsprävention, das Strafrecht und die Mediation. Räumlich nah, nämlich innerhalb Deutschlands, wurde die Veranstaltungsreihe zur „Einführung in das deutsche Recht“ für geflüchtete Juristinnen und Juristen aus Syrien und dem Irak deutlich erweitert. Erstmals fand 2020 ergänzend ein vertiefendes Hospitationsprogramm mit Praktika in deutschen Rechtsanwaltskanzleien und Wirtschaftsunternehmen statt, denen mein besonderer Dank für dieses Angebot gilt.

Laufende EU-Projekte in den Bereichen Twinning, Technical Assistance oder Grants wurden 2020 teilweise modifiziert, aber fortgesetzt. Bewerbungsverfahren fanden ab März 2020 online statt. Im Berichtsjahr erzielte die IRZ auf diesem Weg den Zuschlag für weitere großvolumige Grants und führt auch Projekte durch in Albanien, im Kosovo und in Armenien gemeinsam mit Konsortialpartnern aus anderen EU-Mitgliedstaaten, darunter Kroatien, Frankreich, die Niederlande, Italien, Lettland und Österreich. Alle Projekte widmen sich Reformen im Bereich der Justiz zur Angleichung an europäische und internationale Standards im Sinn einer Best Practice, einschließlich wichtiger Aspekte wie Korruptionsbekämpfung, Zugang zum Recht, Öffentlichkeitsarbeit oder – hochaktuell in Zeiten einer Pandemie – der Digitalisierung.

Die folgenden Seiten zeigen, dass wir unseren Partnerstaaten in einem Jahr der erforderlichen räumlichen Distanz in der Rechtsstaatsförderung eng verbunden geblieben sind. Wir freuen uns über Ihr Interesse!



Dr. Frauke Bachler, Hauptgeschäftsführerin

Priorities in Jordan, the anchor of stability in the Middle East, included the prevention of corruption, criminal law and mediation. Closer to home, namely in Germany, the series of events offering an "Introduction to German law" for refugee lawyers from Syria and Iraq was expanded significantly. An advanced internship programme with placements in German law firms and business enterprises was held for the first time in 2020, and I would like to extend my particular thanks to these organisations for their involvement.

Ongoing EU projects in the areas of Twinning, Technical Assistance or grants continued in 2020, albeit with some modifications. Application procedures took place online from March 2020. During the reporting year, IRZ was awarded further large-volume grants and is now carrying out projects in Albania, in Kosovo and Armenia together with consortium partners from other EU Member States, including Croatia, France, the Netherlands, Italy, Latvia and Austria. All of these projects aim to reform the judiciary to ensure harmonisation with European and international standards in the meaning of best practice, including important aspects such as policy to combat corruption, access to justice, public relations or – a highly topical issue in times of a pandemic – digitalisation.

The following pages show that we have remained closely connected to our partner states in promoting the rule of law, despite the necessary social distancing over the course of the year. We are delighted by your interest!



Dr Frauke Bachler, General Director

Osteuropa Eastern Europe Westbalkan Western Balkans Südkaukasus South Caucasus
 Afrika Africa Naher Osten Middle East Asien Asia

2002

2007

2012

2017

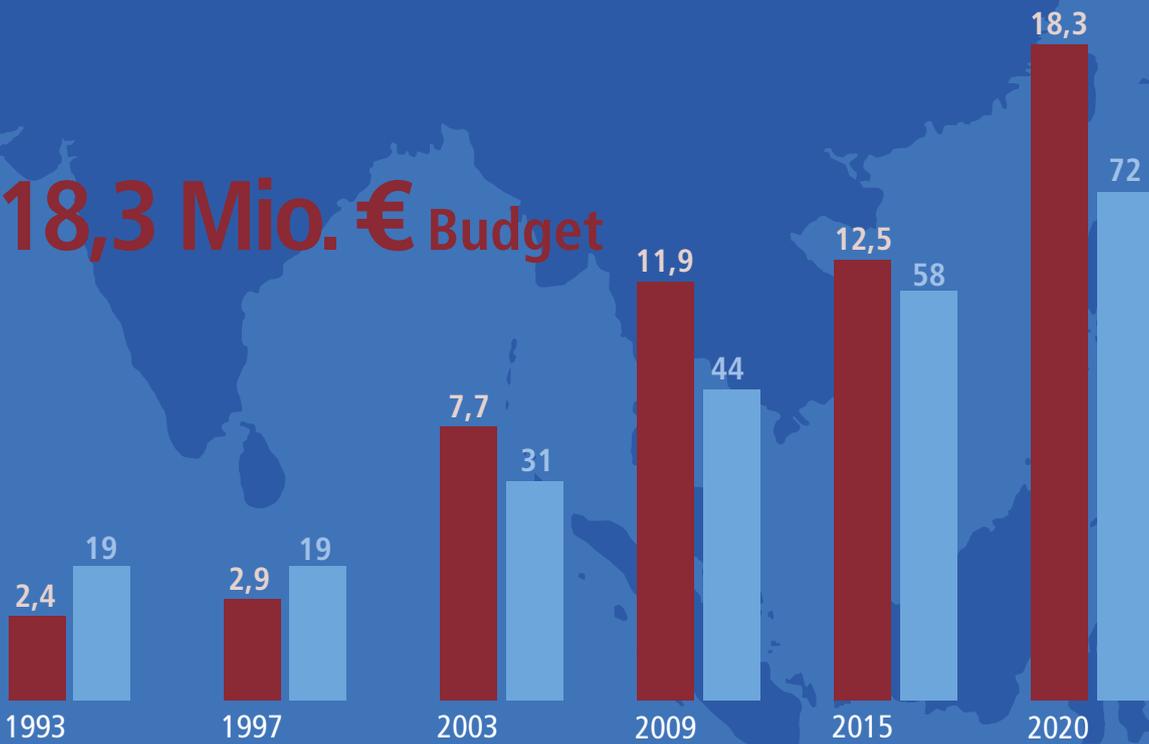
2019

2020



72 Beschäftigte Staff

18,3 Mio. € Budget



Zahlen der Grafiken gerundet

11 EU-Projekte

Stand: Dezember 2020



EU-Twinning-Projekt

Supporting and upgrading the institutional, technical and raising awareness capabilities of the Egyptian Patent Office
Januar 2020 – Juni 2022
IRZ Juniorpartner; Budget: 1,5 Mio. Euro



EU-Grant-Projekt EURALIUS V

Consolidation of the Justice System in Albania
April 2018 – Dezember 2021
IRZ Lead; Budget: 7,5 Mio. Euro



EU-Technical-Assistance-Projekt

Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia
Oktober 2016 – März 2020
IRZ Juniorpartner; Budget: 2 Mio. Euro



EU-Grant-Projekt

The Rule of Law Programme in the Kyrgyz Republic – 2nd phase (ROLPRO2)
Mai 2018 – Oktober 2022
IRZ Juniorpartner; Budget: 12,2 Mio. Euro



EU-Twinning-Projekt

Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo
März 2020 – September 2023
IRZ Juniorpartner; Budget: 2 Mio. Euro



EU-Technical-Assistance-Projekt

„Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l'Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive“
März 2018 – Oktober 2021
IRZ Juniorpartner; Budget: 3 Mio. Euro



EU-Technical-Assistance-Projekt

Support to the Police Reform in the Republic of Moldova
Oktober 2018 – Januar 2022
IRZ Juniorpartner; Budget: 2,7 Mio. Euro



EU-Twinning-Projekt

Capacity Building of the National Centre for Personal Data Protection of the Republic of Moldova
Oktober 2017 – Januar 2020
IRZ Lead; Budget: 1 Mio. Euro



EU-Twinning-Projekt

Building of the institutional capacity of the Investigative Centres, North Macedonia
Mai 2019 – Dezember 2021
IRZ Lead; Budget: 1 Mio. Euro



EU-Twinning-Projekt

Strengthening of the penitentiary system and the probation service, North Macedonia
August 2018 – August 2021
IRZ Lead; Budget: 950.000 Euro



EU-Twinning-Projekt

Protection and Enforcement of Intellectual Property Rights in Serbia
Februar 2019 – Februar 2021
IRZ Juniorpartner; Budget: 1,5 Mio. Euro

29.000

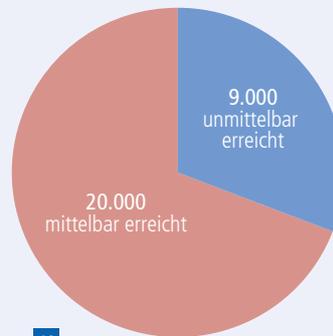
Erreichte Personen

Persons reached

im Bereich der institutionellen Zuwendung und der Projektförderung



Zahlen der Grafiken gerundet

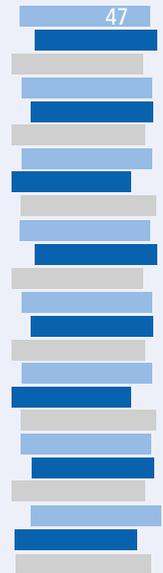


47

Publikationen und Übersetzungen

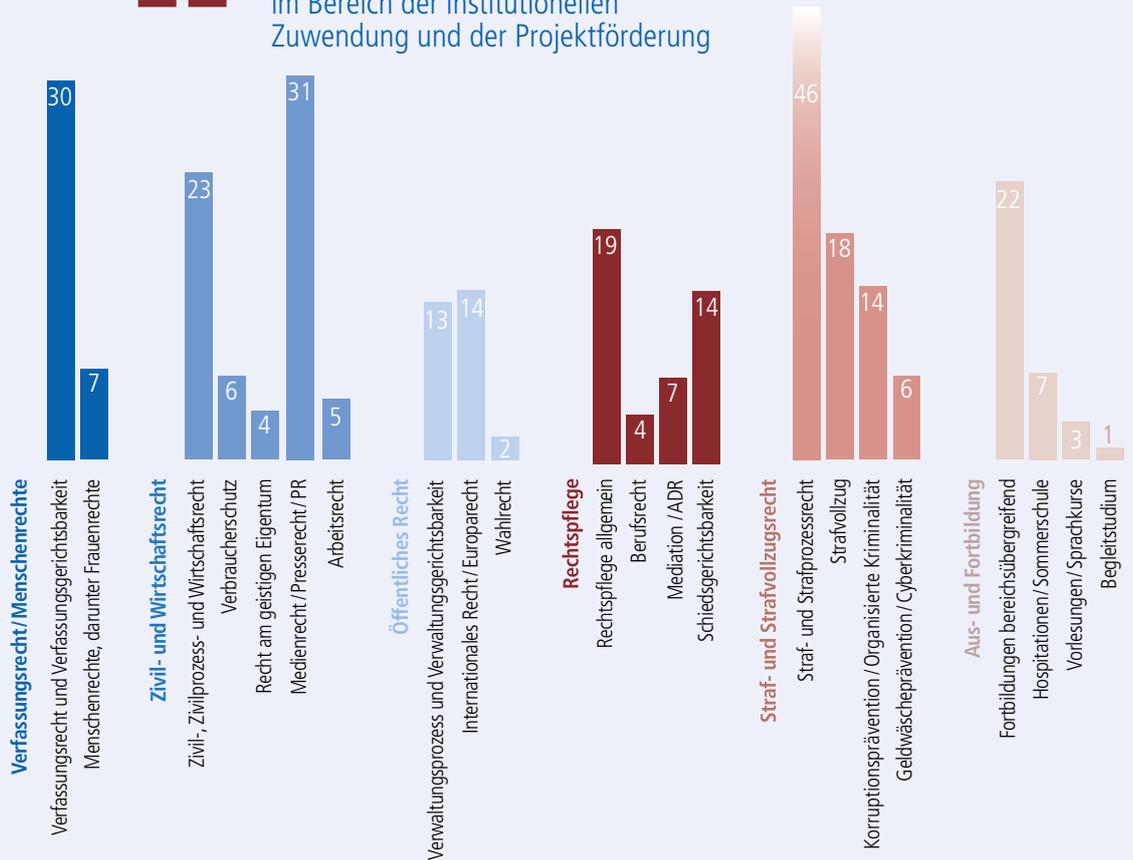
Publications and translations

im Bereich der institutionellen Zuwendung und der Projektförderung



22 Tätigkeitsschwerpunkte Foci of Activity

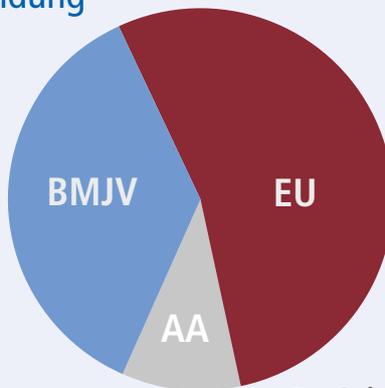
im Bereich der institutionellen
Zuwendung und der Projektförderung



Finanzierung Financing

Institutional subsidies
Institutionelle Zuwendung

6,6 Mio. €



Project funds
Projektmittel

9,7 Mio. €

Project grants
Projektförderung

2,0 Mio. €

Zahlen der Grafiken gerundet

Die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ) mit Sitz in Bonn ist seit ihrer Gründung im Jahre 1992 als Zuwendungsempfänger und im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz tätig. Sie berät als auf internationale Rechtsstaatsförderung spezialisierte Institution ihre Partnerstaaten bei der Reformierung des Rechtssystems und des Justizwesens. Ihr Auftraggeber ist die Bundesregierung.

Ziele

Die IRZ unterstützt ihre Partnerstaaten bei der

- Weiterentwicklung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlich ausgerichteter Strukturen,
- Angleichung des nationalen Rechts an EU-Recht im Rahmen von EU-Programmen und anderen Drittmittelprojekten.

Schwerpunkte der Projektarbeit

Die Projektarbeit der IRZ ist darauf ausgerichtet,

- rechtsstaatliche, demokratische Verfassungsstrukturen im Rahmen des europäischen Menschenrechtsverständnisses zu erreichen,
- privat- und wirtschaftsrechtliche Grundlagen für wirtschaftlichen Leistungsaustausch aufzubauen, dabei den Verbraucherschutz zu stärken,
- öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit vor dem Hintergrund der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Gewährleistung von Gewerbefreiheit zu schaffen,
- eine unabhängige, funktionsfähige Justiz einschließlich aller prozessrechtlichen Grundlagen aufzubauen und den Zugang dazu zu ermöglichen,
- die nationale Rechtsordnung der Partnerstaaten mit dem europäischen Recht zu harmonisieren,
- internationale Beratung zur Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, insbesondere bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption, zu leisten,
- europäische Standards, insbesondere beim Menschenrechtsschutz im Bereich des Straf-, Strafprozess- und Strafvollzugsrechts, zu erreichen,
- juristischen Nachwuchs zu fördern.

Gesetzgebungsberatung

Die IRZ

- erstellt Gutachten zu Gesetzentwürfen,
- führt Expertengespräche mit den entsprechenden Partnerinstitutionen,
- veranstaltet Arbeitswochen und Konferenzen,
- stellt deutsche Gesetzestexte und Rechtsliteratur auch in landessprachlichen Übersetzungen zur Verfügung.

The German Foundation for International Legal Cooperation (IRZ) with headquarters in Bonn has operated as a grant recipient and on behalf of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection since its inception in 1992. As an institution specialised in promoting the rule of law at international level, it advises its partner states on reforming their legal and judicial systems. Its client is the federal government.

Objectives

IRZ supports its partner countries in:

- evolving their structures based on the rule of law and market economy,
- harmonising national law with EU law in the framework of EU programmes and other projects funded by third parties.

The focus of the project work

IRZ's project work aims to:

- create rule of law-based, democratic constitutional structures within the framework of the European understanding of human rights,
- establish private law and commercial law foundations for the economic exchange of services, whilst at the same time strengthening consumer protection,
- develop a public law framework for entrepreneurial activities against the backdrop of the lawfulness of the administration and guarantees for freedom of trade,
- create and provide access to an independent, operational judiciary, based on the foundation of procedural law,
- harmonise the partner states' national legal systems with European law,
- provide international advice in civil and criminal matters, particularly in the fight against organised crime and corruption,
- achieve European standards, especially in the protection of human rights within criminal law, criminal procedure law and penitentiary law,
- promote law students and young legal professionals.

Advice on legislation

IRZ:

- prepares reports on draft legislation,
- holds expert talks with the respective partner institutions,
- organises working weeks and conferences,
- provides German laws and legal literature, also translated into local languages.

Aus- und Weiterbildung

Die IRZ organisiert

- Seminare, Workshops, Vortragsveranstaltungen und Hospitationen,
- bilaterale und multilaterale Arbeitsbesuche und Fachgespräche,
- Fortbildungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare,
- Begleitstudiengänge zur Einführung in das deutsche und europäische Recht.

Die Veranstaltungen finden sowohl in Deutschland als auch in den Partnerstaaten statt. Im Lichte der COVID-19-Pandemie wurden Online-Formate etabliert.

Organisation der Projektarbeit

Die Projekte der IRZ werden unter der Leitung der Geschäftsführung durch die Projektbereichsleiterinnen und Projektbereichsleiter konzipiert und organisiert. Sie werden hierbei von Projektmanagerinnen und Projektmanagern, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern und den Zentralen Diensten unterstützt. Die fachliche Durchführung der einzelnen Projekte wird von Expertinnen und Experten aus freien rechts- und wirtschaftsberatenden Berufen, Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft umgesetzt.

Partner der IRZ

- Verbände und Kammern der juristischen Berufe und der Wirtschaft
- Justiz
- Verwaltung auf Bundes- und Landesebene
- Wissenschaft
- einschlägige Nichtregierungsorganisationen

Finanzierung

Die IRZ finanziert sich durch:

- öffentliche Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (institutionelle Zuwendung) und des Auswärtigen Amtes (Projektförderung)
- Projektmittel der Europäischen Kommission
- Spenden, Förder- und Kostenbeiträge Dritter

Basic and further training

IRZ organises:

- seminars, workshops, lecture events and internships,
- bilateral and multilateral working visits and expert talks,
- further training events for judges, public prosecutors, lawyers and notaries,
- accompanying academic courses introducing German and European law.

The events are held both in Germany and in the partner countries. Virtual formats were established to accommodate the COVID-19 restrictions.

Organisation of the project work

IRZ projects are planned and organised by the Heads of Section, acting under the leadership of the Board. They are supported by project managers, case officers and administration. Technical implementation of the individual projects is carried out by experts from liberal legal and business consultancy professions, the judiciary, administration, economy and academia.

The IRZ partners

- associations and chambers of legal professions and of the economy
- judiciary
- administration at federal and state level
- academia
- relevant non-governmental organisations

Financing

IRZ is financed by:

- public funds from the budget of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (institutional subsidies) and the Federal Foreign Office (project grants)
- project funds from the European Commission
- third-party donations, subsidies and cost contributions

Publikationen 2019/2020 (Auswahl) / Publications 2019/2020 (Selection)

- Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Newsletter 1/2020, in albanischer und mazedonischer Sprache, Albanien, Nordmazedonien, 2020
- Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Newsletter 1/2019, in albanischer und mazedonischer Sprache, Albanien, Nordmazedonien, 2020
- Krisenkommunikation – Leitfaden und Manual für den Kosovo Prosecutorial Council (KPC), Koppenhöfer, Brigitte und Latki-Baier, Katrin, Kosovo, 2020
- Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift, Jahrgang 2016–2019, Georgien, ISSN 2566-5758, 2020
- Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Jahrgang 2020, Georgien, ISSN 2587-5191, 2020
- Falllösungsmethodik im Verwaltungsrecht mit beigelegten Beispielen, Georgien, ISBN 978-9941-9698-9-8, 2020
- Godišnjak ustavnog prava/Jahrbuch für Verfassungsrecht 2018–2019/Vol. 3, in bosnischer und serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2466-5088, 2020
- HARMONIUS 2020, Journal of Legal and Social Studies in South East Europe, in serbischer und englischer Sprache, Serbien, ISSN 2334-6566, 2020
- KoPra, „Kontinentalno Pravo“ – Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung, 2020/Broj 4/ Godina IV, in serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2560-4082, 2020
- Mediation – Eine effektive Alternative zur Streitbeilegung, Georgien, ISBN 978-9941-9698-6-7, 2020
- Tagungsband der internationalen Familienrechtskonferenz „Familienrecht im Zeitalter der Globalisierung“ in bosnischer, kroatischer, montenegrinischer und serbischer sowie englischer Sprache, Bosnien und Herzegowina, ISSN 2303-6052, 2020
- Übersetzung der deutschen Strafprozessordnung nebst fachlicher Einführung, Dr. Phielers-Mohrbach, Ulrike, Serbien, ISBN 978-86-6047-345-7, 2020
- Aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Newsletter 2/2018 in albanischer und mazedonischer Sprache, Albanien, Nordmazedonien, 2019
- An Operational Guide – New operational tools for criminal investigation authorities and judicial authorities in the European Union in order to carry financial investigations in transnational cases for asset recovery, in englischer Sprache, 2019
- Children's and juveniles rights in the Criminal Justice System: Experiences of Germany and Vietnam, Vietnam, ISBN 978-604-956-931-9, 2019
- Das tunesische Familienrecht, in deutscher Sprache, Tunesien, ISBN 978-3-406-531408, 2019
- Die Verfassungsbeschwerde, in albanischer Sprache, Albanien, ISBN 978-9928-134-94-3, 2019
- Diskriminierungsverbot in der georgischen Rechtsprechung, Georgien, ISBN 978-9941-9698-3-6, 2019
- European seminar – Cooperation between the EU member states for the purposes of solving the civil regarding the wrongful removal or retention of a child, in englischer Sprache, Rumänien, ISBN 978-606-11-6637-4, 2019
- Gute Praktiken – Handbuch zur Stärkung der justiziellen Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels, der sexuellen Ausbeutung und der Kinderpornografie in der Europäischen Union, Rumänien, ISBN 978-973-0-14809-1, 2019
- HARMONIUS 2019, Journal of Legal and Social Studies in South East Europe in serbischer und englischer Sprache, Serbien, ISSN 2334-6566, 2019
- KoPra, „Kontinentalno Pravo“ – Kontinentales Recht – Zeitschrift für nachhaltige und zweckmäßige Rechtsentwicklung, Jg. 2019/Broj 3/Godina III, in serbischer Sprache, Serbien, ISSN 2560-4082, 2019
- Leitbuch zu den Verfahrensrechten von Verdächtigten oder Angeklagten: Das Recht auf Belehrung und das Recht auf Übersetzung und Verdolmetschen, Bitanga, Marijan, Franguloiu, Simona und Sanchez-Hermosilla, Fernando, ISBN 978-606-622-351-5, 2019
- Medienvielfalt und Meinungspluralismus in Armenien, in deutscher und armenischer Sprache, Armenien, 2019
- Nova pravna revija – časopis za domaće, njemačko i evropsko pravo (NPR) – Neue Juristische Umschau – Zeitschrift für regionales, deutsches und europäisches Recht, mit Beiträgen von Prof. Dr. Wernicke, Stefan, Prof. Dr. Dr. Spranger, Matthias, Dr. Hoven, Elisa u.a., in bosnischer, kroatischer, montenegrinischer, serbischer sowie deutscher Sprache, Jahrgang 2018/2019, Bosnien und Herzegowina, ISSN 2233-0151, 2019
- Rechtstransformation in Südosteuropa am Beispiel des ehemaligen Jugoslawiens: Vorbedingungen, Akteure und (Miss-)Erfolge, 2019
- South Caucasus Law Journal 09/2018–2019 in englischer und russischer Sprache, Georgien, ISSN 2298-0490, 2019
- Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland in mazedonischer Sprache mit Einführung von Prof. Dr. Dres. h.c. Friedrich-Christian Schroeder, Nordmazedonien, ISBN 978-608-205-470-4, 2019
- Strafprozessordnung der Bundesrepublik Deutschland mit Einführung, in mazedonischer Sprache, Nordmazedonien, ISBN 978-608-223-628-5, 2019
- Tagungsband der internationalen Familienrechtskonferenz „Menschenrechtsschutz als Motor des Familienrechts“ in bosnischer, kroatischer, montenegrinischer und serbischer sowie englischer Sprache, Bosnien und Herzegowina, ISSN 2303-6052, 2019
- Tagungsband der Regionalkonferenz der Verfassungsgerichte zum Thema „Die Religionsfreiheit in der verfassungsrechtlichen Rechtspraxis“ in bosnischer, kroatischer, montenegrinischer und serbischer Sprache, Bosnien und Herzegowina, 2019
- Vorbereitung der Hauptverhandlung in Strafsachen, taktische Überlegungen und Grundzüge der anwaltlichen Befragungstechnik: Ein Leitfaden, Vietnam, 2019

Bundeszuwendungen

Die IRZ wird seit ihrer Gründung im Jahr 1992 getragen und institutionell finanziert vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Inhaltliche und regionale Schwerpunkte werden in unmittelbarer Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz und den IRZ-Gremien gesetzt. Mit diesen Schwerpunktsetzungen kann neben den Interessen der Bundesregierung auch den spezifischen Rahmenbedingungen durch eine Intensivierung der Arbeit in bestimmten Regionen oder Partnerstaaten – wie gegenwärtig beispielweise in den Staaten des westlichen Balkans, in den MENA-Staaten oder in Vietnam – Rechnung getragen und ihren besonderen Bedürfnissen entsprochen werden.

Für manche Partnerstaaten der IRZ haben die dort zuständigen Justizministerien und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Kooperationsabkommen mit dazugehörigen Arbeitsplänen zu bestimmten Fachthemen unterzeichnet, mit deren Umsetzung die IRZ betraut ist.

Die IRZ ist eine auf intensive fachliche Beratungsarbeit spezialisierte Institution. Im Rahmen der mit der Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz finanzierten Arbeit wendet sie sich teils langjährigen Beratungsprozessen zu bestimmten gesetzgeberischen Reformvorhaben zu. In diesem Zusammenhang werden Gesetzentwürfe entweder neu entwickelt oder bestehendes Recht wird maßgeblich reformiert. Beispielsweise unterstützt die IRZ bei der Schaffung von eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeiten mit den zugrunde liegenden Gesetzen, bei der Einführung von Verfassungsbeschwerden oder bei der Ausarbeitung von Gesetzestexten aus den verschiedensten Rechtsbereichen. Daneben und begleitend hierzu finden Beratungen zur Umstrukturierung und Umorganisation von Justizinstitutionen statt, um dem reformierten Recht auch zur Umsetzung in der Praxis zu verhelfen. In ähnlicher Weise organisiert die IRZ zahlreiche Veranstaltungen zur Implementierung der Reformvorhaben und zur Fortbildung der Fachleute aus den Partnerstaaten, die das Recht anwenden. Dies nimmt in der Praxis breiten Raum ein, damit reformiertes Recht auch im rechtsstaatlichen Sinne angewandt wird. Ein besonderes Augenmerk verdienen dabei der unmittelbare und sehr intensive fachliche Erfahrungsaustausch der Berufsträgerinnen und Berufsträger untereinander sowie die unter anderem von den Kammern und Verbänden der juristischen Berufe mitgetragenen und geförderten Hospitationsprogramme. Zudem erreicht und motiviert die IRZ den juristischen Nachwuchs etwa durch Studienprogramme und Sommerschulen.

Neben der institutionellen Förderung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz erhält die IRZ auch antragsbezogene Fördermittel vom Auswärtigen Amt, mit denen in bestimmten Schwerpunkt- und Krisenregionen die Aktivitäten der IRZ über einen bestimmten Zeitraum noch einmal wesentlich intensiviert werden können.

Im Jahr 2020 erhielt die IRZ ca. 6,6 Millionen Euro an institutioneller Zuwendung vom BMJV sowie etwa 2,0 Millionen Euro Fördermittel vom Auswärtigen Amt.

Funding from the Federal Government

IRZ has been supported and institutionally financed by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection since its inception in 1992.

Regional and content priorities are defined in direct consultation with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the IRZ committees. In addition to the interests of the Federal Government, the definition of these priorities also takes into account the specific framework conditions by intensifying the work in certain regions or partner states – as is currently the case, for example, in the countries of the Western Balkans, in the MENA states or in Vietnam – and meeting their specific needs.

In some of IRZ's partner states, the competent ministries of justice and the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection have signed cooperation agreements with associated work plans on certain specialised topics; IRZ is entrusted with the implementation of these measures.

IRZ is an institution that is specialised in providing intense practical legal advice. As part of the work financed by the subsidy from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, it sometimes addresses long-standing advisory processes on specific legislative reform projects. This involves either drafting new legislation or significantly reforming existing laws. For instance, IRZ provides support in the creation of independent administrative court jurisdictions with the underlying laws, in the introduction of constitutional complaints or in the drafting of laws in a broad range of legal areas. At the same time, advice is given on the restructuring and reorganisation of judicial institutions in order to assist with putting the reformed law into practice. Similarly, IRZ organises numerous events to implement the reform projects and to provide further training to professionals from the partner states who apply the law. This accounts for a significant proportion of the efforts to ensure that reformed law is also applied in accordance with the rule of law. The direct and very intensive exchange of technical experience among the professionals as well as the internship programmes supported and promoted by the chambers and associations of the legal professions, among other things, deserve special mention in this regard. Moreover, IRZ organises study programmes and summer schools to reach and motivate young legal professionals.

In addition to institutional funding from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, IRZ also applies for and receives project grants from the Federal Foreign Office, which can be used to significantly intensify its activities in certain priority and crisis regions over a certain period of time.

In 2020, IRZ received around €6.6 million in institutional subsidies from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and approximately €2.0 million in funding from the Federal Foreign Office.

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

Die IRZ führt ergänzend Projekte zur Rechts- und Justizreform durch, die die Europäische Kommission im Rahmen verschiedener Finanzierungsprogramme ausschreibt. Dies betrifft ähnliche Themenkomplexe wie die mit Bundeszuwendungen finanzierten Vorhaben. Die Projektvolumina sind jedoch zumeist größer, und die Vergabe der Mittel erfolgt im Rahmen von Ausschreibungsverfahren.

Die Bewerbungen auf solche EU-finanzierten Projekte sind mit erheblichem Aufwand verbunden, da hier strenge Vergaberegelungen gelten. Die Verfahren erstrecken sich meist über mehrere Monate. Sie waren im Berichtsjahr zudem den Einschränkungen der COVID-19-Pandemie unterworfen: Anstelle von Präsentationen der Projektteams in den jeweiligen Partnerstaaten fanden deshalb lediglich virtuelle Interviews statt, was den Charakter der Präsentationen stark veränderte.

Von besonderer Relevanz sind für die IRZ die folgenden Finanzierungsinstrumente:

IPA II (Instrument for Pre-Accession Assistance): für potenzielle Beitrittskandidaten insbesondere im Westbalkan,

ENI (European Neighbourhood Instrument): zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten in der Region der Östlichen Partnerschaft und im Mittelmeerraum,

DCI (Development Cooperation Instrument): von Relevanz insbesondere in Bezug auf Zentralasien und Länder des afrikanischen Kontinents.

Die folgenden grundsätzlichen Überlegungen liegen den Bewerbungen der IRZ um EU-Mittel zugrunde:

- Realisierung von EU-finanzierten Aktivitäten in IRZ-Partnerstaaten,
- Nutzung von Synergien zwischen der bilateralen Tätigkeit und EU-geförderten Vorhaben in einem Partnerstaat,
- Vermeidung von Doppelberatungen,
- Beratung der Partnerinstitutionen auf Augenhöhe,
- Effizienter Mitteleinsatz zur Erzielung bestmöglicher Ergebnisse für die Partner.

Projects funded by the European Union

IRZ carries out complementary projects on legal and judicial reform, which the European Commission tenders under various funding programmes. These projects address similar topics to those that are applied for under federal subsidies. However, the project volumes are usually larger, and funds are awarded through tendering procedures.

Applications for this kind of EU-funded project require considerable effort due to the strict contracting rules that govern these cases. The procedures usually take several months. Restrictions associated with the COVID-19 pandemic compounded this situation during the reporting year: virtual interviews replaced the customary presentations by the project teams in the individual partner countries, which changed the character of the presentations significantly.

The following financing instruments are of particular relevance to IRZ:

IPA II (Instrument for Pre-Accession Assistance): for potential EU accession candidate countries, especially countries in the Western Balkans;

ENI (European Neighbourhood Instrument): to promote democracy and human rights in the Eastern Partnership and the Mediterranean regions;

DCI (Development Cooperation Instrument): particularly relevant to Central Asia and countries in Africa.

IRZ applies the following basic considerations in its applications for EU funding:

- undertaking of EU-funded activities in IRZ partner states,
- exploitation of synergy between the bilateral activity and EU-funded projects in a partner state,
- avoidance of duplicate advisory measures,
- advising of partner institutions as equals,
- efficient use of resources to achieve the best possible outcomes for partners.

Finanzierungsarten

EU-Twinning

Um Partnerschaften zwischen Behörden aus den EU-Mitgliedstaaten und Staaten mit EU-Beitrittsperspektive zu fördern, hat die EU Ende der 1990er-Jahre das Förderinstrument Twinning ins Leben gerufen und unterstützt so seit mehr als 20 Jahren den Auf- und Ausbau von öffentlichen Strukturen im Einklang mit europäischen Werten und Standards.

Wie der Name Twinning bereits impliziert, verfolgen die Projekte dabei einen partnerschaftlichen Ansatz: Gemeinsam mit Beschäftigten aus den jeweiligen Behörden der EU-Mitgliedstaaten werden die Partnerstaaten bei der Übernahme des gemeinsamen Besitzstands der EU (Acquis communautaire) unterstützt und beraten.

Das Projektpersonal setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der oder dem „Project Leader“ (PL), der oder dem „Resident Twinning Adviser“ (RTA), den „Component Leaders“ (CLs) und den Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten. Diese Personalstruktur spiegelt sich auf der Seite der Partnerinstitution, sodass eine Begegnung (Twinning) „auf Augenhöhe“ erfolgen kann.

Die/der RTA muss verpflichtend eine Person aus der öffentlichen Verwaltung eines EU-Mitgliedstaats mit Arbeitserfahrungen im relevanten Sektor sowie hoher interkultureller Kompetenz sein. Sie/er leitet das in der Regel zweijährige Projekt vor Ort und dient als tägliche/r Ansprechpartner/in für die zu beratende Behörde. Unterstützt wird die/der RTA dabei von der/dem PL, einer erfahrenen Beamtin oder einem erfahrenen Beamten des höheren Diensts, die/der die Gesamtverantwortung für das Projekt trägt und der/dem RTA von der Heimatbehörde aus beratend zur Seite steht. Sowohl bei planerischen Aufgaben in der Antragsphase als auch bei steuernden und fachlichen Aufgaben während der Durchführung der Projekte arbeiten RTA und PL eng mit den jeweiligen CLs zusammen, die die Gestaltung und Umsetzung der Fachkomponenten mitverantworten, mitsteuern und an deren Umsetzung maßgeblich beteiligt sind. Darüber hinaus werden zahlreiche Bedienstete aus der öffentlichen Verwaltung der EU-Mitgliedstaaten mit spezifischen und projektrelevanten Kenntnissen einbezogen und unterstützen die Projekte als Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten in mehrheitlich wöchentlichen Einsätzen im Partnerstaat.

Die IRZ vertritt seit 1998 das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bei der Bewerbung und Durchführung von EU-Twinning-Projekten („mandated body“) im Justizbereich. Seit nunmehr 20 Jahren hat die IRZ an Twinning-Bewerbungen teilgenommen und seitdem erfolgreich an der Implementierung von mehr als 80 Projekten mitgewirkt. In den letzten Jahren konnten auch zahlreiche Projekte in Konsortien mit neuen EU-Mitgliedstaaten – wie beispielsweise mit Lettland und Kroatien – erfolgreich durchgeführt werden. Staaten, die die IRZ früher durch Twinning-Projekte bei ihrem Beitritt zur EU unterstützt hat, sind somit zu Partnern geworden, die oftmals nicht nur regionale Expertise einbringen, sondern auch auf ähnliche rechtliche Traditionen zurückgreifen können wie etwa die aktuellen Beitrittskandidaten. Dadurch haben sie ein besonderes Verständnis für die spezifischen Herausforderungen im Hinblick auf die Angleichung an EU-Recht. 2020 konnte die IRZ insgesamt sechs EU-Twinning-Projekte (in Nordmazedonien, Serbien, Kosovo, Moldau und Ägypten) durchführen, abschließen oder zu diesen ihre Tätigkeit aufnehmen. Diese Projekte werden in den Länderberichten näher vorgestellt.

Financing methods

EU Twinning

The European Union created the Twinning funding instrument in the late 1990s in order to promote partnerships between authorities of the EU Member States and potential EU accession candidates. In this way, the EU has been supporting the development and expansion of public structures in line with European values and standards for more than 20 years.

As the name Twinning implies, the projects adhere to a partnership approach: together with employees from the relevant authorities of the EU Member States, the countries are supported and advised in adopting the EU *acquis communautaire*.

The project staff mainly consists of the “Project Leader“ (PL), the “Resident Twinning Adviser“ (RTA), the “Component Leaders“ (CLs) and the short-term experts. This staff structure is mirrored by the partner institution, so that an encounter (twinning) can take place “as equals“.

The RTA must be a person from the public administration of an EU Member State with work experience in the relevant sector and excellent intercultural competence. He or she manages the project on the ground, which usually lasts two years, and acts as the everyday primary contact for the authority receiving advice. The RTA is supported by a Project Leader (PL), an experienced senior civil servant who bears overall responsibility for the project and who advises the RTA while remaining with the home authority. For planning tasks in the application phase as well as for management and technical tasks during the implementation of the projects, the RTA and PL work closely together with the respective CLs, who are jointly responsible for design and implementation of the technical components, help in their management and are significantly involved in their implementation. In addition, numerous officials from public administrations in EU Member States with specific and relevant knowledge also support the projects as short-term experts and are usually deployed to the partner states on weekly assignments.

IRZ has represented the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection in the application for and implementation of EU Twinning projects (“mandated body“) in the judicial field since 1998. For 20 years now, IRZ has participated in Twinning applications and has been successfully involved in the implementation of more than 80 projects so far. In recent years, numerous projects have also been successfully carried out in consortia with new EU Member States such as Croatia and Latvia. Countries that IRZ had previously supported in Twinning projects during their accession to the EU have therefore become partners. Not only do they now contribute regional expertise in many cases, they can also draw on similar legal traditions as the current accession candidate countries. This means that they have a better understanding of the specific challenges involved in harmonisation with EU law. In 2020, IRZ was able to implement, complete or commence work on a total of six EU Twinning projects (in North Macedonia, Serbia, Kosovo, Moldova and Egypt). These projects are presented in greater detail in the country reports.

Finanzierungsarten

TAIEX

Mit TAIEX (Technical Assistance and Information Exchange Instrument) hat die Europäische Kommission ein Instrument zur Durchführung von Kurzzeitmaßnahmen eingeführt, welches – vergleichbar zu Twinning-Projekten – dem direkten Kenntnis- und Erfahrungsaustausch zwischen Behörden aus EU-Mitgliedsstaaten und Partnerstaaten dient. Im Rahmen von Workshops und Studienreisen in die EU-Mitgliedstaaten sowie Expertinnen- und Expertenreisen in die entsprechenden Partnerstaaten können Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen zu bestimmten Themen in einen Erfahrungsaustausch treten. Die Anfragen können hierfür direkt aus den jeweiligen Staaten, die Teil der EU-Programme IPA und ENI sind, gestellt werden. Die IRZ erhält die Anfragen, die den Justizbereich betreffen, von der Nationalen Kontaktstelle für Twinning und TAIEX, dem National Contact Point (NCP) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Dabei versucht sie in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus dem Justizbereich sowie den deutschen Justizinstitutionen die Anfragen entsprechend umzusetzen. 2020 konnten die von der IRZ zu organisierenden Maßnahmen aufgrund der COVID-19-Pandemie leider nicht durchgeführt werden.

EU-Grants

Die EU-Grants variieren in ihren Volumina und auch im thematischen Zuschnitt, sind jedoch im Bereich der Rechts- und Justizreformen meist von umfassendem Charakter, indem sie den gesamten Justizbereich eines Landes in den Blick nehmen. Dies geht bereits aus den Projektiteln hervor, die durch die EU vorgegeben werden und häufig eine „Konsolidierung der Justizreformen“ oder „der Rechtsstaatlichkeit“ beinhalten.

Grants richten sich, ähnlich wie Twinning, nur an einen beschränkten Bewerberkreis, zu dem die IRZ als mandatierte Einrichtung des BMJV zählt. Erforderlich ist zudem meist die Kooperation mehrerer EU-Mitgliedstaaten. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Konsortien hat sich aus Sicht der IRZ die Zusammenarbeit sowohl mit neuen Partnern – wie etwa Kroatien und Lettland – als auch mit langjährigen Durchführungsorganisationen – etwa aus Frankreich, Italien und den Niederlanden – bewährt.

Die Besonderheit in der Finanzstruktur der Grants ist es, dass die durchführenden Organisationen einen finanziellen Eigenbeitrag leisten müssen, meist in der Form des Personaleinsatzes. Die hierfür erforderlichen Eigenmittel werden aus der Zuwendung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz getragen. Hierbei handelt es sich um eine effiziente Mittelverwendung, da der Einsatz eines verhältnismäßig geringen Betrags von Eigenmitteln die Umsetzung eines Budgets von mehreren Millionen Euro ermöglicht. Zudem können in den Partnerstaaten, in denen die IRZ solche Vorhaben umsetzt, derzeit in Albanien, Armenien, Kirgisistan und Kosovo, die bilateralen Aktivitäten entsprechend reduziert, das Budget der Bundeszuwendungen also entlastet werden.

Die konkrete Personalstruktur ist bei Grants meist nur in Grundzügen durch die Ausschreibung vorgegeben, sodass es den durchführenden Organisationen obliegt, Anzahl und Rollen der vor Ort tätigen Expertinnen und Experten zu definieren. Die Teamstruktur richtet sich dabei überwiegend nach dem Umfang des Projekts und der Anzahl der Themenfelder und Aktivitäten. Generell setzt die IRZ hier auf Konstellationen, in denen

Financing methods

TAIEX

The European Commission introduced TAIEX (Technical Assistance and Information Exchange Instrument) as an instrument to implement short-term measures which, similar to Twinning projects, are used for direct exchange of knowledge and experience between authorities in the EU Member States and the partner states. Workshops and study trips to EU Member States, as well as expert missions to the relevant partner states, allow public administrators to exchange experiences on specific topics. Requests can be placed directly by the individual states that belong to the EU programmes IPA and ENI. IRZ receives the requests concerning the judicial field from the National Contact Point (NCP) for Twinning and TAIEX at the Federal Ministry for Economic Affairs and Energy. Upon receipt, IRZ seeks to implement these requests in cooperation with experts from the judicial field and German judicial institutions. Unfortunately, the activities that IRZ would have organised in 2020 were not possible due to the COVID-19 pandemic.

EU Grants

EU grants vary in volume and thematic scope, but are usually comprehensive in the area of legal and judicial reform and cover a country's entire judicial field. This is already indicated by the project titles given by the EU, which often include "consolidation of judicial reforms" or "the rule of law".

Like Twinning, grants are addressed to a restricted group of applicants that include IRZ as a mandated body of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection. Cooperation between several EU Member States is usually required as well. With regard to the composition of the consortia, IRZ has found that cooperation with both new partners – such as Croatia and Latvia – and long-standing implementing organisations – such as from France, Italy and the Netherlands – is a successful approach.

What sets the financial structure of the grants apart is that the implementing organisations are required to provide a financial contribution of their own, mostly in the form of staff input. IRZ is eligible to take the funds required for this from the subsidy provided by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection. This represents an efficient use of funds, as the use of a relatively small amount of own funds enables the implementation of a budget amounting to several million euros. Moreover, bilateral activities can be reduced accordingly in the partner states in which IRZ carries out these projects – currently Albania, Armenia, Kyrgyzstan and Kosovo – which eases the strain on the budget for federal subsidies.

In most cases, the calls for tender relating to grants merely outline the specific staff structures in broad brush strokes, which means that the implementing organisation is responsible for defining the numbers of experts deployed on the ground and their roles. The team structure therefore depends largely on the scope of the project, the number of topics and the activities involved. In general, IRZ relies on constellations in which an experienced person as team leader is supported by a team of international and local long-term experts. Advisory activities can therefore be performed

Finanzierungsarten

eine erfahrene Persönlichkeit als Teamleiterin oder Teamleiter von einem Team aus internationalen und lokalen Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten flankiert wird. Die Beratungsaktivitäten können so überwiegend durch eingearbeitetes Stammpersonal des Projekts wahrgenommen werden, Kurzeinsätze bleiben eher die Ausnahme.

Action Grants im Rahmen des Justizprogramms 2014–2020 können sich auch an EU-Mitgliedstaaten richten, um die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten der EU bei der Umsetzung von EU-Richtlinien zu verbessern. Entsprechende Programme führte die IRZ in der Vergangenheit zusammen mit Bulgarien, Rumänien und Kroatien durch.

Insgesamt hat sich der deutliche Trend zur erhöhten Verwendung des Projekttyps EU-Grant bei den Ausschreibungen der EU-Kommission im Justizbereich 2020 bestätigt. Im Berichtsjahr konnte die IRZ wichtige neue EU-Grants in Armenien sowie in Kosovo akquirieren, weitere Grants in Albanien und in Kirgisistan befanden sich in der Durchführung.

EU Technical Assistance

Neben der Tätigkeit als mandatierte Einrichtung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ist die IRZ weiterhin in EU-Technical-Assistance-Projekten aktiv. Hierbei handelt es sich um frei ausgeschriebene Projekte, deren Bewerberkreis erheblich größer ist und von spezialisierten lokalen Organisationen bis hin zu internationalen Beratungsunternehmen reicht. Angesichts dieses starken Wettbewerbs übernimmt die IRZ hier bewusst nur die Federführung für Themenfelder und Regionen, in denen sie spezialisiert ist. Dank ihrer langjährigen Erfahrung ist die IRZ ein gefragter Kooperationspartner internationaler Konsortien.

Der regionale Schwerpunkt von laufenden Projekten sowie interessanten Projektausschreibungen verlagert sich zunehmend von Osteuropa und dem Westbalkan nach Afrika, wo vermehrt Justizprogramme ausgeschrieben werden. In Anknüpfung an die bilateralen Aktivitäten der IRZ in den Ländern Nordafrikas und im Rahmen der Afrikastrategie rückt das Kontinent auch in diesem Geschäftsbereich immer stärker in den Fokus.

Die derzeit laufenden EU-finanzierten Vorhaben, an denen die IRZ beteiligt ist, werden im Rahmen der Länderberichte vorgestellt.

Financing methods

predominantly by regular project staff who are familiar with the specific issues; short-term assignments remain the exception rather than the rule.

Action grants under the Justice Programme 2014–2020 can also address EU Member States and are intended to improve networking and exchange of experience between EU Member States in the implementation of EU directives. IRZ has carried out this kind of programme together with Bulgaria, Romania and Croatia in the past.

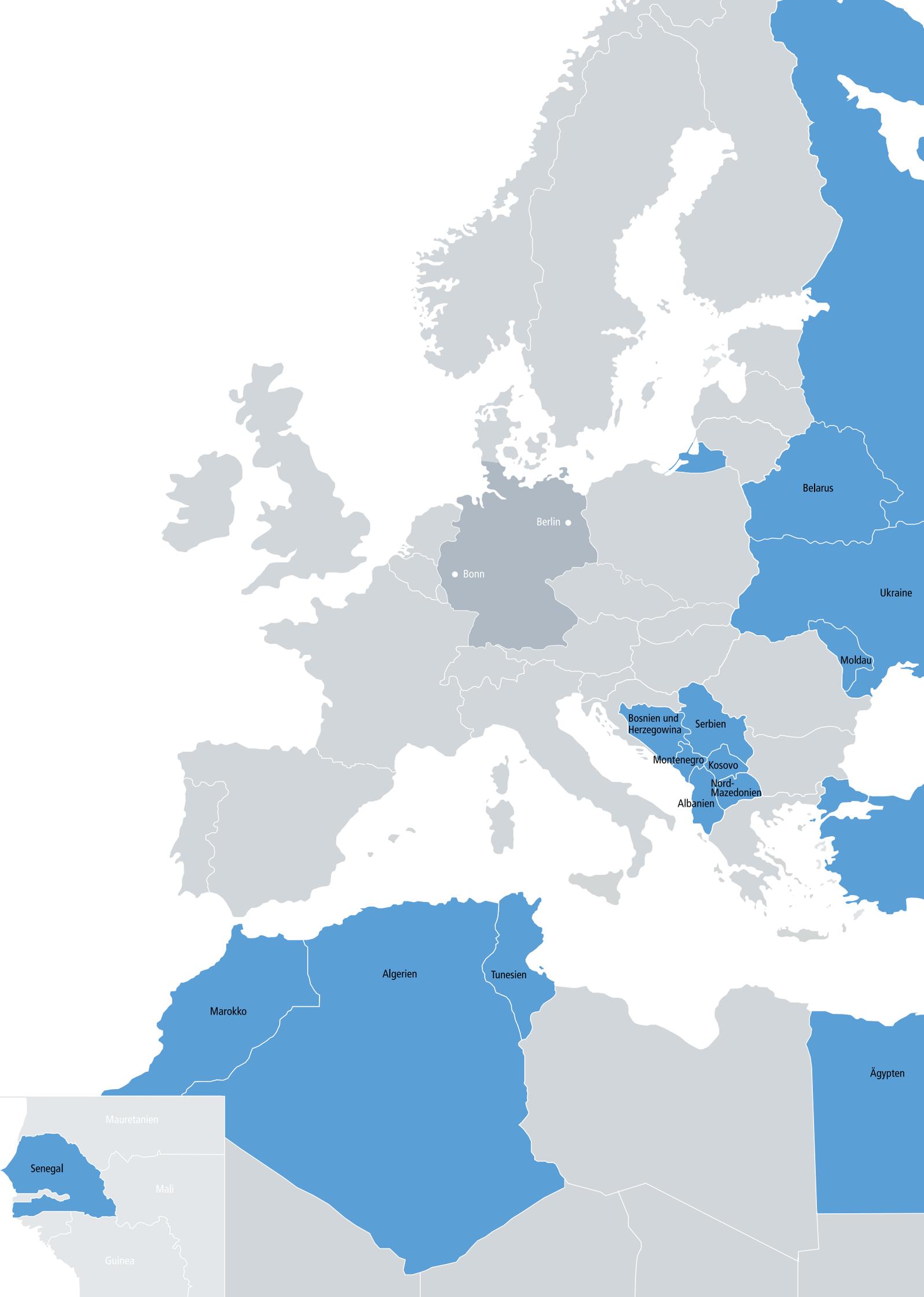
Overall, the clear trend towards an increased use of EU grants as a project type has continued in the EU Commission's calls for proposals in the judicial field during 2020. IRZ was able to acquire important new EU grants in Armenia and Kosovo during the reporting year, and further grants in Albania and Kyrgyzstan were being implemented.

EU Technical Assistance

IRZ remains active in EU technical assistance projects, in addition to its work as a mandated body of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection. They are publicly tendered projects with a far larger pool of applicants, ranging from specialised local organisations to international consulting companies. In view of this strong competition, IRZ adopts a conscious policy of only taking the lead in thematic fields and regions in which it is specialised. IRZ is a popular cooperation partner for international consortia thanks to its long-standing experience.

The regional focus of ongoing projects as well as interesting calls for project proposals is increasingly shifting from Eastern Europe and the Western Balkans to Africa, where growing numbers of justice programmes are being tendered. Building on IRZ's bilateral activities in the countries of North Africa and within the framework of the Africa Strategy, the continent is coming more and more into focus in this business area as well.

The EU-funded projects in which IRZ is currently involved are presented in the country reports.



Belarus

Ukraine

Moldau

Bosnien und Herzegowina

Serbien

Montenegro

Kosovo

Nord-Mazedonien

Albanien

Berlin

Bonn

Algerien

Tunesien

Marokko

Ägypten

Mauretania

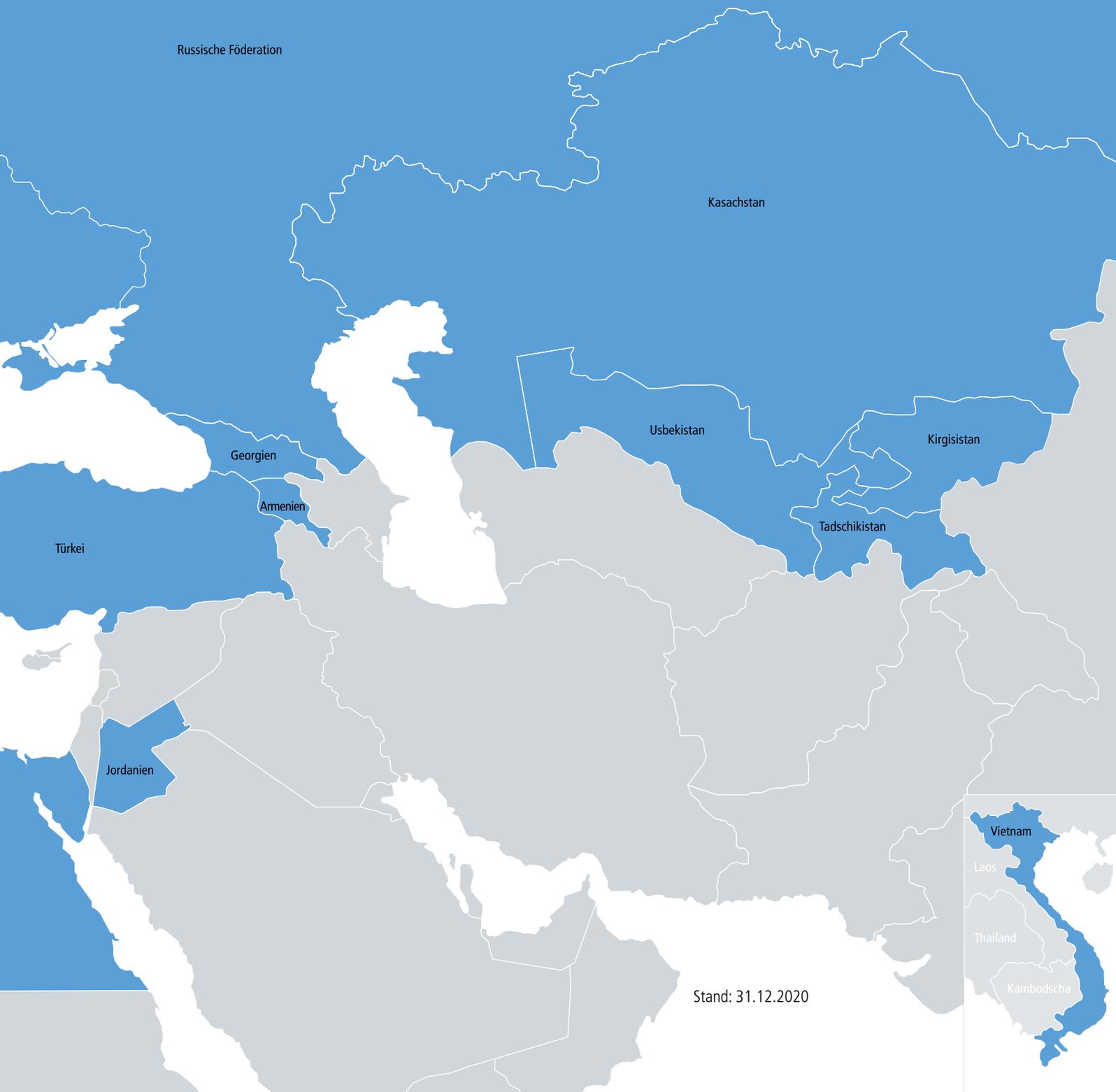
Senegal

Mali

Guinea

Die Partnerstaaten der IRZ

Partner States of the IRZ



Stand: 31.12.2020

Name: Arabische Republik
Ägypten
Hauptstadt: Kairo
Bevölkerung: ca. 100 Millionen
Regierungssystem:
Semi-präsidentielles System

Name: Arab Republic of Egypt
Capital city: Cairo
Population: approx. 100 million
System of government:
Semi-presidential system



Ägypten

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Ägypten ist das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt. Geografisch zwischen Afrika und dem Nahen Osten gelegen, spielt es bei der Gestaltung sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Fragen in der Region eine wichtige Rolle. Im Rahmen des Nahost-Konflikts nimmt es eine Vermittlungsrolle zwischen Israel und der Hamas ein. Diese politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung sowie das niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung Ägyptens bergen ein großes Entwicklungspotenzial.

Allerdings steht das Land vor enormen Herausforderungen. Seit April 2017 gilt ein landesweiter Ausnahmezustand mit erweiterten Eingriffsbefugnissen für Sicherheitskräfte und Militär. Die Beschneidung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger begründet die ägyptische Regierung mit terroristischen Bedrohungen im Land und der angespannten außenpolitischen Lage in der Region. Im April 2019 trat zudem eine Verfassungsänderung in Kraft, die erhebliche Eingriffe in die Gewaltenteilung, eine weitere Stärkung der Kontrolle des Militärs über das zivile Leben sowie die Änderung der Amtszeit des Staatspräsidenten beinhaltet. Sie ermöglicht es dem derzeitigen Präsidenten Al-Sisi bis 2030 im Amt zu bleiben. Auch sein Einfluss auf die Justiz wurde ausgeweitet. Bei der Bestellung hoher Justizämter sowie bei Budgetfragen der Judikative wurden ihm weitreichende Kompetenzen übertragen.

Auch Ägypten hat der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hart getroffen. Ein mehrwöchiger Lockdown legte das öffentliche Leben komplett lahm. Der internationale Tourismus, eine der wichtigsten Einnahmequellen für Millionen Ägypterinnen und Ägypter, ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Es folgte ein stetiger Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der Armutsrate, was die sozialen Spannungen und politischen Konflikte im Land weiterhin verschärft. Seit September 2020 kommt es vermehrt zu Protesten. Hier werden die sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen sowie die weitverbreitete Korruption im Land angeprangert, auch fordern viele Menschen den Rücktritt Al-Sisis. Das Regime reagiert darauf mit Repression und weiteren Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Konzeption

Die Rückschritte in der rechtsstaatlichen Entwicklung in Ägypten seit der Machtübernahme Al-Sisis 2014 führten 2015 zur Aussetzung der Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Justiz und der IRZ. 2019 kam es nach Gesprächen mit dem ägyptischen Justizministerium zu einer Wiederaufnahme der Kooperation zum Thema „Schutz von Frauen in der und durch die Justiz“. Der erfolgreiche Abschluss dieses vom Auswärtigen Amt finanzierten Projekts bildete eine positive und vertrauensvolle Ausgangslage für zukünftige Kooperationen mit dem Justizministerium. Folglich sollte 2020 die Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Justizministerium sukzessive ausgeweitet werden. Insbesondere waren Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung ägyptischer Richterinnen und Richter und zum Verbraucherschutz vorgesehen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie mussten bereits organisierte Präsenzveranstaltungen in Kairo im Frühjahr 2020 kurzfristig abgesagt werden. Der pandemiebedingte Lockdown sowie umfangreiche Umstrukturierungen im ägyptischen Justizministerium erschweren die Kommunikation. Die Durchführung der geplanten Veranstaltungen im Online-Format war aufgrund fehlender Genehmigungen nicht möglich.

Egypt

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Egypt is the most populous country in the Arab world. Located geographically between Africa and the Middle East, it plays an important role in the region's security and economy. In the Middle East conflict, for example, it mediates between Israel and Hamas. This political, economic and military significance, as well as the low median age of Egypt's population, present great potential for development.

The country is nevertheless facing huge challenges. A national state of emergency has been in place since April 2017, giving extended powers of intervention to the security forces and military. The Egyptian government justifies the curtailment of citizens' fundamental rights with terrorist threats residing in the country and the tense foreign policy situation in the region. Moreover, a constitutional amendment was adopted in April 2019 that included significant encroachments into the separation of powers, further strengthening of military control over civilian life and a change in the President's term of office. This enables the current President al-Sisi to remain in power until 2030. His influence over the judiciary was also widened, giving him far-reaching powers to appoint to senior judicial offices and in budgetary matters of the judiciary.

Egypt has also been severely affected by the spread of the COVID-19 pandemic. Public life was left paralysed by a lockdown lasting several weeks. International tourism, one of the most important sources of income for millions of Egyptians, has virtually come to a standstill. This was followed by a steady rise in unemployment and poverty, further exacerbating social tension and political conflict within the country. Protests have become more frequent since September 2020. Here, the steadily deteriorating living conditions as well as the widespread corruption in the country are the points of contention, and many people are also calling for al-Sisi's resignation. The government has responded with repression and further curtailments of the freedoms of assembly and expression.

Overall Concept

Setbacks in the development of the rule of law in Egypt since al-Sisi came to power in 2014 led to the suspension of cooperation between the Egyptian judiciary and IRZ in 2015. Cooperation resumed in 2019 on the topic of "Protection of women in and through the judiciary" following discussions with the Egyptian Ministry of Justice. Successful completion of this project, which was funded by the Federal Foreign Office, created a positive and trusting foundation for future cooperation with the Ministry of Justice. Plans were hatched to successively expand cooperation with the Egyptian Ministry of Justice in 2020. In particular, measures were envisaged in the areas of basic and further training for Egyptian judges and consumer protection. However, previously organised in-person events in Cairo in spring 2020 had to be cancelled at short notice due to the COVID-19 pandemic. The associated lockdown and extensive restructuring measures within the Egyptian Ministry of Justice impeded communication. It was not possible to hold the planned events in an online format due to a lack of Egyptian authorisation.

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Twinning-Projekt: "Supporting and upgrading the institutional, technical and raising awareness capabilities of the Egyptian Patent Office (EGPO)"

Seit Januar 2020 unterstützt die IRZ als Juniorpartner zusammen mit den dänischen Patent- und Markenämtern und unter Federführung der spanischen Organisation FIIAPP (Internationale und Iberoamerikanische Stiftung für Verwaltung und öffentliche Politik) Ägypten im Rahmen des Twinning-Projekts zum Schutz des geistigen Eigentums. Die für 2020 geplanten Maßnahmen erforderten wegen der COVID-19-Pandemie weitgehend neue Planungen, da das Projekt für mehrere Monate ausgesetzt war. Das Projekt zielt darauf ab, die Kapazitäten des EGPO in Zusammenarbeit mit den ägyptischen Kolleginnen und Kollegen in vielen unterschiedlichen Bereichen zu verbessern. Dies soll durch die Entwicklung einer Strategie für geistiges Eigentum und die Bereitstellung von Informationsaustauschmechanismen für das EGPO sowie durch die Erstellung eines Gesamtüberblicks über Strategien, Politik und Mechanismen im Bereich „Geistiges Eigentum“ erreicht werden. Eine geplante Aufklärung zum Thema „Geistiges Eigentum im öffentlichen und privaten Sektor in Ägypten“ wird auf diese Strategie aufbauen.

Die Verbesserung der fachlichen Kompetenzen der EGPO-Mitarbeiter wird durch ein Ausbildungsprogramm von Trainerinnen und Trainern angestrebt. Dabei werden die Expertinnen und Experten der IRZ den Ausbildungsbedarf in jeder Abteilung der EGPO ermitteln sowie eine Analyse der Abläufe und der einzelnen Arbeitsschritte erstellen. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Analyse sollen Empfehlungen zur Umstrukturierung einzelner Abteilungen sowie zu Änderungen von Arbeitsabläufen innerhalb der EGPO gegeben werden. Die Umsetzung des Projekts hat zum Ziel, die Leistung des EGPO zu verbessern und an die Standards ähnlicher Patentämter in der EU anzugleichen. Eine bessere Nutzung des Patentsystems wird zu einem verbesserten und stärkeren Schutz für ägyptische Innovationen führen.

Ausblick

Im Hinblick auf die stockende Zusammenarbeit im Jahr 2020 bemüht sich die IRZ, den Kontakt zum ägyptischen Justizministerium wiederherzustellen. Für das Jahr 2021 plant die IRZ, abhängig von der politischen Lage und der weiteren Entwicklung des Pandemiegeschehens in Ägypten, die Kooperation mit den ägyptischen Justizakteuren fortzusetzen. Die im Jahr 2020 ausgefallenen Maßnahmen sollen nachgeholt werden. Zudem wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu menschenrechtlich relevanten Themen angestrebt.

Insgesamt wird die weitere Zusammenarbeit davon abhängen, ob und inwieweit die Unterstützung einer rechtsstaatlichen Entwicklung möglich sein wird. Die IRZ wird daher die Lage in Ägypten weiterhin im Blick behalten und zukünftige Maßnahmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Auswärtigen Amt abstimmen.

Project funded by the European Union

EU Twinning Project: "Supporting and upgrading the institutional, technical and raising awareness capabilities of the Egyptian Patent Office (EGPO)"

Acting as a junior partner to the Danish Patent and Trademark Offices and under the leadership of the Spanish organisation FIIAPP (International and Ibero-American Foundation of Administration and Public Policies), IRZ has been supporting Egypt since January 2020 within the framework of the Twinning Project for the protection of intellectual property. Most of the measures planned for 2020 needed to be rescheduled due to the COVID-19 pandemic, as the project was put on hold for several months.

The aim of this project is to improve the capacities of the EGPO in cooperation with Egyptian colleagues in many areas. This will be achieved by developing an intellectual property strategy and providing information sharing mechanisms for the EGPO, as well as by preparing a general overview of strategies, policies and mechanisms in the field of "intellectual property". A planned education campaign on the topic of "Intellectual property in Egypt's public and private sectors" will build on this strategy.

A basic training programme will seek to improve professional competencies among the EGPO staff. Within this framework, IRZ experts will identify training requirements in each EGPO department and prepare an analysis of procedures and individual work stages. The findings of this analysis will be used to draft recommendations for restructuring individual departments and for changing workflows within the EGPO.

Implementation of the project aims to improve the performance of the EGPO and to bring it in line with the standards of similar patent offices in the EU. Improved use of the patent system will lead to better and stronger protection for Egyptian innovations.

Outlook

IRZ is making efforts to restore contact with the Egyptian Ministry of Justice in response to the faltering cooperation during 2020. Depending on the political situation and ongoing development of pandemic activity in Egypt, IRZ plans to continue cooperation with stakeholders within the Egyptian judiciary in 2021. The measures that were cancelled in 2020 will be rescheduled. There are also plans to strengthen cooperation with civil society organisations on issues relating to human rights.

Overall, continued cooperation will depend on whether and to what extent it will be possible to support development of the rule of law. IRZ will therefore continue to monitor the situation in Egypt and coordinate future measures with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Federal Foreign Office.

Name: Republik Albanien
Hauptstadt: Tirana
Bevölkerung: ca. 2,9 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarisches System

Name: Republic of Albania
Capital city: Tirana
Population: approx. 2.9 million
System of government:
Parliamentary system



Albanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Im März 2020 hat der Europäische Rat beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit Albanien zu eröffnen. Albanien wurde zugleich aufgefordert, vor der ersten Regierungskonferenz, die formal den Beginn der Beitrittsverhandlungen darstellt, weitere Angleichungsprozesse einzuleiten. So sollte unter anderem die Wahlrechtsreform in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), der Menschenrechtsinstitution der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), umgesetzt werden. Mitte des Jahres haben sich daher unter Vermittlung der EU, der USA und Großbritanniens die Parteien des Parlaments übergreifend auf eine Reform des Wahlrechts geeinigt. Wenig später folgten weitere Änderungen am Wahlsystem, die ebenfalls einer Verfassungsänderung bedurften. Eine Einigung im sogenannten Politischen Rat, einem Allparteiengremium, das sich auf Änderungen im Wahlrecht verständigen soll, wurde bei der Abstimmung im Parlament nicht abgewartet. Dieses Vorgehen wurde von der EU kritisiert.

Weitere Voraussetzungen für den Beginn der Beitrittsverhandlungen betreffen die Umsetzung der Justizreform, insbesondere die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Obersten Gerichts und des Verfassungsgerichts, die seit Jahren nicht beschlussfähig sind. Grund dafür ist die Durchführung eines sogenannten Vetting-Verfahrens, das alle albanischen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hinsichtlich ihrer fachlichen Eignung, Integrität und Vermögensverhältnisse überprüft. Im Zuge dessen kam es zu zahlreichen Vakanzen in der Justiz. Im Laufe des Jahres konnten immerhin am Obersten Gericht und am Verfassungsgericht so viele Richterinnen und Richter ernannt werden, dass jeweils eine Kammer ihre Arbeit wiederaufnehmen konnte. Aber das Verfahren der Nachbesetzung, insbesondere am Verfassungsgericht, verlief nicht unproblematisch.

Darüber hinaus hat Albanien mit der Einrichtung der neuen Behörde SPAK (Struktura e Posaçme Anti-Korrupsion/Special Anti-Corruption Structure) spezialisierte Strukturen zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität errichtet.

Konzeption

Die COVID-19-Pandemie hatte zunächst erhebliche Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den albanischen Partnerinstitutionen. Doch es gelang schnell, die Kooperation auf digitale Formate umzustellen. Dabei beriet die IRZ in bilateralen Projekten, finanziert durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Auswärtige Amt, sowie im Rahmen des EU-finanzierten Projekts EURALIUS V. Bei der Konzeption und Umsetzung der Projekte wird darauf Wert gelegt, dass es zu keinen Doppelungen in der Zusammenarbeit kommt.

Die Kooperation mit der Magistratenschule, der eine zentrale Rolle bei der Aus- und Fortbildung des juristischen Nachwuchses zukommt, ist für die IRZ von großer Bedeutung. Gemeinsam wurde ein E-Kommentar entwickelt und es wurden albanische Juristinnen und Juristen fortgebildet.

Albania

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The European Council decided to open accession negotiations with Albania in March 2020. At the same time, Albania was urged to initiate further approximation measures prior to the first intergovernmental conference that marks the formal beginning of the accession negotiations. Measures included implementation of electoral law reform in line with the recommendations of the Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), the human rights institution of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE). In response to this, the parties in parliament reached an overarching agreement on a reform of electoral law in the middle of the year, facilitated by the EU, the US and the UK. Further changes to the election system followed shortly afterwards, which also required an amendment to the constitution. The parliamentary vote did not wait for agreement in the so-called Political Council, an all-party body that is supposed to agree on changes in electoral law. This procedure was criticised by the EU.

Other preconditions for the start of accession negotiations concern the implementation of the judicial reform, in particular restoring the operability of the Supreme Court and the Constitutional Court, which have not had a quorum for years. This is due to the vetting procedure that vets all Albanian judges and the Public Prosecutors concerning their assets, their background and integrity as well as concerning their professional qualifications.

Numerous positions in the judiciary remain vacant as a result. On a positive note, however, enough judges were appointed to the Supreme Court and the Constitutional Court over the course of the year to enable one chamber in each body to resume work. But the process of filling vacancies was not without problems, especially at the Constitutional Court.

In addition, Albania has created specialised structures to combat corruption and organised crime by establishing the new agency SPAK (Struktura e Posaçme Anti-Korrupsion/Special Anti-Corruption Structure).

Overall Concept

The COVID-19 pandemic initially had a significant impact on collaboration with Albanian partner institutions. But the process of switching cooperation to digital formats proceeded quickly. In this context, IRZ provided advice in bilateral projects funded by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Federal Foreign Office, as well as within the framework of the EU-funded EURALIUS V project. Emphasis is placed on preventing duplicate work in the overall concept and organisation of the projects.

Cooperation with the School of Magistrates, which plays a key role in basic and further training of young legal professionals, is particularly significant for IRZ. Albanian legal professionals received further training, and IRZ and the School of Magistrates jointly developed an e-commentary. The constitutional complaint, which was introduced in Albania in 2016

Die Verfassungsbeschwerde, die 2016 nach deutschem Vorbild in Albanien eingeführt wurde, stellt einen thematischen Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer dar.

Im Berichtsjahr unterstützte die IRZ auch die neue Behörde SPAK sowie weitere relevante Akteure mit fachlicher Expertise im Hinblick auf die europarechtlichen Regelungen. Erfreulicherweise konnte nach Jahren des Stillstands die Zusammenarbeit mit dem Obersten Gericht erneut aufgenommen werden.

based on the German model, is a thematic focus of cooperation with the Albanian National Chamber of Advocacy.

During the reporting year, IRZ also provided technical expertise with regard to the provisions of European law as a means of supporting the new authority SPAK and other relevant parties. Encouragingly, cooperation with the Supreme Court resumed after years of standstill.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Online-Fortbildungen zum Thema „Anwendung der Verfassungsbeschwerde“ für die Rechtsanwaltschaft in den Regionen Vlora, Elbasan und Shkodra in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Seminar zum Erbrecht, gemeinsam mit der Bundesnotarkammer und der albanischen Notarkammer
- Online-Seminar zur Eigenart der Zivilverfahren vor dem Obersten Gericht gemeinsam mit dem Obersten Gericht

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online further training on “Use of the constitutional complaint” for the lawyers in the regions of Vlora, Elbasan and Shkodra in cooperation with the Albanian Bar Association

Civil and Commercial Law

- Online seminar on inheritance law, together with the Federal Chamber of Notaries and the National Chamber of Notaries of Albania
- Online seminar on the specifics of civil proceedings before the Supreme Court in cooperation with the Supreme Court



Dr. Jutta Kemper (linke Seite, Mitte) begrüßt die albanische Delegation um den stellv. Innenminister Besfort Lamallari (gegenüber) im Zuge der Studienreise zum Thema „Vermögensabschöpfung“ im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Dr Jutta Kemper (left, centre) welcomes the Albanian delegation led by the Deputy Minister of Interior Besfort Lamallari (opposite) during the study trip on “Recovery of Assets” at the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection.

Öffentliches Recht

- Online-Seminar zur Abgrenzung zwischen der Zivil- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Kooperation mit der Magistrateschule
- Online-Seminar zum Verwaltungsverfahrensgesetzbuch in Zusammenarbeit mit der Magistrateschule

Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Studienreise nach Berlin zum Thema „Vermögensabschöpfung“ in Zusammenarbeit mit dem albanischen Justizministerium, dem Innenministerium, der Staatsanwaltschaft sowie der Agentur für die Verwaltung beschlagnahmter Vermögenswerte
- Online-Rundtischgespräche zur Vermögensabschöpfung in Kooperation mit dem Justizministerium, dem Innenministerium, der Staatsanwaltschaft sowie der Agentur für die Verwaltung beschlagnahmter Vermögenswerte
- Erstellung eines Handbuchs zur Vermögensabschöpfung

Aus- und Fortbildung

- Aufbau eines E-Kommentars in Zusammenarbeit mit der Magistrateschule und EURALIUS V
- Online-Seminar „Anwaltschaft in der Öffentlichkeit“ gemeinsam mit der Rechtsanwaltskammer

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt: EURALIUS V „Consolidation of the Justice System in Albania“

Seit April 2018 setzt die IRZ federführend das EU-finanzierte EURALIUS V-Projekt um (Volumen: 7,5 Millionen Euro, Laufzeit: 36 Monate bis März 2021, vorbehaltlich einer Verlängerung bis ca. Dezember 2021). Konsortialpartner des über 30 Expertinnen und Experten und mehr als zehn Institutionen umfassenden Projekts sind:



Public Law

- Online seminar on the delineation between civil and administrative court jurisdiction in cooperation with the School of Magistrates
- Online seminar on the Administrative Procedure Code together with the School of Magistrates

Criminal and Penitentiary Law

- Study trip to Berlin on the topic of “Asset recovery” in cooperation with the Albanian Ministry of Justice, the Ministry of the Interior, the Public Prosecutor’s Office as well as the Agency for the Administration of Seized and Confiscated Assets
- Online roundtable discussions on the topic of “Asset recovery” in collaboration with the Ministry of Justice, the Ministry of the Interior, the Public Prosecutor’s Office as well as the Agency for the Administration of Seized and Confiscated Assets
- Preparation of a manual on asset recovery

Basic and Further Training

- Establishment of an e-commentary in cooperation with the School of Magistrates and EURALIUS V
- Online seminar “The legal lawyers in public” together with the Albanian Bar Association

Project funded by the European Union

EU Grant Project: EURALIUS V “Consolidation of the Justice System in Albania“

Since April 2018, IRZ has been in charge of implementing the EU-funded EURALIUS V project as lead contractor (volume: € 7.5 million, term: 36 months until March 2021, in case of an approval of a non-cost time extension the project will be extended up to December 2021). Including over 30 experts and more than ten institutions, the consortium partners

Berlins Polizeivizepräsident Marco Langner (rechts) überreicht dem albanischen stellv. Innenminister Besfort Lamallari (links) nach dem Fachaustausch zum Thema „Vermögensabschöpfung“ ein Gastgeschenk.

Berlin’s Police Vice-President Marco Langner (right) presents the Albanian Deputy Minister of Interior Besfort Lamallari (left) with a gift following the expert talk on the topic of recovery of assets.

Centre for International Legal Cooperation (CILC/Niederlande), Agency for Economic Development (aed/Österreich) und Consiglio Superiore della Magistratura (CSM/Italien).

Trotz erheblicher Auswirkungen der COVID-19-Pandemie konnte das EURALIUS V-Projekt seine Arbeit – unter großem Einsatz des gesamten Teams – lückenlos fortführen.

EURALIUS V konzentriert sich auf die Gesamtkonsolidierung der im Vorgängerprojekt EURALIUS IV erarbeiteten gesetzlichen Grundlagen der Justizreform mit den Schwerpunkten:

- Entwicklung einer Übergangsstrategie mit dem Ziel der Kompensation personeller Auswirkungen der laufenden Vetting-Verfahren sowie Unterstützung der Umsetzung der Übergangsstrategie
- Kapazitätsbildungsmaßnahmen für neu errichtete Selbstverwaltungsinstitutionen der Justiz
- Strategien zum effektiven Abbau von Fallrückständen am Obersten Gericht
- Unterstützung der Sonderstaatsanwaltschaften und der Gerichte für Antikorruption sowie
- Flankierende IT-Maßnahmen für den gesamten Justizsektor

Hervorzuheben ist die Erarbeitung einer sogenannten „Transition Matrix“, die Übergangsstrategien zur weiteren effektiven Gestaltung der Arbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften bis zu deren voller personeller Wiederbesetzung anbietet, was vor dem Hintergrund der durch das laufende Vetting-Verfahren reduzierten Anzahl der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte von großer Bedeutung ist. Die letzte Phase des Projekts konzentriert sich auf die Sicherstellung der Nachhaltigkeit umgesetzter Maßnahmen sowie auf den Wissenstransfer an die albanischen Institutionen.

Ausblick

Albanien bleibt auch 2021 ein wichtiger Partner für die IRZ, insbesondere im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen und die damit verbundenen notwendigen Reformen. Für 2021 ist daher geplant, neben der Fortsetzung des EURALIUS V-Projekts, welches eventuell bis Ende 2021 verlängert wird, auch bilateral die Zusammenarbeit mit dem Obersten Gericht zu vertiefen. Daneben sollen die Aktivitäten im Bereich der Vermögensabschöpfung weiter intensiviert und die Aus- und Fortbildung von Juristinnen und Juristen mit der Magistratenschule fortgesetzt werden. Zudem soll die Kooperation mit der Rechtsanwaltskammer um weitere Themen ergänzt werden. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit der albanischen Notarkammer.

in the project are: Centre for International Legal Cooperation (CILC/Netherlands), Agency for Economic Development (aed/Austria) and Consiglio Superiore della Magistratura (CSM/Italy).

Despite the considerable impact of the COVID-19 pandemic, the EURALIUS V project was able to continue its work without interruption, thanks to the immense commitment shown by the entire team.

EURALIUS V concentrates on overall consolidation of the legal framework of the judicial reform developed in the predecessor project EURALIUS IV, with the priorities:

- Development of a transition strategy to compensate for the personnel effects of ongoing vetting procedures and support in implementing the transition strategy
- Capacity building measures for the newly established self-governing institutions within the judiciary
- Strategies for effective reduction in the case backlog at the Supreme Court
- Support for the Special Public Prosecutor's Offices and the anti-corruption courts and
- Concurrent IT measures for the entire judicial sector

Of particular note is the development of a “Transition Matrix”, which provides transition strategies for continued effective organisation of the work of the courts and Public Prosecutor's Offices until they are back to full staffing levels. This is of great importance given the reduced number of judges and public prosecutors due to the ongoing vetting procedure. The final phase of the project concentrates on assuring the sustainability of implemented measures and on knowledge transfer to the Albanian institutions.

Outlook

Albania will remain an important partner to IRZ in 2021, especially with regard to the accession negotiations and the associated reforms that are necessary. Therefore it is planned to broaden cooperation with the Supreme Court in 2021, in addition to continuing the EURALIUS V project, which may be extended until the end of 2021. Moreover, activities in the area of the asset recovery will be further intensified and cooperation with the School of Magistrates to provide basic and further training to legal professionals will continue. Additional topics will also be added to widen cooperation with the National Chamber of Albanian Bar Association. The same applies to the work with the National Chamber of Notaries of Albania.

Name: Demokratische
Volksrepublik Algerien
Hauptstadt: Algier
Bevölkerung: ca. 43 Millionen
Regierungssystem:
Semi-präsidentielles System

Name: People's Democratic
Republic of Algeria
Capital city: Algiers
Population: approx. 43 million
System of government:
Semi-presidential system



Algerien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nach massiven Protesten innerhalb der Bevölkerung, der sogenannten „Hirak“-Bewegung, sah sich der seit 20 Jahren regierende Präsident Abdelaziz Bouteflika im April 2019 zum Rücktritt gezwungen. Acht Monate später ging Abdelmadjid Tebboune, ehemaliges Mitglied der Regierungspartei Bouteflikas, als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Bis zum Ausbruch der COVID-19-Pandemie gab es weitere Demonstrationen mit der Forderung einer Reformierung des gesamten politischen Systems.

Im Februar 2020 wurde ein Aktionsplan der Regierung veröffentlicht, der grundlegende Reformen, beispielsweise im Justizwesen, vorsieht. Schwerpunkt hierbei ist unter anderem die Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zur Justiz für die gesamte Bevölkerung. Aufgrund der COVID-19-Pandemie verhängte die algerische Regierung im März 2020 einen Ausnahmezustand mit einer Ausgangssperre und einem Versammlungsverbot. Die Proteste der „Hirak“-Bewegung flachten daraufhin größtenteils ab.

Die Verfassungsänderung, über die die Bevölkerung Algeriens Anfang November 2020 abstimmte, zählt zu den Reformen, die Präsident Tebboune bereits nach seiner Wahl angekündigt hatte. Im Vorfeld des Verfassungsreferendums rief die Protestbewegung „Hirak“ zum Boykott auf, was sich in einer geringen Wahlbeteiligung widerspiegelte. Die Mehrheit der teilnehmenden Wählerschaft stimmte für die Verfassungsänderung, die unter anderem eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten oder zukünftiger Präsidentinnen sowie der Parlamentsabgeordneten auf zwei Wahlperioden vorsieht. Des Weiteren sollen durch die neue Verfassung weitere wirtschaftliche und soziale Rechte garantiert werden. Präsident Tebboune sieht die Reformen als Entgegenkommen in Bezug auf die Forderungen der Protestbewegung. Kritische Stimmen bezeichnen sie als nicht weitreichend genug.

Konzeption

Die Zusammenarbeit der IRZ mit den algerischen Partnern stellt einen wichtigen Mehrwert für beide Seiten dar und soll langfristig die Kooperation zwischen deutschen und algerischen Institutionen erleichtern und beschleunigen. Allerdings war Algerien im Berichtsjahr von der COVID-19-Pandemie sehr stark durch monatelanger Ausgangssperren betroffen. Das Land ist zudem wenig digitalisiert, weshalb trotz großer Kooperationsbereitschaft kaum Veranstaltungen durchgeführt werden konnten.

Schwerpunkte der Kooperation waren bisher grundsätzlich die Bereiche des Strafrechts, des Strafvollzugs sowie der Rechtspflege. Durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ist auch in Algerien das Thema Digitalisierung stärker in den Vordergrund gerückt, sodass die IRZ eine Veranstaltung mit einem Erfahrungsaustausch zu den Themen E-Justiz und elektronischer Rechtsverkehr ermöglicht hat.

Algeria

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Facing massive popular protests known as the Hirak movement, President Abdelaziz Bouteflika felt compelled to resign in April 2019 after 20 years in power. Abdelmadjid Tebboune, a former member of Bouteflika's ruling party, emerged victorious from the presidential elections eight months later. Demonstrations demanding reforms of the entire political system continued until the outbreak of the COVID-19 pandemic.

In February 2020, the government published an action plan detailing fundamental reforms, for instance of the judicial system. Its priorities include the creation of equal access to the judiciary for the entire population. Faced with the COVID-19 pandemic, the Algerian government imposed a state of emergency in March 2020 with a curfew and a ban on assemblies. The Hirak movement protests then largely subsided.

The constitutional amendment, which was the subject of a referendum in Algeria in early November 2020, is one of the reforms that President Tebboune had already announced after his election. In the run-up to the vote, the Hirak protest movement called for a boycott that was reflected in the low turnout. A majority of voters said yes to the constitutional amendment, which, among other things, limits the term of office of the president or future presidents and members of parliament to two terms. The new constitution should also guarantee further economic and social rights. President Tebboune sees the reforms as a concession to the demands of the protest movement. Critics claim that they do not go far enough.

Overall Concept

Cooperation between IRZ and its Algerian partners provides important added value for both sides and is intended to facilitate and accelerate the cooperation between German and Algerian institutions in the long term. However, Algeria was severely affected by the COVID-19 pandemic in the reporting year, leading to curfews lasting months. The availability of digital media in the country is also poor, which is why barely any events could be held despite a great willingness to cooperate.

Until now, cooperation has mainly prioritised areas of criminal law, the penitentiary system and the administration of justice. The impact of the COVID-19 pandemic has also brought the issue of digitisation to the forefront in Algeria, so IRZ facilitated an event with an exchange of experience on the topics of e-justice and electronic legal transactions.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Rechtspflege

- Teilnahme der algerischen Anwaltskammer an der Online-Regionalkonferenz „Elektronischer Rechtsverkehr – Digitalisierung der Justiz“ in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer
- Unterstützung der Fachbibliothek des algerischen Justizministeriums

Ausblick

In der Hoffnung, dass sich die geschilderten Rahmenbedingungen 2021 verbessern, soll die Zusammenarbeit mit Algerien intensiviert werden. Sie wird sich, nach Möglichkeit auch auf elektronischem Weg, themenspezifisch flexibel an aktuellen Herausforderungen ausrichten. Die Veranstaltungen, die pandemiebedingt 2020 ausgefallen sind, sollen im Jahr 2021 nachgeholt werden. Darunter fallen unter anderem Maßnahmen zur Unterstützung der Reformen im Strafprozessrecht mit dem Ziel, Haftstrafen zu verkürzen und die Anwendung alternativer Strafen zu stärken. Zudem ist eine Zusammenarbeit in Strafsachen (internationale Rechtshilfeersuchen, Ermittlungs- und Vollstreckungshilfe), zum Thema Vermögensabschöpfung sowie im Bereich der Rechtspflege geplant. Darüber hinaus ist sowohl eine weitere Kooperation im Zivil- und Wirtschaftsrecht vorgesehen als auch zu den Themen Strafvollzug und Resozialisierung, um die Ergebnisse des in 2019 mit Mitteln des Auswärtigen Amtes abgeschlossenen Projekts „Strafvollzugsreform in Algerien“ in diesem Bereich nachhaltig zu sichern.

Focus of Activity in 2020

Administration of Justice

- Participation by the Bar Association of Algeria in the online regional conference “Electronic legal transactions – digitisation of the judiciary” in cooperation with the German Federal Bar
- Support for the technical library at the Algerian Ministry of Justice

Outlook

Cooperation with Algeria will be intensified in the hope that the circumstances described above improve in 2021. It will be adapted flexibly to current challenges, also using electronic technology if possible. There are plans to hold the events in 2021 that were cancelled in 2020 due to the pandemic. These include measures to support reforms in criminal procedure law with the aim of shortening prison sentences and strengthening the imposition of alternative sentences. Moreover, cooperation is planned in criminal matters (requests for international mutual legal assistance, investigative and enforcement assistance) on the subject of asset recovery and in the area of the administration of justice. In addition, further cooperation in civil and commercial law is planned, as well as on the topics of penitentiary system and rehabilitation. The aim is to secure in the long term the results from the project “Penitentiary reform in Algeria”, which was completed in 2019 with funding from the Federal Foreign Office.

Name: Republik Armenien
Hauptstadt: Eriwan
Bevölkerung: ca. 2,9 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarisches System

Name: Republic of Armenia
Capital city: Yerevan
Population: approx. 2.9 million
System of government:
Parliamentary system



Armenien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Seit der Samtenen Revolution in 2018 stehen insbesondere im Justizbereich ehrgeizige Reformpläne im Mittelpunkt der Regierungsarbeit von Premierminister Nikol Pashinyan. Zentrale Vorhaben sind dabei der Aufbau stabiler demokratischer Institutionen, die Bekämpfung von Korruption sowie Reformen in den Bereichen Strafrecht, Strafvollzugs- und Strafprozessrecht sowie Verfassungsrecht.

Auch wenn Reformen mit hohem Tempo umgesetzt werden und die Regierung viel dafür tut, die Bevölkerung von den notwendigen Reformen zu überzeugen, sind diese Umbrüche nicht immer unumstritten. Insbesondere

Armenia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Prime Minister Nikol Pashinyan's government has focused on ambitious reform plans in the judicial field especially since the Velvet Revolution in 2018. Key projects include the establishment of stable democratic institutions, policies to combat corruption and reforms in the areas of criminal law, penitentiary law, criminal procedure law and constitutional law.

Although reforms are moving forward at a fast pace and the government is doing a lot to convince the population of their necessity, these upheavals are not always uncontroversial. The Constitutional Court came under particular criticism in 2020 because the majority of its judges had been

das Verfassungsgericht stand im Jahr 2020 in der Kritik, da die Mehrzahl seiner Richterinnen und Richter nach der mittlerweile nicht mehr gültigen Verfahrensweise auf Lebenszeit ernannt worden war. Anfängliche Versuche, die Richterinnen und Richter durch Anreize zur Amtsniederlegung zu bewegen, scheiterten. In einem für Anfang April 2020 vorgesehenen Referendum sollte über eine Änderung der Verfassung abgestimmt werden, die eine sofortige Entlassung von sieben der neun Richterinnen und Richter ermöglicht hätte. Aufgrund des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie wurde das Referendum jedoch abgesagt, sodass letztendlich das Parlament, in dem die Regierungspartei über eine absolute Mehrheit verfügt, die Verfassungsänderung verabschiedete. Drei Verfassungsrichter mussten ihr Amt sofort niederlegen und wurden ersetzt, weitere Entlassungen werden folgen. Das Amt des Präsidenten wurde dem bisherigen Amtsinhaber entzogen, er blieb aber als Richter im Amt.

Neben der Justizreform haben die Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der Konflikt in Bergkarabach die Innen- und Außenpolitik im Berichtsjahr maßgeblich geprägt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern diese beiden Krisen Auswirkungen auf den eingeschlagenen Reformkurs haben werden.

Konzeption

Die bisherigen Beratungen, die im bilateralen Bereich traditionell überwiegend im Bereich des Strafrechts und des Strafvollzugsrechts erfolgten, konnten 2020 durch Themen wie beispielsweise das Notarrecht ergänzt werden. Somit kam es zur Aufnahme neuer Partner, wie des 2018 gegründeten Obersten Justizrats.

Die Reformen im Strafvollzugsbereich werden durch Trainings und Workshops an Justizvollzugsanstalten bereits in Vertiefungsphasen durch deutsche Expertise unterstützt. Leider konnten diese praxisorientierten Maßnahmen für zwei neue Justizvollzugsanstalten aufgrund der COVID-19-Pandemie nur eingeschränkt online fortgesetzt werden.

Abschlusskonferenz des Pilotprojekts zum Thema „Praktische Fragen im Vollzug:

Entwicklung von maßgeschneiderten Konzepten für die dringendsten Fragen an vier Justizvollzugsanstalten“ in Eriwan: Artak Haratyunyan, Erster stellv. Leiter des Strafvollzugsdepartments im Justizministerium; IRZ-Experte Thomas Müller, Leitender Regierungsdirektor, Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Karlsruhe; Arpine Sargsyan, Leiterin der Abteilung für Strafvollzugspolitik im Justizministerium; IRZ-Experte Heinz Brüche, Ausbildungsleiter im Bildungszentrum Justizvollzug Baden-Württemberg; Nelly Tumasyan, IRZ-Projekt Koordinatorin in Armenien (v.r.n.l.)

Final conference of the pilot project on “Practical issues in the enforcement system:

Developing tailored approaches to the most pressing issues at four penitentiary institutions“ in Yerevan: Artak Haratyunyan, First Deputy Head of the Penitentiary Department at the Ministry of Justice; IRZ expert Thomas Müller, Senior Government Official, Head of the Karlsruhe Correctional Facility; Arpine Sargsyan, Head of Department of Prison Policy at the Ministry of Justice; IRZ expert Heinz Brüche, Head of Training at the Baden-Württemberg Prison Training Centre; Nelly Tumasyan, IRZ Project Coordinator in Armenia (from right to left)

appointed for life according to a now defunct procedure. Initial attempts to incentivise judges to step down failed. A referendum scheduled for early April 2020 was to vote on a constitutional amendment that would have permitted the immediate dismissal of seven of the nine judges. But the referendum was postponed due to the outbreak of the COVID-19 pandemic, so parliament, in which the ruling party has an absolute majority, ultimately passed the constitutional amendment. Three constitutional judges had to resign immediately and were replaced; other dismissals will follow. The office of the president was taken away from the former incumbent, although he remained as a judge.

In addition to judicial reform, domestic and foreign policy during the reporting year were largely dominated by management of the COVID-19 pandemic and the conflict in Nagorno-Karabakh. It remains to be seen how these two crises will affect the current reform course.

Overall Concept

During 2020, topics such as notary law were added to the bilateral advisory measures, which have traditionally prioritised the areas of criminal law and penitentiary law until now. This enabled the inclusion of new partners, among them the Supreme Judicial Council that was established in 2018.

German expertise was used to support reforms in the penitentiary system through the organisation of training and workshops at correctional facilities during the intensification phases. Unfortunately, it was only possible to continue these practical measures for two new correctional facilities in a restricted, virtual setting due to the COVID-19 pandemic.



Gemeinsam mit der Staatlichen Universität Eriwan legt die IRZ einen Fokus auf die Fortbildung des juristischen Nachwuchses. Durch ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Projekt wurden Studierende beispielsweise durch die Teilnahme an einer Herbstschule im Hybridformat zu den Themen Menschenrechte, Europarecht, Verfassungsrecht und Medienrecht durch deutsche Expertinnen und Experten geschult.

Neben den bilateralen Aktivitäten wird seit 2020 ein Grant-Projekt der EU implementiert. Dieses hat die weitere Konsolidierung der Justiz in Armenien zum Ziel. Die bilateralen Aktivitäten werden mit den Aktivitäten des Grant-Projekts abgestimmt, um Doppelungen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

Rechtspflege

- Beratung der Notarkammer als Hybridveranstaltung zu notarrechtlichen Fragen, Digitalisierung und Geldwäscheprävention
- Online-Seminar mit der Anwaltskammer zur Pressearbeit der Anwältinnen und Anwälte und zur Anwältin oder zum Anwalt in der Öffentlichkeit
- Hybrid-Seminar mit dem Obersten Justizrat der Republik Armenien „Einstellungsverfahren für neue Richterinnen und Richter“ und „Richterliche Immunität“ in Tsaghkadzor

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Zwei Workshops und eine Abschlusskonferenz zu praktischen Fragen des Strafvollzugs, zur Entwicklung maßgeschneiderter Konzepte für Justizvollzugsanstalten in Armenien – Vertiefungsphase an den Justizvollzugsanstalten Sevan und Artik
- Zwei Hybrid-Workshops an zwei weiteren Justizvollzugsanstalten im Rahmen eines neuen Pilotprojekts im Strafvollzug zu dem oben genannten Thema
- Hybrid-Seminar mit dem Sonderermittlungsdienst „Rückführung von illegal erworbenem Vermögen aus dem Ausland, Geldwäsche u.a.“ in Tsaghkadzor

IRZ places a focus on the further training of young legal professionals in cooperation with the Yerevan State University. In a project funded by the Federal Foreign Office, students received training from German experts, for instance by participating in an autumn school in a hybrid format on the topics of human rights, European law, constitutional law and media law.

An EU Grant Project has also been running since 2020 in addition to the bilateral activities. This aims to continue consolidating the Armenian judiciary. The bilateral measures were coordinated with the Grant Project activities in order to prevent duplicate work and to harness synergy.

Administration of Justice

- Advisory measures for the Notary Chamber as a hybrid event on notarial law issues, digitalisation and the prevention of money laundering
- Online seminar with the Lawyers' Association of the Republic of Armenia on public relations for lawyers and on lawyers as public figures
- Hybrid seminar with the Supreme Judicial Council of the Republic of Armenia on "Recruitment procedures for new judges" and "Judicial immunity" in Tsaghkadzor

Criminal and Penitentiary Law

- Two workshops and a final conference on practical issues of the penitentiary system for the development of tailored concepts for correctional facilities in Armenia – intensification phase at Sevan and Artik correctional facilities
- Two hybrid workshops at two further correctional facilities as part of a pilot project in the penitentiary system on the aforementioned topic
- Hybrid seminar with the Special Investigation Service "Recovery of illegally acquired assets from abroad, money laundering, etc." in Tsaghkadzor



In Kooperation mit dem Obersten Justizrat der Republik Armenien Seminar zu den Themen „Einstellungsverfahren für neue Richterinnen und Richter“ und „Richterliche Integrität“ in Tsaghkadzor/Republik Armenien im Hybridformat: (v.r.n.l.): Rafik Grigoryan, stellv. Justizminister der Republik Armenien; Stepan Mikayelyan, Mitglied des Obersten Justizrates der Republik Armenien; Nelly Tumasyan, IRZ-Projekt-koordinatorin in Armenien

Hybrid seminar in cooperation with the Supreme Judicial Council of the Republic of Armenia on "Recruitment procedures for new judges" and "Judicial integrity" in Tsaghkadzor/ Republic of Armenia: (from right to left): Rafik Grigoryan, Deputy Minister of Justice of the Republic of Armenia; Stepan Mikayelyan, Member of the Supreme Judicial Council of the Republic of Armenia; Nelly Tumasyan, IRZ Project Coordinator in Armenia

Aus- und Fortbildung

- Zwei Online-Gastvorlesungen an der Juristischen Fakultät der Universität Eriwan zum Strafvollzug
- Durchführung eines landesweiten Hybrid-Moot-Courts zum Strafrecht und Strafprozessrecht in Kooperation mit der Staatlichen Universität Eriwan
- Online-Seminar für angehende und aktive Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zum Thema „Vermutungen und Beweislast im Strafprozess“ in Kooperation mit der Justizakademie
- Vier jeweils einwöchige Herbstschulen im Hybridformat für Studierende zu den Themen „Menschenrechte, Europa-, Verfassungs- und Medienrecht“, finanziert durch das Auswärtige Amt

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt: „Consolidation of the Justice System in Armenia“

Seit Juni 2020 implementiert die IRZ dieses EU-Grant-Projekt federführend in Armenien. In Partnerschaft mit der französischen Organisation Justice Cooperation International (JCI) und der lettischen Gerichtsverwaltung widmet sich das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 2,2 Millionen Euro bei einer Laufzeit von 24 Monaten der Gesamtkonsolidierung der armenischen Justizreform.

Nach dem Zuschlag im Februar 2020 musste der Projektstart aufgrund der COVID-19-Pandemie auf Juni verlegt werden. Seit diesem Zeitpunkt arbeitet das Projekt mit zwei internationalen und zwei nationalen Langzeitexpertinnen und Langzeitexperten weitgehend online. Der herausfordernde Aufbau einer digitalen Büro- und Projektinfrastruktur wie auch die überwiegende virtuelle Kontaktaufnahme mit Partnern und Institutionen ist gelungen.

Das Projekt legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Begleitung und Durchführung der Justizreformstrategie „Strategy for Judicial and Legal Reforms 2019–2023“, die im Herbst 2019 durch das armenische Parlament verabschiedet wurde. In der Kooperation mit zahlreichen Akteuren des armenischen Justizsektors, schwerpunktmäßig des Justizministeriums und der Justizakademie, werden neben den Zielgruppen der Richterschaft, Staatsanwaltschaft und Anwaltschaft auch nicht richterliches Personal der Gerichte und zivilgesellschaftliche Akteure angesprochen.

Als übergeordnetes Ziel gilt es, das Vertrauen der armenischen Bevölkerung in das Justizsystem zu erhöhen. Folglich wird eine Stärkung der Integrität, Transparenz und Effizienz des Justizsystems verfolgt. Zu den zentralen Maßnahmen zählen daher die Unterstützung in der erfolgreichen Umsetzung der angestrebten Reform, die Bekämpfung von Korruption und die umfassende Verbesserung der juristischen Aus- und Fortbildung. Eine weitere Komponente ist zudem die Etablierung eines umfassenden Systems des Gerichtsmonitorings und der Integritätsprüfung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten.

Basic and Further Training

- Two online guest lectures on the penitentiary system at the University of Yerevan Faculty of Law
- Organisation of a nationwide hybrid moot court on criminal law and criminal procedure law in cooperation with Yerevan State University
- Online seminar for prospective and active judges and public prosecutors on the topic of “Presumptions and burden of proof in criminal proceedings” in cooperation with the Judicial Academy
- Four one-week autumn schools for students in a hybrid format on the topics of “Human rights, European, constitutional and media law”, funded by the Federal Foreign Office

Project funded by the European Union

EU Grant Project: “Consolidation of the Justice System in Armenia“

IRZ has been in charge of implementing this EU Grant Project in Armenia since June 2020. Endowed with a total volume of € 2.2 million and scheduled to run for 24 months, this project is focused on general consolidation of the Armenian judicial reform and is being conducted in partnership with the French organisation Justice Cooperation International (JCI) and the Latvian Court Administration.

The COVID-19 pandemic made it necessary to postpone the start of the project until June after the contract had been awarded in February 2020. Two national and two international long-term experts have worked on the project since then, albeit mainly online. The challenging tasks of establishing a digital office and project infrastructure as well as the predominantly virtual contact with partners and institutions have been successful.

A particular priority of this project is on the support and implementation of the judicial reform strategy “Strategy for Judicial and Legal Reforms 2019–2023”, which was adopted by the Armenian parliament in autumn 2019. Aside from the target groups of judges, public prosecutors and lawyers, this cooperation with numerous actors within the Armenian judiciary, predominantly the Ministry of Justice and the Judicial Academy, also addresses non-judicial court staff and civil society stakeholders.

The overarching objective is to raise the confidence of the Armenian population in the judicial system. For this reason, a strategy of bolstering the integrity, transparency and efficiency of the judicial system is pursued. Key measures therefore include support in the successful implementation of the intended reform, policies to combat corruption and the comprehensive improvement of alternative legal education and training. Another component is to establish a comprehensive system of court monitoring and vetting for judges and public prosecutors.



Im Rahmen des vom Auswärtigen Amt geförderten Projekts zum Thema „Fortbildung von juristischem Nachwuchs in Armenien“ Herbstschule zum Europarecht in Eriwan im Hybrid-Format, hier mit Prof. Gagik Ghazinyan, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Staatlichen Universität Eriwan (Mitte)

During the project funded by the Federal Foreign Office on the topic of “Further training of young legal professionals”, autumn school on European law in Yerevan in a hybrid format, here with Prof. Gagik Ghazinyan, Dean of the Faculty of Law at Yerevan State University (centre)

Ausblick

Die Kooperation mit den armenischen Partnern auf dem Gebiet des Strafrechts und Strafvollzugsrechts soll ebenso fortgesetzt werden wie die Zusammenarbeit im Bereich der Bewährungshilfe. Darüber hinaus wird auch 2021 die Fortbildung des juristischen Nachwuchses einen wichtigen Schwerpunkt bilden. Durch die Implementierung des Grant-Projekts besteht zudem die Möglichkeit, 2021 die Reformen in größerem Umfang zu begleiten.

Outlook

Cooperation with the Armenian partners in the field of criminal law and penitentiary law will continue, alongside collaboration in the area of probation services. In addition, further training of young legal professionals will be another important priority in 2021. Through the implementation of the Grant Project the chance is given to accompany the reform on a larger scale in 2021.

Name: Republik Belarus
Hauptstadt: Minsk
Bevölkerung: ca. 9,5 Millionen
Regierungssystem: Präsidialsystem

Name: Republic of Belarus
Capital city: Minsk
Population: approx. 9.5 million
System of government:
Presidential system



Belarus

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Die Entwicklung der Menschenrechtslage im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen im August 2020 ist ein trauriges Kapitel in der jüngeren belarussischen Geschichte. Friedliche Demonstrationen wurden teilweise unter Einsatz von Gewalt aufgelöst, zahlreiche Bürgerinnen und Bürger eingeschüchtert und Oppositionelle inhaftiert. Auch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte waren hiervon betroffen.

Vor diesem Hintergrund ist die angekündigte Verfassungsreform des weiterhin autokratisch regierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko einzuordnen. Sie wurde schon seit Längerem in Aussicht gestellt, jedoch ohne Inhalte zu benennen. Die bis zu den Wahlen umgesetzten Reformen im Rechts- und Justizbereich bezogen sich auf die seit geraumer Zeit angestrebte Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Zivilprozessordnung. Das belarussische Zivilprozessgesetz und das Wirtschaftsprozessgesetz beinhalten zum Teil unterschiedliche Regelungen ähnlicher Abläufe in Berufungsfällen, zwangsläufig kommt es zu Rechtskollisionen. Eine Arbeitsgruppe am Obersten Gericht ist mit der Erarbeitung einer einheitlichen Prozessordnung befasst, die innerhalb von zwei Jahren verabschiedet werden soll.

Konzeption

Die seit 2016 wieder aufgenommene Beratung der belarussischen Partner seitens der IRZ konzentrierte sich im Vorfeld der Wahlen auf Projektaktivitäten zum Menschenrechtsschutz in der Rechtsanwendungspraxis und auf die Rechtspflege.

Für das Projekt zum Schutz der Menschenrechte bewilligte das Auswärtige Amt Mittel für verschiedene Maßnahmen mit der Rechtsanwaltskammer und der Belarussischen Staatlichen Universität. Pandemiebedingt wurde die erste Veranstaltung für die Rechtsanwaltskammer von einem Präsenz- auf ein Online-Format umgestellt und konnte im Juli 2020 durchgeführt werden. Anhand der von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingebrachten Kommentare und Fragen an die IRZ-Experten zum Mandatsgeheimnis, zu verbotenen Beweiserhebungen und zur Beweisverwertung in Strafprozessen zeigte sich das enorme Interesse der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und der auch aus ihrer Sicht hohe Stellenwert der Durchsetzung von Menschenrechten.

Die mit der Belarussischen Staatlichen Universität geplanten Konferenzen im Rahmen des Förderprojekts des Auswärtigen Amts ließen sich 2020 jedoch nicht realisieren und wurden auf 2021 verschoben.

In Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer wurde eine Online-Konferenz zur Regulierung der Rechtsberatung und zur Prozesskostenhilfe mit der belarussischen Rechtsanwaltskammer ausgerichtet. Darüber hinaus beteiligte sich die IRZ an einer multilateralen Konferenz, die die Bundesrechtsanwaltskammer in Minsk mit der belarussischen, ukrainischen und russischen Rechtsanwaltskammer zu justiz- und berufsrechtlichen Themen durchführte.

Belarus

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The development of the human rights situation following the presidential elections in August 2020 is a sad chapter in recent Belarusian history. Peaceful demonstrations were broken up, sometimes violently, numerous citizens were intimidated and opposition activists were imprisoned. Lawyers were not spared either.

The constitutional reform announced by President Alexander Lukashenko, who continues to rule autocratically, must be viewed through this filter. Constitutional reform has been promised for a long time, but without any specific details. The reforms implemented prior to the elections in the legal and judicial fields related to a unification of the Economic Procedural Code and the Civil Procedure Code, where efforts had been ongoing for some time. In some areas, the Belarusian Civil Procedure Code and the Economic Procedural Code contain different regulations of similar procedures in appeal cases, which inevitably lead to conflicts of law. A working group at the Supreme Court is in charge of drafting a uniform code of procedure that should be adopted within the next two years.

Overall Concept

In the run-up to the elections, the advisory measures provided by IRZ to Belarusian partners, which resumed in 2016, focused on project activities on the protection of human rights in the application of the law and on the administration of justice.

The Federal Foreign Office approved funds for various activities with the National Bar Association and the Belarusian State University for the project on the protection of human rights. Due to the pandemic, the first event for the Bar Association was changed from a physical to an online format and was held in July 2020. The participants' comments and questions to the IRZ experts on lawyer-client privilege, prohibited evidence gathering and the use of evidence in criminal proceedings demonstrated the huge interest among the lawyers and the high importance they attach to the enforcement of human rights.

However, the conference with the Belarusian State University that was planned within the framework of the project funded by the Federal Foreign Office could not take place in 2020 and had to be postponed to 2021.

An online conference on the regulation of legal advice and legal aid was hosted with the Belarusian Bar Association, in cooperation with the German Federal Bar. In addition, IRZ contributed to a multilateral conference in Minsk that was organised by the German Federal Bar with the Belarusian, Ukrainian and Russian bar associations to discuss issues of judicial and professional policy.



Teilnehmende der multilateralen Fachtagung über aktuelle berufs- und justizpolitische Themen mit der russischen, ukrainischen und belarussischen Anwaltschaft in Minsk

Participants at the multilateral expert conference on current professional and judicial policy issues with the Russian, Ukrainian and Belarus legal profession in Minsk



links: Natalia Borisenko, Vorsitzende der belarussischen Notarkammer; außen rechts (in weiß): Hanna Mikhalevitsch, stellvertretende Leiterin der Abteilung für Notariat und Standesämter im Justizministerium der Republik Belarus

left: Natalia Borisenko, Chair of the Notary Chamber of Belarus; far right (in white): Hanna Mikhalevich, Deputy Head of the Department of Notary and Registry Offices at the Ministry of Justice of the Republic of Belarus

Die Rechtspflege fördert die IRZ bereits längere Zeit durch eine Kooperation mit der belarussischen Notarkammer. Die Beratungen trugen dazu dabei, dass die Notarkammer Ende 2019 in die internationale Union des Notariats (U. I. N. L.) aufgenommen wurde. Das machte den Weg frei für eine engere, länderübergreifende Zusammenarbeit der Notariate.

IRZ has promoted the administration of justice for some time in a cooperation with the Notary Chamber of Belarus. The advisory measures contributed to the Notary Chamber being accepted into the International Union of Notaries (UINL) in late 2019. This paves the way for closer cross-border cooperation between the notaries' offices.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Online-Seminar mit der Rechtsanwaltskammer „Grundrechte in Deutschland und Belarus im Vergleich, Grundrechtsschutz durch Verfahren und Schutz von Menschenrechten durch Organe der Rechtspflege“

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online seminar with the Bar Association “A comparison of fundamental rights in Germany and Belarus, protection of fundamental rights through proceedings and protection of human rights by organs of the administration of justice”

Bosnien und Herzegowina

Rechtspflege

- Unterstützung und Beteiligung an einer multilateralen Fachtagung zu aktuellen justiz- und berufspolitischen Themen mit Vertreterinnen und Vertretern der Rechtsanwaltskammern von Belarus, der Ukraine, der Russischen Föderation und Deutschland (3+1-Treffen)
- Unterstützung und Beteiligung an einer Online-Konferenz zur Regulierung des Rechtsberatungsmarkts, der Prozesskosten- und Beratungshilfe in Belarus und Deutschland, durchgeführt von der Bundesrechtsanwaltskammer
- Online-Workshop mit Unterstützung der Bundesnotarkammer „Notartätigkeit als Mittel zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Darstellung des rechtlichen Rahmens in Deutschland“ mit der belarussischen Notarkammer

Ausblick

Im Vordergrund stehen in der Projektförderung des Auswärtigen Amts Themen zum Schutz der Menschenrechte. Die IRZ wird in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eine Fortsetzung der Zusammenarbeit prüfen.

Name: Bosnien und Herzegowina
Hauptstadt: Sarajevo
Bevölkerung: ca. 3,5 Millionen
Regierungssystem: Demokratischer Staat mit zwei weitgehend autonomen Entitäten: Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) und Republika Srpska (RS) sowie dem Distrikt Brčko als Gebiet mit Rechtsnatur sui generi

Name: Bosnia and Herzegovina
Capital city: Sarajevo
Population: approx. 3.5 million
System of government: Democratic state with two largely autonomous entities: Federation of Bosnia and Herzegovina (FBiH), Republika Srpska (RS) and the Brčko District as an area with sui generis legal status

Bosnia and Herzegovina

Administration of Justice

- Support of and participation in a multilateral symposium on current judicial and professional policy issues with representatives of the bar associations of Belarus, Ukraine, the Russian Federation and Germany (3+1 Meeting)
- Support of and participation in an online conference on the regulation of the legal advice market, legal aid and advice in Belarus and Germany, conducted by the German Federal Bar
- Online workshop with the support of the Federal Chamber of Notaries on “Notarial work as a means of combating organised crime and presentation of the legal framework in Germany” with the Notary Chamber of Belarus

Outlook

Project grant provided by the Federal Foreign Office focuses on issues relating to the protection of human rights. IRZ will review continuation of the cooperation in close consultation with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection.



Bosnien und Herzegowina

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Bosnien und Herzegowina, dessen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU am 1. Juni 2015 in Kraft trat und das im Jahr darauf den Antrag auf Beitritt zur EU stellte, hat kriegsbedingt verspätet mit der Transformation des Rechtssystems begonnen. Umso dringlicher ist die Umsetzung rechtsstaatlicher Standards. Schwierigkeiten bei der Projektarbeit ergeben sich in Bosnien und Herzegowina aufgrund des ausgeprägten föderalen Systems, da beide Entitäten nur eingeschränkt miteinander kooperieren, was der Rechtszersplitterung Vorschub leistet. Außerdem verursachen innenpolitische Konflikte nach wie vor einen Reformstillstand. Im Jahr 2020 mussten darüber hinaus aufgrund der COVID-19-Pandemie die Kommunalwahlen verschoben werden.

Bosnia and Herzegovina

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Bosnia and Herzegovina, whose Stabilisation and Association Agreement with the EU entered into force on 1 June 2015 and which applied for accession to the EU the following year, was late to start transforming its legal system due to the war. Implementing rule of law standards is therefore, a matter of even greater urgency. Difficulties associated with project work in Bosnia and Herzegovina emerge in connection with the pronounced federal system, as both entities only cooperate to a limited extent, which encourages fragmentation of the law. Moreover, internal political conflicts still lead to reform standstill. Local elections scheduled for 2020 also had to be postponed due to the COVID-19 pandemic.

Konzeption

Aufgrund der geschilderten Situation konzentriert sich die IRZ in Bosnien und Herzegowina insbesondere auf die Aus- und Weiterbildung von Juristinnen und Juristen. Dabei unterstützt die IRZ Veranstaltungen zum Zivil- und Wirtschaftsrecht an den Edukationszentren für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (CEST) der Entitäten Föderation Bosnien und Herzegowina in Sarajevo und Republika Srpska in Banja Luka und an den juristischen Fakultäten der Universitäten Sarajevo, Mostar und Zenica.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte arbeitet die IRZ zudem eng mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina und mit der Rechtshilfeorganisation Vaša Prava zusammen. Im Rahmen ihrer Aktivitäten lädt die IRZ Angehörige verschiedener Volksgruppen zu ihren Maßnahmen ein, um damit auch ethnischen Spannungen entgegenzuwirken.

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Virtuelle, regionale Verfassungsgerichtskonferenz „Sondervoten bei verfassungsrechtlichen Entscheidungen“ zusammen mit dem Verfassungsgericht des Dachstaats Bosnien und Herzegowina
- Distribution übersetzter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu verfassungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und anderen verfassungsrechtlichen Themen

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Regionale Konferenz zum Thema „Familienrecht im Zeitalter der Globalisierung“ im Rahmen der traditionellen jährlichen internationalen „Tage des Familienrechts“, gemeinsam durchgeführt mit der Juristischen Fakultät der Džemal-Bijedić-Universität in Mostar
- Online-Seminar „Menschenrechte unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechtergleichberechtigung und der Antidiskriminierung“ zusammen mit der Legal-Aid-Organisation Vaša Prava
- Online-Seminare mit dem CEST FBiH zu den Themen:
 - Das Verhältnis des Europarechts zum nationalen Recht
 - Europäisches und nationales Verbraucherschutzrecht
 - Anwendung des Sachenrechtsgesetzes
 - Vorbereitung und Durchführung von Berufungsverhandlungen in Zivilsachen durch die Richterinnen und Richter
- Online-Seminare mit dem CEST RS zu den Themen:
 - Rechtliche Aspekte des Verbraucherschutzes
 - Schadensersatz im Zivilrecht
 - Schutz der Eigentumsrechte

Rechtspflege

- Online-Seminar mit dem CEST FBiH zu den Themen:
 - Richterliche Vorbereitung auf die Gerichtsverhandlung
 - Verfahrensführung und Erlass von Entscheidungen
 - Ethik und Integrität der Richterinnen und Richter unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechtergleichberechtigung in der Justiz
- Online-Seminare mit dem CEST RS zu den Themen:
 - Gerichtlicher Vergleich – Förderung eines gerichtlichen Vergleichs durch das Gericht in der deutschen Praxis

Overall Concept

IRZ prioritises the basic and further training of lawyers in Bosnia and Herzegovina due to the situation described above. In this context, IRZ supports events on civil and commercial law at the Centre for Judicial and Prosecutorial Training (CEST) of the entities Federation of Bosnia and Herzegovina in Sarajevo and Republika Srpska in Banja Luka and at the law faculties of the universities of Sarajevo, Mostar and Zenica.

Moreover, IRZ cooperates closely with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina and with the Vaša Prava legal aid organisation in the area of human rights. As part of its activities, IRZ invites members of different ethnic groups to attend its measures as a means of counteracting ethnic tensions.

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Virtual, regional Constitutional Court conference “Dissenting votes in constitutional decisions” together with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina.
- Distribution of translated decisions of the Federal Constitutional Court (BVerfG) on constitutional matters related to the COVID-19 pandemic and other constitutional issues

Civil and Commercial Law

- Regional conference on “Family law in the age of globalisation” as part of the traditional annual international “Days of Family Law”, jointly organised with the Faculty of Law at Džemal-Bijedić University of Mostar
- Online seminar “Human rights with a special focus on gender equality and anti-discrimination” together with the Vaša Prava legal aid organisation
- Online seminars with CEST FBiH on the topics of:
 - Relationship between European law and national law
 - European and national consumer protection law
 - Application of the law of property
 - Preparation and implementation of appeal hearings in civil cases by the judges
- Online seminars with CEST RS on the topics of:
 - Legal aspects of consumer protection
 - Damages in civil law
 - Protection of ownership rights

Administration of Justice

- Online seminar with CEST FBiH on the topics of:
 - Judicial preparation for trials
 - Conduct of proceedings and issuance of decisions
 - Ethics and integrity of judges with special consideration of gender equality in the judiciary
- Online seminars with CEST RS on the topics of:
 - Court settlement – promotion of settlements by the court following German practice



Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina in Sarajevo

Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Seminare mit dem CEST FBiH zur Korruptionsbekämpfung

Aus- und Fortbildung

- Online-Seminarreihe zum Thema „Einführung in die juristische Fallmethode“ für Studierende und Promovierende der Juristischen Fakultät der Universität Zenica
- Beteiligung von Teilnehmenden aus Bosnien und Herzegowina an einer regionalen Online-Workshop-Reihe für deutschsprachige IRZ-Alumni aus den Partnerstaaten Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien zu den Themen:
 - COVID-19 und der deutsche Föderalismus
 - Arbeitsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Corona, Teil I und II
 - Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland
 - Verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit COVID-19, Teil I, II und III
 - Probleme der Sprachmittlung im juristischen Bereich
- Popularisierung des deutschen und europäischen Rechts durch weiteren Ausbau der „IRZ-Bibliothek des deutschen Rechts“ an der Juristischen Fakultät in Sarajevo sowie die Bereitstellung entsprechender Literatur für einschlägig tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende an der Juristischen Fakultät der Džemal-Bijedić-Universität in Mostar und in Zenica

Ausblick

Die IRZ wird 2021 ihre Projektarbeit in enger Abstimmung mit ihren Partnern in Bosnien und Herzegowina fortsetzen und vertiefen. Im Zentrum wird dabei die Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht des Staats und den Edukationszentren für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der beiden Entitäten stehen. Die IRZ strebt darüber hinaus an, nach Ende des gegenwärtigen Reformstaus wieder im Bereich der Gesetzgebungsberatung tätig zu werden, um die Rechtsharmonisierung zu unterstützen. Hierbei möchte sie mittels ihrer Expertinnen und Experten insbesondere Erfahrungen aus dem deutschen Föderalismus einbringen und zur Harmonisierung der Gesetzgebung der Entitäten in der Föderation Bosnien und Herzegowina beitragen.

Criminal and Penitentiary Law

- Online seminar with CEST FBiH on policy to combat corruption

Basic and Further Training

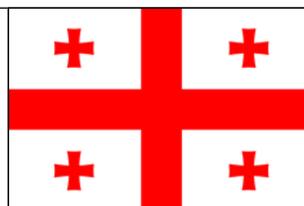
- Online seminar series on the topic of “Introduction to the legal case method” for undergraduates and doctoral students of the Faculty of Law at the University of Zenica
- Involvement of participants from Bosnia and Herzegovina in a regional online workshop series for German-speaking IRZ alumni from the partner states Bosnia and Herzegovina, Montenegro, North Macedonia and Serbia on the topics of:
 - COVID-19 and German federalism
 - Questions of labour law in connection with corona, parts I and II
 - Arbitration in Germany
 - Questions of constitutional law in connection with COVID-19, parts I, II and III
 - Problems of language mediation in the legal field
- Raising the profile of German and European law through further expansion of the “IRZ Library of German Law” at the Faculty of Law in Sarajevo and provision of suitable literature for researchers and students working in relevant areas at the Faculty of Law Džemal-Bijedić University in Mostar and Zenica

Outlook

In 2021, IRZ will continue and build on its project work in Bosnia and Herzegovina in close cooperation with its partners. A particular priority will be to continue cooperation with the country’s Constitutional Court and the Centres for Judicial and Prosecutorial Training in both entities. IRZ also aims to resume its activities in the area of legislative advice once the current reform backlog has been cleared, in order to promote legal harmonisation. In doing so, it is keen to deploy experts to add experience from German federalism in particular and contribute to the harmonisation of legislation in the entities of the Federation of Bosnia and Herzegovina.

Name: Georgien
Hauptstadt: Tiflis
Bevölkerung: ca. 3,7 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarische Demokratie

Name: Georgia
Capital city: Tbilisi
Population: approx. 3.7 million
System of government:
Parliamentary democracy



Georgien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Auf Grundlage des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Georgien wurden bereits viele Reformen im Justizbereich auf den Weg gebracht. Innenpolitisch stand Georgien dennoch auch im Jahr 2020 vor großen Herausforderungen. Eine politische Einigung auf eine lange diskutierte Wahlrechtsreform konnte erst Anfang März 2020 erzielt werden. Dem vorausgegangen waren Proteste, nachdem die vorgesehene Einführung des vollen Verhältniswahlrechts im November 2019 zunächst im Parlament gescheitert war. Die erzielte Einigung sieht weiterhin ein gemischtes Wahlsystem vor, jedoch werden künftig nur noch 30, statt bisher 73, von 150 Abgeordneten mittels eines Direktmandats in das georgische Parlament gewählt. Folglich werden die großen Parteien aufgrund ihrer höheren Chancen auf Direktmandate bei der Sitzverteilung im Parlament nicht mehr ganz so stark bevorzugt wie zuvor. Ende Oktober 2020 konnte die Parlamentswahl auf dieser Grundlage durchgeführt werden. Als Wahlsieger ging dennoch erneut die Partei „Georgischer Traum“ hervor, die zum dritten Mal in Folge mit absoluter Mehrheit regieren kann.

Unmittelbar nach dem erzielten Durchbruch im März 2020 stand die weitere innenpolitische Entwicklung – wie auch die Durchführung der Wahl – unter dem Eindruck der COVID-19-Pandemie. Georgien konnte jedoch durch einen vergleichsweise strengen und frühen Lockdown, der auf einem breiten, parteiübergreifenden Konsens basierte, die COVID-19-Pandemie zunächst erfolgreich eindämmen.

Im März 2020 konnte zudem endlich die seit eineinhalb Jahren vakante Stelle der/des Vorsitzenden des Obersten Gerichts mit Nino Kadagidze nachbesetzt werden. Sie wurde ebenfalls zur Vorsitzenden des Obersten Justizrats, des Selbstverwaltungsorgans der Justiz, gewählt.

Konzeption

Die IRZ hat im Berichtsjahr den Schwerpunkt Strafrecht um weitere Rechtsgebiete, vor allem in den Bereichen Zivil- und Wirtschaftsrecht sowie Rechtspflege, erweitert. Enge Kooperationen bestehen insbesondere mit dem Obersten Gericht, der Hauptstaatsanwaltschaft, dem Justizministerium und dem Rechtsausschuss des georgischen Parlaments. Hierbei stehen die Rechtsangleichung sowie der Fachaustausch im Vordergrund.

Im Jahr 2020 konnte zudem die Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden, allen voran mit der Rechtsanwaltskammer, intensiviert werden. Aber auch neu gegründete Berufsvereinigungen, wie zum Beispiel die Vereinigung der georgischen Mediatorinnen und Mediatoren, wurden im Hinblick auf die Verabschiedung eines Mediationsgesetzes in den Fachaustausch einbezogen.

Zwei regelmäßig erscheinende Publikationen, die den bilateralen wissenschaftlichen Austausch zwischen Georgien und Deutschland zum Ziel haben, runden die Zusammenarbeit mit Georgien ab.

Georgia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Many reforms have already been initiated in the judicial field on the basis of the Association Agreement between the EU and Georgia. Georgia nevertheless faced considerable challenges in 2020 as well. Political agreement on electoral law reform was not reached until early March 2020 after protracted discussions. This was preceded by protests after the planned introduction of full proportional representation in November 2019 had initially failed in parliament. The agreement still provides for a mixed electoral system, but in future only 30 (instead of the previous 73) of the 150 members of parliament will be elected in Georgia based on a direct mandate. In consequence, the major parties will no longer be favoured quite as much as before in the allocation of parliamentary seats due to the greater likelihood of winning direct mandates. The parliamentary election was held on this basis in late October 2020. Nevertheless, the Georgian Dream Party again emerged victorious from the elections and will govern with an absolute majority for the third time in a row.

But the ongoing development of domestic politics – and organisation of the elections themselves – were dominated by the COVID-19 pandemic immediately after the breakthrough in March 2020. Georgia introduced a comparatively strict and early lockdown based on a broad, bipartisan consensus and was initially successful in containing the COVID-19 pandemic.

Moreover, Nino Kadagidze was appointed to the position of President of the Supreme Court in March 2020, finally bringing to an end the vacancy that had persisted for one and a half years. She was also selected to chair of the High Council of Justice, the self-regulatory body of the judiciary.

Overall Concept

IRZ added other legal areas to the priority of criminal law during the reporting year, especially in the area of civil and commercial law and the administration of justice. Close cooperation exists, in particular with the Supreme Court, the Prosecutor General's Office, the Ministry of Justice and the Committee on Legal Affairs at the Georgian Parliament. Legal harmonisation and technical exchange of experience are the main priorities.

Cooperation was also intensified with the professional associations in 2020, first and foremost with the Georgian Bar Association. Newly established professional associations, among them the Mediators Association of Georgia, were also included in the professional exchange with a view to the adoption of a mediation law.

Cooperation with Georgia is rounded off by two regular publications aimed at bilateral academic exchange between the country and Germany.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht/Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Online-Moot-Court im Verfassungsrecht für Studierende der Rechtswissenschaften

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Rundtischgespräch und Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs zum Thema „Wirtschaftsrechtliche Streitigkeiten vor der Kammer für Handelssachen“ mit der georgischen Rechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer
- Zwei Online-Seminare mit dem georgischen Justizministerium zur Umsetzung des „Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung“ und des „Haager Kinderschutzübereinkommens“ sowie zur Mediation in Kindschaftsverfahren
- Beratung des Rechtsausschusses bei der Erarbeitung eines neuen Gesetzesentwurfs zum Verbraucherschutz
- Online-Seminar in Kooperation mit dem georgischen Anwaltsverein G. L. I. P. (Georgian Lawyers for Independent Profession) zum Verbraucherschutz
- Online-Tagung zum Arbeitsrecht und fachliche Unterstützung des Obersten Gerichts in zivilrechtlichen Fragen durch eine deutsche Expertin oder einen deutschen Experten
- Fachpublikation „Deutsch-Georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung“

Rechtspflege

- Online-Fachgespräch „Berufsethik und berufliche Herausforderungen der Mediation“ in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer und der Assoziation der georgischen Mediatorinnen und Mediatoren
- Online-Seminar zur Rechtsanwaltsvergütung mit der georgischen Rechtsanwaltskammer in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer

Irakli Kandashvili, Vorsitzender der georgischen Assoziation der Mediatorinnen und Mediatoren und Sulkhan Gamkrelidze, Mitarbeiter der IRZ in Tiflis bei der Online-Konferenz zum Thema „Berufsethik und berufliche Herausforderungen der Mediation“ am 20. Oktober 2020 in Tiflis

Irakli Kandashvili, Chair of the Georgian Association of Mediators, and Sulkhan Gamkrelidze, IRZ staff member in Tbilisi at the online conference on “Professional ethics and professional challenges of mediation” on 20 October 2020 in Tbilisi

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online moot court on constitutional law for law students

Civil and Commercial Law

- Online roundtable discussion and preparation of draft legislation on “Commercial litigation before the chamber of commercial matters” with the Georgian Bar Association in cooperation with the German Federal Bar
- Two online seminars with the Georgian Ministry of Justice on implementation of the “Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction”, the “Hague Child Protection Convention” and on mediation in child custody proceedings
- Advisory measures for the Committee on Legal Affairs in the preparation of new draft legislation on consumer protection
- Online seminar in cooperation with the Georgian Lawyers for Independent Profession (GLIP) on consumer protection
- Online conference on labour law and technical support for the Supreme Court on aspects of civil law by a German expert
- Technical publication “German-Georgian Journal of Comparative Law”

Administration of Justice

- Online expert talk “Professional ethics and professional challenges of mediation” in cooperation with the German Federal Bar and the Mediators Association of Georgia
- Online seminar on lawyers’ remuneration with the State Bar of Georgia in cooperation with the German Federal Bar



Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Workshop zur Kommentierung des georgischen Strafgesetzbuchs
- Online-Seminar für die Hauptstaatsanwaltschaft zu EU-Standards im Rahmen von Ermittlungshandlungen und Untersuchungshaft
- Online-Seminar mit dem Anwaltsverein G. L. I. P. zum Thema „Verdeckte Ermittlungen“
- Online-Training mit der Sulkhan-Saba-Orbeliani-Universität „Abfassung erstinstanzlicher Strafurteile und Strafzumessung“
- Online-Seminar mit der ALFG (Association of Law Firms of Georgia) „Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts im Strafverfahren“
- Fachpublikation „Deutsch-Georgische Strafrechtszeitschrift“

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Technical-Assistance-Projekt: „Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia“

Von Oktober 2016 bis Ende Februar 2020 wirkte die IRZ als Partner an diesem 41-monatigen Projekt in Georgien mit. Die IRZ unterstützte den Obersten Justizrat, das Verfassungsgericht und diverse Gerichte bei der Steigerung der Unabhängigkeit, Effizienz und Unparteilichkeit der georgischen Justiz. Das Projekt wurde um weitere zwölf Monate bis einschließlich Februar 2021 verlängert und richtet sich nun ausschließlich an den Obersten Justizrat.

Das Projekt sieht vor, dass die internen Verfahrensvorschriften des Obersten Justizrats auf ihre Kompatibilität mit den nationalen Rechtsvorschriften und internationalen Standards überprüft und weitere notwendige Regularien entwickelt werden.

Mit der sogenannten vierten Welle der Justizreformen in Georgien wurden neue Verpflichtungen und klare Verfahren eingeführt, die vom Obersten Justizrat unter anderem einzuhalten sind:

- Rechtzeitige Veröffentlichung von Informationen zu den Sitzungen,
- Veröffentlichung von Entwürfen normativer Rechtsakte,
- aktualisierte Regeln für die Auswahl der Mitglieder,
- neue Regeln für die Ernennung und Auswahl der/des Vorsitzenden,
- erweiterter Geltungsbereich der Klausel „Interessenkonflikt“.



Criminal and Penitentiary Law

- Online workshop on commentaries for the Georgian Criminal Code
- Online seminar for the Prosecutor General’s Office on EU standards in connection with investigative measures and pre-trial detention
- Online seminar in cooperation with the Georgian Lawyers for Independent Profession (GLIP) on the topic of “Covert investigations”
- Online training with Sulkhan-Saba Orbeliani University “Drafting first instance criminal judgements and handing down sentences”
- Online seminar with ALFG (Association of Law Firms of Georgia) “Changing the legal viewpoint in criminal proceedings”
- Technical publication “German-Georgian Journal of Criminal Law”

Project funded by the European Union

EU Technical Assistance Project: “Support to the Independence, Accountability and Efficiency of the Judiciary in Georgia”

IRZ contributed as partner in this 41-month project in Georgia from October 2016 until the end of February 2020. It supported the High Council of Justice, the Constitutional Court and various courts in increasing the independence, efficiency and impartiality of the Georgian judiciary. The project was extended by a further twelve months until February 2021 and now exclusively addresses the High Council of Justice.

Included in the project is a review of the internal procedural rules at the High Council of Justice to ensure their compatibility with national legislation and international standards, as well as the development of further necessary regulations.

The fourth wave of judicial reforms in Georgia introduced new obligations and clear procedures to be followed by the High Council of Justice and other bodies:

- timely publication of information about sessions
- publication of draft regulatory legal acts
- updated rules for the selection of members
- new rules for the selection and appointment of the chairperson
- extended scope for the “conflict of interest” clause

Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Online-Konferenz zum Thema „Berufsethik und berufliche Herausforderungen der Mediation“ am 20. Oktober 2020 in Tiflis

Participants at the online conference on “Professional ethics and professional challenges of mediation” on 20 October 2020 in Tbilisi

Jordanien

Das Projekt stimmt sich mit den Mitgliedern des Obersten Justizrats eng ab, um Kapazitäten zu entwickeln und die Prozesse zu verbessern. Beispielhaft kann etwa die Sitzungsvorbereitung genannt werden. Hier ist vorgesehen, dass alle wichtigen Initiativen, die auf der Tagesordnung stehen, bei Bedarf durch Statistiken, Analysen und Studien ergänzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet das Team gemeinsam mit Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten in Arbeitsgruppen, im Praxisaustausch mit vergleichbaren Organen der EU-Mitgliedstaaten sowie in Schulungen und Workshops mit dem Begünstigten zusammen.

Ausblick

Die Zusammenarbeit soll auch 2021 über den bisherigen Schwerpunkt des Strafrechts hinaus vertieft werden. Dabei könnte insbesondere die Zusammenarbeit mit dem georgischen Justizministerium um weitere Themen erweitert werden. Daneben soll das Oberste Gericht durch einen deutschen Experten, der als ständiger Ansprechpartner für Fachfragen zur Verfügung steht, beraten werden.

Nach der in 2020 erfolgten Parlamentswahl soll nun in 2021 auch wieder der Rechtsausschuss des Parlaments bei Gesetzesreformen und Gesetzentwürfen gezielt unterstützt werden, so zum Beispiel im Verbraucherschutzrecht. Ebenso sollen die unterschiedlichen juristischen Berufsvereinigungen durch einen gezielten Fachaustausch hinsichtlich konkreter Gesetzesvorhaben und -initiativen begleitet werden.

Darüber hinaus erwägt die IRZ eine engere Kooperation mit der Richterschule und den Universitäten, um die nachhaltige Ausbildung von Juristinnen und Juristen zu fördern.

Name: Haschemitisches Königreich Jordanien
Hauptstadt: Amman
Bevölkerung: ca. 9,9 Millionen (davon über 650.000 beim UN-Flüchtlingshilfswerk registrierte syrische Flüchtlinge; Gesamtzahl der Syrer in Jordanien wird auf 1,2 Millionen geschätzt)
Regierungssystem: Konstitutionelle Monarchie

Name: Hashemite Kingdom of Jordan
Capital city: Amman
Population: approx. 9.9 million (including over 650,000 Syrian refugees registered with the UN Refugee Agency; the total number of Syrians in Jordan is estimated at 1.2 million)
System of government: Constitutional monarchy

Jordan

The project is closely coordinated with the members of the High Council of Justice to develop capacities and improve processes. Sessions preparation is just one example. There are plans in this regard to add statistics, analyses and studies where necessary to all major initiatives on the agenda. To achieve this goal, the team is cooperating with short-term experts in working groups, in exchange of practices with similar bodies in the EU Member States, and in training courses and workshops with the beneficiary.

Outlook

Cooperation is scheduled to extend beyond the current priority of criminal law in 2021. New topics may be added to the work with the Georgian Ministry of Justice in particular. Moreover, a German expert will provide advice to the Supreme Court and will be available as a permanent contact person for technical questions.

Following the parliamentary election in 2020, the parliamentary Committee on Legal Affairs will again receive targeted support in 2021 for legal reforms and draft legislation, for example in consumer protection law. Likewise, the various legal professional associations will be accompanied in the form of targeted exchange of expertise in regard to concrete legislation projects and initiatives.

Furthermore, IRZ is also considering a closer cooperation with the High School of Justice and the universities to support the basic training of lawyers in a sustainable way.



Jordanien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das Haschemitische Königreich Jordanien nimmt eine zentrale und stabilisierende Funktion in der Region ein. Es zählt für internationale Akteure zu den wichtigsten Kooperationspartnern im Nahen Osten und vermittelt unter anderem beim Nahost-Konflikt. Trotz seiner wichtigen

Jordan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Hashemite Kingdom of Jordan has a central and stabilising function in the region. It is among the most important cooperation partners in the Middle East for international bodies, mediating in the Middle East conflict and elsewhere. Despite its important and prominent role, the state has not



IRZ-Expertin Dr. Dorothee Weckerling-Wilhelm (Mitte), Referatsleiterin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, mit IRZ-Projektbereichsleiter Sidi Mohamed Khairy (links) und IRZ-Projektmanagerin Asma Dhib

IRZ expert Dr Dorothee Weckerling-Wilhelm (centre), Head of Division at the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, with IRZ Head of Section Sidi Mohamed Khairy (left) and IRZ project manager Asma Dhib

und herausragenden Rolle gelingt es dem Staat nicht, die Wirtschaft zu stabilisieren. So ist das Land in hohem Maße von ausländischen Geldern abhängig. 2016 billigte der Internationale Währungsfonds dem Land an weitreichende Reformen geknüpfte Kredite in Höhe von 700 Millionen US-Dollar zu. Zwecks Erfüllung dieser Bedingungen wurden 2018 Steuererhöhungen eingeleitet, um die Staatsverschuldung abzubauen. Dies führte in weiten Teilen der Bevölkerung zu großem Unmut. Ein Ansteigen der Arbeitslosenquote und der Lebensmittelpreise mündete im Frühjahr 2018 in die größten Proteste seit 2011. Auch nach deren Abklingen bleibt der Unmut über die schwierige wirtschaftliche Lage eines Großteils der Bevölkerung bestehen.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde von März bis Mai 2020 ein Lockdown verhängt, das öffentliche Leben in Jordanien kam zum Erliegen. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie wirken sich verheerend auf das ohnehin wirtschaftlich geschwächte Land aus. Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung sowie die sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen entluden sich im September 2020 in Protesten der enttäuschten Bevölkerung.

Am 27. September 2020 löste König Abdullah II. das Parlament auf, um eine neue Regierung zu bilden und somit der Enttäuschung der Bevölkerung über die wirtschaftliche Not entgegenzuwirken. Anschließend ernannte er im Oktober Bisher Al-Khasawneh zum neuen Premierminister. Zahlreiche Ministerposten wurden ebenfalls neu besetzt, wobei der Justizminister, Bassam Al-Talhouni, weiterhin im Amt blieb. Welche Konsequenzen die Ernennung von Bisher Al-Khasawneh für das Land haben wird, bleibt abzuwarten.

managed to stabilise the economy and is therefore highly dependent on foreign money. In 2016, the International Monetary Fund approved loans of US\$700 million to the country, which are tied to sweeping reforms. Tax increases were introduced in 2018 to reduce the national debt and fulfil these conditions. This provoked considerable resentment in broad swathes of the population. A rise in the unemployment rate and food prices in spring 2018 led to the largest protests since 2011. Discontent at the difficult economic situation persisted in wide sections of society, even after the protests had subsided.

A lockdown was imposed from March to May 2020 in response to the COVID-19 pandemic, bringing public life in Jordan to a standstill. The economic ramifications of the pandemic are wreaking havoc on the country's already weakened economy. Accusations of government corruption and the steadily deteriorating living conditions erupted in protests by the disappointed population in September 2020.

King Abdullah II dissolved parliament on 27 September 2020 to form a new government and thus seek to stem popular disenchantment with economic hardship. He then appointed Bisher Al-Khasawneh as the new prime minister in October. Numerous ministerial posts were also filled, although the Minister of Justice, Bassam Al-Talhouni, remained in office. What consequences the appointment of Bisher Al-Khasawneh will have for the country remain to be seen.

Konzeption

Seit der Aufnahme der Projektarbeit in Jordanien im Jahr 2006 unterstützt die IRZ verschiedene Institutionen der jordanischen Justiz durch Fortbildungs-, Trainings- und Beratungsmaßnahmen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und damit einhergehenden Reisebeschränkungen konnten im Jahr 2020 lediglich Veranstaltungen im Online-Format durchgeführt werden. Dabei standen die Beratung und Unterstützung im Bereich des Strafrechts sowie der Korruptionsbekämpfung im Fokus, da dies auch den nationalen jordanischen Interessen und Schwerpunkten entspricht und das Land nach wie vor in diesen Bereichen Reformen umsetzt. Zudem wurde eine Veranstaltung zum Verbraucherschutz unter Beteiligung einer Vertreterin des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz organisiert. Weitere Beratungen zu der Thematik sollen folgen.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht

- Erstellung einer Sammlung ausgewählter richtungsweisender Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts für das jordanische Verfassungsgericht

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Erfahrungsaustausch zum Thema „Verbraucherschutz: Mechanismen und Herausforderungen“ in Kooperation mit dem jordanischen Ministerium für Industrie und Handel

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Training für Richterinnen und Richter „Bekämpfung organisierter Kriminalität“ in Kooperation mit dem Hohen Justizrat
- Online-Seminar „Korruptionsbekämpfung – Mechanismen und Prävention“ für Vertreterinnen und Vertreter des jordanischen Justizministeriums und der Antikorruptionsbehörde
- Online-Erfahrungsaustausch „Internationale Rechtshilfe in Strafsachen“ mit dem jordanischen Justizministerium und Vertreterinnen und Vertretern des Hohen Justizrats

Aus- und Fortbildung

- Mehrtägiges Online-Mediationstraining für Richterinnen und Richter mit der jordanischen Justizakademie

Ausblick

Vor allem im Bereich des Strafrechts und im Bereich der internationalen Rechtshilfe sowie der Korruptionsbekämpfung wird die IRZ die Zusammenarbeit mit dem jordanischen Justizministerium im kommenden Jahr weiter intensivieren, um Jordanien bei seinen nationalen Reformbestrebungen zu unterstützen. Zudem wird in Kooperation mit dem jordanischen Justizministerium das vom Auswärtigen Amt geförderte Projekt „Förderung der Rechtssicherheit: Unterstützung strafrechtlicher Reformen in Jordanien“ (Laufzeit: 2020 bis 2022) umgesetzt. In den kommenden zwei Jahren sollen im Rahmen dieses Projekts die Effizienz und Transparenz in der

Overall Concept

IRZ has supported various institutions of the Jordanian judiciary by providing further education, training and advisory measures since the start of project work in the country in 2006. It was only possible to hold events in an online format during 2020 because of the COVID-19 pandemic and associated travel restrictions. In keeping with Jordanian national interests and priorities, they focused on advice and support in the area of criminal law as well as policy to combat corruption. The country continues to implement reforms in these areas. An event was also held on consumer protection, which was organised with the participation of a representative from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection. Additional advisory measures on this issue are planned.

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law

- Preparation of an anthology of selected landmark decisions of the Federal Constitutional Court for the Jordanian Constitutional Court

Civil and Commercial Law

- Online exchange of experiences on “Consumer protection: mechanisms and challenges” in cooperation with the Jordanian Ministry of Industry and Trade and Supply

Criminal and Penitentiary Law

- Online training for judges on “Combating organised crime” in cooperation with the Judicial Council
- Online seminar on “Combating corruption – mechanisms and prevention” for representatives from the Jordanian Ministry of Justice and the Anti-Corruption Commission
- Online exchange of experience on “International mutual legal assistance in criminal matters” with the Jordanian Ministry of Justice and representatives from the Judicial Council

Basic and Further Training

- Multi-day online mediation training for judges with the Judicial Institute of Jordan

Outlook

IRZ will further intensify its cooperation with the Jordanian Ministry of Justice in the coming year in order to support Jordan in its national reform efforts, especially in the fields of criminal law, international mutual legal assistance and policy to combat corruption. In addition, the project “Promoting legal certainty: supporting criminal justice reforms in Jordan” (term: 2020 to 2022), which is funded by the Federal Foreign Office, will be implemented in cooperation with the Jordanian Ministry of Justice. Over the next two years, this project aims to promote efficiency and transparency in the criminal justice system by having a working group

Strafjustiz gefördert werden, indem eine Arbeitsgruppe unter Anleitung deutscher Expertinnen und Experten Empfehlungen für jordanische Justizangehörige erarbeitet.

Auch der Hohe Justizrat und die jordanische Justizakademie bleiben im kommenden Jahr wichtige Projektpartner. So soll in Zusammenarbeit mit beiden Partnern die Aus- und Fortbildung der Richterschaft durch Weiterbildungsseminare und Trainings im Bereich des Zivil- und Strafrechts unterstützt werden. In Zusammenarbeit mit dem Hohen Justizrat sind Seminare und Konferenzen zu den Themen Justiz- und Gerichtsverwaltung sowie Verwaltungsrecht geplant.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes soll intensiviert werden, indem die neu entstandene und direkt der Regierung unterstellte Verbraucherschutzbehörde von der IRZ durch Beratungsmaßnahmen unterstützt wird.

develop recommendations for Jordanian members of the judiciary under the guidance of German experts.

The Judicial Council and the Judicial Institute of Jordan will also remain important project partners in the year ahead. For instance, further education seminars and training in the field of civil and criminal law will be organised with both partners to support basic and further training of the judiciary. Seminars and conferences on the topics of judiciary and court administration as well as administrative law are planned with the Judicial Council.

IRZ will organise advisory measures for the newly established consumer protection authority, which reports directly to the government, as a means of intensifying cooperation in the field of consumer protection.

Name: Republik Kasachstan
Hauptstadt: Nur-Sultan
Bevölkerung: ca. 19,1 Millionen
Regierungssystem: Präsidialsystem mit Zweikammer-Parlament

Name: Republic of Kazakhstan
Capital city: Nur-Sultan
Population: approx. 19.1 million
System of government: Presidential system with bicameral parliament



Kasachstan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Die COVID-19-Pandemie prägte das Jahr 2020 weltweit und stellte auch Kasachstan vor große Herausforderungen. Im Laufe des Jahres gab es seitens der Regierung umfassende Hilfsmaßnahmen für die Bereiche Wirtschaft und Soziales, die bis zum Jahr 2023 fortgesetzt werden sollen.

Am 1. September 2020 wandte sich der Präsident Kassim-Jomart Tokajew mit einer Rede unter dem Motto „Kasachstan in der neuen Realität: Zeit zum Handeln“ an die Bevölkerung. Es wurden eine weitgehende Modernisierung der Staatsverwaltung und der Staatsorgane angekündigt sowie Reformen unter anderem in der Familienpolitik (Schutz der Kinderrechte), der Sozialpolitik (Ausarbeitung eines Sozialgesetzbuchs), des Wahlrechts (30 %-Frauen- und Jugendquote auf den Kandidatenlisten der Parteien) und der Selbstverwaltung. Zur Stärkung der Menschenrechte sollen zudem das Rechtssystem, die Organe der Rechtsprechung und die Staatsanwaltschaft modernisiert werden.

Am 24. September 2020 unterzeichnete Kasachstan das Zweite Fakultativprotokoll des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, das die Unterzeichnerstaaten zur Abschaffung der Todesstrafe verpflichtet. Die Ratifizierung des Protokolls bedarf noch Änderungen in der nationalen Gesetzgebung.

Kazakhstan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The year 2020 was shaped by the COVID-19 pandemic, which also presented Kazakhstan with major challenges. During the year, the government introduced extensive support measures for the economic and social sectors, which are set to continue until 2023.

President Kassim-Jomart Tokayev addressed the population on 1 September 2020 in a speech entitled “Kazakhstan in the new reality: time for action”. In the speech, he announced sweeping measures to modernise the state administration and state bodies, as well as reforms of family policy (protection of children’s rights), social policy (drafting of a social code), electoral law (30% quota of women and young persons on party candidate lists), self-administration and other aspects. The legal protection system, the bodies exercising judicial power and the Public Prosecutor’s Office will also be modernised in order to strengthen human rights.

Kazakhstan signed the Second Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights on 24 September 2020, in which signatory states commit to abolishing the death penalty. However, ratification will require amendments to national legislation.



II. Eurasisches Forum zu Menschenrechten: Schutz der Menschenrechte und die Rechtsprechung im modernen Kasachstan; Rektorin der Rechtsakademie beim Obersten Gerichtshof der Republik Kasachstan, Zauresch Baimoldina (Bildmitte)

IInd Eurasian Human Rights Forum: Human rights protection and case-law in modern Kazakhstan; Zauresh Baimoldina (centre), Rector of the Academy of Justice under the Supreme Court of the Republic of Kazakhstan



Online-Seminar „Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle“; Herr Manuel Soria Parra, Patentanwalt, Europäischer Patentanwalt und Europäischer Marken- und Designanwalt bei Meissner Bolte Patentanwälte Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Beitrag: „Designschutz in Deutschland und Europa“

Online seminar "Hague Agreement Concerning the International Registration of Industrial Designs"; Mr Manuel Soria Parra, patent lawyer, European patent attorney and European trademark and design attorney at Meissner Bolte Patentanwälte Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, talk: "Design protection in Germany and Europe"

Bereits am 1. März 2020 trat das Erweiterte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA) zwischen der EU und Kasachstan in Kraft, das die Zusammenarbeit auf eine neue rechtliche Grundlage stellt und insgesamt 29 Kooperationsbereiche umfasst, wie Wirtschaft und Handel, Recht, Freiheit und Sicherheit, Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, Terrorismusbekämpfung, Abrüstung und nukleare Sicherheit, Umwelt und Klimawandel.

The Enhanced Partnership and Cooperation Agreement (EPCA) between the EU and Kazakhstan entered into force on 1 March 2020, placing the cooperation on a new legal footing and covering a total of 29 different areas, including economy and trade, justice, freedom and security, combating money laundering and corruption, counter terrorism, disarmament and nuclear safety, environment and climate change.

Konzeption

Zu Beginn des Jahres mussten mehrere geplante Veranstaltungen pandemiebedingt verschoben oder abgesagt werden. Erfreulicherweise konnten aber fast alle Veranstaltungen mittels alternativer Formate online stattfinden. Damit konnte auch die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsrat, dem Justizministerium, dem Obersten Gerichtshof sowie der Generalstaatsanwaltschaft mit deren Fortbildungsakademien erfolgreich fortgesetzt werden. Als neue Partner wurden das Ministerium für Bildung und Wissenschaft und die Antikorruptionsagentur Kasachstans gewonnen.

Overall Concept

Several planned events had to be postponed or cancelled at the beginning of the year due to the pandemic. Fortunately, almost all of them have since taken place in alternative virtual formats. This also enabled the successful continuation of cooperation with the Constitutional Council, the Ministry of Justice, the Supreme Court as well as the General Prosecutor's Office and their further training academies. The Ministry of Education and Science and the Anti-Corruption Agency of Kazakhstan were also recruited as new partners.

Im August 2020 feierte Kasachstan das 25-jährige Jubiläum der Verfassung mit einer großen und hochrangig besetzten internationalen Online-Konferenz. Der thematische Schwerpunkt lag auf der Bedeutung der Grundrechte und deren Schutz in Zeiten der COVID-19-Pandemie. Zu Beginn des Jahres übersetzte die IRZ auf Wunsch des Verfassungsrats der Republik Kasachstan das Bundesverfassungsgerichtsgesetz, das zukünftig auch für Fortbildungsveranstaltungen genutzt werden soll.

Kazakhstan celebrated the 25th anniversary of its Constitution with a large and high-level international online conference in August 2020. Its main thematic focus was on the importance of fundamental rights and their protection in the time of the COVID-19 pandemic. Responding to a request from the Constitutional Council of the Republic of Kazakhstan, IRZ translated the Act on the Federal Constitutional Court, which will be used in future during further training events.



Online-Fachtagung zum Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25. Oktober 1980 (HKÜ) am 09.12.2020

[Online expert conference on the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction of 25 October 1980 \(HCCH\) on 9 December 2020](#)

Beim Zivil- und Wirtschaftsrecht spielten Themen zum geistigen Eigentum nach wie vor eine große Rolle. Des Weiteren wurde in Kooperation mit der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (HCCH) ein Seminar zum Haager Kindesentführungsübereinkommen von 1980 durchgeführt. Ein anderes Reformvorhaben in Kasachstan betrifft die Stärkung der Kinderrechte: Kasachstan plant den Beitritt zum Fakultativprotokoll der Kinderrechtskonvention.

Im Zuge weiterer Reformen des Straf- und Strafprozessrechts fanden Beratungen zum Ermittlungsverfahren statt, da ab 2021 die Staatsanwaltschaft in Kasachstan, ähnlich dem deutschen Modell, das Ermittlungsverfahren leiten soll.

Nach über zehnjähriger Ausarbeitung wurde das Verwaltungsverfahrensgesetz und Verwaltungsprozessrechtsgesetz am 29. Juni 2020 verabschiedet und soll am 1. Juli 2021 in Kraft treten. Zur Anwendung dieser Gesetze im Gerichtsverfahren fanden zwei Fortbildungsveranstaltungen für Richterinnen und Richter, Juristinnen und Juristen sowie Studierende statt.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Internationale Online-Konferenz „Verfassung im 21. Jahrhundert – Rechtsstaatlichkeit, der Wert des Menschen und die Wirksamkeit des Staats“
- II. Eurasisches Forum zu Menschenrechten „Schutz der Menschenrechte und die Rechtsprechung im modernen Kasachstan: Probleme, Trends und Perspektiven“
- Übersetzung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ins Russische

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Seminar zum Haager Abkommen zum Schutz industrieller Designs
- Online-Seminar „Kollektive Rechtswahrnehmung und Rechteverwaltung von Urheber- und verwandten Schutzrechten“
- Arbeitsgespräch mit dem kasachischen Justizministerium und dem Parlament zu gesetzlichen Reformen im Bereich des geistigen Eigentums, insbesondere Schutz der nicht eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmuster

von links nach rechts:

Ulrike Kluth, Referentin – Internationale Sorgerechts-, Kindesentführung-, Kinder- und Erwachsenenschutzangelegenheiten im Bundesamt für Justiz
 Dr. Christophe Bernasconi, Generalsekretär der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht
 Dr. Gérardine Goh Escolar, Erste Sekretärin des ständigen Büros der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht
 Dr. Joanna Guttzeit, Richterin am Amtsgericht Pankow/Weißensee, Verbindungsrichterin im Internationalen Haager Verbindungsrichternetzwerk, Verbindungsrichterin im Europäischen Justiziellen Netzwerk

Ulrike Kluth, Head of Section – International Custody, Child Abduction, Child and Adult Protection Matters at the Federal Office of Justice
 Dr Christophe Bernasconi, Secretary General of the Hague Conference on Private International Law
 Dr Gérardine Goh Escolar, First Secretary of the Permanent Bureau of the Hague Conference on Private International Law
 Dr Joanna Guttzeit, judge at the Local Court of Pankow/Weißensee, liaison judge in the International Hague Network of Judges, liaison judge in the European Judicial Network

Issues of intellectual property continue to play an important role in civil and commercial law. In addition, a seminar on the Hague Convention on Child Abduction (HCCA) of 1980 was held in cooperation with the Hague Conference on Private International Law (HCCH). Another reform project in Kazakhstan is aimed at strengthening the rights of children: Kazakhstan plans to sign the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child.

In the course of further reforms of criminal and criminal procedure law, advice was provided in the area of investigative proceedings, as the Public Prosecutor's Office in Kazakhstan will be tasked with leading these proceedings from 2021 onwards, similar to the German model.

The Administrative Procedures Code was adopted on 29 June 2020 after more than ten years of preparation and is scheduled to enter into force on 1 July 2021. Two further training events were held for judges, lawyers and students on the application of these laws in court proceedings.

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- International online conference “Constitution in the 21st century – the rule of law, value of the human being and effectiveness of the state”
- IInd Eurasian Forum on Human Rights “Human rights protection and case-law in modern Kazakhstan: problems, trends and prospects”
- Translation of the Act on the Federal Constitutional Court into Russian

Civil and Commercial Law

- Online seminar on the Hague Agreement Concerning the International Registration of Industrial Designs
- Online seminar “Collective rights management and rights administration of copyright and related rights”
- Working meeting with the Kazakh Ministry of Justice and parliament on legal reforms in the field of intellectual property, in particular the protection of unregistered community designs

Kirgisistan

- Internationale Online-Konferenz "The Implementation of Measures on the Return of Wrongfully Abducted Children under the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction Prevention from 25 October 1980"

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Forum im Online-Format „Strafverfolgung: Zuständigkeiten der Ermittlungsbehörden und der Staatsanwaltschaft“
- Online-Seminar „Methoden der Bewertung von Korruptionsrisiken“
- Online-Seminar „Moderne Ansätze bei der Organisation der Bekämpfung der Legalisierung krimineller Einnahmen“
- Internationale Online-Veranstaltung zur Korruptionsbekämpfung mit der Antikorruptionsagentur „Towards integrity: strengthening transparency, accountability and participation“

Aus- und Fortbildung

- Zwei Online-Seminare „Besonderheiten bei Verfahren im Zivilrecht, Strafrecht und Verwaltungsrecht“

Ausblick

Die Kooperation mit den kasachischen Partnerinstitutionen wird im Rahmen der umfangreichen Reformvorhaben in Kasachstan fortgesetzt. Auch im Jahr 2021 sollen Beratungen insbesondere zum Straf- und Strafprozessrecht, zum Wirtschaftsrecht sowie zum Verwaltungsrecht stattfinden. Einen weiteren Fokus wird die IRZ auf die Korruption und die Internetkriminalität legen.

Name: Kirgisische Republik
Hauptstadt: Bischkek
Bevölkerung: ca. 6,3 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarisches System

Name: Kyrgyz Republic
Capital city: Bishkek
Population: approx. 6.3 million
System of government:
Parliamentary system

Kyrgyzstan

- International Online conference "The implementation of measures on the return of wrongfully abducted children under the Hague Convention on the Civil Aspects of International Child Abduction Prevention of 25 October 1980"

Criminal and Penitentiary Law

- Online forum "Criminal prosecution: responsibilities of the criminal investigation department and the Public Prosecutor's Office"
- Online seminar "Methods for evaluating corruption risks"
- Online seminar "Modern approaches to organising the fight against legalising criminal proceeds"
- International online event on policy to combat corruption with the Anti-Corruption Agency "Towards integrity: strengthening transparency, accountability and participation"

Basic and Further Training

- Two online seminars "Particular aspects of proceedings under civil law, criminal law and administrative law"

Outlook

Cooperation with the Kazakh partner institutions will continue within the framework of the country's extensive reform projects. Advice will also be provided in 2021, in particular on criminal law and criminal procedure law, commercial law and administrative law. IRZ will place another focus on corruption and cybercrime.



Kirgisistan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

2010 hat Kirgisistan in seiner Verfassung eine parlamentarische Demokratie etabliert und hierdurch viel Anerkennung erfahren, die dadurch eingeleitete Transformation stellte das Land aber vor viele Herausforderungen. Stabile politische Verhältnisse und ökonomisches Wachstum entwickelten sich nur unzureichend. Im Oktober 2020 lösten Parlamentswahlen Demonstrationen aus, die in gewaltsame Unruhen übergingen. Während der Ausschreitungen wurde das Weiße Haus, Sitz des Parlaments und des Präsidenten, gestürmt. Die Ereignisse überschlugen sich, und in dem daraus entstandenen Machtvakuum wurden inhaftierte Politiker befreit.

Kyrgyzstan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

In 2010, Kyrgyzstan established a parliamentary democracy in its constitution for which it received considerable recognition; however, the transformation thus initiated also presented the country with many challenges. The development of a stable political order and of economic growth has been inadequate. Parliamentary elections in October 2020 triggered demonstrations that turned into violent unrest. The White House, seat of parliament and the president, was stormed during the riots. Events spilled over, and imprisoned politicians were freed in the subsequent power vacuum. The parliamentary elections were declared void due to obvious electoral fraud.

Wegen unübersehbarer Wahlfälschungen wurden die Parlamentswahlen für ungültig erklärt.

Daraufhin ließ sich der rechtskräftig verurteilte und befreite Oppositionspolitiker Sadyr Dschaparow handstreichartig zum Premierminister ernennen und übernahm auch kommissarisch das Amt des Staatspräsidenten. Er trat von beiden Ämtern zurück, um für die Präsidentschaftswahlen Anfang 2021 zu kandidieren, aus denen er als Sieger hervorging. Bei dem zeitgleich mit der Wahl stattfindenden Referendum entschieden sich die Wählerinnen und Wähler für ein präsidentielles Regierungssystem – das vor mehr als zehn Jahren abgeschafft worden war. Infolgedessen sind Änderungen der Verfassung und bei der Staatsorganisation zu erwarten.

Konzeption

Die im Herbst mit den politischen Tumulten einhergehenden Vorgänge zeigten, dass die kirgisische Justiz unter starkem politischem Druck fragwürdige rechtliche Legitimierungen verantwortete. So wurden hochrangige Regierungsämter überstürzt neu besetzt. Angesichts dessen sind die auf die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit zielenden Beratungsprojekte der IRZ neu zu justieren. Diese beschränkt sich derzeit auf die Beteiligung an einem umfassenden EU-Grant. Auch wenn es auf Arbeitsebene ganz überwiegend Fortschritte für die IRZ in ihren Komponenten dieses EU-Projekts gab, erzeugten die politischen Verwerfungen große Unsicherheiten bei den Projektpartnern. Diesen muss konstruktiv begegnet werden, um weiterhin im rechtsstaatlichen Sinn beraten zu können.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Grant-Projekt: "The Rule of Law Programme in the Kyrgyz Republic – 2nd phase (ROLPRO2)"

In der seit Mai 2018 laufenden zweiten Phase des Projekts zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit wurden die Zielvorgaben erweitert und decken nun neben einer Verfestigung eines rechtsstaatlich ausgerichteten Justiz- und Gerichtswesens und der Förderung des Gesetzgebungsverfahrens als weiteren Schwerpunkt die Stärkung der Staatsanwaltschaft ab. Das Projekt wird von einem europäisch besetzten Konsortium unter Führung der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) implementiert. Die IRZ ist mit zwei Langzeitexperten beteiligt, die in ihrer Beratungsleistung für das Projekt durch fachlich spezialisierte Kurzzeitexpertinnen und Kurzzeitexperten gezielt ergänzt werden.

Die Projektkomponenten teilen sich auf wie folgt:

- Komponente 1:** Modernisierung des Gesetzgebungsverfahrens
- Komponente 2:** Unterstützung der Justiz/des Gerichtssystems
- Komponente 3:** Unterstützung der Staatsanwaltschaft

IRZ und GIZ sind überwiegend in den ersten beiden Komponenten tätig. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wurde das Internetportal für die

Sadyr Japarov, an opposition politician who had been legally convicted and freed, suddenly and unexpectedly had himself appointed prime minister and also took over the office of acting president. He stepped down from both posts to run in the presidential election in early 2021, from which he emerged victorious. A referendum was held at the same time as the elections, in which the electorate decided to install a presidential government system – which had been abolished more than ten years before. Changes to the constitution and the state organisations should be anticipated as a result.

Overall Concept

The events that unfolded during the political turmoil in autumn showed that the Kyrgyz judiciary, under intense political pressure, was responsible for acts of questionable legal legitimacy. For example, high-ranking government positions were hastily filled. In light of this, the advice projects that IRZ engages in with the aim of developing the rule of law must be readjusted. This is currently limited to participation in a comprehensive EU Grant. Even though IRZ has made considerable progress at the working level on its own components within this EU project, the political upheavals have created great uncertainties among the project partners. These must be addressed constructively so that rule-of-law advice can continue to be provided.

Focus of Activity in 2020

Project funded by the European Union

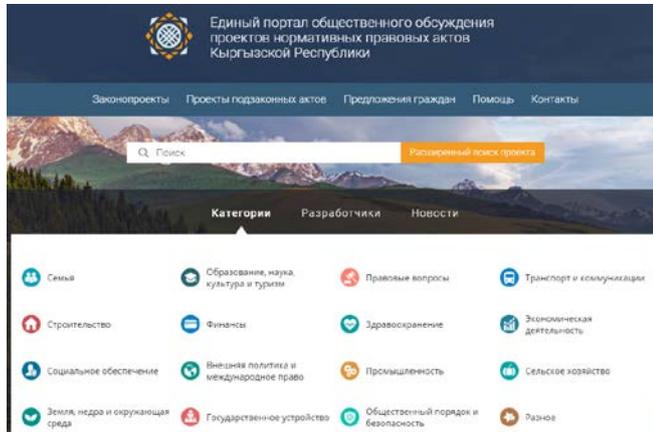
EU Grant Project: "The Rule of Law Programme in the Kyrgyz Republic – 2nd phase (ROLPRO2)"

Project objectives have been expanded in the second phase of the project to promote the rule of law. The project has been running since May 2018 and now also includes strengthening the Public Prosecutor's Office as a further priority, in addition to the consolidation of a judiciary and court system based on the rule of law and promotion of the legislative procedure. Implementation of the project is in the hands of a European consortium under the auspices of GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH). IRZ is involved in the project with two long-term experts whose advisory services are supported by the provision of additional specialised short-term expertise.

The project components are as follows:

- Component 1:** Modernisation of the legislative process
- Component 2:** Support for the judiciary/the court system
- Component 3:** Support for the Public Prosecutor's Office

IRZ and GIZ are predominantly active in the first two components. In the area of legislation, the Internet portal for public consultation on



öffentliche Beratung von Gesetzentwürfen live geschaltet und vom Justizminister im Rahmen einer Online-Veranstaltung offiziell vorgestellt. Die kirgisischen Gesetzgebungsorgane werden künftig auf dieser Website alle Gesetzentwürfe veröffentlichen, die von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft kommentiert werden können. Da die Beantwortung dieser Kommentare durch die Gesetzgebungsorgane verpflichtend ist, wird das Gesetzgebungsverfahren insgesamt transparenter.

Bei der digitalen Unterstützung des Gesetzgebungsverfahrens, bei der die entwickelte Software Rechtsvorschriften in einer vorgegebenen Form und nach einem bestimmten Aufbau erfasst, wurden ebenfalls Fortschritte erzielt. Jedoch musste eine geplante Studienreise zur Förderung einer Zusammenarbeit mit der EU-Kommission im Rahmen eines ähnlichen europäischen Projekts („Legislation Editing Open Software“) pandemiebedingt verschoben werden.

Im Bereich E-Justice konnte das elektronische Gerichtsinformationssystem „AIS Suda“ an einigen Gerichten der 2. Instanz installiert werden – aufgrund der COVID-19-Pandemie war es leider nicht an allen Gerichten möglich. Nach der landesweiten Einführung auf erstinstanzlicher Ebene wurde „AIS Suda“ 2020 kontinuierlich weiterentwickelt und optimiert. Die Entwicklung eines E-Learning-Tools für Anwenderinnen und Anwender ist in Planung. Bei der Weiterentwicklung der IT-Schnittstelle zwischen Staatsanwaltschaft und Justiz wurden ebenfalls Fortschritte erzielt. Im Bereich Gerichtsverwaltung wird ein Entwurf für ein neues Geschäftsprüfungsmodell an Gerichten („Court Audit“) derzeit durch den Richterrat erörtert.

Die genannten Arbeitsergebnisse leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Effektivität in der Justizverwaltung, Schaffung von Transparenz und Glaubwürdigkeit der Justiz.

Ausblick

Die IRZ wird das EU-Projekt in Absprache mit den Projektpartnern und auf Basis der bislang erreichten Resultate fortführen. Besonderes Augenmerk wird sie auf nutzerfreundliche Instrumente und deren sachgerechte Anwendung legen.

Screenshot der Website zur öffentlichen Beteiligung bei Gesetzentwürfen in Kirgisistan

Screenshot of the website encouraging public participation in draft legislation in Kyrgyzstan

draft legislation has gone live and was officially presented by the Minister of Justice in an online event. In the future, the Kyrgyz legislative bodies will publish all draft legislation on this website, where citizens, associations and other representatives of civil society can then post their comments. This will add transparency to the overall legislative procedure, as the legislative bodies are obliged to respond to these comments.

Progress has also been made in the digital support of the legislative procedure, in which the developed software records legislation in a predefined form and according to a specific structure. However, a planned study trip to promote cooperation with the EU Commission on a similar European project („Legislation Editing Open Software“) had to be postponed due to the pandemic.

In the area of e-justice, the electronic court information system „AIS Suda“ has been installed at some courts of second instance – although the COVID-19 pandemic has made it impossible to complete the roll-out at all courts. „AIS Suda“ was continuously developed and optimised in 2020 following its nationwide roll-out at first-instance level. There are plans to develop an e-learning tool for users as well. Progress was also made in the further development of the IT interface between the Public Prosecutor’s Office and the judiciary. In the area of court administration, a draft for a new business audit model in courts („Court Audit“) is currently under discussion by the Judicial Council.

The outcomes of this work make an important contribution to increasing effectiveness in judicial administration, as well as to creating transparency and credibility within the judiciary.

Outlook

IRZ will continue the EU project in consultation with its project partners and on the basis of the results achieved thus far. It will particularly focus on user-friendly tools and on their proper application.

Name: Republik Kosovo
Hauptstadt: Pristina
Bevölkerung: ca. 1,8 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Kosovo
Capital city: Pristina
Population: approx. 1.8 million
System of government:
Parliamentary democracy



Kosovo

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das Jahr 2020 stellte Kosovo nicht nur aufgrund der weltweiten COVID-19-Pandemie vor große Herausforderungen. Seit Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens im Jahr 2016 verfolgt Kosovo den Reformkurs mit dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft. Dies wird allerdings sowohl durch außen- als auch innenpolitische Spannungen erschwert. Der Konflikt um die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch Serbien belastet den weiteren notwendigen Fortschritt aus außenpolitischer Sicht nach wie vor. Jedoch zeigte der von der EU geführte Vermittlungsdialog zwischen Serbien und Kosovo dieses Jahr insofern Wirkung, als Kosovo und Serbien die seit November 2018 stockenden direkten Gespräche wiederaufnahmen.

Die schwankende innenpolitische Lage wurde 2020 durch die Auswirkungen der Pandemie zusätzlich verstärkt. Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen Ende 2019 einigten sich die stärkste Kraft, die linksnationalistische Bewegung „Vetëvendosje“ (Selbstbestimmung), und die zweitstärkste Partei im Parlament, die konservative Partei Demokratische Liga (LDK), auf eine Koalition. Kurz nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie stellte die LDK jedoch einen Misstrauensantrag gegen die gemeinsame Regierung und sorgte so für eine Regierungsauflösung. Auf die Durchführung von Neuwahlen, die zunächst wegen der Pandemie aufgeschoben waren, wurde schließlich verzichtet. Im Auftrag des damaligen Staatspräsidenten Hashim Thaci von der Partia Demokratike e Kosovës (PDK) schloss die LDK mit weiteren Parteien ein neues Regierungsbündnis; aktueller Regierungschef ist nun Avdullah Hoti von der LDK. Nachdem Präsident Hashim Thaci im November durch den Sonderankläger des Kosovo-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag angeklagt wurde, trat er zurück. Ihm wird vorgeworfen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg verübt zu haben.

Trotz dieser politischen Spannungen hält Kosovo am Reformkurs fest. So konnte Ende 2020 auch ein umfangreiches EU-Grant-Projekt starten, das einen ganzheitlichen Beratungsansatz verfolgt und eine umfassende Reform des kosovarischen Justizsektors im Einklang mit europäischen und internationalen Standards zum Ziel hat.

Konzeption

Seit vielen Jahren erfolgt die Zusammenarbeit mit Kosovo im Rahmen der Finanzierung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Auswärtige Amt sowie im Rahmen diverser EU-Projekte. Das Jahr 2020 stellte auch die IRZ aufgrund der COVID-19-Pandemie vor besondere Herausforderungen, da der intensive, direkte fachliche Austausch mittels Trainingsveranstaltungen und Arbeitsaufenthalten kosovarischer Partnerinstitutionen nicht wie gewohnt durchgeführt werden konnte. Jedoch ermöglichte das schnelle Umstellen auf digitale Formate eine Aufrechterhaltung der bisherigen Kooperationen mit allen Partnern.

Die Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit lagen im Bereich des Jugendstrafrechts, des Medienrechts sowie der Aus- und Weiterbildung. Im Rahmen dreier Veranstaltungen in verschiedenen Regionen fand ein Austausch zur Bewährungshilfe mit dem Schwerpunkt Jugendstrafrecht

Kosovo

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The year 2020 presented Kosovo with significant challenges, not all of them associated with the global COVID-19 pandemic. Kosovo has pursued a reform course with the goal of EU membership since the Stabilisation and Association Agreement entered into force in 2016. However, the situation is complicated by both foreign and domestic political tensions. The conflict surrounding the recognition of Kosovo's independence by Serbia continues to cast its shadow over necessary progress in the country's foreign policy. However, the EU-led mediation dialogue between Serbia and Kosovo produced results this year inasmuch as Kosovo and Serbia resumed the direct talks that had been on hold since November 2018.

The volatile domestic situation was further exacerbated by the impact of the pandemic in 2020. Following the early parliamentary elections at the end of 2019, the strongest force, the left-wing nationalist movement "Vetëvendosje" (Self-Determination), and the second strongest party in parliament, the conservative Democratic League (LDK), agreed to form a coalition. But the government was dissolved when the LDK filed a no-confidence motion of censure against the joint government shortly after the outbreak of the COVID-19 pandemic. The plans to hold new elections that were initially postponed because of the pandemic were ultimately abandoned. Prompted by the then President Hashim Thaci of the Partia Demokratike e Kosovës (PDK), the LDK formed a new governing alliance with other parties; the current head of government is Avdullah Hoti from the LDK. President Hashim Thaci resigned in November after being indicted by the Specialist Prosecutor's Office of the Kosovo War Crimes Tribunal in The Hague. He is accused of committing war crimes and crimes against humanity in connection with the Kosovo war.

Kosovo is remaining true to its reform course, despite these political tensions. This also enabled the launch of a comprehensive EU Grant Project at the end of 2020, which takes a holistic advisory approach and aims to achieve extensive reforms of Kosovo's judicial system in line with European and international standards.

Overall Concept

For many years, cooperation with Kosovo has taken place within the framework of funding from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Federal Foreign Office, as well as under various EU projects. The COVID-19 pandemic made 2020 a particularly challenging year for IRZ also, as it became impossible to conduct the intensive, direct professional exchange by means of training events and working visits for Kosovar partner institutions as usual. Nevertheless, the quick switch to digital formats enabled cooperation to continue with all partners.

The priorities of bilateral cooperation were juvenile criminal law, media law and basic and further training. Three events in different regions involved an exchange of experience on probation with a focus on juvenile criminal law, in which Kosovar judges, public prosecutors and lawyers participated in addition to representatives of the Probation Service, which

statt, an dem neben den Vertreterinnen und Vertretern des Bewährungshilfedienstes, der dem kosovarischen Justizministerium angegliedert ist, auch kosovarische Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte teilgenommen haben. In Zusammenarbeit mit der Strafvollzugsabteilung des Justizministeriums fanden zwei Fortbildungen zum Umgang mit Jugendlichen mit Drogensucht sowie psychischen Störungen statt.

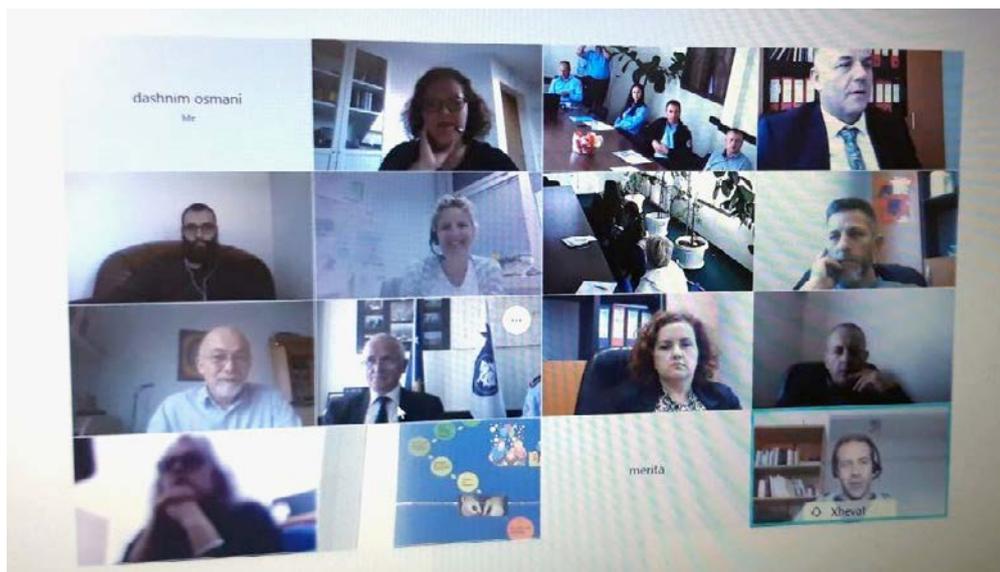
Für den Kosovo Prosecutorial Council (KPC) wurde in Fortsetzung der Beratungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zusätzlich ein Handbuch zur Krisenkommunikation entwickelt.

Neben den Maßnahmen aus der bilateralen Zusammenarbeit implementiert die IRZ seit 2020 das Grant-Projekt zur Justizreform. Der Projektstart für das gewonnene EU-Twinning-Projekt zum Thema „Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo“ wurde auf 2021 verschoben.

is affiliated to the Kosovar Ministry of Justice. Two further training events on working with young people with drug addictions and mental disorders were held in cooperation with the Kosovo Correctional Service at the Ministry of Justice.

A manual on crisis communication was developed for the Kosovo Prosecutorial Council (KPC), in addition to continued advice in the area of press and public relations.

Besides measures involved in the bilateral cooperation, IRZ has been implementing the Grant project on judicial reform since 2020. The scheduled start of the newly acquired EU Twinning Project on “Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo” was postponed until 2021.



Online-Seminar in Zusammenarbeit mit der Strafvollzugsabteilung des kosovarischen Justizministeriums

Online seminar in cooperation with the Correctional Service at the Kosovan Ministry of Justice



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kosovo Prosecutorial Council (KPC) beim Online-Seminar zur Krisenkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Bedri Gashi (links hinten), Senior Officer im Büro für öffentliche Kommunikation im Sekretariat des KPC

Staff of the Kosovo Prosecutorial Council (KPC) at the online seminar on crisis communication and public relations: Bedri Gashi (back left), Senior Officer in the Public Communications Office at the KPC Secretariat

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Rechtspflege

- Online-Seminar zur Öffentlichkeitsarbeit und Krisenkommunikation und Erarbeitung eines Handbuchs mit einem anschließenden Workshop

Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Online-Seminar für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zum Umgang mit Jugendlichen im Strafverfahren
- Drei Online-Rundtischgespräche zur sektorübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der Bewährungshilfe für die Regionen Pristina, Prizren und Mitrovica
- Zwei Online-Seminare in Zusammenarbeit mit der Strafvollzugsabteilung des kosovarischen Justizministeriums zum Umgang mit Jugendlichen mit Drogensucht und psychischen Störungen

Aus- und Fortbildung

- Vier Online-Weiterbildungen in Zusammenarbeit mit der kosovarischen Justizakademie, jeweils zu den Grundlagen des Europarechts, zur internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Cyberkriminalität und zum Thema der Geldwäsche

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Grant-Projekt : „Kosovo Justice Sector Programme“

Im Oktober 2020 startete die IRZ das Projekt „Kosovo Justice Sector Programme“ und führt damit ein weiteres umfassendes EU-finanziertes Justizreformprogramm in einem Land des Westbalkans durch. Mit einem Projektvolumen von 7 Millionen Euro und einer Laufzeit von 40 Monaten reiht es sich in die großen EU-Vorhaben in der Region – wie etwa EURALIUS in Albanien – ein. Kooperationspartner sind das kroatische Justizministerium und das Center for International Legal Cooperation (CILC) aus den Niederlanden. Der Projektzuschlag erfolgte im Mai 2020, der Start des Projekts wurde pandemiebedingt auf den 1. Oktober 2020 festgelegt.

Übergeordnetes Ziel des Vorhabens ist die weitere Angleichung des kosovarischen Justizsystems an europäische und internationale Standards. Die zahlreichen Reformfortschritte, die Kosovo bisher bereits dank der Unterstützung zahlreicher internationaler Partner erreicht hat, stellen die Ausgangsbasis des Projekts dar. Es soll einen Rahmen bieten, um die weiteren nötigen Reformen besser zu koordinieren und vor allem eine effektivere Zusammenarbeit der verschiedenen Justizakteure in Kosovo zu erreichen. Neben der weiteren Stärkung und Fortbildung der juristischen Berufsgruppen und der Konsolidierung des kosovarischen Rechtsrahmens im Einklang mit dem EU Acquis zielt das Projekt auch auf einen erleichterten Zugang zur Justiz für alle Bevölkerungsgruppen Kosovos.

Das Projekt ist in vier Themenbereiche gegliedert und wird durch ein großes internationales Projektteam unter Leitung eines deutschen Rechtsanwalts umgesetzt. Im Rahmen der dreimonatigen Startphase galt es, das örtliche Projektpersonal für das Projekt zu gewinnen, die Projektinfrastruktur aufzubauen, Kontakt zu den Projektpartnern, Botschaften, anderen Geberorganisationen sowie laufenden Projekten zu etablieren und die Planung der Aktivitäten im Hinblick auf die aktuellen Gegebenheiten zu konkretisieren.

Focus of Activity in 2020

Administration of Justice

- Online seminar on public relations and crisis communication and development of a manual with a subsequent workshop

Criminal and Penitentiary Law

- Online seminar for lawyers on juveniles in criminal proceedings
- Three online roundtable discussions on cross-sectoral cooperation in the area of probation for the regions of Pristina, Prizren and Mitrovica
- Two online seminars on young people with drug addictions and mental disorders in cooperation with the Kosovo Correctional Service at the Ministry of Justice

Basic and Further Training

- Four online further training courses in cooperation with the Kosovo Judicial Academy on the basics of European law, international cooperation in criminal matters, cybercrime and money laundering

Projects funded by the European Union

EU Grant Project: “Kosovo Justice Sector Programme”

IRZ launched the “Kosovo Justice Sector Programme” in October 2020 as another comprehensive EU-funded judicial reform programme in a Western Balkan country. Endowed with a project budget of € 7 million and running for 40 months, it is one of several major EU projects in the region, like EURALIUS in Albania. The cooperation partners are the Croatian Ministry of Justice and the Center for International Legal Cooperation (CILC) in the Netherlands. The project was awarded in May 2020 and its start was scheduled for 1 October 2020 due to the pandemic.

The overarching objective of the project is to continue the harmonisation of Kosovo’s judicial system in line with European and international standards. The project will build on the broad progress that Kosovo has already achieved in its reform efforts with the support of numerous international partners. It is intended to create a framework for improved coordination of further necessary reforms and, above all, to achieve more effective cooperation between the various actors within the judicial system in Kosovo. In addition to ongoing strengthening and further training of the legal professions and consolidating Kosovo’s legal framework in line with the EU acquis, the project also aims to facilitate access to the judiciary for all sections of the country’s population.

The project is divided into four thematic areas and is being implemented by a large international project team led by a German lawyer. Tasks during the three-month start-up phase included recruitment of local project staff, creation of the project infrastructure, establishment of contacts with the project partners, embassies, other donor organisations and ongoing projects, as well as concretize the definition of activity planning in view of the current circumstances.

Vollzugs- und Ausbildungspersonal der Justizvollzugsanstalt in Lipjan beim Online-Seminar zum Thema „Umgang mit drogensüchtigen Jugendlichen im Strafvollzug: Diagnostik, Planung und Behandlung“: Afrim Beqa (Tischende links), Leiter der Justizvollzugsanstalt Lipjan

Penitentiary staff and trainees at the Lipjan Correctional Center attending the online seminar on “Dealing with drug-addicted juveniles in the enforcement system: diagnostics, planning and treatment”: Afrim Beqa (end of the table, on the left), Director of the Lipjan Correctional Center



EU-Twinning-Projekt: „Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo“

Weiterhin verzögert hat sich der Beginn des Twinning-Projekts „Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo“, für das die IRZ im November 2019 als Juniorpartner an der Seite des lettischen Justizministeriums den Zuschlag erhielt. Das Projekt, das bei einer Laufzeit von 30 Monaten mit einem Volumen von 2 Millionen Euro ausgestattet ist, soll dem Ausbau der Kapazitäten der kosovarischen Informations- und Datenschutzbehörde sowie der Verbesserung des öffentlichen Bewusstseins für den Datenschutz und des Zugangs zu öffentlichen Informationen dienen. Die Grundsätze der Twinning-Projekte sehen eine enge Zusammenarbeit der Projektbeteiligten durch eine tägliche Anwesenheit der Projektpartner aus dem Mitgliedstaat für die Dauer der Projektdurchführung vor, damit ein intensiver fachlicher Austausch mit den Expertinnen und Experten vor Ort gewährleistet werden kann. Da dies aufgrund der COVID-19-Pandemie im Berichtsjahr nicht möglich war, wurde der Beginn des Projekts auf das kommende Jahr verschoben.

Ausblick

Auch 2021 wird die IRZ in Kosovo einen flexiblen und auf die Bedürfnisse des Partnerstaats ausgerichteten Ansatz verfolgen und den etablierten intensiven und nachhaltigen Austausch mit den Partnerinstitutionen pflegen. Abhängig von der Entwicklung der COVID-19-Pandemie ist eine Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen geplant, um wichtige Partner – wie das Verfassungsgericht und das Oberste Gericht – wieder stärker in die Kooperation einzubeziehen und Veranstaltungsformate, die auf dem persönlichen Austausch basieren, wieder aufzugreifen. Die Kooperationen mit den verschiedenen Abteilungen des kosovarischen Justizministeriums, dem Kosovo Prosecutorial Council (KPC), UNICEF Kosovo und der Justizakademie werden zur Vermeidung von Doppelungen und zum Zwecke der Verstärkung der gemeinsamen Wirkung in enger Abstimmung mit dem Grant-Projekt fortgeführt.

EU Twinning Project: “Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo”

The start of the Twinning Project “Strengthening the Information and Privacy Agency in Kosovo”, for which the IRZ was awarded the contract in November 2019 as a junior partner alongside the Latvian Ministry of Justice, has again been delayed. Endowed with a budget of € 2 million and scheduled to run for 30 months, the project is designed to build the capacity of Kosovo’s Information and Privacy Agency and to improve public awareness of data protection and access to public information. The principles of Twinning projects require close cooperation between the project participants. This includes daily presence by the project partners from the Member State for the duration of the project implementation to ensure an intense technical exchange with the experts on the ground. As the project launch was not possible during the reporting year due to the COVID-19 pandemic, the start was postponed to the coming year.

Outlook

In 2021, IRZ will continue to pursue a flexible approach in Kosovo that is geared to the needs of the partner state and will maintain its course of intense and sustainable exchange with partner institutions. Depending on how the COVID-19 pandemic develops, there are plans to return to face-to-face events in order to better involve important partners, such as the Constitutional Court and the Supreme Court, in the cooperation and to revive event formats based on face-to-face communication. Cooperation with the various departments of the Kosovar Ministry of Justice, the Kosovo Prosecutorial Council (KPC), UNICEF Kosovo and the Judicial Academy will continue in close coordination with the Grant project in order to avoid duplicate work and to leverage the collective impact.

Name: Königreich Marokko
Hauptstadt: Rabat
Bevölkerung: ca. 35 Millionen
Regierungssystem: Konstitutionelle Monarchie mit Elementen parlamentarischer Demokratie und zentralen Vorrechten des Königs

Name: Kingdom of Morocco
Capital city: Rabat
Population: approx. 35 million
System of government: Constitutional monarchy with elements of parliamentary democracy and central prerogatives of the king



Marokko

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Marokko treibt den infolge des „Arabischen Frühlings“ Anfang 2011 durch König Mohamed VI. angestoßenen Reformprozess weiter voran. Seit dem Jahr 2016 diskutieren Parlament und Regierung den Entwurf für ein überarbeitetes Strafgesetzbuch und seit 2015 den Entwurf einer neuen Strafprozessordnung. Reformziele sind die Anwendung alternativer Strafen sowie die Begrenzung der Untersuchungshaft in ihrer Anwendung und Dauer. Beide Vorhaben verzögern sich jedoch. Die Regierung verfolgt weitere langjährige sozioökonomische Reformprojekte, beispielsweise im Rahmen der „Nationalen Initiative für menschliche Entwicklung“ (INDH).

Auf die COVID-19-Pandemie reagierte Marokko im April 2020 mit einem umfassenden Lockdown, es kam zu einem Stillstand des öffentlichen Lebens bis September 2020. Die Regierung versucht mit umfangreichen Regelungen und Investitionsmaßnahmen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern. In dieser Zeit gewann auch die Frage einer Digitalisierung der Justiz in Marokko zunehmend an Bedeutung, weshalb die Regierung hierzu neue Reformstrategien erarbeitet hat.

Konzeption

Aufbauend auf die seit dem Jahr 2014 bestehende Zusammenarbeit mit Marokko begannen 2017 zwei mehrjährige, vom Auswärtigen Amt geförderte Projekte zu den Themen Rechtsmedizin und Strafvollzugsreform. Beide Projekte beinhalteten wichtige Punkte der in Marokko verfolgten Justizreform. Im Ergebnis billigten beide Kammern des marokkanischen Parlaments Anfang 2020 einen Gesetzentwurf zur Berufsordnung für Rechtsmedizinerinnen und Rechtsmediziner, deren Ausarbeitung im Rahmen des 2019 erfolgreich beendeten Rechtsmedizinprojekts unterstützt worden war. Zentrale Komponenten des Strafvollzugsprojekts sind die besonders wichtige Ausbildung des Strafvollzugspersonals nach dem Prinzip „Train the Trainer“, die Resozialisierung von Inhaftierten sowie die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen der marokkanischen Strafvollzugsbehörde DGAPR (Délégation générale à l'administration pénitentiaire et à la réinsertion). Darüber hinaus stattete die IRZ, in enger Zusammenarbeit mit der DGAPR, eine EDV-Schulungsstätte der Justizvollzugsanstalt Kénitra mit benötigten Computern und Druckern aus. Weitere Schwerpunkte der Kooperation zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem marokkanischen Justizministerium lagen auf straf- und zivilrechtlichen Sachgebieten sowie dem Thema der „Guten Regierungsführung“ in der Justizverwaltung.

Bedingt durch die weltweiten Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie musste die Projektdurchführung im Jahr 2020 neu konzipiert werden. Zur Sicherstellung der Erreichung der Projektziele stellte die IRZ ihre Maßnahmen daher in enger Abstimmung mit den Projektpartnern weitestgehend auf Online-Formate um.

Morocco

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Morocco continues to push ahead with the reform process initiated by King Mohamed VI in the wake of the Arab Spring in early 2011. Parliament and the government have been discussing the draft for a revised Criminal Code since 2016 and the draft for a new Code of Criminal Procedure since 2015. Reform objectives include the imposition of alternative punishments and limitations in the application and length of pre-trial detention. However, both legislative proposals have experienced delays. The government is engaged in other long-standing socio-economic reform projects, for example within the framework of the “National Initiative for Human Development” (INDH).

Morocco responded to the COVID-19 pandemic in April 2020 by introducing a comprehensive lockdown that brought public life to a standstill until September 2020. The government is introducing extensive regulations and investment measures in an attempt to cushion the economic impact of the pandemic. The issue of digitalising the Moroccan judiciary came to the fore during this period and has prompted the government to develop suitable reform strategies.

Overall Concept

Building on the cooperation with Morocco that has existed since 2014, two multi-year projects funded by the Federal Foreign Office began in 2017 on the topics of forensic medicine and reform of the penitentiary system. Both of these projects address important elements of the judicial reform being pursued in Morocco. As a result, both chambers of the Moroccan parliament approved a draft law on the professional code of conduct for forensic medical examiners at the beginning of 2020; drafting of this law had been supported as part of the forensic medicine project that was brought to a successful conclusion in 2019. Key components of the penitentiary system project include the vital training of prison staff according to the principle of “Train the trainer”, resocialisation of inmates and modernisation of the administrative structures within the Moroccan penitentiary authority DGAPR (Délégation générale à l'administration pénitentiaire et à la réinsertion). In addition, IRZ equipped an IT training centre at the Kénitra Prison with computers and printers in close cooperation with DGAPR. Cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Moroccan Ministry of Justice also prioritised aspects of criminal and civil law as well as the topic of “good governance” in judicial administration.

It became necessary to restructure the implementation of the project due to global restrictions in response to the COVID-19 pandemic in 2020. To ensure that the project objectives were achieved, IRZ, in close coordination with its project partners, therefore switched its measures to virtual formats wherever possible.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars zum Thema „Berufliche, handwerkliche und künstlerische Ausbildung von Inhaftierten“ im März 2020 in Marrakesch

Participants at the seminar on “Vocational, craft and artistic training for detainees” in March 2020 in Marrakesh

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Trilateraler Online-Erfahrungsaustausch zum „Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung“ mit den tunesischen und marokkanischen Justizministerien

Straf- und Strafvollzugsrecht:

- Online-Seminar „Alternative Strafen und Alternativen zur Untersuchungshaft“ mit dem marokkanischen Justizministerium und der Generalstaatsanwaltschaft Marokkos
- Seminar „Menschenwürdige Behandlung von Inhaftierten im marokkanischen Strafvollzug“ mit der DGAPR in Tanger
- Seminar „Berufliche, handwerkliche und künstlerische Ausbildung von Inhaftierten“ unter anderem für Strafvollzugsbeamte mit der DGAPR in Marrakesch
- Online-Seminar „Management des Strafvollzugspersonals der DGAPR“

Rechtspflege

- Online-Seminar „Modernisierung der Justizverwaltung und gute Regierungsführung in der Justiz“ zusammen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem marokkanischen Justizministerium
- Online-Seminar „Digitalisierung der Justiz“ mit dem marokkanischen Justizministerium und dem Hohen Justizrat
- Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern des marokkanischen Justizministeriums an der Online-Regionalkonferenz „Elektronischer Rechtsverkehr – Digitalisierung der Justiz“ in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer
- Unterstützung der Fachbibliothek des marokkanischen Justizministeriums

Von der Europäischen Union finanziertes Projekt

EU-Technical-Asistance-Projekt: „Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l’Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des Politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive“

Focus of Activity in 2020

Civil and Commercial Law

- Trilateral online exchange of experience with the Tunisian and Moroccan Ministries of Justice on the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction

Criminal and Penitentiary Law

- Online seminar “Alternative sanctions and alternatives to pre-trial detention” with the Moroccan Ministry of Justice and the Moroccan General Prosecutor’s Office
- Seminar “Humane treatment of detainees in the Moroccan penitentiary system” with DGAPR in Tangier
- Seminar “Vocational, technical and artistic education of inmates” for prison staff, among others, in cooperation with DGAPR in Marrakesh
- Online seminar “Management of DGAPR prison staff”

Administration of Justice

- Online seminar “Modernising judicial administration and good governance in the judiciary” together with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Moroccan Ministry of Justice
- Online seminar “Digitisation of the judiciary” with the Moroccan Ministry of Justice and the High Council of the Judiciary
- Participation by members of the Moroccan Ministry of Justice in the online regional conference “Electronic legal transactions – digitisation of the judiciary” in cooperation with the German Federal Bar
- Support for the technical library at the Moroccan Ministry of Justice

Project funded by the European Union

EU Technical Assistance Project: “Assistance technique auprès de la Délégation Générale à l’Administration Pénitentiaire et à la Réinsertion pour appuyer la mise en œuvre des Politiques de réinsertion sociale des détenus et de prévention de la récidive“



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars zum Thema „Menschenwürdige Behandlung von Inhaftierten im marokkanischen Strafvollzug“ im März 2020 in Tanger

Participants at the seminar on “Humane treatment of detainees in the Moroccan penitentiary system” in March 2020 in Tangier

Die IRZ ist seit Ende 2018 an der Durchführung dieses 34-monatigen Projekts zum Strafvollzug in Marokko unter Federführung von DMI Associates aus Frankreich beteiligt, wodurch bestehende Synergien zur bilateralen Arbeit hervorragend genutzt werden können. Ziel des Projekts ist es, die Reform des marokkanischen Strafrechtssystems zu unterstützen, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Standards im Strafvollzug, der Resozialisierung von Häftlingen und der Prävention von Rückfällen. Hauptbegünstigte ist die Allgemeine Verwaltungsbehörde der Gefängnisse in Marokko (DGAPR).

Das Projekt hat sich unter anderem dem Thema der universitären Forschung gewidmet, mit dem Ziel, die Einrichtung eines Forschungskonsortiums zwischen der DGAPR und den Universitäten Marokkos zu erleichtern. Im Zuge dessen fanden Diskussionen in Justizvollzugsanstalten zur Praxistauglichkeit von Forschungsergebnissen für den Vollzug statt. Im Anschluss wurde ein Vertragsentwurf mit der DGAPR entwickelt, der es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichen soll, in Strafanstalten zu forschen.

Weiterhin konnten folgende wichtige Ergebnisse erreicht werden:

- Entwicklung eines Empfangshandbuchs für Gefangene
- Erstellung eines Berichts über alternative Strafmaßnahmen
- Durchführung eines Audits der Beratungs- und Vorbereitungsdienste zur Wiedereingliederung
- Erstellung eines Berichts über den Schulungsbedarf im Bereich der sozialen Wiedereingliederung
- Identifikation und Zusammenstellung von relevanten Verbänden im Bereich der Wiedereingliederung
- Entwurf einer Kommunikationsstrategie und eines Kommunikationsaktionsplans

Since the end of 2018, IRZ has been involved in the implementation of this 34-month project on the penitentiary system in Morocco under the leadership of DMI Associates from France, which enables excellent exploitation of existing synergies within the bilateral work. The project aims to support the reform of the Moroccan criminal law system and in particular to improve standards in the penitentiary system, resocialisation of prisoners and the prevention of recidivism. The principal beneficiary is the General Delegation for Prison Administration and Reintegration in Morocco (DGAPR).

Among the focuses of the project is the issue of university research, which aims to facilitate the establishment of a research consortium involving DGAPR and universities in Morocco. This also included discussions in penitentiary institutions on the practicality of research findings for prison enforcement. A draft contract was then developed with DGAPR that is designed to enable academics to conduct research in correctional facilities.

The following results were also achieved:

- Development of an intake manual for prisoners
- Preparation of a report on alternative punishments
- Performance of an audit of the counselling and preparatory services for reintegration
- Preparation of a report on training needs in the area of social reintegration
- Identification and compilation of relevant associations in the area of reintegration
- Preparation of a draft communication strategy and action plan

Ausblick

Die IRZ plant, ihr Engagement in den oben genannten Themenfeldern und nach Möglichkeit auch in den Bereichen des Zivil- und des Wirtschaftsrechts 2021 fortzusetzen und zu intensivieren. Das oben näher erläuterte Strafvollzugsprojekt wird bis 2021 verlängert. Auf diese Weise sollen auch die pandemiebedingt verschobenen „Train the Trainer“-Seminare durchgeführt werden, um einen Multiplikatoreffekt zu erzielen und die Wirkung des Projekts nachhaltig zu sichern. Hierzu trägt die Begleitung der Ausbildung Inhaftierter in EDV-Thematiken im Anschluss an die Ausstattung der EDV-Schulungsstätte bei.

Ferner soll die Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Justizministerium und der Staatsanwaltschaft Marokkos auch auf dem Gebiet des Strafrechts vertieft werden. Die IRZ möchte auf ausdrücklichen Wunsch der marokkanischen Partner bei der Konzeption und Einführung alternativer Strafen unterstützen. Weitere Schwerpunktthemen betreffen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Justiz sowie die Gestaltung einer Digitalisierung der Justiz.

Name: Republik Moldau
Hauptstadt: Chişinău
Bevölkerung: ca. 2,9 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarische Demokratie

Name: Republic of Moldova
Capital city: Chişinău
Population: approx. 2.9 million
System of government:
Parliamentary democracy

Outlook

IRZ plans to continue and to intensify its engagement in the aforementioned subject areas in 2021 and, if possible, also in the areas of civil and commercial law. The penitentiary system project described in more detail above will be extended into 2021. This additional time will be used to hold the “Train the trainer” seminars which were postponed due to the pandemic. The objective is to achieve a multiplier effect and to ensure the project’s long-term impact. In this regard, support will be provided to train detainees in IT topics using the new equipment in the IT training centre.

Furthermore, cooperation with the Moroccan Ministry of Justice and the Moroccan Public Prosecutor’s Office will also be broadened in the area of criminal law. At the explicit request of the Moroccan partners, IRZ plans to offer its support in the conception and introduction of alternative punishments. Other priority topics concern the impact of the COVID-19 pandemic on the judiciary and strategies for digitisation in this area.



Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Nachdem die bisherige Regierungskoalition nach nur wenigen Monaten wegen eines Misstrauensvotums abgesetzt worden war, bildete sich Ende November 2019 ein neues Regierungsbündnis aus der Partei der Sozialisten (PSRM) und der Demokratischen Partei (PDM). Im März 2020 schlossen die Parteien einen Koalitionsvertrag. Direkt danach sah sich die Regierung gezwungen, angesichts der Risiken der COVID-19-Pandemie für einen längeren Zeitraum den Notstand auszurufen. Erschwerend kamen für Moldau ungünstige außenwirtschaftliche Faktoren – wie sinkende Rücküberweisungen aus dem Ausland – hinzu. Hierbei handelt es sich um Überweisungen von Migrantinnen und Migranten an ihre im Herkunftsland verbliebenen, ihnen nahestehenden Menschen. Sie sind für ein einkommensschwaches Land wie Moldau ein effektiver Weg, das Einkommen der Bevölkerung zu steigern. Die Bewältigung der pandemiebedingten Krise verzehrte erhebliche Ressourcen und beanspruchte administrative Kapazitäten, sodass sich die notwendigen Reformen im Rechts- und Justizbereich verlangsamten. Die Präsidentschaftswahlen im November 2020 erforderten zwei Durchgänge und spiegelten erneut die für das Land typische geopolitische Kluft zwischen prorussischen und dem Westen zuneigenden Tendenzen wider. Als Sieger ging die ehemalige Regierungschefin und westlich orientierte Maia Sandu hervor.

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

When the previous government coalition was ousted by a vote of no confidence after only a few months in power, a new government alliance consisting of the Socialist Party (PSRM) and the Democratic Party (PDM) was formed in late November 2019. The parties concluded a coalition agreement in March 2020. Immediately afterwards, the government felt compelled to declare a state of emergency for an extended period in view of the risks posed by the COVID-19 pandemic. Moldova’s situation was further aggravated by unfavourable external factors such as declining remittances from abroad. These are money transfers made by migrants to families and friends who have remained in their home country. They are an effective way for a low-income country like Moldova to increase the income of the population. Dealing with the pandemic crisis has consumed considerable resources and administrative capacities, slowing down the necessary legal and judicial reforms. The presidential elections in November 2020 required two rounds of voting and once again reflected the country’s typical geopolitical divide between pro-Russian and pro-Western tendencies. Maia Sandu, the former head of government and a pro-Western politician, emerged as the election winner.

Konzeption

Seit mehr als zehn Jahren berät die IRZ ihre moldauischen Partnerinstitutionen zur Verwaltungsrechtsreform. Nachdem 2019 der Verwaltungskodex mit materiellen und prozessualen Regelungen in Kraft trat, konzentrierte sich die weitere Zusammenarbeit auf die Implementierung. Hierzu fand im Rahmen von Online-Workshops ein richterlicher Erfahrungsaustausch zur Anwendungspraxis statt. Dabei entwickelten sich gezielte Diskussionen zwischen der Vizepräsidentin des Obersten Gerichts, 15 Richterinnen und Richtern des Amtsgerichtssitzes Rîșcani sowie einer Vertreterin des Justizrats. Ergänzend zu den verschiedenen Fortbildungsmaßnahmen erarbeiteten die beteiligten deutschen Experten einen Leitfaden zum Verwaltungsrecht. Dieser wurde ins Moldauische übersetzt und dient nun als Praxishilfe bei der Anwendung der in Moldau noch wenig bekannten Rechtsmaterie.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Öffentliches Recht

- Online-Workshop für Richterinnen und Richter zur Implementierung des Verwaltungskodex in Chișinău
- Fertigstellung des Fortbildungsleitfadens zum Verwaltungskodex

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Technical-Assistance-Projekt: „Support to the police reform in the Republic of Moldova“

Seit Ende 2018 ist die IRZ unter der Federführung des belgischen Partners B&S EUROPE an der Implementierung des Projekts beteiligt. Mit einem Projektvolumen von knapp 3,7 Millionen Euro und einer Projektdauer von 38 Monaten sieht das EU-Projekt eine Angleichung der Polizeiarbeit in Moldau an internationale und EU-Standards vor. Dabei stehen das Innenministerium und die zentrale Polizeidirektion als begünstigte Behörden im Mittelpunkt der Projektarbeit.

Die angestrebte Polizeireform zielt auf eine Erhöhung der Effizienz, Transparenz und Professionalität der Polizei. Im Einzelnen geht es um die Unterstützung eines transparenten Auswahl- und Beförderungsverfahrens, die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Polizeiangehörigen, polizeiliche Vollzugsarbeit, Zusammenarbeit zwischen einzelnen Behörden sowie die Unterstützung des Innenministeriums und der zentralen Polizeidirektion bei der Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit und internen Planungs- und Budgetierungsabläufen.

Zu Beginn des Berichtsjahrs 2020 besuchte eine moldauische Polizeidelegation die GPEC®, eine Messe für Polizei- und Sicherheitsbehörden in Frankfurt am Main. Die Delegation nahm an Sitzungen, Workshops, Symposien, Schulungen und Tests von Polizeiausrüstung teil. Dabei konnten die moldauischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kontakte zu den jeweiligen Händlerinnen und Händlern und Organisationen knüpfen und sich über die neuesten technischen Entwicklungen und Ausrüstungen informieren.

Overall Concept

IRZ has advised its Moldovan partner institutions on administrative law reform for more than ten years. Ongoing cooperation has focused on implementation ever since the Administrative Code with material and procedural regulations came into force in 2019. An exchange of experience on the practical application of this code was held between judges as part of an online workshop. During this event, focused discussions developed between the Vice-President of the Supreme Court, 15 judges of the Rîșcani Local Court and a representative of the Superior Council of Magistrates. In addition to various further training events, the participating experts from Germany also prepared a guide on administrative law. This was translated into Moldovan and is now used as a practical aid in the application of this area of law, which remains fairly unknown in Moldova.

Focus of Activity in 2020

Public Law

- Online workshop for judges on the implementation of the Administrative Code in Chișinău
- Completion of the training guide on the Administrative Code

Projects funded by the European Union

EU Technical Assistance Project: “Support to the police reform in the Republic of Moldova“

IRZ has been involved in implementing the project since late 2018 under the leadership of the Belgian partner B&S EUROPE. Endowed with a project budget of almost € 3.7 million and scheduled to run for 38 months, the EU project seeks to harmonise the work of the police force in Moldova in line with both international and EU standards. The project work focuses on the Ministry of Internal Affairs and the General Police Directorate as the beneficiary authorities.

The desired reform efforts aim to increase efficiency, transparency and professionalism within the police force. Specifically, this involves supporting a transparent selection and promotion process, improving basic and further training of police officers, police enforcement work, inter-agency cooperation, as well as supporting the Ministry of Internal Affairs and the General Police Directorate in public relations and awareness-raising and in internal planning and budgeting processes.

A Moldovan police delegation visited GPEC®, a trade fair for police and security authorities in Frankfurt am Main, at the beginning of the 2020 reporting year. The delegation attended meetings, workshops, symposia, training courses and testing of police equipment. This allowed the Moldovan participants to make contact with dealers and organisations and to obtain information about the latest technical advancements and equipment.

Angesichts der COVID-19-Pandemie stellte das Projekt rasch zahlreiche Maßnahmen auf Online-Formate um und konnte so weitgehend im Zeitplan bleiben. Zum Ende des Jahres zeigte sich jedoch eine zunehmende Ermüdung gegenüber den virtuellen Veranstaltungen, sodass das Projektteam sich bemühte, dem Bedarf nach physischen Treffen und Formaten in vertretbarem Rahmen gerecht zu werden.

EU-Twinning: "Capacity Building of the National Centre for Personal Data Protection of the Republic of Moldova"

Im Januar 2020 endete nach einer Laufzeit von 27 Monaten dieses EU-Twinning-Projekt. Es diente der Unterstützung des Nationalen Zentrums für Datenschutz der Republik Moldau (NCPDP) bei der Harmonisierung des persönlichen Datenschutzes mit den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Standards der EU. Das Projekt wurde federführend von der IRZ, gemeinsam mit dem lettischen Justizministerium als Juniorpartner, erfolgreich durchgeführt. Neben der Anpassung der nationalen Gesetzgebung im Bereich des persönlichen Datenschutzes an den EU-Acquis, einschließlich der Datenschutzgrundverordnung und der EU-Richtlinie 2016/680 sollten das NCPDP und andere relevante Institutionen bei der Umsetzung unterstützt und die Öffentlichkeit sowie die Personen, die Daten überprüfen und übermitteln, für das Thema Datenschutz sensibilisiert werden. Entsprechend diesen Vorgaben wurde ein neues Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten entworfen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NCPDP sowie weiterer Behörden und Institutionen geschult und mit den EU-Regularien vertraut gemacht.

Auch wenn das NCPDP durch die COVID-19-Pandemie in seiner Arbeit eingeschränkt war, führte es auch nach Abschluss des Projekts die Fortbildungsmaßnahmen weiterhin durch, organisierte eine Reihe von Workshops und nahm darüber hinaus an verschiedenen Online-Seminaren zum Thema personenbezogener Datenschutz teil. Ziel des Projekts war es auch, der Bevölkerung eine bessere Wahrnehmung des Themas Datenschutz zu vermitteln und die Rolle des NCPDP positiv herauszustellen. Dass dies durch die Kommunikationsmaßnahmen des Projekts nachhaltig gelungen ist, zeigt sich nicht zuletzt an der erhöhten Besucherzahl der im Rahmen des Projekts erstellten neuen Website des NCPDP, auf der den Nutzerinnen und Nutzern aktuelle Informationen zum Thema Datenschutz und zur Arbeit des NCPDP zur Verfügung gestellt werden.

Ausblick

Für das bis Ende 2021 laufende EU-Projekt zur Polizeireform wird die IRZ ihre Aktivitäten implementieren. Die IRZ wird in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eine Fortsetzung der Zusammenarbeit prüfen.

In view of the COVID-19 pandemic, the project quickly switched many activities to an online format and by doing so was able to remain largely on schedule. By the end of the year, however, it had become evident that participants were growing tired of virtual events and the project team consequently made reasonable efforts to meet the need for physical meetings and formats as far as this was possible.

EU Twinning: "Capacity Building of the National Centre for Personal Data Protection of the Republic of Moldova"

This Twinning Project ended in January 2020 after 27 months: its purpose had been to support the National Centre for Personal Data Protection of the Republic of Moldova (NCPDP) in harmonising personal data protection in line with the EU legal framework and standards. The project was successfully implemented under the leadership of IRZ, together with the Latvian Ministry of Justice as junior partner. Besides aligning national legislation in the area of personal data protection with the EU acquis, including the General Data Protection Regulation and EU Directive 2016/680, the project aimed to assist NCPDP and other relevant institutions in the implementation of these measures and to raise awareness for data protection issues within the general public and among persons entrusted with reviewing and transmitting data. In keeping with these requirements, a new law on personal data protection was drafted and employees of NCPDP and other authorities and institutions were trained and familiarised with the EU regulations.

Although the NCPDP was impeded in its work by the COVID-19 pandemic, it continued to conduct further training activities after the end of the project, organised a number of workshops and also participated in various online seminars on personal data protection. Another objective of the project was to instil in the population a better awareness of data protection and to show the role of NCPDP in a positive light. The fact that the project's communication measures have shown a lasting and positive impact is demonstrated not least by the increased traffic on NCPDP's new website, which was created as part of the project, providing users with up-to-date information on data protection topics and the work of NCPDP.

Outlook

For the EU project on police reform, which will run until the end of 2021, IRZ will continue to implement its activities. IRZ will review continuation of the cooperation in close consultation with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection.

Name: Montenegro
Hauptstadt: Podgorica
Bevölkerung: ca. 625.000
Regierungssystem:
Parlamentarisches System

Name: Montenegro
Capital city: Podgorica
Population: approx. 625,000
System of government:
Parliamentary system



Montenegro

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Montenegro verfolgt im Rahmen der EU-Integration einen politischen und wirtschaftlichen Reformkurs und befindet sich seit Juni 2012 in Beitrittsverhandlungen mit der EU. Da die Verhandlungskapitel zu Justiz, Grundrechten und Innerer Sicherheit im Laufe des Jahres 2013 eröffnet wurden, ist der Handlungsbedarf im Hinblick auf die Rechtsharmonisierung in den letzten Jahren hoch. Aufgrund seiner erst vor einigen Jahren erworbenen Eigenstaatlichkeit, der Ablösung der langjährigen Regierungskoalition bei den Wahlen 2020 und weiterer Schritte zur EU-Integration benötigt Montenegro besondere Aufmerksamkeit.

Seit 2014 gründet die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem montenegrinischen Justizministerium auf einer Gemeinsamen Erklärung mit einem mehrjährigen Arbeitsprogramm. Am 14. November 2019 wurde ein zweites Arbeitsprogramm unterzeichnet, mit dessen Umsetzung die IRZ nun beauftragt ist.

Konzeption

Seit 2007 pflegt die IRZ enge Arbeitsbeziehungen zum Justizministerium, zu dem am Obersten Gericht angesiedelten Justiztrainingszentrum, zum Verfassungsgericht, zur Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der juristischen Fakultät Podgorica. 2019 wurde zudem die Kooperation mit dem Zentrum für Mediation aufgebaut.

Die wesentlichen Schwerpunkte der Aktivitäten der IRZ in Montenegro liegen in der Zusammenarbeit mit dem Justizministerium und dem Justiztrainingszentrum. Bei Letzterem steht das Thema Zivilrecht im Vordergrund, zumal dieses von anderen Geberorganisationen kaum behandelt wird. Eine weitere enge Zusammenarbeit mit Montenegro stellt die IRZ seit Mitte 2019 dadurch sicher, dass eine deutsche Staatsanwältin fortlaufend das montenegrinische Justizministerium zu Fragen der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität berät.

Pandemiebedingt fanden die Veranstaltungen mit den montenegrinischen Partnern ab März 2020 ausschließlich online statt.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Online-Beratung und Erfahrungsaustausch des montenegrinischen Verfassungsgerichts zu verschiedenen verfassungsrechtlichen Themen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie
- Teilnahme des montenegrinischen Verfassungsgerichts an der online abgehaltenen und zusammen mit dem Verfassungsgericht des Dachstaats Bosnien und Herzegowina ausgerichteten Regionalkonferenz der Verfassungsgerichte zum Thema „Sondervoten“
- Distribution übersetzter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu verfassungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und anderen verfassungsrechtlichen Themen

Montenegro

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Montenegro is pursuing a political and economic reform course within the framework of EU integration and has been in accession negotiations with the EU since June 2012. The need for action with regard to legal harmonisation has remained high in recent years since the negotiation chapters on the judiciary, fundamental rights and internal security were opened during 2013. Montenegro warrants special attention due to its acquisition of statehood just a few years ago, the replacement of the long-standing governing coalition in the 2020 elections and further steps towards EU integration.

Cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Montenegrin Ministry of Justice has been based on a joint declaration with a multi-year work programme since 2014. A second work programme was signed on 14 November 2019, and IRZ is now tasked with its implementation.

Overall Concept

IRZ has maintained close working relationships with the Ministry of Justice, the Judicial Training Centre within the country's Supreme Court, the Constitutional Court, the Special Public Prosecutor's Office for combating organised crime and corruption and with academics at the Podgorica Faculty of Law since 2007. Cooperation with the Centre for Alternative Dispute Resolution was established in 2019.

The main priorities of IRZ's activities in Montenegro are cooperation with the Ministry of Justice and the Judicial Training Centre. Cooperation with the latter focuses predominantly on issues of civil law, especially as this aspect is rarely addressed by other donor organisations. Moreover, IRZ ensures the continuation of close cooperation with Montenegro since mid-2019 by seconding a German public prosecutor to provide the Montenegrin Ministry of Justice with ongoing advice on issues relating to combating corruption and organised crime. From March 2020, events with the Montenegrin partners were exclusively virtual due to the pandemic.

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online advice and exchange of experience with the Montenegrin Constitutional Court on various constitutional issues related to the COVID-19 pandemic
- Participation by the Montenegrin Constitutional Court in the online regional conference of constitutional courts on the topic of "Dissenting votes", held jointly with the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina
- Distribution of translated decisions of the Federal Constitutional Court on constitutional matters related to the COVID-19 pandemic and other constitutional issues

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Richterweiterbildungsseminar „Richterliche Förderung und sachgerechte Formulierung von Vergleichen im Zivilprozess“
- Online-Richterweiterbildungsseminar „Richterliche Vorbereitung und Durchführung von Zivilverhandlungen“

Rechtspflege

- Seminar „Alternative Streitbeilegung, insbesondere Mediation, in Deutschland: Gesetzliche Grundlagen und Anwendungspraxis“ zusammen mit dem Zentrum für Mediation
- Online-Konferenz „Transitional Justice“ zusammen mit der Vereinigung junger montenegrinischer Juristinnen und Juristen
- Verbreitung regionaler juristischer Fachpublikationen durch die IRZ als Herausgeberin
- Verbreitung von Literatur zum deutschen und europäischen Recht für einschlägig tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende an der juristischen Fakultät in Podgorica
- Projektbegleitende Literatur zum deutschen und europäischen Recht für die juristische Fakultät in Podgorica

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Ständige Beratung des montenegrinischen Justizministeriums und weiterer Institutionen im Bereich der Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption
- Gutachterliche Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur strafrechtlichen Ahndung des Amtsmissbrauchs

Ausblick

Die Arbeit der IRZ in Montenegro wird 2021 durch Online- und – sobald wie möglich – auch wieder durch Präsenzveranstaltungen fortgesetzt. Dabei werden die Umsetzung des Arbeitsprogramms zur Gemeinsamen Erklärung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und des montenegrinischen Justizministeriums sowie die Beratung des Justizministeriums im Mittelpunkt stehen.

Mit dem Justiztrainingszentrum wird die IRZ weiterhin gemeinsam Seminare anbieten, die insbesondere die Fähigkeit der Justiz zur effektiven Verhandlungsführung und zur europarechtskonformen Rechtsanwendung fördern. Die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht wird fortgesetzt, es werden Maßnahmen im Bereich der alternativen Streitbeilegung (ADR) angeboten. Darüber hinaus wird die IRZ weiterhin montenegrinische Juristinnen und Juristen in Aktivitäten einbinden, die in anderen Staaten der Region stattfinden. Dabei werden weiterhin Themen in Bezug auf die EU-Annäherung im Vordergrund stehen.

Civil and Commercial Law

- Online further training seminar for judges on the topic of “Judicial promotion and proper formulation of settlements in civil proceedings”
- Online further training seminar for judges on the topic of “Judicial preparation and conducting of civil proceedings”

Administration of Justice

- Seminar “Alternative dispute resolution in Germany, especially mediation: legal foundations and application practice” together with the Centre for Alternative Dispute Resolution
- Online conference “Transitional justice” together with the Association of Young Montenegrin Lawyers
- Dissemination of regional legal publications with IRZ as publisher
- Dissemination of literature on German and European law for academics and students working in relevant areas at the Faculty of Law in Podgorica
- Literature on German and European law for the Faculty of Law in Podgorica to accompany the project

Criminal and Penitentiary Law

- Ongoing advice for the Montenegrin Ministry of Justice and other institutions in the field of combating organised crime and corruption
- Expert opinion on the draft legislation for the criminal punishment of abuse of authority

Outlook

IRZ will continue its work in Montenegro in the form of virtual and – as soon as possible – physical events in 2021. The focus will be on implementing the work plan on the joint declaration of the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Montenegrin Ministry of Justice, as well as on advising the Ministry of Justice.

IRZ will continue to offer seminars in cooperation with the Judicial Training Centre to promote the ability of the judiciary to conduct effective proceedings and to apply the law in conformity with European statutes in particular. Cooperation with the Constitutional Court will also continue and measures will be offered in the area of alternative dispute resolution (ADR). In addition, IRZ will maintain its efforts to involve Montenegrin legal professionals in activities held in other countries or regions, again with a focus on issues relating to EU approximation.

Name: Republik Nordmazedonien
Hauptstadt: Skopje
Bevölkerung: ca. 2,1 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarische Demokratie

Name: Republic of North
Macedonia
Capital city: Skopje
Population: approx. 2.1 million
System of government:
Parliamentary democracy



Nordmazedonien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU trat im April 2004 in Kraft. Von 2015 bis Mai 2017 durchlebte das Land seine tiefste politische Krise seit Beginn des Jahrtausends, als Zehntausende von Abhörprotokollen von Regierungsmitgliedern bekannt wurden. Infolgedessen kam es zu Neuwahlen, die 2017 nach langer Regierungsbildung zur Amtsübernahme einer neuen, reformfreudigen Koalition führten. Nach der Beilegung des Namensstreits mit Griechenland, der zum neuen Staatsnamen Nordmazedonien führte, hoffte das Land auf den seit Langem erwarteten Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU (der Status als Beitrittskandidat besteht seit 2005) – bislang ohne Erfolg. Mitglied der NATO ist Nordmazedonien seit März 2020. Im Juli 2020 fanden – trotz der COVID-19-Pandemie – Neuwahlen statt, welche die bestehende Reformregierung, wenn auch mit Verlusten, bestätigten. Nach dem Amtsantritt des neuen Justizministers Bojan Maričić vereinbarte er mit der IRZ für 2021 eine Ausweitung der beratenden Unterstützung bei Gesetzgebungsvorhaben.

Konzeption

Die IRZ begann ihre Aktivitäten in dem Partnerstaat im Jahr 2000 im Rahmen des Stabilitätspakts und verstärkte sie seither kontinuierlich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts. Partner der IRZ in Nordmazedonien sind das Justizministerium, das Verfassungsgericht, die Akademie für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte „Pavel Shatev“, der Regierungsvertreter vor dem EGMR, die Nichtregierungsorganisation „Institut für Demokratie“ sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Juristischen Fakultät in Skopje. Aufgrund der COVID-19-Pandemie ersetzte die IRZ im Berichtsjahr Präsenzveranstaltungen durch Online-Formate, abgerundet durch Publikationen.

Der im Oktober 2020 erschienene Länderbericht der Europäischen Kommission zeichnete im Allgemeinen eine positive Entwicklung – jedoch mit Hinweisen auf einen kontinuierlichen Reformbedarf innerhalb des Justizsystems. Die IRZ reagiert auf diese Analyse, indem die Förderung des juristischen Nachwuchses durch Maßnahmen, bei denen die richterliche Unabhängigkeit und die effektive Prozessleitung im Mittelpunkt stehen sowie Aktivitäten im Bereich des Verfassungsrechts, intensiviert wurden.

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Online-Fachgespräche mit dem Verfassungsgericht zum Inhalt sowie rechtlichen Verfahren und zu organisationstechnischen Voraussetzungen zur Einführung einer in Nordmazedonien noch nicht existenten Verfassungsbeschwerde
- Beteiligung von Richterinnen und Richtern des Verfassungsgerichts von Nordmazedonien an einer virtuellen, regionalen Verfassungsgerichtskonferenz des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina zum Thema „Sondervoten bei verfassungsrechtlichen Entscheidungen“
- Direkte Beratung des Verfassungsgerichts Nordmazedoniens insbesondere zu COVID-19-Entscheidungen des deutschen Bundesverfassungsgerichts
- Distribution übersetzter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu verfassungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und anderen verfassungsrechtlichen Themen

North Macedonia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Stabilisation and Association Agreement with the EU entered into force in April 2004. North Macedonia experienced its deepest political crisis since the beginning of the millennium from 2015 to May 2017, when tens of thousands of wiretap transcripts of government officials surfaced. This led to fresh elections, and a new, reform-minded coalition took office in 2017 after a protracted period of negotiations. Once the dispute with Greece over the name of the state had been settled – which resulted in the new name of North Macedonia – the country hoped for the long-awaited start of accession negotiations with the EU (it has possessed candidate status since 2005) – but so far without success. North Macedonia has been a NATO member since March 2020. New elections were held in July 2020 – despite the COVID-19 pandemic – which confirmed the existing reform government, albeit with losses. When the new Minister of Justice Bojan Maričić took office, he agreed with IRZ to broaden advisory support for legislation projects in 2021.

Overall Concept

IRZ commenced its activities in the partner state in 2000 within the framework of the Stability Pact and increased them considerably over the second half of the decade. The IRZ partners in North Macedonia are the Ministry of Justice, the Constitutional Court, the Academy for Judges and Public Prosecutors “Pavel Shatev”, the Government Agent before the ECHR, the non-governmental organisation Institute for Democracy as well as academics from the Faculty of Law in Skopje. During the reporting year, IRZ replaced its physical events with virtual formats in response to the COVID-19 pandemic and complemented its programme with publications.

The European Commission’s country report that was published in October 2020 described a positive development overall – but with indications of a continued need for reform within the judicial system. IRZ is responding to this analysis by intensifying the promotion of young legal professionals through measures that focus on judicial independence and effective trial management, as well as activities in the area of constitutional law.

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online expert talks with the Constitutional Court on the content, as well as legal procedures and organisational requirements for the introduction of a constitutional complaint in North Macedonia
- Participation by judges of the Constitutional Court of North Macedonia in a virtual, regional constitutional court conference co-hosted by the Constitutional Court of Bosnia and Herzegovina on the topic of “dissenting votes in the practice of the constitutional courts”
- Bilateral advice to the Constitutional Court of North Macedonia, in particular on COVID-19 decisions of the German Federal Constitutional Court
- Distribution of translated decisions of the Federal Constitutional Court on constitutional matters related to the COVID-19 pandemic and other constitutional issues
- Publication of the ninth newsletter “Current information on the case-law of the European Court of Human Rights in relation to North Macedonia” in Macedonian and Albanian in cooperation with the Government Agent of North Macedonia before the ECHR

Nordmazedonien

- Herausgabe des neunten Newsletters „Aktuelle Information zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte mit Bezug zu Nordmazedonien“ auf Mazedonisch und Albanisch in Zusammenarbeit mit dem mazedonischen Regierungsvertreter vor dem EGMR
- Online-Veranstaltungen zum Thema „Reform des Verfassungsgerichts“ mit der Nichtregierungsorganisation „Institut für Demokratie“

Rechtspflege

- Zwei Online-Weiterbildungsseminare zu den Themen „Leitung der Gerichtsverhandlung in Zivilprozessen“ und „Richterliche Förderung von Vergleichen“ mit der Akademie „Pavel Shatev“
- Pflege und Erweiterung der Internetseite www.evropsko-pravo.info mit von der IRZ mitherausgegebenen Publikationen auf Mazedonisch und in anderen Sprachen der Region
- Verbreitung von Fachpublikationen in verwandten Sprachen aus der Projektarbeit der IRZ an ausgewählte Projektpartner

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Erstellung von Gutachten zur Reform des Strafgesetzbuchs von Nordmazedonien in den Bereichen:
 - Künstliche Elternschaft und Klonen
 - Computerkriminalität
 - Insolvenzstraftaten
 - Schutz von Wahlen
 - Terrorismusbekämpfung
 - Wirtschaftskriminalität
- Beratung zur weiteren Entwicklung des normativen Rahmens als Grundlage eines funktionierenden Bewährungshilfesystems in Nordmazedonien durch Bereitstellung von Übersetzungen und Analysen
- Beratung des Justizministeriums Nordmazedoniens zu Medien und Pressefreiheit

Aus- und Fortbildung

- Online-Seminarreihe zum Thema „Justiz und Medien“ für Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten sowie Leiterinnen und Leiter von Staatsanwaltschaften
- Beteiligung von Teilnehmenden aus Nordmazedonien an einer regionalen Online-Workshop-Reihe für deutschsprachige IRZ-Alumni aus den Partnerstaaten Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien zu den Themen:
 - Aktuelles aus dem deutschen Recht bezüglich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das deutsche Recht und die Rechte der Staaten in der Region
 - Arbeitsrecht in Deutschland
 - Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland am Beispiel der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS)
- Popularisierung des deutschen und europäischen Rechts als Orientierungsrecht bei der Rechtstransformation durch Unterstützung verschiedener Partnerinstitutionen mit entsprechender Literatur

North Macedonia

- Online events on the topic of “Reform of the Constitutional Court” with the non-governmental organisation “Institute for Democracy”

Civil and Commercial Law

- Two online training seminars on “Conducting trials in civil cases” and “Judicial promotion of settlements” with the Academy “Pavel Shatev”

Administration of Justice

- Operation and expansion of the website www.evropsko-pravo.info with publications co-edited by IRZ in Macedonian and other regional languages
- Dissemination to selected project partners of specialist journals on IRZ project work in related languages

Criminal and Penitentiary Law

- Preparation of expert opinions on the reform of the Criminal Code of North Macedonia in the areas of:
 - artificial parenthood and cloning
 - computer criminality
 - insolvency offences
 - protection of elections
 - counter terrorism
 - white collar crime
- Advice on the further development of the regulatory framework as the basis for a functioning probation system in North Macedonia through the provision of translations and analyses
- Advice to the Ministry of Justice in North Macedonia on media and press freedom

Basic and Further Training

- Online seminar series on “Judiciary and the Media” for court presidents and heads of public prosecutor’s offices
- Involvement of participants from North Macedonia in a regional online workshop series for German-speaking IRZ alumni from the partner states Bosnia and Herzegovina, Montenegro, North Macedonia and Serbia on the topics of:
 - developments in German law regarding the impact of the COVID-19 pandemic on German law and the legal system of states in the region
 - labour law in Germany
 - arbitration in Germany, based on the example of the German Arbitration Institute (DIS)
- Popularisation of German and European law as a general roadmap for legal transformation by providing relevant literature to various partner institutions

Von der Europäischen Union finanzierte Projekte

EU-Twinning-Projekt: "Building of the institutional capacity of the Investigative Centres"

Seit Mai 2019 leitet die IRZ das Projekt zum Aufbau von Ermittlungszentren (Investigative Centres) in den Staatsanwaltschaften in Nordmazedonien. Juniorpartner des auf 24 Monate angelegten Projekts mit einem Budget von 1 Million Euro ist das kroatische Justizministerium. Im Einklang mit aktuellen Reformbestrebungen der Regierung Nordmazedoniens werden die nationalen Behörden im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption unterstützt und ihre Kompetenzen durch die Einrichtung gemeinsamer Ermittlungszentren an den Staatsanwaltschaften in Skopje, Kumanovo und Tetovo gestärkt. Zentrale Komponenten sind:

- Verbesserung von Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufen
- Fortbildung der Staatsanwaltschaften, von Polizei, Zoll und Steuerfahndung
- Vernetzung der Behörden
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Behörden auf nationaler und internationaler Ebene

Die Expertinnen und Experten der IRZ konnten gemeinsam mit den mazedonischen Partnern die Ermittlungszentren durch die Verbesserung regulatorischer Rahmenbedingungen zur Organisationsstruktur und Arbeitsmethodik unterstützen. Dies wurde unter anderem durch die Ausarbeitung von Standardarbeitsverfahren und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwaltschaften und den Strafverfolgungsbehörden mit Schwerpunkt auf den Ermittlungszentren erreicht. Zudem wurden Regelungen zum Austausch von Informationen und zum Zugang zu Datenbanken zwischen den Institutionen, wie beispielsweise dem Ministerium des Innern, der Zollverwaltung und der Finanzpolizei, entwickelt.



Projects funded by the European Union

EU Twinning Project: "Building of the institutional capacity of the Investigative Centres"

IRZ has been in charge of the project to establish investigative centres in the public prosecutor's offices of North Macedonia since May 2019. The Croatian Ministry of Justice is the junior partner in this project, which is endowed with a budget of € 1 million and is scheduled to run for 24 months. In line with current reform efforts by the government of North Macedonia, the national authorities are receiving support in the fight against organised crime and corruption. Their competencies are also being strengthened through the establishment of joint investigation centres at the public prosecutor's offices in Skopje, Kumanovo and Tetovo. The key components are:

- Improvement of organisation structures and workflows
- Further training for public prosecutors, police officers, customs officers and tax investigators
- Establishment of inter-agency networks
- Intensification of cooperation between the agencies at national and international level

The IRZ experts were able to support the investigation centres by improving the regulatory framework for organisational structure and working methodologies together with their Macedonian partners. This was achieved, among other things, by establishing standard operating procedures and improving cooperation between public prosecutor's offices and criminal prosecution agencies, with a focus on investigative centres. Regulations were also developed for the sharing of information between, and access to databases by, institutions such as the Ministry of Internal Affairs, the Customs Administration and the Financial Police.

Verfassungsgericht von Nordmazedonien in Skopje

Constitutional Court of North Macedonia in Skopje

Darüber hinaus sollen die Expertinnen und Experten durch spezifische Ausbildungsmaßnahmen die Ermittlungskompetenzen der beteiligten Bereiche ausbauen und so eine effektive nationale wie internationale Zusammenarbeit langfristig fördern. Die Implementierung des Projekts musste im Mai 2020 wegen des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie ausgesetzt werden und wird ab Januar 2021 weitergeführt. Primär sollen dann Schulungen vorbereitet und durchgeführt werden. Sie zielen auf eine Optimierung der Fähigkeiten von Ermittlerinnen und Ermittlern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Strafverfolgungsbehörden.

EU-Twinning-Projekt: "Strengthening of the penitentiary system and the probation service"

Zielsetzung dieses Twinning-Projekts ist die Stärkung des Strafvollzugsystems durch die Verbesserung der Kapazitäten der Abteilung für die Umsetzung von Strafmaßnahmen im Justizministerium Nordmazedoniens und weiterer relevanter Akteure sowie die Beratung zur Instandhaltung bestehender und neu zu errichtender Justizvollzugsanstalten. Auch soll ein Bewährungshilfesystem entwickelt und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen verbessert werden. Die IRZ führt das Projekt gemeinsam mit dem niederländischen Juniorpartner Center for International Legal Cooperation (CILC) seit August 2018 in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung für die Umsetzung von Strafmaßnahmen im Justizministerium von Nordmazedonien (Directorate for Execution of Sanctions – DES) durch.

2020 wurden die Fortbildungsveranstaltungen für Führungskräfte der DES und der Justizvollzugsanstalten entsprechend der im vergangenen Jahr erstellten Trainingsprogramme fortgesetzt, so unter anderem die Einführung in die Anwendung des Risikoanalyseystems OSRA im Strafvollzug. Im Rahmen der Bewährungshilfe wurden in Seminaren die Voraussetzungen der Verhängung von Bewährungsstrafen und die Erfahrungen in den EU-Partnerstaaten in der Praxis dargestellt. Des Weiteren wurde Material für eine PR-Strategie erstellt, um sowohl der Bevölkerung als auch den Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeitern die Möglichkeit alternativer Strafmaßnahmen näherzubringen und das Bewährungshilfesystem als eine wichtige Säule des Strafvollzugsystems zu etablieren.

Das Projekt wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie und der hieraus resultierenden Nichtdurchführbarkeit von Veranstaltungen von Mai 2020 bis Anfang Dezember 2020 ausgesetzt. Damit die noch vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt und die bislang erreichten Ergebnisse nachhaltig gesichert werden können, wurde eine Verlängerung der Projektlaufzeit um drei Monate beschlossen.

Ausblick

Die IRZ verfolgt das Ziel, sich insbesondere im Bereich der Gesetzgebungsberatung zukünftig noch mehr in die geplante Justizreform einzubringen, um dadurch die Westbalkanstrategie der EU stärker zu unterstützen. Daneben sollen die bewährten Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung fortgeführt werden, um die Qualität der Rechtsanwendung zu erhöhen. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht ausgebaut werden, um die Schaffung eines Verfassungsgerichtsgesetzes und die Einführung einer Verfassungsbeschwerde zu fördern.

In addition, the experts will provide specific training to build the investigative competences of the participating agencies and in doing so promote effective and sustainable cooperation at national and international level. Implementation of the project had to be suspended in May 2020 due to the spread of the COVID-19 pandemic and will resume in January 2021. This will mainly involve the preparation and hosting of training courses. Their aim is to optimise the capabilities of investigators, public prosecutors and legal personnel in the criminal prosecution authorities.

EU Twinning Project: "Strengthening of the penitentiary system and the probation service"

This Twinning Project aims to strengthen the penitentiary system by improving the capacity of the Directorate for Execution of Sanctions at the Ministry of Justice of North Macedonia and other relevant stakeholders, as well as by providing advice on the maintenance of existing and new correctional facilities. Other objectives include the development of a probation system and the improvement of cooperation between state institutions and non-governmental organisations. IRZ has been implementing the project since August 2018 together with its Dutch junior partner, the Center for International Legal Cooperation (CILC), in close cooperation with the Directorate for Execution of Sanctions (DES) at the Ministry of Justice of North Macedonia.

The further training events for managers at DES and the correctional institutions were continued in 2020 based on the training programmes created last year; these include an introduction to applying the OSRA risk analysis system in the penitentiary system. In regard to probation services, seminars were held to present the preconditions for imposing suspended sentences and the practical experiences acquired in the EU partner states. Material was also compiled for a PR strategy to raise awareness among the general population and legal personnel for the possibility of alternative sentencing measures and to establish the probation system as an important pillar within the penal system.

The project was suspended from May until early December 2020 due to the COVID-19 pandemic and the resulting inability to hold the events. A project extension of three months was agreed in order to complete the outstanding measures and to ensure that the results achieved so far are preserved in the long term.

Outlook

IRZ intends to become more involved in the planned judicial reform in the future, especially in the provision of legislative advice. Its intention in this regard is to provide even stronger support for the EU's Western Balkans Strategy. Moreover, the proven measures of basic and further training are scheduled to continue in order to bolster application of the law. Cooperation with the Constitutional Court will also be expanded to promote the creation of a Constitutional Court Act and the introduction of a constitutional complaint.

Name: Russische Föderation
Hauptstadt: Moskau
Bevölkerung: ca. 146,7 Millionen
Regierungssystem: Präsidentsystem, föderativer Staatsaufbau

Name: Russian Federation
Capital city: Moscow
Population: approx. 146.7 million
System of government: Presidential system; federal structures



Russische Föderation

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Die rechtspolitische Lage in Russland und die außenpolitischen Spannungen im Verhältnis zur EU haben sich auch im Jahr 2020 nicht wesentlich verbessert, zumal die EU nach einem Anschlag auf einen Regierungskritiker neue Sanktionen verhängt hat.

Anfang Juli 2020 wurde per Volksentscheid eine Verfassungsänderung legitimiert, nachdem das russische Parlament und das Verfassungsgericht dem Änderungsentwurf bereits im März 2020 zugestimmt hatten. Die Reform gestattet dem Präsidenten unter anderem, für zwei weitere Amtszeiten zu kandidieren und so bis 2036 im Amt bleiben zu können. Die Verfassungsänderung und auch der Ablauf der Volksbefragung wurden im In- und Ausland kritisiert.

Im Juli 2020 begannen Proteste in der fernöstlichen Stadt Chabarowsk, die bis heute andauern und sich gegen die Verhaftung und Absetzung eines frei gewählten Gouverneurs richten.

Konzeption

Aufgrund der COVID-19-Pandemie stellte die IRZ bereits geplante Präsenzveranstaltungen auf Online-Formate um. Zudem konnte vermehrt Anfragen zur Übersetzung von Gesetzestexten entsprochen werden. So wurden zum Beispiel die Übersetzungen der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Internetversteigerungsgesetzes überarbeitet und aktualisiert. Darüber hinaus wurden schriftliche Rechtsexperten, inklusive ihrer Übersetzungen, in diesem Jahr stärker berücksichtigt.

Thematisch liegt der Schwerpunkt – wie auch in den Jahren zuvor – im Zivil- und Wirtschaftsrecht, insbesondere auf dem Gebiet des geistigen Eigentums. Weitere wichtige Themen sind die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, das Medizinrecht sowie umfangreiche Aspekte des Berufsrechts, insbesondere im Hinblick auf die Anwaltschaft, das Notarwesen und die Patentanwältinnen und Patentanwälte.

Weiterhin wichtig bleibt die Zusammenarbeit mit Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern sowie Studierenden im Rahmen der Kooperation mit den Rechtsakademien des Justizministeriums und der Hochschule für Privatrecht beim Präsidenten der Russischen Föderation. Im Berichtsjahr konnten neben Online-Seminaren und ebenfalls digital veranstalteten Rundtischgesprächen erneut der Rechtssprachekurs, der teilweise auch per Videokonferenz durchgeführt wurde, sowie ein Online-Zugang zur deutschen Rechtsliteratur angeboten werden.

Die Kooperation erfolgt teils auch im Rahmen der vom Auswärtigen Amt getragenen Initiative zur Rechtszusammenarbeit.

Russian Federation

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The political situation in Russia and the foreign policy tensions in its relationship with the EU did not improve significantly in 2020, especially since the EU imposed new sanctions after an attack on a government critic.

A referendum was held in early July 2020 to legitimise a constitutional amendment, after the Russian Parliament and Constitutional Court had already approved the draft in March 2020. Among other things, the reform allows the president to campaign for two further terms, which means he could remain in office until 2036. Both the constitutional amendment and the organisation of the referendum were criticised at home and abroad.

Protests against the arrest and removal of a freely elected governor began in the Far Eastern city of Khabarovsk in July 2020 and have continued to this day.

Overall Concept

IRZ switched its planned face-to-face events to an online format in response to the COVID-19 pandemic. It also managed to accommodate an increased number of requests for translated laws. For example, the translations of the Federal Lawyers' Act and the Internet Auction Act were revised and updated. In addition, legal expertise and their translations were given greater consideration this year.

As in the years before, cooperation prioritises the issues of civil and commercial law, with a particular focus on intellectual property. Other important topics include local self-administration, medical law and extensive areas of professional law, especially in regard to lawyers, the notarial system and patent attorneys.

Another significant aspect is to continue working with young professionals and law students within the framework of the cooperation with the legal academies at the Ministry of Justice and the Russian School of Private Law under the President of the Russian Federation. Besides online seminars and virtual roundtable discussions, IRZ again offered its course in legal terminology, some of it by video conference, and provided students with access to German legal literature during the reporting year.

Some of this work is organised as part of the initiative for legal cooperation supported by the Federal Foreign Office.



Während der Konferenz am 18. September 2020 zum Thema „Probleme, Herausforderungen und Perspektiven des Stadtmanagements unter gegenwärtigen Rahmenbedingungen“ in den Räumlichkeiten des russischen Städteverbands (Bild: Russischer Städteverband)

During the conference on 18 September 2020 on the topic of “Problems, challenges and perspectives of city management under current framework conditions” at the offices of the Union of Russian Cities (Photo: Union of Russian Cities)



Dr. Christian Schaich, Geschäftsführer ZOIS (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien), deutscher Experte an der Online-Konferenz am 17. September 2020 zum Thema „Aktuelle Probleme der Juristenausbildung und der Rechtswissenschaft in Russland und Deutschland“ (Fotografin: Annette Riedl)

Dr Christian Schaich, Administrative Director at ZOIS (Centre for Eastern European and International Studies), German expert at the online conference on 17 September 2020 on the topic “Current problems of legal education and jurisprudence in Russia and Germany” (photographer: Annette Riedl)

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Wissenschaftlich-praktische Online-Konferenz „Versicherungsmedizin: rechtliche Probleme in der Theorie und Praxis in Zeiten der Pandemie“ in Izhevsk
- „beck-online“-Zugang für Professorinnen und Professoren, Doktorandinnen und Doktoranden und Studierende des Russischen Instituts für Privatrecht beim Präsidenten der Russischen Föderation
- Internationale wissenschaftlich-praktische Online-Konferenz „Intellectual property rights: challenges of XXI century“ in Tomsk
- Online-Konferenz „Recht und digitaler Staat“ in St. Petersburg
- Online-Rundtischgespräch zum Thema „Probleme des modernen Zivil- und Zivilprozessrechts“
- Online-Vorlesung deutscher Expertinnen und Experten zum Zivilrecht für Studierende, Magistrate und Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft

Rechtspflege

- Online-Konferenz „Grenzen der kritischen Äußerungen deutscher und russischer Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Kampf um das Recht“ mit der Föderalen Rechtsanwaltskammer und der Bundesrechtsanwaltskammer in Berlin und Moskau

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Konferenz „Bekämpfung der Korruption und der Schattenwirtschaft: Fragen der Wirksamkeit von Rechtsinstrumenten“ in St. Petersburg

Öffentliches Recht

- Internationales Online-Rundtischgespräch „Probleme, Herausforderungen und Perspektiven des Stadtmanagements unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen“
- Online-Seminar zum Thema „Russlands Städte nach der Corona-Krise: Wandel der Lebensweise, Wirtschaftsorganisation und Entwicklung der Infrastruktur“

Focus of Activity in 2020

Civil and Commercial Law

- Scientific-practical online conference “Insurance medicine: legal problems in theory and practice during the pandemic” in Izhevsk
- “beck-online” access for professors, doctoral students and undergraduates at the Russian School of Private Law under the President of the Russian Federation
- International theoretical and practical online conference “Intellectual property rights: challenges of the XXIst century” in Tomsk
- Online conference “Law and the digital state” in St. Petersburg
- Online roundtable discussion on the topic of “Problems of modern civil law and civil procedural law”
- Online lecture by German experts on civil law for students, magistrates and representatives of academia

Administration of Justice

- Online conference “Limits of critical statements by German and Russian lawyers in the fight for justice” with the Russian Federal Bar Association and the German Federal Bar in Berlin and Moscow

Criminal and Penitentiary Law

- Conference “Combating corruption and the informal economy: issues concerning the effectiveness of legal instruments” in St. Petersburg

Public Law

- International online roundtable “Problems, challenges and perspectives of urban management under the current circumstances”
- Online seminar on the topic of “Russia’s cities after the corona crisis: changes in lifestyle, economic organisation and infrastructure development”
- Online lectures by German experts on the topic of “Urban development” for students of the Master’s programme “Project management in regional development and planning” at the Russian Presidential Academy of National Economy and Public Administration (RANEPA)



Deutsche Expertinnen und Experten an der Online-Konferenz zum Thema „Rechte des geistigen Eigentums: die Herausforderungen des XXI. Jahrhunderts“ vom 10. bis 14. November 2020 (Herr Manuel Soria Parra, Patentanwalt bei der Kanzlei „Meissner Bolte“ (o.l.), Frau Dr. Ina Schnurr, Richterin am Bundespatentgericht (o.r.), Frau Dr. Anke Nordemann-Schiffel (u.l.) und Herr Prof. Dr. Christian Czychowski (u.r.), Rechtsanwältin und Rechtsanwalt bei der Kanzlei „Nordemann“ (Fotograf: Maximilian König u.a.)

German experts at the online conference on “Intellectual property rights: the challenges of the XXIst century” from 10 to 14 November 2020 (Mr Manuel Soria Parra, patent attorney at the law firm Meissner Bolte (top left), Dr Ina Schnurr, judge at the Federal Patent Court (top right), Dr Anke Nordemann-Schiffel (bottom left) and Prof. Dr Christian Czychowski (bottom right), attorney and lawyer at the law firm Nordemann (photographer: Maximilian König and others)

- Online-Vorlesungen deutscher Expertinnen und Experten zum Thema „Stadtentwicklung“ für Studierende des Master-Studiengangs „Projektmanagement in der Raumentwicklung und -planung“ der Hochschule RANEPА

Aus- und Fortbildung

- Sprachkurs „Übersetzung deutscher Rechtstexte“ für russische Juristinnen und Juristen an der Hochschule für Privatrecht in Moskau
- Internationale wissenschaftlich-praktische Online-Konferenz zum Thema „Rechtsinformatisierung und Rechtstransformation im digitalen Zeitalter“ in Moskau
- Russisch-deutsche Online-Konferenz „Aktuelle Probleme der Ausbildung für Juristinnen und Juristen und der Rechtswissenschaft in Russland und Deutschland“ in Makhachkala

Ausblick

Trotz pandemiebedingter Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit soll diese auch 2021, sowohl bilateral als auch mit Mitteln der Projektförderung, weiter intensiv betrieben werden. Viele der ausgefallenen Maßnahmen plant die IRZ nachzuholen. Die Fortbildungsveranstaltung in der Richterakademie Wustrau zur russischen Justiz und zum russischen Recht für die deutsche Richterschaft und Staatsanwaltschaft soll wiederaufgenommen werden. Wichtige Rechtsgebiete für die Zusammenarbeit bleiben weiterhin das Zivil- und Wirtschaftsrecht, das Anwaltsrecht und das Notarrecht. Außerdem wird sich die IRZ der Förderung einer effektiven Zwangsvollstreckung, der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und diverser Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen widmen.

Basic and Further Training

- Language course “Translation of German legal texts” for Russian lawyers at the School of Private Law in Moscow
- International scientific-practical online conference on “The dissemination of legal information and legal transformation in the digital age” in Moscow
- Russian-German online conference “Current problems in the teaching of lawyers and legal studies in Russia and Germany” in Makhachkala

Outlook

Intense cooperation will continue in 2021, both bilaterally and with project grant, despite the difficulties imposed by the pandemic. IRZ plans to hold many of the cancelled measures at a later date. There are plans to resume the further training event on the Russian judiciary and Russian law for German judges and public prosecutors at the German Judicial Academy in Wustrau. Civil and commercial law, law of lawyers and notary law will remain as the important legal areas for cooperation. Moreover, the IRZ will push ahead with its efforts to promote effective enforcement, to strengthen local self-administration and with various basic and further training measures.

Name: Republik Senegal
Hauptstadt: Dakar
Bevölkerung: ca. 16,3 Millionen
Regierungssystem:
Präsidentsdemokratie

Name: Republic of Senegal
Capital city: Dakar
Population: approx. 16.3 million
System of government: Presidential
democracy



Senegal

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Senegal verfolgt eine aktive Außenpolitik, sowohl in der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) als auch in der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen. Das Land gilt als zuverlässige Demokratie und Stabilitätsanker in der westafrikanischen Region. Die demokratische Tradition des Landes zeigte sich erneut in den friedlich durchgeführten Präsidentschaftswahlen im Februar 2019, in denen Präsident Macky Sall in seinem Amt bestätigt wurde.

Priorität der Regierung Sall hat weiterhin die Umsetzung eines umfangreichen Programms zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Senegals bis 2035 („Plan Sénégal Emergent“). Dieses sieht neben dem Ausbau der Infrastruktur des Landes und der Verbesserung des Investitionsklimas umfangreiche Reformen im Justizsektor vor. Trotz vieler positiver Entwicklungen sieht sich Senegal weiterhin mit großen Herausforderungen wie Energieknappheit, Nahrungsmittelkrisen, einem starken Bevölkerungswachstum und einer hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. Deshalb ist die senegalesische Regierung innerhalb der internationalen Gemeinschaft bemüht, finanzielle Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erhalten. Im Bereich des Wirtschaftsrechts sollen Reformen zur Verbesserung der Rechtssicherheit und des Investitionsklimas durchgeführt werden.

Im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie war Senegal im weltweiten Vergleich geringer betroffen. Allerdings kam es auch dort zu weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie zu Grenzschließungen. Insgesamt wurde das Land für seinen Umgang mit der Pandemie, insbesondere bezogen auf seine Aufklärungs- und Informationspolitik, international gelobt.

Konzeption

In enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz nahm die IRZ im Jahr 2019 die Zusammenarbeit mit der senegalesischen Justiz als erstem Partnerstaat in Subsahara-Afrika auf. Schwerpunkte der Kooperation umfassen bisher vor allem die Bereiche des Strafrechts und Strafvollzugs. Im Februar 2020 wurde die rechtliche Zusammenarbeit durch den Abschluss einer Gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem senegalesischen Justizministerium weiter vertieft. Hierbei teilen beide Seiten die Auffassung, dass sich die Zusammenarbeit zunächst auf folgende Gebiete erstrecken soll:

- Weiterentwicklung und Verbesserung der Gesetze und Verordnungen im Bereich Strafrecht
- Reformen im Strafvollzug
- Aus- und Fortbildung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie weiteren Justizakteuren

Erfolge soll dies durch einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch und die Durchführung von Fachgesprächen, Seminaren und Hospitationen, durch Schulungen und Weiterbildungen von Justizakteuren, neben den oben genannten Berufsgruppen auch von Strafvollzugspersonal sowie durch den Austausch von Gesetzestexten und Rechtsprechung.

Senegal

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Senegal pursues an active foreign policy in the Economic Community of West African States (ECOWAS), the African Union and at the United Nations. It is considered a reliable democracy and an anchor of stability in the West African region. The country's democratic tradition was again confirmed by the peaceful presidential elections in February 2019, in which President Macky Sall was confirmed in office.

Sall's government continues to prioritise implementation of a comprehensive programme for Senegal's economic and social development up to 2035 ("Plan Sénégal Emergent"). Besides expanding the country's infrastructure, this programme sets out extensive reforms of the judiciary to improve the climate for investments. Senegal continues to face significant challenges, such as energy shortages, food crises, strong population growth and high unemployment, despite many positive developments. This is why the Senegalese government is working to obtain financial support from the international community for the economic development of the country. Reforms are planned in the area of commercial law to improve legal certainty and the investment climate.

Senegal was less affected by the COVID-19 pandemic than other regions of the world. However, it still imposed far-reaching restrictions on public life and border closures. Overall, the country earned international praise for its handling of the pandemic, especially with regard to its education and information policy.

Overall Concept

Coordinating closely with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection, IRZ initiated cooperation with the Senegalese judiciary in 2019 as the first partner state in sub-Saharan Africa. So far, the cooperation has mainly prioritised the areas of criminal law and the penitentiary system. The Memorandum of Understanding signed by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Senegalese Ministry of Justice in February 2020 continued to expand on this legal cooperation. In this regard, both parties agree that their work should initially extend to the following areas:

- continued development and improvement of laws and regulations in the area of criminal law
- reforms in the penitentiary system
- basic and further training for judges, public prosecutors and other actors within the judiciary

This is to be achieved through a mutual exchange of experience and the implementation of expert talks, seminars and internships, through training courses and further training for those working in the judiciary – including prison staff – as well as through the exchange of laws and case-law.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit einhergehenden Beschränkungen musste ein Großteil der vorgesehenen Maßnahmen der IRZ verschoben werden. Zudem stellte das Pandemiegeschehen die Justiz vor neue massive Herausforderungen: Fragen der E-Justiz und des elektronischen Rechtsverkehrs rückten plötzlich in den Vordergrund. Deshalb wurde der vereinbarte Themenkatalog um die Thematik der Digitalisierung der Justiz und die damit verbundenen Fragen des Zugangs zur Justiz erweitert und eine Online-Veranstaltung hierzu durchgeführt.

Tätigkeitschwerpunkte 2020

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Seminar „Unterstützung der Reformen im senegalesischen Strafrecht und Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ mit dem senegalesischen Justizministerium in Dakar

Rechtspflege

- Online-Seminar zur „Digitalisierung der Justiz“ in Zusammenarbeit mit dem senegalesischen Justizministerium
- Unterstützung der Fachbibliothek des senegalesischen Justizministeriums

Ausblick

Durch den Abschluss der Gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem senegalesischen Justizministerium wird die IRZ die Zusammenarbeit mit der senegalesischen Justiz in den kommenden Jahren weiter intensivieren können. Im Jahr 2021 sollen die in diesem Jahr ausgefallenen Maßnahmen möglichst nachgeholt werden. Hier werden die Bereiche Strafrecht und Strafvollzug weiterhin eine zentrale Rolle spielen, insbesondere die Operationalisierung des senegalesischen Strafrechts. Zudem soll das überforderte Strafvollzugswesen entlastet werden, indem Beratungen zur Vollzugslockerung und Strafaussetzung angeboten werden. Durch die Zusammenarbeit mit der senegalesischen Richterhochschule soll außerdem die Richterschaft unterstützt und dadurch die Rechtsprechung gestärkt werden. Die IRZ wird darüber hinaus bemüht sein, die angedachten und notwendigen wirtschaftsrechtlichen Reformen in Senegal zu unterstützen.

Zudem sieht die IRZ 2021 die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf weitere Länder der westafrikanischen Region vor. Mittels verschiedener Aktivitäten wird die IRZ eine regional vergleichende Perspektive einnehmen, um mögliche Synergieeffekte zwischen den Ländern zu schaffen.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christian Lange, MdB, und die Staatssekretärin im senegalesischen Justizministerium, Aïssé Tall, während der Unterzeichnung des gemeinsamen Arbeitsprogramms im senegalesischen Justizministerium im Februar 2020 (Foto: BMJV)

Parliamentary State Secretary at the Federal Minister of Justice and Consumer Protection, Christian Lange, Member of the Bundestag, and State Secretary at the Senegalese Ministry of Justice, Aïssé Tall, during the signing of the joint work programme at the Senegalese Ministry of Justice in February 2020 (photo: BMJV)

IRZ was forced to postpone a large number of its scheduled events due to the COVID-19 pandemic and the associated restrictions. In addition, events surrounding the pandemic presented significant challenges for the judiciary: issues of e-justice and electronic legal transactions suddenly came to the fore. For this reason, the agreed catalogue of topics was expanded to include digitisation of the judiciary and related issues of access to the judiciary, and an online event was held on this topic.

Focus of Activity in 2020

Criminal and Penitentiary Law

- Seminar “Supporting reforms in Senegalese criminal law and combating organised crime” with the Senegalese Ministry of Justice in Dakar

Administration of Justice

- Online seminar on “Digitisation of the judiciary” in cooperation with the Senegalese Ministry of Justice
- Support for the technical library at the Senegalese Ministry of Justice

Outlook

Over the coming years, IRZ will continue to expand its cooperation with the Senegalese judiciary based on the Memorandum of Understanding signed by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Senegalese Ministry of Justice. The measures that were cancelled this year will be rescheduled for 2021 if possible. Criminal law and the penitentiary system will continue to play a key role in this regard, especially the operationalisation of Senegalese criminal law. In addition, advice will be provided on prison furloughs and the suspension of sentences in order to ease the strain on the overburdened penitentiary system. Cooperation with the Senegalese Judicial Academy will also aim to support the judiciary and thereby strengthen case-law. Furthermore, IRZ will endeavour to support the envisaged and necessary reforms of commercial law in Senegal.

IRZ also plans to expand its work to include other countries in the West African region in 2021. It will engage in a variety of activities to acquire a comparative perspective of the region and, where possible, create synergy effects between the countries.



Name: Republik Serbien
Hauptstadt: Belgrad
Bevölkerung: ca. 7 Millionen
Regierungsform: Parlamentarische
Demokratie

Name: Republic of Serbia
Capital city: Belgrade
Population: approx. 7 million
System of government:
Parliamentary democracy



Serbien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Die Republik Serbien eröffnete im Juli 2016 die Verhandlungskapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen und gilt zusammen mit Montenegro als Vorreiter unter den Westbalkanstaaten hinsichtlich der EU-Annäherung. Da es nach Auffassung der EU in den Bereichen Judikative und Grundrechte sowie im Themengebiet Recht, Freiheit und Sicherheit besonderer Anstrengungen bedarf, hat sich der Bedarf an Beratung bei der Harmonisierung des Rechts und an Unterstützung bei der Schulung der praktischen Rechtsanwendung noch verstärkt.

Konzeption

Die IRZ begann die rechtliche Zusammenarbeit mit Serbien im Jahr 2000 und unterstützt das Land seitdem auf dessen Weg in die EU im Sinne der EU-Westbalkanstrategie. Der IRZ kommt dabei zugute, dass Deutschland ein wichtiger Wirtschaftspartner Serbiens ist. Der Fokus liegt für die IRZ auf einer effektiven Gesetzesanwendung unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze und europarechtlicher Vorgaben. Die IRZ betont dabei die Bedeutung einer klaren Orientierung an kontinentaleuropäischen Rechtsgrundsätzen und Modellen, um hybride Lösungen zu verhindern. Außerdem stärkt sie die Zusammenarbeit zwischen Juristinnen und Juristen aus Serbien und dessen Nachbarländern. Ergänzt werden die bilateralen Aktivitäten insbesondere durch EU-Twinning-Projekte.

Zu den Partnern der IRZ gehören das Justizministerium, das Verfassungsgericht, die juristischen Fakultäten der Universitäten Belgrad und Kragujevac, die Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer, das Institut für Rechtsvergleichung sowie das Harmonius-Netzwerk junger Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler, dessen Ziel die Förderung der EU-Rechtsharmonisierung ist.

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Teilnahme serbischer Verfassungsrichterninnen und Verfassungsrichter an der virtuellen, regionalen Verfassungsgerichtskonferenz zum Thema „Sondervoten bei verfassungsrechtlichen Entscheidungen“
- Distribution übersetzter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu verfassungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und anderen verfassungsrechtlichen Themen

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Konferenz „Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Schiedsgerichtsbarkeit“ für Schiedsrichterninnen und Schiedsrichter zusammen mit der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) und der Deutsch-Serbischen Wirtschaftskammer (AHK) in Belgrad

Rechtspflege

- Online-Konferenz zum kontinentaleuropäischen Erbe in Kooperation mit der Juristischen Fakultät der Universität Belgrad
- Regionale Online-Workshopreihe für deutschsprachige IRZ-Alumni aus den Staaten Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in Belgrad zu den Themen:

Serbia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The Republic of Serbia officially opened negotiations on Chapters 23 (Judiciary and Fundamental Rights) and 24 (Justice, Freedom and Security) in July 2016 as part of the EU accession negotiations and is considered, together with Montenegro, as a pioneer of EU approximation among the West Balkan countries. As the EU considers that special efforts are required in the areas of the judiciary and fundamental rights, as well as in the thematic area of justice, freedom and security, the need for advice on harmonisation of the law and for assistance in training in the practical application of the law has increased.

Overall Concept

IRZ started its legal cooperation with Serbia in 2000 and has since supported the country on its way into the EU, in keeping with the EU West Balkans Strategy. Within this context, IRZ benefits from Germany's standing as one of Serbia's important economic partners. For IRZ, the focus is on effective application of the law in compliance with the principles of the rule of law and European law. In this regard, IRZ emphasises the importance of a clear orientation towards continental European legal principles and models in order to forestall hybrid solutions. It also strengthens cooperation between lawyers in Serbia and neighbouring countries. Bilateral activities also include EU Twinning projects, in particular.

IRZ's partners include the Ministry of Justice, the Constitutional Court, the law faculties of the Universities of Belgrade and Kragujevac, the German-Serbian Chamber of Industry and Commerce, the Institute of Comparative Law in Belgrade, and the Harmonius association-network of young legal scholars, whose goal is to promote EU legal harmonisation.

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Participation by Serbian constitutional judges in the virtual regional conference of the Constitutional Courts on the topic of "dissenting votes in the practice of the constitutional courts"
- Distribution of translated decisions of the Federal Constitutional Court on constitutional matters related to the COVID-19 pandemic and other constitutional issues

Civil and Commercial Law

- Online conference "Impact of the COVID-19 pandemic on arbitration" for arbitrators, held in cooperation with the German Arbitration Institute (DIS) and the German-Serbian Chamber of Industry and Commerce (AHK) in Belgrade

Administration of Justice

- Online conference on the continental European legacy in cooperation with the Faculty of Law at the University of Belgrade
- Regional online workshop series for German-speaking IRZ alumni from the partner states Bosnia and Herzegovina, Montenegro, North Macedonia and Serbia on the topics of:
 - COVID-19 pandemic and German federalism

- COVID-19-Pandemie und der deutsche Föderalismus
- Arbeitsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, Teil I und II
- Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland
- Verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, Teil I, II und III
- Probleme der Sprachmittlung im juristischen Bereich
- Mitveranstaltung der hybriden Jahreskonferenz des Harmonius-Netzwerks junger Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler in Zusammenarbeit mit diesem und der Justizakademie
- Vorlesung zum deutschen Recht, insbesondere zur Aufarbeitung des NS-Rechts in Deutschland aus Anlass des 180. Jubiläums der Juristischen Fakultät Kragujevac
- Verbreitung von Literatur zum deutschen und europäischen Recht als Orientierungsrecht bei der Rechtstransformation für einschlägig tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende an den juristischen Fakultäten Belgrad und Kragujevac sowie am Institut für Rechtsvergleichung

Ausblick

Die IRZ setzt die Gesetzgebungsberatung, Seminarreihen und Fortbildungsveranstaltungen mit den oben genannten Partnerorganisationen insbesondere im Hinblick auf die Kapitel 23 und 24 der EU-Beitrittsverhandlungen und die Westbalkanstrategie der EU fort. Hierbei ist geplant, die Gesetzgebungsberatung auf die geplante Reform der Zivilprozessordnung auszudehnen. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit Institutionen und einzelnen nationalen Experteninnen und Experten, die sich der kontinentaleuropäischen Rechtstradition sowie der Erforschung des deutschen Rechts und seiner Rezeption widmen, fortgesetzt werden. Schließlich wird der juristische Nachwuchs weiterhin unterstützt.



Ein Teil der von der IRZ zur Verfügung gestellten Bibliothek mit Büchern zum deutschen und europäischen Recht an der Juristischen Fakultät Kragujevac, Serbien

Part of the library of books on German and European law provided by IRZ at the Faculty of Law in Kragujevac, Serbia

- questions of labour law in connection with the COVID-19 pandemic, parts I and II
- arbitration in Germany
- questions of constitutional law in connection with the COVID-19 pandemic, parts I, II and III
- problems of language mediation in the legal field
- Co-hosting of the hybrid annual conference of the Harmonius association-network of young legal scholars in collaboration with the network and the Judicial Academy
- Lecture on German law, in particular on the reappraisal of Nazi law in Germany to mark the 180th anniversary of the Faculty of Law in Kragujevac
- Dissemination of literature on German and European law as a guide to legal transformation for relevant academics and students at the faculties of law in Belgrade and Kragujevac and at the Institute of Comparative Law

Outlook

IRZ will continue its legislative advice, series of seminars and further training events with the aforementioned partner organisations, with a particular focus on Chapters 23 and 24 of the EU accession negotiations and the EU West Balkans Strategy. In this regard, there are plans to broaden the legislative advice to include the envisaged reform of civil procedural law. Cooperation with institutions and individual national experts committed to the continental European legal tradition and to the study of German law and its reception will also continue. Finally, support for the next generation of lawyers will also be maintained.



Juristische Fakultät Belgrad

Faculty of Law in Belgrade

Name: Republik Tadschikistan
Hauptstadt: Duschanbe
Bevölkerung: ca. 9,3 Millionen
Einwohner
Regierungssystem: Präsidialsystem
mit Zweikammer-Parlament

Name: Republic of Tajikistan
Capital city: Dushanbe
Population: approx. 9.3 million
System of government: Presidential
system with bicameral parliament



Tadschikistan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Tadschikistan wird unverändert autokratisch regiert, sämtliche politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen werden an der Spitze des Staats getroffen. Aus den Parlamentswahlen im Frühjahr 2020 ging mangels einer Opposition und unabhängiger Medien die Partei des Präsidenten Emomali Rahmon erwartungsgemäß als Sieger hervor. Die Präsidentschaftswahlen führten diesen Trend fort. Rahmon wurde für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt und ist damit mittlerweile der am längsten amtierende Präsident in einem postsowjetischen Staat.

Die COVID-19-Pandemie wirkte sich insofern wirtschaftlich gravierend auf die tadschikische Gesellschaft aus, als die Anzahl der Arbeitsemigrantinnen und Arbeitsemigranten um 60 % sank und damit die Rücküberweisungen (Auslandsüberweisungen von Migrantinnen und Migranten) erheblich abnahmen. Die mit dem Machtausbau beschäftigte Regierungspolitik und die Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie ließen bedauerlicherweise wenig Raum für Novellierungen der tadschikischen Rechtsordnung und sonstiger Reformen im Justizbereich.

Konzeption

In den letzten Jahren beriet die IRZ primär zur internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Die IRZ-Experten und eine IRZ-Expertin arbeiteten im Berichtsjahr gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe tadschikischer Expertinnen und Experten an Erläuterungen für den Gesetzentwurf zur internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Dieser wurde bereits von der Regierung verabschiedet und kann damit ins Parlament eingebracht werden. Wegen der pandemiebedingten Einschränkungen verzögerte sich dieser Vorgang, er ist aber im Folgejahr zu erwarten.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Anmerkungen zum Gesetzentwurf für die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit für die Präsidialverwaltung

Ausblick

Die Arbeiten am Gesetzentwurf sind abgeschlossen. In Absprache mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wurde daher entschieden, die Zusammenarbeit mit Tadschikistan im Interesse einer justizaußenpolitischen Fokussierung und Konsolidierung einzustellen.

Tajikistan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Tajikistan remains under autocratic rule, with all political and economic decisions made by the highest echelons of the state. Without an opposition or independent media, the party of President Emomali Rahmon unsurprisingly emerged victorious from the parliamentary elections in spring 2020. This trend continued in the presidential elections. Rahmon was confirmed in office for another seven years, making him the longest-serving president in a post-Soviet state.

The COVID-19 pandemic has had a severe economic impact on Tajik society in that the number of migrant workers has fallen by 60 %, resulting in a significant decrease in remittances (money transferred home by migrants). Government policies were regrettably preoccupied with expanding power and measures to deal with the COVID-19 pandemic, which left little room for amendments to the Tajik legal system and other reforms in the judicial field.

Overall Concept

IRZ has primarily provided advice on international commercial arbitration in recent years. In the reporting year, IRZ experts cooperated with a working group of Tajik experts on clarifications for the draft law on international commercial arbitration. It has already been passed by the government and can therefore be submitted to parliament. This procedure was delayed by restrictions associated with the pandemic, but is expected to take place this year.

Focus of Activity in 2020

Civil and Commercial Law

- Comments on the draft law on international commercial arbitration for the presidential administration

Outlook

Work on the draft law is complete. A decision was therefore reached in consultation with the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection to discontinue cooperation with Tajikistan in the interest of focusing and consolidating foreign judicial policy.

Name: Tunesische Republik
Hauptstadt: Tunis
Bevölkerung: ca. 11,5 Millionen
Regierungssystem:
Semi-präsidentielles System

Name: Republic of Tunisia
Capital city: Tunis
Population: approx. 11.5 million
System of government:
Semi-presidential system



Tunesien

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Rund zehn Jahre nach der Revolution hat Tunesien zwar bedeutende Fortschritte hin zu einem demokratischen Rechtsstaat erreicht, politische Stabilität ist allerdings noch nicht eingeleitet. Bei den Präsidentschaftswahlen im September und Oktober 2019 setzte sich überraschend der parteilose, politisch nicht etablierte Verfassungsrechtler Kais Saied durch. Die Parlamentswahlen im Oktober 2019 führten zudem zu einer starken Fragmentierung des Parlaments. Dies erschwerte die Regierungsbildung und es kam erst im Februar 2020 zu einer Einigung auf ein neues Kabinett.

Präsident Saied führte die von der vorherigen Regierung angestoßenen Reformen in den Bereichen Demokratieförderung und Rechtsstaatlichkeit und für wirtschaftlichen Aufschwung fort. Die Bekämpfung von Korruption und Terrorismus bleibt oberste Priorität. Doch auch die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden und führte zu Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat Tunesien zusätzlich wirtschaftlich zurückgeworfen. Im Frühjahr reagierte die tunesische Regierung zur Eindämmung der Pandemie frühzeitig mit Reisebeschränkungen, der Einstellung öffentlicher Dienstleistungen und Beschränkungen des öffentlichen Lebens. Der Einbruch des Tourismus und die Einstellung der Produktion vieler Unternehmen bedeutet den Verlust vieler Arbeitsplätze. Auch die Justiz traf die Einschränkungen unvorbereitet. Viele Gerichte, Behörden und andere öffentliche Einrichtungen waren nicht oder nur stark eingeschränkt arbeitsfähig. Dies erschwerte den Bürgerinnen und Bürgern über Wochen den Zugang zu Recht und Justiz. Zudem erließ die Regierung im Frühjahr, als das Parlament pandemiebedingt nicht tagen konnte, zahlreiche Verordnungen mit Gesetzeskraft, was politische und juristische Debatten über eine mögliche Gefährdung der parlamentarischen Demokratie auslöste.

Ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen und trotz zahlreicher Regierungswechsel wird jedoch in Tunesien der rechtspolitische und gesellschaftliche Reformprozess mit großem Engagement fortgesetzt.

Konzeption

Die bilateralen Projektaktivitäten zur Unterstützung der Rechtsreform in Tunesien, die die IRZ im Jahr 2011 begonnen hat, basieren aktuell auf der Anfang 2017 geschlossenen gemeinsamen Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Justizministerium der Republik Tunesien. Im Rahmen dieser Absichtserklärung wurden von der IRZ in den Jahren 2017 bis 2020 bereits zwei Arbeitsprogramme umgesetzt. Entsprechend diesen Arbeitsprogrammen ist neben dem tunesischen Justizministerium der Hohe Justizrat ein zentraler Projektpartner der IRZ. Je nach Sachgebiet sind zudem die vorläufige Kommission zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzentwürfen (IPCCPL), das Verwaltungsgericht, die Notarkammer und die Anwaltskammer, die Strafvollzugsdirektion, das Zentrum für Justizwesen und rechtliche Studien (CEJJ) wie auch die Nationale Institution zur Korruptionsbekämpfung (INLUCC) und die Verbraucherschutzvereinigung wichtige Partner der Zusammenarbeit in Tunesien.

Tunisia

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Even ten years after the revolution Tunisia has not achieved political stability, although it has made significant progress on the road to becoming a democratic constitutional state. The constitutional lawyer Kais Saied, an independent candidate and political novice, was the surprise winner of the presidential elections in September and October 2019. Parliamentary elections in October 2019 also resulted in strong fragmentation in the composition of parliament. This presented obstacles to the formation of a government, and agreement on a new cabinet was not reached until February 2020.

President Saied continued the reforms initiated by the previous government in the areas of promoting democracy, the rule of law and economic recovery. Policy to fight corruption and counter terrorism remain the top priorities. But the economic crisis has not yet been overcome, which has led to austerity measures, tax increases and job cuts in the public sector.

Tunisia also suffered economic setbacks due to the spread of the COVID-19 pandemic. In spring, the Tunisian government showed an early response to contain the pandemic by introducing travel restrictions, suspending public services and curtailing public life. But the collapse of tourism and the cessation of production in many companies led to a heavy loss of jobs. The judiciary was also caught unawares by the restrictions. Many courts, authorities and other public institutions were unable to operate or only to a very limited extent. This made it difficult for citizens to access the legal system and judiciary for weeks. In addition, the government issued numerous ordinances with the force of law in the spring, when parliament was unable to meet due to the pandemic, prompting political and legal debates about a possible threat to parliamentary democracy.

Despite the difficult circumstances and numerous changes of government, Tunisia continues to show great commitment to the legal and social reform process.

Overall Concept

The bilateral project activities in support of legal reform in Tunisia that were launched by IRZ in 2011 are currently based on the Memorandum of Understanding on Cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Ministry of Justice of the Republic of Tunisia that was concluded in early 2017. IRZ has already successfully implemented two work programmes between 2017 and 2020 as part of this Memorandum of Understanding. The Supreme Judicial Council is a key project partner for IRZ in these work programmes, in addition to the Tunisian Ministry of Justice. The Provisional Authority for the Examination of the Constitutionality of Draft Laws (IPCCPL), the Administrative Court, the Chamber of Notaries and the Bar Association, the General Directorate of Prisons and Rehabilitation, the Centre of Legal and Judicial Studies (CEJJ) as well as the National Anti-Corruption Authority (INLUCC) and the Association for Consumer Protection are also important partners for cooperation in Tunisia, depending on the area in question.

Online-Fachgespräch zum Verbraucherschutz während der COVID-19-Pandemie mit Frau Dr. Dorothee Weckerling-Wilhelm, Referatsleiterin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Online expert talk on consumer protection during the COVID-19 pandemic with Dr Dorothee Weckerling-Wilhelm, Head of Division at the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection



Online-Konferenz im Hybrid-Format zur „Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen durch COVID-19 und Auswirkungen auf das Vertragsrecht durch höhere Gewalt“: Imed Derouiche, tunesischer Generalstaatsanwalt und Direktor der Justiz im tunesischen Justizministerium (Podium Mitte), Prof. Hatem Rouatbi, Leiter der Forschungsstelle für Streitbeilegung und Vollstreckungsmethoden an der Fakultät für Recht und Politikwissenschaft der Universität Tunis- El Manar

Online conference in hybrid format on the "Proportionality of the restrictions imposed due to COVID-19 and the impact of force majeure on contract law": Imed Derouiche, Tunisian Public Prosecutor General and Head of the Judicial Service at the Tunisian Ministry of Justice (podium, centre), Prof. Hatem Rouatbi, Head of the Research Unit for Dispute Resolution and Enforcement Methods at the Faculty of Law and Political Science, University of Tunis-El Manar



Neben den seit vielen Jahren kontinuierlich behandelten Schwerpunkten, wie zum Beispiel der Förderung der Unabhängigkeit der Justiz, wurden im Berichtsjahr zunehmend die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das öffentliche Leben und die Justiz thematisiert. Damit rückten Themen wie die Digitalisierung der Justiz und der Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs in den Fokus der Zusammenarbeit.

In addition to long-standing priorities, such as promoting the independence of the judiciary, attention shifted to some extent in the reporting year to the impact of the COVID-19 pandemic on public life and the judiciary. This brought issues such as digitisation of the judiciary and expansion of electronic legal correspondence to the forefront of cooperation.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit

- Online-Erfahrungsaustausch „Staatliches Handeln in Krisenzeiten und das Verhältnismäßigkeitsprinzip – Auswirkungen auf Alltag und Justiz“ mit dem tunesischen Justizministerium und dem Zentrum für Justizwesen und rechtliche Studien (CEJJ)

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Konferenz „Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen durch COVID-19 und Auswirkungen auf das Vertragsrecht durch höhere Gewalt (Force Majeure)“

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online exchange of experiences “State action in times of crisis and the principle of proportionality – implications for everyday life and the judiciary” with the Tunisian Ministry of Justice and the Centre of Legal and Judicial Studies (CEJJ)

Civil and Commercial Law

- Online conference “Proportionality of restrictions associated with COVID-19 and its impact on contract law by “force majeure”



Erfahrungsaustausch zur „Korruptionsbekämpfung im Sport“ im März 2020 in Tunis

Exchange of experience on “Policy to combat corruption in sport” in March 2020 in Tunis

- Online-Konferenz „Apostille, neue Technologien und die deutsch-tunesischen Beziehungen“ in Zusammenarbeit mit der tunesischen Notarkammer
- Online-Expertengespräch „Verbraucher schützen – gute gesetzliche Vorgaben und Herausforderungen während der COVID-19-Pandemie“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der tunesischen Verbraucherschutzbehörde
- Trinationaler Erfahrungsaustausch zum Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung im Online-Format mit den Justizministerien Tunesien und Marokko

Rechtspflege

- Online-Konferenz „Digitalisierung der Justiz“ mit dem tunesischen Justizministerium
- Online-Regionalkonferenz „Elektronischer Rechtsverkehr – Digitalisierung der Justiz“ in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer
- Unterstützung der Fachbibliothek des tunesischen Justizministeriums

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Erfahrungsaustausch in Tunis „Korruptionsbekämpfung im Sport – Handhabung des Sportrechts“ mit der Nationalen Kommission zur Korruptionsbekämpfung in Tunesien
- Online-Seminar „Reformen im tunesischen Strafrecht und Strafprozessrecht“ gemeinsam mit dem tunesischen Justizministerium

Aus- und Fortbildung

- Entwicklung und Redaktion eines IRZ-Fachbereichsblogs für deutsches und afrikanisches Recht
- Printmagazin „Juristische Blätter“ in Zusammenarbeit mit der Universität Tunis El Manar (Fakultät für Rechts- und Politikwissenschaften)

- Online conference “Apostille, new technologies and German-Tunisian relations” in cooperation with the Tunisian Chamber of Notaries
- Online expert talk “Protecting consumers – good legal guidelines and challenges during the COVID-19 pandemic” with employees of the Tunisian Association for Consumer Protection (ODC)
- Trilateral online exchange of experience with the Tunisian and Moroccan Ministries of Justice on the Hague Convention of 25 October 1980 on the Civil Aspects of International Child Abduction

Administration of Justice

- Online conference “Digitisation of the judiciary” with the Tunisian Ministry of Justice
- Online regional conference “Electronic legal correspondence – digitisation of the judiciary” in cooperation with the German Federal Bar
- Support for the technical library at the Tunisian Ministry of Justice

Criminal and Penitentiary Law

- Exchange of experience in Tunis on “Combating corruption in sports – handling of sports law” with the National Anti-corruption Commission in Tunisia
- Online seminar “Reforms in Tunisian criminal law and criminal procedural law” with the Tunisian Ministry of Justice

Basic and Further Training

- Development and editorial work of an IRZ departmental blog on German and African law
- Print magazine “Juristische Blätter” in cooperation with the University of Tunis El Manar (Faculty of Law and Political Sciences)

Ukraine

Ausblick

Die für 2021 vorgesehenen Aktivitäten zielen auch zukünftig darauf ab, die Umsetzung der Justizreform in Tunesien zu unterstützen und sich dabei weiterhin am aktuellen Reformbedarf zu orientieren, so auch im Zivil- und im Wirtschaftsrecht. Die interministerielle Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem tunesischen Justizministerium wird durch ein weiteres Arbeitsprogramm für die Jahre 2021 bis 2022 fortgesetzt. Dieses sieht insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen des Internationalen Privatrechts, des Straf- und Strafprozessrechts, der Korruptionsbekämpfung, des Verbraucherschutzes sowie der Unabhängigkeit der Justiz vor. Das Jahr 2020 zeigte deutlich, dass die Digitalisierung der Justiz auch in Tunesien flächendeckender und effektiver vorangebracht werden muss. Auch das Strafvollzugsrecht und die Verwaltungsgerichtsbarkeit bleiben im Fokus der Beratungen der IRZ.

Name: Ukraine
Hauptstadt: Kiew
Bevölkerung: ca. 42,2 Millionen
Regierungssystem:
Parlamentarisch-präsidentiales System

Name: Ukraine
Capital city: Kiev
Population: approx. 42.2 million
System of government:
Parliamentary-presidential system

Ukraine

Outlook

The activities planned for 2021 will continue to aim at supporting the implementation of judicial reform in Tunisia and will remain focused on current need for reform, such as in civil and commercial law. A new work programme for the years 2021 to 2022 will be introduced to continue the interministerial cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Tunisian Ministry of Justice. It will include, in particular, cooperation in the areas of international private law, criminal law and criminal procedural law, combatting corruption, consumer protection and the independence of the judiciary. The year 2020 demonstrated without a doubt that efforts are necessary to ensure more comprehensive and effective digitisation within the Tunisian judiciary. Penitentiary law and administrative court jurisdiction will equally be featured in the advice and consultation provided by IRZ.

Ukraine

Rechtspolitische Ausgangslage

Nach wie vor steht in der Ukraine die Frage der Konfliktbeilegung im Osten des Landes auf der politischen Tagesordnung. Parallel müssen wichtige Reformvorhaben insbesondere im Hinblick auf Rechts- und Justizreformen sowie eine effektive Korruptionsbekämpfung in Rechtssetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung vorangetrieben und umgesetzt werden. Diese Reformen könnten für die Ukraine unter anderem die Chancen auf ausländische Investitionen erhöhen. Teile der Justizreform und Reformansätze zur Korruptionsbekämpfung wurden allerdings vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Verabschiedet wurde das vom Internationalen Währungsfond (IWF) geforderte Gesetz über den Grund- und Bodenmarkt; das lange erwartete Verwaltungsverfahrensgesetz sowie das Mediationsgesetz haben die erste Lesung im Parlament passiert. Umfangreiche Reformen plant das Justizministerium ferner im Bereich des Strafvollzugs. Zu allen Vorhaben hat die IRZ beraten, mitunter seit vielen Jahren.

Konzeption

Im Berichtsjahr 2020 wurde die Zusammenarbeit mit der Ukraine ausschließlich aus den Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz finanziert. Pandemiebedingt konnten nicht alle Planungen wie angedacht realisiert werden, die meisten Veranstaltungen wurden aber im Online-Format umgesetzt. Die Schwerpunkte der

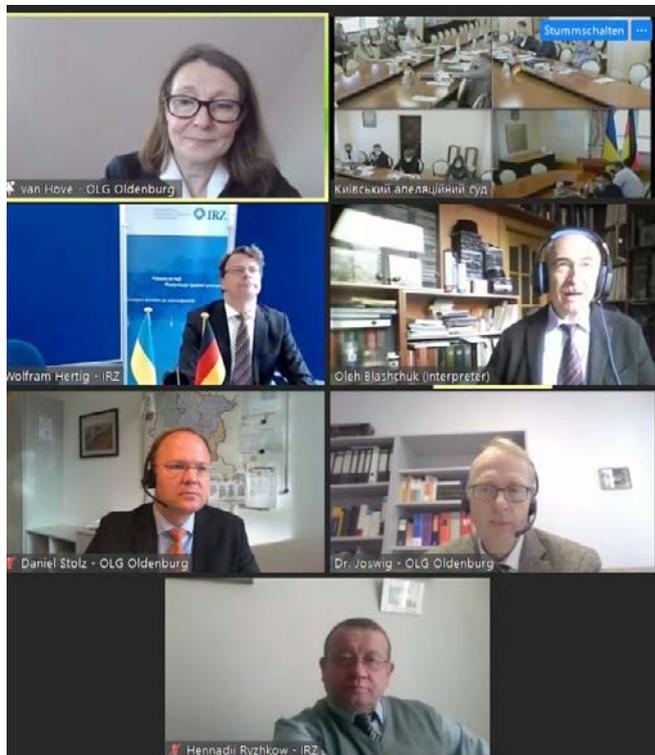
Ukraine

Legal Policy Starting Point

The issue of conflict resolution in the east of the country remains on the political agenda in Ukraine. Important reform projects, especially with regard to legal and judicial reforms as well as effective lawmaking policy to combat corruption, application of the law and case-law, must be advanced and implemented at the same time. Among other things, these reforms might increase the chances of foreign investments in Ukraine. However, the Constitutional Court has declared some of the judicial reforms and reform ideas for policy to combat corruption unconstitutional. The Land Market Act urged by the International Monetary Fund (IMF) was adopted; the first reading of the long-awaited Administrative Procedure Act and the Mediation Act has also passed parliament. Furthermore, the Ministry of Justice plans extensive reforms in the penitentiary system. IRZ has provided advice on all of these projects, in some cases over a period of many years.

Overall Concept

Cooperation with Ukraine during the reporting year 2020 was financed exclusively with grants from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection. Not everything went according to plan due to the pandemic, although most events were held in an online format. Cooperation prioritised the professional exchange of experience and the further training of



Online-Fachgespräch zu zivilprozessrechtlichen Fragen im Rahmen der Zusammenarbeit des Oberlandesgerichts Oldenburg mit dem Berufungsgericht Kiev;
oben links: Präsidentin des Oberlandesgerichts Anke van Hove

Online expert talk on questions of civil procedural law as part of the cooperation between the Oldenburg Higher Regional Court and the Kiev Court of Appeal;
top left: President of the Higher Regional Court Anke van Hove

Zusammenarbeit lagen auf dem fachlichen Erfahrungsaustausch und der richterlichen Fortbildung – vor allem in der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit Bezügen zur Verfassungsgerichtsbarkeit. Ferner hat die IRZ erneut zum Verwaltungsverfahrensgesetz und zum Mediationsgesetz sowie zur Strafvollzugsreform fachlich beraten – Letzteres im Rahmen der Umsetzung der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz mit dem ukrainischen Justizministerium. Gemeinsam mit der Staatlichen Gerichtsadministration wurde das Thema E-Justiz behandelt. Die Zusammenarbeit mit der Anwaltschaft und den Notarinnen und Notaren wurde in Kooperation mit der Bundesrechtsanwaltskammer und der Bundesnotarkammer fortgesetzt, wobei thematisch sowohl die Bekämpfung von Geldwäsche als auch das notarielle Disziplinarrecht im Vordergrund standen. Von besonderer und zukunftsweisender Bedeutung im Hinblick auf die Förderung des juristischen Nachwuchses ist aus Sicht der IRZ der an der Nationalen Iwan-Franko-Universität in Lwiw eingerichtete Studiengang zur Einführung in das deutsche Recht mit europäischen Bezügen. Die Lehrveranstaltungen fanden 2020 unter erschwerten Bedingungen, zum Teil im Online-Format, statt.

judges, especially in administrative court jurisdiction and ordinary general jurisdiction with references to constitutional court jurisdiction. Furthermore, IRZ again provided expert advice on the Administrative Procedure Act and the Mediation Act as well as on reform of the penitentiary system – the latter in connection with implementing the Joint Declaration on Cooperation between the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Ukrainian Ministry of Justice. The issue of e-justice was addressed together with the State Judicial Administration of Ukraine. Cooperation with the legal profession and notaries was continued together with the German Federal Bar and the Federal Chamber of Notaries, with a focus on combating money laundering as well as disciplinary law for notaries. IRZ believes that the supplementary studies established at the Ivan Franko National University of Lviv with an introduction to German law with European references is of particular, ground-breaking significance with regard to the promotion of young lawyers. The guest lectures were held under difficult conditions in 2020, and some of them were virtual.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

- Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzbarkeit
- Online-Gespräch zum Thema Transitional Justice am Beispiel der Überprüfung ehemaliger DDR-Richter
 - Multilaterale Online-Konferenz mit dem Verfassungsgericht der Ukraine
 - Gutachten zur verfassungsrechtlichen Sicherung des Existenzminimums in Deutschland

Focus of Activity in 2020

- Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability
- Online talk on the topic of transitional justice using the example of the vetting of former GDR judges
 - Multilateral online conference with the Constitutional Court of Ukraine
 - Expert opinion on the safeguarding of a subsistence minimum in Germany under constitutional law



Online-Vorlesung zum Zivilrecht im Rahmen des deutschsprachigen Begleitstudiums zur Einführung in das deutsche Recht an der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw; oben links: Dr. Silvia Deuring, Ludwig-Maximilians-Universität München

Online lecture on civil law as part of the German-language supplementary studies as an introduction to German law at the Ivan Franko National University of Lviv; top left: Dr Silvia Deuring, Ludwig Maximilian University of Munich

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Expertenpapier zu den gerichtlichen Zuständigkeiten bei Streitigkeiten zum ukrainischen Bodenrecht
- Schriftliche Informationsvermittlung zum Verbraucherschutz durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Öffentliches Recht

- Kontinuierliche Beratung des Revisionsverwaltungsgerichts des Obersten Gerichts der Ukraine durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz
- Online-Fachgespräch zum Anerkenntnisurteil im Verwaltungsprozess
- Online-Konferenz zum 15. Jahrestag der Verabschiedung des ukrainischen Verwaltungsprozessgesetzes
- Internationaler Online-Workshop zur Rückwirkung von Entscheidungen des Verfassungsgerichts auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Mitwirkung an den „III. Tagen der ukrainischen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ zum Sozialrechtsschutz

Rechtspflege

- Online-Fachgespräch zum Einsatz der Anwaltschaft in der Mediation
- Online-Fachgespräch zur Mediation im Baurecht
- Beratungen zum ukrainischen Notarrecht durch Online-Gespräche und schriftliche Ausführungen
- Stellungnahme zum Mediationsgesetzentwurf
- Online-Fachkonferenz zur E-Justiz und zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach
- Online-Fachgespräch und Erfahrungsaustausch mit der Staatlichen Gerichtsadministration zur E-Justiz

Civil and Commercial Law

- Expert paper on court jurisdiction for land law disputes in Ukraine
- Written dissemination of information on consumer protection by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection

Public Law

- Ongoing advice to the Administrative Cassation Court at the Supreme Court of Ukraine by the Higher Administrative Court of Rhineland-Palatinate
- Online expert talk on consent decrees in administrative proceedings
- Online conference marking the 15th anniversary of the adoption of the Ukrainian Code of Administrative Court Procedure
- International online workshop on how decisions of the Constitutional Court impact administrative court jurisdiction
- Contribution to the “IIIrd Conference of Ukrainian administrative court jurisdiction” on the protection of social rights

Administration of Justice

- Online expert talk on the role of lawyers in mediation
- Online expert talk on mediation in construction law
- Advice on Ukrainian notary law in the form of online talks and written statements
- Expert opinion on the draft Mediation Act
- Online conference on e-justice and the special electronic mailbox for lawyers
- Online expert talk and exchange of experience on e-justice with the State Judicial Administration of Ukraine



Online-Fachgespräch zum notariellen Disziplinarrecht; oben rechts: Justizrat Richard Bock, Notar a.D., Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten; unten rechts: Präsident der Notarkammer der Ukraine, Volodymyr Marchenko

Online expert talk on disciplinary law for notaries; top right: Judicial Counsel Richard Bock, notary (ret.), Chief Representative of the Federal Chamber of German Civil Law Notaries for International Affairs; bottom right: President of the Chamber of Notaries of Ukraine, Volodymyr Marchenko

- Online-Fachgespräch des Oberlandesgerichts Oldenburg mit dem Berufungsgericht Kiew
- Gutachten „Gerichtlich bestellte/r Sachverständige/r“ für das Justizministerium der Ukraine
- Expertenpapier zur Richterauswahl, Richterbeförderung und zur Integritätsprüfung von Richterinnen und Richtern für den Höchsten Rechtssprechungsrat der Ukraine

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Stellungnahmen und Online-Fachgespräche zur ukrainischen Strafvollzugsreform
- Online-Fachgespräch zur Geldwäschebekämpfung durch das Notariat
- Online-Konferenz zur Geldwäschebekämpfung durch die Anwaltschaft

Aus- und Fortbildung

- Begleitstudium zur Einführung in das deutsche Recht an der Nationalen Iwan-Franko-Universität in Lwiw (ab Herbst 2020 mittels Online-Formaten)

Ausblick

Die oben genannten Reformen im Justizsektor und die Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption wird die IRZ auch weiterhin unterstützen. Zudem soll der richterliche Erfahrungsaustausch fortgesetzt werden. Je nach Stand des Gesetzgebungsverfahrens wird die IRZ die ukrainischen Partner weiter zu den Entwürfen des Verwaltungsverfahrensgesetzes und des Mediationsgesetzes oder zu deren Implementierung beraten. Auch die Strafvollzugsreform wird die IRZ weiterhin gemeinsam mit den bisherigen Kooperationspartnern begleiten. Darüber hinaus wird das inzwischen elfte IRZ-Begleitstudium zum deutschen Recht an der Nationalen Iwan-Franko-Universität Lwiw fortgesetzt.

- Online expert talk between the Oldenburg Higher Regional Court and the Kiev Court of Appeal
- Expert opinion on “Court-appointed experts” for the Ukrainian Ministry of Justice
- Expert paper on the selection of judges, promotion of judges and integrity checks on judges for the Supreme Council of Justice of Ukraine

Criminal and Penitentiary Law

- Statements and online expert talks on the Ukrainian reform of the penitentiary system
- Online expert talk on how notaries’ offices can combat money laundering
- Online conference on how lawyers can combat money laundering

Basic and Further Training

- Supplementary studies as an introduction to German law at the Ivan Franko National University of Lviv (online formats from autumn 2020)

Outlook

IRZ will continue to support the aforementioned reforms in the justice sector and efforts to combat corruption. The exchange of experience between judges will also continue. Depending on progress on legislative procedure, IRZ will continue to advise Ukrainian partners on the drafts of the Administrative Procedure Act and the Mediation Act or on their implementation. IRZ will also continue to accompany the penitentiary system reform together with its current cooperation partners. In addition, the now eleventh IRZ supplementary studies on German law will be continued at the Ivan Franko National University of Lviv.

Name: Republik Usbekistan
Hauptstadt: Taschkent
Bevölkerungszahl: ca. 33 Millionen
Einwohner
Regierungssystem: Präsidialsystem
mit Zweikammer-Parlament

Name: Republic of Uzbekistan
Capital city: Tashkent
Population: approx. 33 million
System of government: Presidential
system with bicameral parliament



Usbekistan

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Der usbekische Präsident Mirsijojew hat seit seinem Amtsantritt im Jahr 2016 seinen Kurs der Öffnung, Modernisierung und Liberalisierung beibehalten und so das Land aus seiner langen Isolation befreit. Die Durchführung der vom Präsidenten als „erste freie Parlamentswahlen“ bezeichneten Wahlen Ende 2019 stieß weltweit auf positive Resonanz. Internationale Beobachterinnen und Beobachter bekräftigten ein höheres Maß an Offenheit seitens der usbekischen Behörden und einen verbesserten Zugang zur Dokumentation der Wahlprozesse. Die Abgeordneten des neu gewählten Parlaments zeigten sich in der Folge selbstbewusster, indem sie den Regierungsinstitutionen gegenüber kritisch auftraten und sich mit Regelungen für ein differenziertes Fragerecht gegenüber der Regierung befassten.

Der Transformationsprozess verfolgt insbesondere einen Übergang in eine Digitalwirtschaft, die Verbesserung des Sozialsystems und den Ausbau des Bildungswesens mit einer groß angelegten Digitalisierungsoffensive. Das Jahr 2020 wurde entsprechend zum „Jahr der Wissenschaft, der Aufklärung und der Entwicklung der digitalen Wirtschaft“ ausgerufen. Flankierend werden die Reformen in der Justiz verfolgt, ebenso die Novellierung der Rechtsordnung, wobei der Bekämpfung der Korruption erhöhte Bedeutung zugeschrieben wird. Neben dem aus jüngster Zeit stammenden Anti-Korruptionsgesetz wurden staatliche Programme erarbeitet und umfassende Maßnahmen zur Vorbeugung der Korruption umgesetzt, wie zum Beispiel ein Compliance-System im öffentlichen Sektor sowie ein Fahrplan zur Eindämmung der Schattenwirtschaft. Mit Gründung der Anti-Korruptionsstelle im Juni 2020 wurde eine speziell autorisierte Einrichtung geschaffen, die die Strategie zur Korruptionsprävention und -bekämpfung durch systematische Ursachenanalyse voranbringen soll. Die Institution berichtet dem Präsidenten und ist gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig.

Die umfangreichen Neuerungen stellen große Herausforderungen für alle Träger der staatlichen Gewalt dar. Denn die in der Vergangenheit verinnerlichten Kontrollmechanismen werden noch immer eingesetzt und führen regelmäßig zu Überschreitungen der Befugnisse. Positiv ist, dass diese Probleme eine öffentliche Diskussion, unter anderem im Parlament, in Gang gesetzt haben und Maßnahmen zur Verhinderung ergriffen werden.

Usbekistan war stark von der COVID-19-Pandemie betroffen und die Regierung errichtete einen sehr hohen Anti-Krisenfonds zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Als Mitglied des UN-Menschenrechtsrats von 2021 bis 2023 wird Usbekistan weiterhin Anstrengungen unternehmen, um als demokratisch agierender Staat wahrgenommen zu werden.

Usbekistan

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

Uzbek President Mirziyoyev has maintained his course of openness, modernisation and liberalisation since taking office in 2016, allowing the country to emerge from its prolonged period of isolation. The organisation of what the president called “the first free parliamentary elections” in late 2019 was welcomed around the world. International observers confirmed greater openness among the Uzbek authorities and improved access to documentation of the electoral processes. Members of the newly elected parliament subsequently became more self-confident, adopting a critical stance toward government institutions and addressing regulations for a nuanced right to ask questions of the government.

The transformation process is mainly intended to enable transition to a digital economy, improvement of the social system and expansion of the education sector, accompanied by a large-scale digitisation campaign. Fittingly, 2020 was declared the “Year of Development of Science, Education and the Digital Economy”. As accompanying measures, reforms in the judiciary and the amendment of the legal system are being pursued, with increased importance assigned to measures combating corruption. Aside from the recent anti-corruption law, government programmes have been developed and comprehensive measures to prevent corruption are being implemented, among them a compliance system in the public sector and a roadmap to curb the shadow economy. With the establishment of the Anti-Corruption Agency in June 2020, a specially authorised body was created to advance the strategy for preventing and combating corruption through systematic root cause analysis. This institution reports to the president and is accountable to the parliament.

The sweeping reforms pose major challenges to all agencies of state authority. This is because the control mechanisms instilled in the past are still applied and frequently lead to an overreach of power. On a positive note, these issues have provoked a public discussion, also in parliament, and measures to prevent this kind of overreach have since been taken.

Uzbekistan was severely affected by the COVID-19 pandemic and the government established a very large anti-crisis fund to deal with the social and economic repercussions.

As a member of the UN Human Rights Council from 2021 to 2023, Uzbekistan will continue its efforts to be perceived as a state operating according to democratic principles.



Der Leiter der Abteilung für Koordinierung von Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Usbekistan und Moderator der Veranstaltung Latif Zhalov (Mitte) überreicht die Teilnahmezertifikate nach Abschluss des Hybrid-Seminars.

The Head of the Anti-Corruption Coordination Department of the General Prosecutor's Office of the Republic of Uzbekistan and moderator of the event Latif Zhalov (centre) presents the certificates of participation at the end of the hybrid seminar.

Konzeption

Die Kooperation mit den verschiedenen Partnern der IRZ wurde durch die COVID-19-Pandemie beeinträchtigt, Planungen mussten sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch des Formats angepasst werden. Im Ergebnis wurde die Beratung der Generalstaatsanwaltschaft zum Strafrecht fortgesetzt, die Zusammenarbeit mit dem Institut für Gesetzgebung beim Parlament unter Berücksichtigung neuer Themen vertieft.

Im Rahmen der Novellierungen im Strafrecht unterstützte die IRZ dabei, das Recht der Ordnungswidrigkeiten und dessen behördliche und gerichtliche Verfahren dogmatisch von strafrechtlichen Verfahren abzugrenzen. Auch die Entkriminalisierung bestimmter Straftatbestände, die strafrechtliche Verantwortung juristischer Personen und wirtschaftsstrafrechtliche Sanktionen sowie die Einführung von IT-gestützten Verfahren (z.B. e-Akte) spielten in den Beratungen eine Rolle.

Die Zusammenarbeit mit dem Obersten Gericht zur Implementierung der Verwaltungsprozessordnung und zur Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes musste bedauerlicherweise in das kommende Jahr verschoben werden.

Overall Concept

Cooperation with the various IRZ partners was impeded by the COVID-19 pandemic, necessitating a degree of adjustment both in regard to the scope and the format of planning activities. As a result, the advice of the General Prosecutor's Office on criminal law has continued, and cooperation with the Legislation Institute at the Parliament was widened to include new topics.

In the context of criminal law reform, IRZ assisted in drawing a doctrinal line between criminal law and the law of regulatory offences and related administrative and judicial proceedings. Advice was also given on the decriminalisation of certain offences, the criminal liability of legal persons and sanctions under economic criminal law, as well as the introduction of IT-supported procedures (e.g. e-file).

Regrettably, cooperation with the Supreme Court on implementing the Administrative Procedure Code and application of the Administrative Procedure Act had to be postponed to the coming year.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Öffentliches Recht

- Online-Erfahrungsaustausch zur parlamentarischen Kontrolle mit dem Institut für Gesetzgebung beim Parlament in Taschkent

Straf- und Strafvollzugsrecht

- Online-Seminar „Aktuelle Reformen im Straf- und Strafprozessrecht und im Ordnungswidrigkeitenrecht“ mit der Akademie der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Usbekistan in Taschkent
- Online-Workshop „Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung“ mit der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Usbekistan
- Online-Workshop „Vermögensabschöpfung“ mit der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Usbekistan

Ausblick

Die seit 2016 angestoßene Neuausrichtung ist ein langfristiger Prozess und bedarf auch zukünftig der Beratung zu verschiedenen Rechtsgebieten. Die IRZ wird die Zusammenarbeit im Bereich des öffentlichen Rechts und des materiellen und prozessualen Strafrechts fortsetzen. Darüber hinaus ist ein Beitrag zur Optimierung der juristischen Aus- und Weiterbildung – eine von mehreren groß angelegten Initiativen der Regierung – angedacht.



Focus of Activity in 2020

Public Law

- Online exchange of experience on parliamentary controls with the Legislation Institute at the Parliament in Tashkent

Criminal and Penitentiary Law

- Online seminar “Current reforms in criminal law, criminal procedure law and regulatory offence law” with the Academy of the General Prosecutor’s Office of the Republic of Uzbekistan in Tashkent
- Online workshop “Prevention of and fight against corruption” with the General Prosecutor’s Office of the Republic of Uzbekistan
- Online workshop “Asset recovery” with the General Prosecutor’s Office of the Republic of Uzbekistan

Outlook

The reorientation initiated in 2016 is a long-term process and will continue to require advice on various legal areas in the future. IRZ will continue its cooperation in the field of public law and substantive and procedural criminal law. Moreover, there are tentative plans for a contribution to optimising basic and further legal training as one of several large-scale government initiatives.

Der Direktor des Instituts für Gesetzgebung beim Parlament der Republik Usbekistan, Fasilzhon Otakhonov (erste Reihe, Mitte) und Tolibzhon Madumarov (2.v.r.), stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Senats des Parlaments der Republik Usbekistan während der Online-Veranstaltung

Director of the Legislation Institute at the Parliament of the Republic of Uzbekistan, Fasilzhon Otakhonov (front row, centre) and Tolibzhon Madumarov (2nd from the right), Deputy Chair of the Senate Committee for Defence and Security in the Parliament of the Republic of Uzbekistan, during the online event

Name: Sozialistische Republik Vietnam
Hauptstadt: Hanoi
Bevölkerung: ca. 96,2 Millionen
Regierungssystem: Sozialistisches Einparteiensystem

Name: Socialist Republic of Vietnam
Capital city: Hanoi
Population: approx. 96.2 million
System of government: One-party socialist system



Vietnam

Strategische Rahmenbedingungen

Rechtspolitische Ausgangslage

Wirtschaftlich prosperiert der Einparteiensstaat unter der Führung der Kommunistischen Partei trotz pandemiebedingter Beeinträchtigungen weiterhin. Gleich zu Beginn der COVID-19-Pandemie erließ die vietnamesische Regierung zahlreiche Vorsorgemaßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung und ein Sozialprogramm für Unternehmen und Privatpersonen. Am stärksten leidet erwartungsgemäß die Dienstleistungsbranche des Landes unter der Pandemie, insbesondere der Tourismus.

Die ökonomischen Beziehungen zur EU wurden durch das Freihandelsabkommen (EVFTA) und das Investitionsschutzabkommen (EUVIPA) intensiviert. Diese Entwicklung zieht sowohl eine Liberalisierung der Rechtsordnung als auch eine Modernisierung der Verwaltung nach sich. Die Meinungs- und Pressefreiheit unterliegt jedoch weiterhin einer strengen Kontrolle, regierungskritische Beiträge im Internet und in weiteren Medien werden zensiert. Ein seit 2019 geltendes Gesetz gegen Internetkriminalität verpflichtet ausländische Online-Plattformen zur Speicherung der Daten einheimischer Nutzerinnen und Nutzer, die auf Anweisung den vietnamesischen Behörden auszuhändigen sind.

Konzeption

2019 wurde ein neues Dreijahresprogramm des deutsch-vietnamesischen Rechtsstaatsdialogs verabschiedet. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das vietnamesische Justizministerium stellten dazu ein gemeinsames Arbeitsprogramm für 2020 auf, das im Februar 2020 unterzeichnet wurde. Die IRZ ist als langjährige Akteurin dieses Kooperationsformats an vielen Projekten beteiligt, die jedoch pandemiebedingt in Umfang und Form der gegebenen Situation angepasst werden mussten. Die Mehrzahl der Aktivitäten erfolgte in Kooperation mit dem Justizministerium.

Darüber hinaus realisierte die IRZ Maßnahmen mit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, der Justizakademie, der vietnamesischen Notarvereinigung (Vietnam's Notary Association – VINOTASS) und mit dem Center for Consulting on Legal and Policy on Health (CCLPHH).

Erfreulicherweise konnte Vietnam die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie so effizient einschränken, dass alle Veranstaltungen in Vietnam im Präsenzformat durchführbar waren. Durch Online-Zuschaltungen von Expertinnen und Experten der IRZ kamen somit zahlreiche sogenannte Hybridveranstaltungen zustande.

Tätigkeitsschwerpunkte 2020

Verfassungsrecht, Menschenrechte und deren Durchsetzung

- Online-Konferenz „Umsetzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte der UN“ mit dem vietnamesischen Justizministerium
- Gutachten zur rechtlichen Bewertung der Todesstrafe inklusive der Auswirkungen der Todesstrafe auf spezifische Verbrechen im vietnamesischen Strafgesetzbuch

Vietnam

Strategic Framework

Legal Policy Starting Point

The one-party state continues to prosper economically under the leadership of the Communist Party, despite restrictions associated with the pandemic. The Vietnamese government enacted numerous precautionary measures to protect public health and a social programme for businesses and private individuals right at the start of the COVID-19 pandemic. As expected, the country's services sector, tourism especially, is suffering most under the pandemic.

Economic relations with the EU have been strengthened by the Free Trade Agreement (EVFTA) and the Investment Protection Agreement (EUVIPA). This development is also leading to a liberalisation of the legal system and modernisation of administration. Nevertheless, freedom of opinion and the press remain under strict control, and postings on the Internet and in other media criticising the government are censored. A law introduced in 2019 to combat cybercrime obliges foreign online platforms to store the data of domestic users, which must be handed over to the Vietnamese authorities upon instruction.

Overall Concept

A new three-year programme for the German-Vietnamese dialogue on the rule of law was adopted in 2019. To this end, the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and the Vietnamese Ministry of Justice set up a joint work programme for 2020, which was signed in February 2020. As a long-standing stakeholder in this cooperation format, IRZ is involved in many projects, although it became necessary to adjust their scope and form due to the pandemic. The majority of activities took place in cooperation with the Ministry of Justice.

In addition, IRZ implemented measures with the Supreme People's Procuracy, the Judicial Academy, Vietnam's Notary Association (VINOTASS) and with the Center for Consulting on Legal and Policy on Health (CCLPHH).

Vietnam was fortunately able to limit the spread of the COVID-19 pandemic so efficiently that all events in the country were held in a face-to-face format. With the online participation of IRZ experts, numerous hybrid events could thus be held.

Focus of Activity in 2020

Constitutional Law, Human Rights and their Enforceability

- Online conference "Implementation of the UN International Covenant on Civil and Political Rights" with the Vietnamese Ministry of Justice
- Expert opinion on the legal evaluation of the death penalty, including the impact of the death penalty on specific crimes in the Vietnamese Criminal Code

Begrüßungsrede von Herrn Truong The Con, stellv. Direktor der Justizakademie (stehend), anlässlich der Hybrid-Veranstaltung zum Jugendstrafrecht

Welcome address by Mr Truong The Con, Deputy Director of the Judicial Academy (standing), during the hybrid event on juvenile criminal law



Dr. Nguyen Huy Quang, Leiter der Rechtsabteilung im Gesundheitsministerium, mit Vertreterinnen der Transgender Community und weiteren Teilnehmenden, anlässlich der Hybrid-Veranstaltung zum Transgender-Gesetz

Dr Nguyen Huy Quang, Head of the Legal Department at the Ministry of Health, with representatives of the transgender community and other participants during the hybrid event on the transgender law



Teilnehmende der Hybrid-Veranstaltung zur Umsetzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR); in der Bildmitte vorn sitzend Nguyen Do Kien, stellv. Abteilungsleiter der Abteilung Personal und Organisation im Justizministerium

Participants in the hybrid event on the implementation of the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR); in the centre of the picture, seated in front, Nguyen Do Kien, Deputy Head of the Department of Personnel and Organisation at the Ministry of Justice

Rechtspflege

- Online-Workshop und Erfahrungsaustausch „Berufsrechtliche Fragen, Organisationsmodell und Struktur von Notarkammern“ für die vietnamesische Notarvereinigung, in Kooperation mit der Bundesnotarkammer
- Online-Workshop zum Immobilienrecht, Familien- und Erbrecht für die vietnamesische Notarvereinigung, in Kooperation mit der Bundesnotarkammer

Strafrecht und Strafvollzugsrecht

- Online-Workshop „Vermögensabschöpfung in Korruptionsfällen“ mit dem Justizministerium
- Online-Workshop „Ermittlung, Auswertung und Verwendung elektronischer Beweismittel bei High-Tech-Strafsachen“ mit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft
- Online-Workshop „Befragung und Vernehmung von jugendlichen Opfern und Beurteilung der Echtheit der von Jugendlichen eingebrachten Beweise“ für die Justizakademie

Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Online-Workshop zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit innerhalb des Ordnungsrahmens der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)
- Online-Workshop und Erfahrungsaustausch „Implementierung des Transgendergesetzes“ für das Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS (CCLPHH)

Administration of Justice

- Online workshop and exchange of experience on “Questions of professional law for lawyers; the organisation model and structure of chambers of notaries” for the Vietnamese Notary Association, in cooperation with the Federal Chamber of Notaries
- Online workshop on real estate law, family law and inheritance law for the Vietnamese Notary Association, in cooperation with the Federal Chamber of Notaries

Criminal and Penitentiary Law

- Online workshop on “Asset recovery in corruption cases” with the Ministry of Justice
- Online workshop “Investigation, evaluation and use of electronic evidence in high-tech criminal matters” with the Supreme People’s Procuracy
- Online workshop “Interview, Interrogation of juvenile victims and authenticity assessment of evidence introduced by juveniles” for the Judicial Academy

Civil and Commercial Law

- Online Workshop on international arbitration within the regulatory framework of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)
- Online workshop and exchange of experience on “Implementation of the Transgender Law” for the Center for Consulting on Legal and Policy on Health and HIV/AIDS (CCLPHH)



Leitender OStA Andreas May zusammen mit IRZ-Vertreterinnen des Projektbereichs Asien anlässlich der Hybrid-Veranstaltung zu High-Tech-Strafsachen

Senior Public Prosecutor Andreas May together with IRZ representatives of the Asia project area during the hybrid event on high-tech criminal matters

Ausblick

2021 wird die IRZ an die Zusammenarbeit mit allen langjährigen Partnern – wie der Rechtsanwaltskammer, dem Justizministerium, der Justizakademie, dem Obersten Volksgericht, der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, dem Institut für Menschenrechte – anknüpfen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Anwendung reformierter Gesetze im Strafrecht, das Verwaltungsrecht sowie die juristische Aus- und Fortbildung.

Outlook

IRZ will continue its cooperation with its long-standing partners in 2021, such as the Vietnam Bar Federation, the Ministry of Justice, the Judicial Academy, the Supreme People's Court, the Supreme People's Procuracy and the Vietnam Institute of Human Rights. This will focus on application of reformed laws in criminal law, administrative law and on legal education and training.



Multilaterale Programme

Konzeption

Multilaterale Veranstaltungen wie Konferenzen, Sommerschulen und insbesondere Hospitationsprogramme stellen einen wichtigen Bestandteil der Arbeit der IRZ dar.

Sie bieten Rechtsanwenderinnen und Rechtsanwendern aus der Justiz oder der freien juristischen Berufe ein Forum des fachlichen Austauschs mit deutschen Kolleginnen und Kollegen. Aktuelle Rechtsfragen oder Problemstellungen zur Bewältigung des beruflichen Alltags können so gemeinsam erörtert werden. Sommerschulen und ähnliche multilaterale Ausbildungsformate hingegen ermöglichen jungen Juristinnen und Juristen eine Auseinandersetzung mit anderen Rechtssystemen und mit europäischen Standards der Rechtsstaatlichkeit.

Ein Ziel dieser Formate ist daneben auch die langfristige länderübergreifende Netzwerkbildung innerhalb der jeweiligen Zielgruppen. Hierzu leisten die Programme einen bedeutenden Beitrag.

Durch das Angebot, einige der traditionell in deutscher Sprache durchgeführten Programme auch in den Transfersprachen Englisch und Französisch aufzulegen, wird der Kreis der IRZ-Partnerstaaten in diesem Kontext fast nahezu vollständig erreicht. Bedauerlicherweise musste diesjährig pandemiebedingt der überwiegende Teil – mit Ausnahme des Hospitationsprogramms für arabisch-sprachige geflüchtete Juristinnen und Juristen – dieser üblicherweise im Präsenzformat durchgeführten Veranstaltungen abgesagt werden.

Stattdessen wurden kleinere praxisorientierte Fortbildungsveranstaltungen im Online-Format durchgeführt. Diese Formate können jedoch den Zielsetzungen vor allem der klassischen Hospitationsprogramme nur bedingt gerecht werden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des konkreten Einblicks in die juristische Arbeitspraxis in Deutschland, die Arbeitsorganisation etwa von Notariaten oder Anwaltskanzleien oder die Verfahrensabläufe und die Verhandlungsatmosphäre an deutschen Gerichten. Daher wird angestrebt, die traditionellen Formate im kommenden Jahr nach Möglichkeit wieder aufzulegen, sobald die äußeren Rahmenbedingungen dies zulassen. Andernfalls werden teilweise wieder Online-Formate angeboten.

Veranstaltungen 2020

Fünftes Seminar für arabischsprachige geflüchtete Juristinnen und Juristen

Bereits im fünften Jahr organisierte die IRZ vom 13. bis 17. Juli 2020 das Seminar „Einführung in das deutsche Recht“ für arabischsprachige geflüchtete Juristinnen und Juristen, die aus ihren Heimatstaaten Syrien und Irak ein abgeschlossenes juristisches Studium oder auch schon anwaltliche Berufserfahrung mitgebracht haben. Das Programm wurde 2020 auf 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgeweitet. An fünf Arbeitstagen wurden Grundlagen des deutschen Rechtssystems vermittelt. Thematische Schwerpunkte der Veranstaltung waren das Staatsorganisationsrecht, die Grundrechte, das deutsche Gerichtssystem, Grundlagen des deutschen Asyl- und Aufenthaltsrechts sowie Grundlagen und Fallbeispiele aus dem Straf- und Strafprozessrecht und dem Zivil- und Zivilprozessrecht.

Multilateral programmes

Overall Concept

Multilateral events such as conferences, summer schools and especially internship programmes are an important part of IRZ's work.

They offer legal practitioners from the judiciary or the free legal professions a forum for professional exchange with German colleagues. Participants can use these opportunities to discuss current legal questions or problems in coping with everyday professional life. By contrast, summer schools and similar multilateral training formats enable young lawyers to engage with other legal systems and with European rule-of-law standards.

Another objective of these formats is to encourage the formation of lasting international networks among the individual audiences. The programmes make a significant contribution in this regard.

Hosting some of the programmes that are traditionally held in German in the transfer languages of English and French reaches virtually all of the IRZ partner states in this context. Regrettably, most of these events – with the exception of the internship programme for Arabic-speaking refugee lawyers – had to be cancelled due to the pandemic.

They were replaced with smaller, more practical further training events organised in a virtual format. However, these formats were able to meet the objectives to a limited extent only, especially in the classic internship programmes. This applies all the more to providing direct insight into everyday work practice in German legal professions, for instance the organisation of notaries' offices or law firms or the procedural processes and atmosphere during hearings at German courts. IRZ is therefore determined, if possible, to return to the traditional formats in the year ahead, as soon as the general circumstances permit. Online formats will otherwise be offered in some cases.

Events in 2020

Fifth seminar for Arabic-speaking refugee lawyers

IRZ organised the seminar "Introduction to German Law" for Arabic-speaking refugee lawyers from Syria and Iraq from 13 to 17 July 2020 for the fifth successive year. The seminar is intended for persons who have completed their legal studies or have already acquired professional experience as lawyers in their home countries of Syria or Iraq. The programme was expanded to include 30 participants in 2020. Basic principles of the German legal system were taught over the course of five working days. The thematic priorities of the event were on state organisation law, fundamental rights, the German court system, basics of German asylum and residence law, as well as basics and case studies from criminal and criminal procedure law and civil and civil procedure law.

Neben diesen Vorträgen und Diskussionen fand im Rahmen des Seminars ein Arbeitsbesuch beim Landgericht Bonn mit anschließender Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung statt. Ferner führte eine Vertreterin der juristischen Fakultät der Universität Bonn ein Gespräch mit den Teilnehmenden und unterrichtete sie über Studienmöglichkeiten für ausländische Studentinnen und Studenten.

Das Seminar legte einen Fokus auf die Darstellung von Fallbeispielen; diese veranschaulichen die deutsche Rechtspraxis, weisen einen Bezug zu den Alltagserfahrungen der Geflüchteten auf und werden gemeinsam diskutiert. Dies führte nicht nur zu einem regen Austausch und vielen interessierten Nachfragen, sondern fördert auch die Integration der Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft und das Verständnis für rechtliche Zusammenhänge.

Finanziert wurde das Seminar vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Hospitationsprogramm für arabischsprachige geflüchtete Juristinnen und Juristen im Bereich „Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht“

Zur Ausweitung des erwähnten Programms für arabischsprachige Juristinnen und Juristen aus Syrien und dem Irak führte die IRZ im November und Dezember 2020 ein zusätzliches Hospitationsprogramm durch. Das Programm bestand aus einer fünftägigen einführenden Online-Veranstaltung, in der den Teilnehmenden Kenntnisse unter anderem des Gesellschaftsrechts, des Insolvenzrechts, des Wettbewerbsrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes vermittelt wurden, ferner aus einem sich anschließenden zweiwöchigen Praktikum, das die Hospitierenden in ausgewählten Rechtsanwaltskanzleien und Wirtschaftsunternehmen absolvierten. So konnten die Teilnehmenden ihre bereits erworbenen Kenntnisse vertiefen und einen Einblick in die juristische Arbeit in der Praxis gewinnen. Die Veranstaltung trägt hoffentlich dazu bei, einen leichteren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Auch dieses Hospitationsprogramm wurde mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz bestritten. Die IRZ beabsichtigt, das Hospitationsprogramm im Jahr 2021 fortzuführen und auch die pandemiebedingt ausgefallene Komponente zum Thema „Soft Skills“ für Juristinnen und Juristen nachzuholen.

Fortbildungen im Online-Format für französischsprachige Juristinnen und Juristen aus den Maghreb-Staaten

Vom 30. November bis 3. Dezember 2020 bot die IRZ erstmals eine Online-Fortbildungsreihe in französischer Sprache zu aktuellen Frage- und Problemstellungen der beruflichen Praxis für Notarinnen und Notare, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Verwaltungs- und Zivilrichterinnen und -richter aus Algerien, Tunesien und Marokko an. An der Veranstaltungsreihe – für jede der vier Berufsgruppen wurde ein Tag reserviert – nahmen insgesamt rund 40 Personen aus den drei Staaten teil. Folgende Themen wurden unter anderem behandelt:

- Digitalisierung (elektronische Akte, elektronischer Rechtsverkehr)
- Verhandlungsführung in der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Internationales Privatrecht in der notariellen Praxis am Beispiel des Erb- und Familienrechts
- Anwaltliches Berufsrecht

In addition to these lectures and discussions, the seminar included a working visit to the Bonn Regional Court followed by attendance of a court hearing. Moreover, a representative from the Department of Law at the University of Bonn led a discussion with the participants and informed them about study opportunities for foreign students.

The seminar focused on presenting case studies that illustrate German legal practice, relate to the everyday experiences of refugees and provide a good framework for group discussions. Not only did this lead to a lively exchange and many interested questions, it also promotes the integration of refugees into German society and the understanding of legal contexts.

The seminar was financed by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection.

Internship programme for Arabic-speaking refugee lawyers in the area of “commercial and company law”

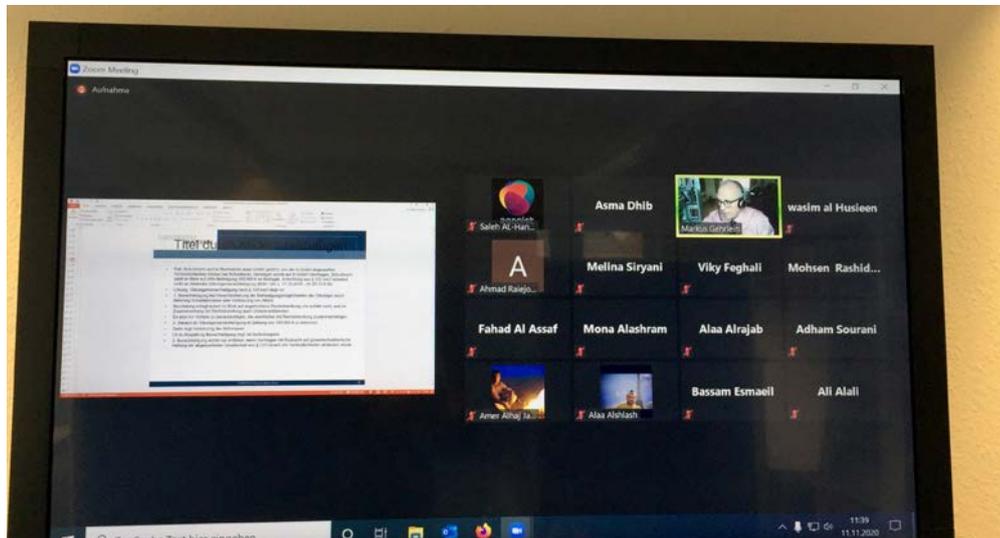
IRZ organised an additional internship programme in November and December 2020 to build on the aforementioned programme for Arabic-speaking lawyers from Syria and Iraq. The programme consisted of a five-day introductory online course, in which the participants learned about company law, insolvency law, competition law and intellectual property law, among other things, followed by a two-week internship that the interns completed in selected law firms and commercial businesses. This enabled the participants to expand the knowledge they had acquired and gain insight into the practical side of working in legal professions. The event will hopefully enable them to gain a foothold in the job market.

This internship programme was also funded by the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection. IRZ intends to continue the internship programme in 2021 and to reschedule the component on “soft skills” for lawyers that was cancelled due to the pandemic.

Online further training for French-speaking lawyers from the Maghreb countries

IRZ organised its first French-language further training series on current questions and problems in professional practice for notaries, lawyers, administrative and civil judges from Algeria, Tunisia and Morocco from 30 November to 3 December 2020. In total, around 40 participants from the three states took part in the series of events, in which one day was reserved for each of the four professional groups. The agenda included the following and other topics:

- Digitalisation (electronic files, electronic legal correspondence)
- Conducting hearings in civil and administrative court jurisdiction
- International private law in notarial practice, using the example of inheritance and family law
- Professional law for lawyers



Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Experte, Herr Prof. Dr. Markus Gehrlein, an der Online-Veranstaltung zu den Themen „Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht“ am 11. November 2020

Participants and the expert, Prof. Dr Markus Gehrlein, at the online event on “Commercial and company law” on 11 November 2020

Nach einem einführenden Kurzvortrag seitens der deutschen Referentinnen und Referenten in die jeweilige Thematik hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, im Plenum Fragestellungen intensiv zu erörtern und sich generell auszutauschen. Das Interesse war groß und führte zu lebhaften Diskussionen, trotz digitaler Plattform. Dennoch bestand Einigkeit darüber, dass der persönliche Kontakt durch dieses Format nicht zu ersetzen ist und man insofern auf eine Rückkehr zu dem klassischen Hospitationsprogramm im kommenden Jahr hofft.

Alumni-Fortbildungsveranstaltung für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zu rechtlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Die IRZ fördert den Kontakt unter den ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des multilateralen Hospitationsprogramms für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mittels der Website des IRZ-Netzwerks und bleibt mit diesen durch regelmäßige Korrespondenz in einem intensiven Austausch. Das Hospitationsprogramm führen die IRZ, die Bundesrechtsanwaltskammer und der Deutsche Anwaltverein seit 1994 gemeinsam durch.

Das neue Online-Format bot die Gelegenheit, ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Anwalts-hospitation aus verschiedenen Jahrgängen bei einer Veranstaltung zusammenzubringen. Für diese führte die IRZ gemeinsam mit dem Deutschen Anwaltverein ein Seminar zum Thema „Rechtliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ durch. An der Veranstaltung nahmen 36 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus 17 verschiedenen Ländern und aus den Hospitationsjahrgängen von 1995 bis 2019 teil. Die vortragenden Rechtsanwälte tauschten sich mit den teilnehmenden Alumni über die COVID-19-Pandemie aus. Thematisiert wurden hierbei unter anderem Rechtsgrundlagen für die Anordnung der Corona-Maßnahmen, Folgen für das Gewerbemietrecht, rechtliche Aspekte abgesagter Veranstaltungen und Fragen im Zusammenhang mit Entschädigungsansprüchen und Versicherungsschutz für Betroffene. Anhand von Fällen aus der anwaltlichen Praxis und der aktuellen Rechtsprechung brachten die Vortragenden den teilnehmenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten die Situation in Deutschland näher und luden sie ein, eigene Erfahrungen aus ihren Ländern beizutragen. Dieser Einladung kamen die Alumni bereitwillig nach.

After a brief introductory lecture by the German speakers on each of the topics, the participants had the opportunity to engage in detailed group discussions and to share their general ideas. This sparked considerable interest and led to lively discussions, despite the digital platform. Nevertheless, the participants agreed that this format is no substitute for personal contact and it can only be hoped that the traditional internship programme can resume in the coming year.

Alumni further training event for lawyers on the legal implications of the COVID-19 pandemic

IRZ uses its network website to promote contact between former participants of the multilateral internship programme for lawyers and remains in close contact with them through regular correspondence. The internship programme has been jointly organised by IRZ, the German Federal Bar and the German Bar Association since 1994.

The new online format provided the opportunity to bring together alumni of the internship for lawyers from different years at one event. During the event, IRZ and the German Bar Association held a seminar on the topic of “Legal implications of the COVID-19 pandemic”. The event was attended by 36 lawyers from 17 different countries who had completed an internship between 1995 and 2019. The presenting lawyers shared their views on the COVID-19 pandemic with the participating alumni. Topics included the legal basis for imposing corona measures, consequences for commercial tenancy law, legal aspects of cancelled events and issues related to compensation claims and insurance cover for those affected. The speakers used examples from legal practice and current case-law to elucidate the situation in Germany to the participating lawyers and invited them to contribute personal experiences from their countries. The alumni were only too willing to accept this invitation.

Kuratorium und Mitgliederversammlung

Sitzungen des Kuratoriums und Mitgliederversammlung im Geschäftsjahr 2020

59. Kuratoriumssitzung am 15. Juni 2020 (im virtuellen Format)

Bericht des Präsidenten

- Billigung des Entwurfs des Jahresberichts 2019
- Bericht über Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ im laufenden Geschäftsjahr 2020

60. Kuratoriumssitzung und 28. Mitgliederversammlung am 16. November 2020 (im virtuellen Format)

- Bericht des Präsidenten
- Bekanntgabe der Ergebnisse der Briefwahl des Präsidenten (Herr PSt Lange) und des Vizepräsidenten (Herr Prof. Dr. Wernicke) sowie des Erfordernisses eines weiteren Wahlgangs für das Amt der Vizepräsidentin
- Bekanntgabe des Ergebnisses der Nachwahl eines Kuratoriumsmitglieds (Herr Dr. Lüblinghoff)
- Beschluss zur Berufung eines Beirats „Recht und wirtschaftliche Transformation“
- Bericht über Mitgliederbewegungen
- Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Geschäftsberichts 2019 des Vereinsvorstands
- Beschlussfassung über die Entlastung des Vereinsvorstands für das Geschäftsjahr 2019
- Bericht über den Sachstand Wirtschaftsprüfungen ab 2020 und Wahl der Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2020
- Bericht über den aktuellen Stand des Wirtschaftsplans 2021 und Beschlussfassung über den Entwurf des Wirtschaftsplans 2022
- Beschlussfassung zur Registrierung und Errichtung von Zweigniederlassungen oder Projektbüros in der für eine Registrierung erforderlichen Rechtsform in den Partnerstaaten der IRZ
- Bericht über Tätigkeitsschwerpunkte der IRZ im laufenden Geschäftsjahr 2020

Veränderungen im Mitgliederkreis

Austritte:

Zum 1. Januar 2020

- Herr Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.
- Herr Prof. Dr. h. c. Wolfgang Schomburg, Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Zum 1. Januar 2021

- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.

Board of Trustees and General Meeting

Meetings of the Board of Trustees and General Meeting in the Financial Year 2020

59th Meeting of the Board of Trustees on 15 June 2020 (held virtually)

- Report by the President
- Approval of the draft Annual Report for 2019
- Report on IRZ's focuses of activity in the current financial year 2020

60th Meeting of the Board of Trustees and 28th General Meeting on 16 November 2020 (held virtually)

- Report by the President
- Announcement of the results of the postal election of the President (Parliamentary State Secretary Lange) and the Vice-President (Prof. Wernicke) as well as the requirement for a further ballot for the office of Vice-President
- Announcement of the result of the by-election of a member of the Board of Trustees (Dr Lüblinghoff)
- Resolution to appoint an advisory board on "Law and Economic Transformation"
- Report on membership movements
- Approval of the Annual Financial Statement and of the 2019 Annual Report of the Board of the Association
- Resolution on the discharge of the Board of the Association for the financial year 2019
- Report on the status of audits from 2020 and appointment of auditors for the 2020 financial year
- Report on the current status of the Economic Plan 2021 and resolution on the draft Economic Plan 2022
- Adoption of resolutions on the registration and foundation of permanent establishments or project offices in the legal form required for registration in IRZ's partner states
- Report on IRZ's focuses of activity in the current financial year 2020

Changes to the membership

Departures:

As of 1 January 2020

- Dr Gerd Landsberg, Executive Director, German Association of Towns and Municipalities
- Prof. Wolfgang Schomburg, former Judge at the Federal Court of Justice

As of 1 January 2021

- Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.

Wechsel der Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedern:

- Herr Dirk Wiese, MdB, SPD-Bundestagsfraktion (zuvor: Frau Dr. Eva Högl)
- Herr Markus Uhl, MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion (zuvor: Herr Klaus-Dieter Gröhler)
- Frau Dr. Julia Hentsch, Markenverband e. V. (zuvor: Herr Dr. Alexander Dröge)
- Herr Joachim Lüblinghoff, Vorsitzender Richter, Deutscher Richterbund (zuvor: Herr Jens Gnisa)
- Frau Karen Bartel, Leiterin Recht/Compliance/Verbraucherschutz, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (zuvor: Dr. Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth)

Veränderungen im Kuratorium

Ausgeschieden sind:

- Herr Staatssekretär a. D. Dr. Stefan von der Beck (Niedersachsen)
- Frau Ministerialrätin Birgit Pickel, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Herr Jens Gnisa, Direktor Amtsgericht Bielefeld, ehemaliger Vorsitzender Deutscher Richterbund

Neu gewählt oder benannt wurden:

- Frau Staatssekretärin Dr. Christiane Leiwesmeyer (Brandenburg)
- Herr Ministerialdirigent Dr. Ingolf Dietrich, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Herr Joachim Lüblinghoff, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Co-Vorsitzender Deutscher Richterbund
- Frau Vorsitzende Richter am Bundesgerichtshof Gabriele Cirener, Vorsitzende des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs
- Herr Thomas Fischer, Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Herr Prof. Dr. Ralf Poscher, Direktor Abteilung Öffentliches Recht, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht
- Frau Dr. Angela Reitmaier, Vorstandsmitglied Transparency International Deutschland
- Herr Prof. Dr. Stephan Wernicke, Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Drittmittel und Spenden

Neben der institutionellen Zuwendung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und den Projektförderungen durch das Auswärtige Amt führte die IRZ weitere Projekte durch, die mit Drittmitteln, im Wesentlichen mit Projektmitteln der Europäischen Kommission, finanziert wurden.

Zweckgebundene Spenden für Veranstaltungen, die aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten, wurden zurücküberwiesen.

Changes in representatives of members:

- Mr Dirk Wiese, Member of the Bundestag, SPD parliamentary group (previously: Dr Eva Högl)
- Mr Markus Uhl, Member of the Bundestag, CDU/CSU parliamentary group (previously: Mr Klaus-Dieter Gröhler)
- Dr Julia Hentsch, Markenverband e. V. (previously: Dr Alexander Dröge)
- Mr Joachim Lüblinghoff, Presiding Judge, German Association of Judges (previously: Mr Jens Gnisa)
- Ms Karen Bartel, Head of Legal/Compliance/Consumer Protection, German Insurance Association (previously: Dr Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth)

Changes to the Board of Trustees

Retiring members:

- Former Secretary of State Dr Stefan von der Beck (Lower Saxony)
- Ms Birgit Pickel, Head of Directorate, Federal Ministry for Economic Cooperation and Development
- Mr Jens Gnisa, Director of the Bielefeld Local Court, former Chairman of the German Association of Judges

The following persons were newly elected or appointed:

- Secretary of State Dr Christiane Leiwesmeyer (Brandenburg)
- Dr Ingolf Dietrich, Head of Directorate, Federal Ministry for Economic Cooperation and Development
- Mr Joachim Lüblinghoff, Presiding Judge at the Higher Regional Court, Co-Chair of the German Association of Judges
- Ms Gabriele Cirener, Presiding Judge at the Federal Court of Justice, Chair of the 5th Criminal Panel at the Federal Court of Justice
- Mr Thomas Fischer, Head of the Department for Fundamental Issues and Social Policy at the Federal Executive Board of the German Trade Union Confederation (DGB)
- Prof. Ralf Poscher, Director of the Department of Public Law, Max Planck Institute for the Study of Crime, Security and Law
- Dr Angela Reitmaier, Board Member of Transparency International Germany
- Prof. Stephan Wernicke, Chief Legal Counsel and Head of the Legal Department, Association of the German Chambers of Industry and Commerce

Third-party funding and donations

In addition to the institutional subsidy from the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection and project grant from the Federal Foreign Office, IRZ also implemented projects funded by third parties, mainly using project funds received from the European Commission.

Earmarked donations for events that were cancelled due to the corona pandemic were returned to sender.



Präsident

Christian Lange

MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz



Vizepräsidentin und Vizepräsident

Ramona Pisal

Präsidentin des Landgerichts Potsdam, Deutscher Juristinnenbund e.V.



Professor Dr. Stephan Wernicke

Chefjustitiar und Leiter Bereich Recht, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin

Weitere Mitglieder des Kuratoriums



Richard Bock

Justizrat, Notar a.D., Generalbevollmächtigter der Bundesnotarkammer für internationale Angelegenheiten



Thomas Fischer

Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Eva Maria Meyer

Ministerialdirigentin, Bundesministerium der Finanzen



Peter Boehringer

MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages



Birgit Gärtner

Staatssekretärin, Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern



Professor Dr. Ralf Poscher

Direktor Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Abteilung Öffentliches Recht



Dr. Daniela Brückner

Staatssekretärin für Justiz, Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung



Dr. Birgit Grundmann

Rechtsanwältin, Staatssekretärin a.D.



Dr. Angela Reitmaier

Vorstandsmitglied, Transparency International Deutschland e.V.



Gabriele Cirener

Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof



Edith Kindermann

Rechtsanwältin und Notarin, Präsidentin des Deutschen Anwaltvereins e.V.



Eva Schmierer

Ministerialdirektorin, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz



Dr. Ingolf Dietrich

Ministerialdirigent, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Christiane Knoop

Richterin am Verwaltungsgericht Berlin, Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen



Dr. Oliver Vossius

Notar, ehemals Präsident des Deutschen Notarvereins e.V.



Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie



Dr. Christiane Leiwesmeyer

Staatssekretärin, Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg



Dr. Ulrich Wessels

Rechtsanwalt und Notar, Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer



Dr. Christophe Eick

Ministerialdirektor, Auswärtiges Amt



Joachim Lüblinghoff

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Hamm, Co-Vorsitzender des Deutschen Richterbunds e.V.

N.N.

Vorsitzende/r des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages

Vorstand / Board

Dr. Frauke Bachler
Hauptgeschäftsführerin der IRZ

Dr. Stefan Hülshörster
Geschäftsführer der IRZ

(Stand: 1.5.2021)

Mitglieder der IRZ / Members of IRZ

Gökay Akbulut, MdB, DIE LINKE-Bundestagsfraktion

Bayer AG

Professor Dr. Wilfried Bernhardt, Staatssekretär a. D.

Annette Böringer, Bundesanwältin beim Bundesgerichtshof

Professor Dr. Michael Bohlander, Durham Law School, United Kingdom

Bund Deutscher Rechtspfleger e.V.

Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen

Bundesnotarkammer

Bundesrechtsanwaltskammer

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband deutscher Banken e.V.

Deutscher Anwaltverein e.V.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Deutscher Notarverein e.V.

Deutscher Richterbund e.V.

Lujo Fadé, Ministerialdirigent a. D.

Rainer Funke, Rechtsanwalt, Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Dr. Birgit Grundmann, Rechtsanwältin, Staatssekretärin a. D.

Veronika Keller-Engels, Präsidentin des Bundesamts für Justiz

Katja Keul, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Bundestagsfraktion

Dr. Birgit Malsack-Winkemann, MdB, AfD-Bundestagsfraktion

Markenverband e.V.

Dirk Mirow, Ministerialdirigent, Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Dr. Anke Morsch, Präsidentin des Finanzgerichts des Saarlandes

Notarkammer Koblenz

Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft e.V.

Dr. Irene Pakuscher, Ministerialrätin, Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Patentanwaltskammer München

Dr. Wolfgang Schmitt-Wellbrock, Ministerialdirektor a. D.

Professor Dr. Dr. h.c. Friedrich-Christian Schroeder, Universität Regensburg

Dr. Dr. h.c. Peter Spary, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied,
Verein zur Förderung der Wettbewerbswirtschaft e.V.

Alexander Straßmeir, Präsident des Landesamtes
für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin

Stephan Thomae, MdB, FDP-Bundestagsfraktion

Markus Uhl, MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Benedikt Welfens, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Potsdam

Dirk Wiese, MdB, SPD-Bundestagsfraktion

Professor Dr. Stefan Zimmermann, Notar a. D. Ehrenpräsident des
Deutschen Notarvereins e.V.

Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie a. D.

Organigramm

IRZ Bonn

Ubiestraße 92
53173 Bonn
Telefon: +49 (0) 228 95 55 - 0
Telefax: +49 (0) 228 95 55 - 100

IRZ Berlin

Kronenstraße 73
10117 Berlin
Telefon: +49 (0) 30 2000 900 - 80
Telefax: +49 (0) 30 2000 900 - 88

Organigramme

Internet: www.irz.de
E-Mail: info@irz.de

* Aufgaben werden in Berlin wahrgenommen; Stand: 1. Mai 2021



Dr. Frauke Bachler
Hauptgeschäftsführerin
Vorstand



Dr. Stefan Hülshörster
Geschäftsführer
Vorstand

Referentinnen der Geschäftsführung



Maike Ruhlig - 139
Cecilia Szabó - 159

Vorzimmer der Geschäftsführung, Telefonzentrale Bonn



Ute Spies - 101

Controlling



Viola Kronshage - 133
Sabine Farber - 166

Externer Datenschutzbeauftragter

b-pi sec GmbH
Geschäftsführer: Björn Bausch
65549 Limburg
E-Mail: dsb@b-pisec.com

Ansprechperson für Korruptionsprävention

Viola Kronshage - 133

Koordination



**Institutionelle Zuwendung
und Projektförderung**
Dr. Stefan Hülshörster - 111



**EU-Twinning und
EU-Action-Grants**
Katharina Tegeder - 138



EU-Technical-Assistance und EU-Grants
Teresa Thalhammer - 114

Zentrale Dienste

Leitung



Dimitrij Weingardt - 118

Vergabe-, Vertragsrecht



**Anna Schlange-
Schöningen** - 153
Birgit Lellmann - 164

Vertragsrecht

Beatrix Tatay - 134
Annika Taube - 162

Personal



Giana Röntgen - 128
Aileen Söller - 162

EDV/Organisation



Necmi Yilmaz (Leitung) - 160



Arkadiusz Loboda - 131
Hussein Abdul Karim - 136

Finanzen

Sabine Farber - 166
Plamena Dimitrova - 158



Buchhaltung

Gertrude Hüllen - 110
Rosa Ines Klöckner - 130
Elisabeth Read - 167
Anita Stärk - 121



**Fahrer/Hausmeister/
Materialausgabe**
Daniel Roth - 113

Reisestelle

Nicole Gnida - 122
Birgit Schmitz - 165

Registratur

Judith Jakobs - 135

Regionale Entwicklung/Strategie/Akquise neuer Länder/Evaluation



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Hülshörster - 111



Projektmanagement (Evaluation)
Victoria Börner - 85*

EU-Twinning und EU-Action-Grants



Leitung des Projektbereichs
Katharina Tegeder - 138
Dr. Anja Schoeller-Schletter - 102
(Frankophones Afrika)



Projektmanagement
Rita Tenhaft - 108
Andrea Pop - 168

EU-Grants, EU-Technical Assistance, Hospitationsprogramme



Leitung des Projektbereichs
Teresa Thalhammer - 114

Hospitationsprogramme



Brigitte Liebermann - 119
Andrea Gräfin Vitzthum - 120

Projektmanagement



Trime Ahmeti - 148
Katinka Buhk - 157
Annette Conrad - 126
Felix Plaßmann - 132
Patricia Weykopf - 117

EU-Grants, Technical Assistance* (EURALIUS V – Albanien)



Leitung des Projektbereichs
Stellvertretende Leitung
Berliner Büro
Nathalie Herbeck - 86*



Projektmanagement
Laura Ruzman - 84*
Anastasia Schmieder - 83*



Projektassistentz
Donna Maria Schulz - 163

Osteuropa

Ukraine



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Hülshörster - 111



**Stellvertretende Leitung,
Projektmanagement**
Wolfram Hertig - 142



Projektmanagement
Banu Ertürk - 145



Projektassistentz
Plamena Dimitrova - 158

Russische Föderation, Kasachstan



Leitung des Projektbereichs
Tatiana Bovkun - 112



**Stellvertretende Leitung,
Projektmanagement**
Helene Philippsen - 116



Projektmanagement
Banu Ertürk - 145
Ruslana Rosa - 109



Projektassistentz
Larisa Viklenko - 123

Südosteuropa I

Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Serbien



Leitung des Projektbereichs
Dr. Stefan Pürner - 103



**Stellvertretende Leitung,
Projektmanagement**
Rita Linderoth - 129



Projektmanagement
Simon Kiunke - 169
Sonya Ouertani - 105

Projektassistentz
Yvonne Schmidtke - 149

Südosteuropa II

Südkaucasus, Albanien (bilateral), Armenien, Georgien, Kosovo

Multilaterale Konferenzen



Leitung des Projektbereichs
Frank Hupfeld - 137



Stellvertretende Leitung, Projektmanagement
Viktoria Hoebel - 104



Projektmanagement
Amalia Wuckert - 107
Khatuna Diasamidze - 172
Anja Finke - 146

Naher Osten

Ägypten, Jordanien, Türkei

Multilaterale Konferenzen



Leitung des Projektbereichs
Sidi Mohamed Ould Khairy - 156



Stellvertretende Leitung, Projektmanagement
Ilva Ifland - 151



Projektmanagement
Asma Dhib - 152
Karoline Kubanek - 144



Afrika

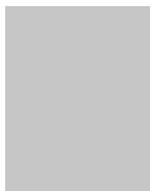
Algerien, Marokko, Senegal, Tunesien



Leitung des Projektbereichs
Mohamed Montasser Abidi - 125



Stellvertretende Leitung, Projektmanagement
Dr. Arnd Wöhler - 124



Projektmanagement
Louisa Omolara Farinde - 147
Annabelle Jung - 141
N.N.
Jöran Rönfeldt - 161

Asien

Kirgisistan, Usbekistan, Vietnam



Leitung des Projektbereichs, Leitung Berliner Büro
Angela Schmeink - 82*



Stellvertretende Leitung, Projektmanagement
Victoria Börner - 85*



Projektmanagement
Angela Lummel - 81*



Sekretariat/Projektassistenz
David Wendorff - 80*

Satzung des eingetragenen Vereins Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit

(beschlossen in Bonn am 11. Mai 1992 von der Gründerversammlung;

geändert am 20. Oktober 1994
von der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 13. November 1996
von der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 9. November 2015 von der
23. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 7. Dezember 2016 von der
24. ordentlichen Mitgliederversammlung;

geändert am 26. November 2018 von der
26. ordentlichen Mitgliederversammlung)

I. Grundlegende Bestimmungen

§ 1 Name, Eintragung

- (1) Der Name des Vereins ist „Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.“. Der Verein führt die Kurzbezeichnung „IRZ e.V.“.
- (2) Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragen.

§ 2 Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Sitz des Vereins ist Bonn.
- (2) Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 3 Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinn des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins sind die Förderung und die Pflege der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts im Sinn der Völkerverständigung, insbesondere die Unterstützung ausländischer Staaten beim Übergang in die soziale Marktwirtschaft im Bereich der Gesetzgebung und des Aufbaus der Rechtspflege sowie die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf diesem Gebiet.
- (2) Der Vereinszweck wird insbesondere durch Aufnahme und Entsendung von Sachverständigen, Beratung und Fortbildung von Fachleuten, Vermittlung und Vergabe von Stipendien und Praktikantenstellen, Erarbeitung von Gutachten, Austausch von Informationsmaterial und Übersendung von Gesetzestexten im In- und Ausland verwirklicht.

Statutes of the registered Association German Foundation for International Legal Cooperation

(Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit)

(adopted in Bonn on 11 May 1992 by the Assembly of Founding Members;

amended on 20 October 1994
by the Second Ordinary General Meeting;

amended on 13 November 1996
by the Fourth Ordinary General Meeting;

amended on 9 November 2015
by the Twenty-Third Ordinary General Meeting

amended on 7 December 2016
by the Twenty-Fourth Ordinary General Meeting

amended on 26 November 2018
by the Twenty-Sixth Ordinary General Meeting)

I. Basic provisions

Section 1 Name, entry

- (1) The Name of the Association shall be “German Foundation for International Legal Cooperation” (Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V.). The Association shall be referred to by the abbreviation “IRZ e.V.”.
- (2) The Association is entered in the Register of Associations of Bonn Local Court.

Section 2 Seat, business year

- (1) The seat of the Association shall be Bonn.
- (2) The business year shall correspond to the calendar year.

Section 3 Objective of the Association

- (1) The Association shall exclusively and directly pursue non-profit-making objectives within the meaning of the Part of the Tax Code (Abgabenordnung) which relates to “Objectives enjoying favourable fiscal treatment”. The objective of the Association shall be to promote and maintain international cooperation in the legal field in the context of understanding between peoples, in particular to support foreign states in transition to a social market economy in the legislative field, and in creating a system of the administration of justice, as well as to promote studies and research in this field.
- (2) The objective of the Association shall be implemented at home and abroad, in particular by appointing and seconding experts, by providing consultation and further training to experts, by mediating in the award of and by awarding grants and trainee positions, by drafting reports, by exchanging documentation and by forwarding texts of statutes.

§ 4 Finanzierung

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand.
- (3) Zur Förderung der Vereinszwecke darf der Verein Vermögen erwerben.

§ 5 Verwendung der Mittel

- (1) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (2) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 6 Vermögensbindung

- (1) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen, die es ausschließlich und unmittelbar für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat.
- (2) Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. das Kuratorium und
3. der Vorstand.

II. Mitgliedschaft

§ 8 Ordentliche Mitglieder

Ordentliche Mitglieder sind

1. natürliche und juristische Personen sowie andere rechtsfähige Personenvereinigungen aus verschiedenen Zweigen des Rechtswissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland, die die Aufnahme beantragt haben und vom Kuratorium gewählt wurden,
2. je ein/e Abgeordnete/r der Fraktionen des Deutschen Bundestages, den/die jede Fraktion für die Dauer einer Legislaturperiode benennen kann, und
3. ein/e Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments, den dieses für die Dauer seiner Legislaturperiode benennen kann.

Section 4 Finance

- (1) The Association shall act altruistically; it shall not primarily pursue its own economic goals.
- (2) The Association shall be financed from Members' subscriptions, donations and public subsidies.
- (3) The Association may acquire assets in order to promote the objectives of the Association.

Section 5 Use of funds

- (1) The funds of the Association may be used only in pursuance of the objectives set out by the Statutes. The Members shall not receive any benefits from Association funds.
- (2) No person may be placed at an advantage by virtue of expenditure alien to the objective of the Association, or by disproportionately high payments.

Section 6 Binding of assets

- (1) On dissolution of the Association, or in the event of objectives enjoying favourable fiscal treatment ceasing to apply, the assets shall be assigned to the Federal Republic of Germany, which shall use them exclusively and directly for objectives enjoying favourable fiscal treatment.
- (2) Resolutions relating to the future use of the assets may not be implemented until the approval of the fiscal authorities has been obtained.

Section 7 Bodies of the Association

The bodies of the Association shall be

1. the General Meeting,
2. the Board of Trustees, and
3. the Board.

II. Membership

Section 8 Ordinary Members

Ordinary Members shall be

1. natural and legal persons as well as other associations of individuals with legal capacity from various sectors of the legal and economic life of the Federal Republic of Germany, who shall have applied for admission and be elected by the Board of Trustees,
2. one Member each of the parliamentary coalitions of the German Federal Parliament (Deutscher Bundestag), whom each parliamentary coalition may nominate for the duration of one legislative period, and
3. one Member of the European Parliament, whom the latter may nominate for the duration of its legislative period.

§ 9 Fördernde Mitglieder

Fördernde Mitglieder ohne Stimmrecht sind die vom Kuratorium gewählten natürlichen und juristischen Personen sowie rechtsfähigen Personenvereinigungen, die über besondere Erfahrungen auf den Gebieten der Rechtswissenschaft, der Gesetzgebung, der Wirtschaft oder der Rechtspraxis verfügen oder wegen ihrer Persönlichkeit besonders geeignet sind, den Vereinszweck zu fördern.

§ 10 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft wird auf Antrag des/der Betroffenen durch Beschluss des Kuratoriums begründet.
- (2) Die Mitgliedschaft erlischt
 1. durch schriftlich erklärten Austritt,
 2. durch Ausschluss oder
 3. durch Tod, bei juristischen Personen durch Auflösung.

§ 11 Ausschluss eines Mitglieds

- (1) Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung wegen Schädigung des Ansehens oder der Interessen des Vereins oder aus einem anderen wichtigen Grund ausgeschlossen werden.
- (2) Vor der Beschlussfassung ist das Mitglied zu hören.
- (3) Der Beschluss über den Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
- (4) Gegen den Beschluss ist binnen einer Frist von einem Monat die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig.
- (5) Mit der Mitteilung des Ausschlusses erlöschen alle Ämter, die das Mitglied im Verein innehat.

III. Mitgliederversammlung

§ 12 Aufgaben

Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Beratung und Empfehlungen zu Grundsätzen der Arbeit des Vereins,
2. Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
3. Entgegennahme des Jahresabschlusses und des Jahresberichts des Vorstands,
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands,
5. Ausschluss von Mitgliedern,
6. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums,
7. Regelung der Mitgliedsbeiträge und
8. Wahl des/der Wirtschaftsprüfers/in.

§ 13 Ordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in beruft in jedem Jahr eine ordentliche Mitgliederversammlung ein.
- (2) Die Mitglieder sind unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung mindestens sechs Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einzuladen.

Section 9 Ancillary Members

Ancillary Members with no voting rights shall be the natural and legal persons as well as associations of individuals with legal capacity elected by the Board of Trustees who may possess special experience in the fields of law, legislation, economics or legal practice, or who may be particularly well suited by virtue of their personality to promote the objective of the Association.

Section 10 Commencement and termination of membership

- (1) Membership shall be established at the request of the concerned party by resolution of the Board of Trustees.
- (2) Membership shall lapse
 1. by virtue of retirement declared in writing,
 2. by virtue of exclusion, or
 3. by virtue of death, or in the case of legal persons by virtue of dissolution.

Section 11 Exclusion of a Member

- (1) A Member may be excluded by a resolution of the General Meeting as a result of detriment to the reputation or the interests of the Association, or for another important reason.
- (2) The Member shall be heard prior to the resolution being adopted.
- (3) The resolution relating to exclusion shall be communicated to the Member in writing.
- (4) An appeal to the General Meeting shall be admissible within the period of one month.
- (5) All offices held by the Member in the Association shall lapse on communication of exclusion.

III. General Meeting

Section 12 Tasks

The General Meeting shall have the following tasks:

1. to advise and to give recommendations regarding the principles of the work of the Association,
2. to adopt resolutions relating to amendments to the Statutes,
3. to take receipt of the Annual Financial Statements and of the Annual Report of the Board,
4. to adopt resolutions relating to the formal approval of the actions of the Board,
5. to exclude Members,
6. to elect members of the Board of Trustees,
7. to set Members' subscriptions, and
8. to elect the auditor.

Section 13 Ordinary General Meeting

- (1) The President shall call one Ordinary General Meeting per year.
- (2) The Members shall be invited in writing at least six weeks prior to the date of the Meeting, stating the provisional agenda.

§ 14 Anträge

- (1) Anträge zur ordentlichen Mitgliederversammlung sind spätestens drei Wochen vor der Versammlung mit schriftlicher Begründung einzureichen. Dies gilt nicht für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen.
- (2) Der/Die Präsident/in versendet die endgültige Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor der ordentlichen Mitgliederversammlung an die Mitglieder.

§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der/Die Präsident/in kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.
- (2) Der/Die Präsident/in ist zur Einberufung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel aller oder der stimmberechtigten Mitglieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich beantragt. In diesem Fall sind die Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einzuladen.
- (3) § 14 gilt entsprechend.

§ 16 Teilnahme des Kuratoriums

Zu den Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder des Kuratoriums und des Vorstands einzuladen. Sie sollen teilnehmen und haben beratende Stimme.

§ 17 Vorsitz

Der/Die Präsident/in leitet die Mitgliederversammlung.

§ 18 Stimmrecht

Jedes anwesende ordentliche Mitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung kann sich durch eine/n schriftlich Bevollmächtigte/n vertreten lassen.

§ 19 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- (2) Bei Beschlussunfähigkeit muss der/die Präsident/in eine Stunde später eine neue Mitgliederversammlung nach § 15 einberufen. Diese Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Die §§ 20 und 25 bleiben unberührt.

§ 20 Stimmenmehrheit

Alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst.

Section 14 Motions

- (1) Motions to the Ordinary General Meeting shall be submitted at the latest three weeks prior to the Meeting, stating written reasons. This shall not apply in respect of motions for amendments relating to existing motions.
- (2) The President shall forward the final agenda to the Members at the latest two weeks prior to the Ordinary General Meeting.

Section 15 Extraordinary General Meeting

- (1) The President may call an Extraordinary General Meeting.
- (2) The President shall be obliged to call an Extraordinary General Meeting if at least one-quarter of all or of the Voting Members so requests in writing, stating the purpose and reasons. In this case, the Members shall be invited in writing, stating the agenda, at least four weeks prior to the date of the Meeting.
- (3) Section 14 shall apply mutatis mutandis.

Section 16 Participation of the Board of Trustees

The members of the Board of Trustees and of the Board shall be invited to the General Meetings. They are to attend and shall have advisory capacity.

Section 17 Chair

The President shall take the Chair at the General Meeting.

Section 18 Voting rights

Each Ordinary Member present shall have one vote in the Meeting. A legal person or another association of individuals with legal capacity may be represented by a proxy appointed in writing.

Section 19 Quorum

- (1) The General Meeting shall be quorate if at least one-quarter of the Voting Members is present.
- (2) If there is no quorum, the President must call a new General Meeting one hour later in accordance with Section 15. This General Meeting shall be quorate irrespective of the number of Members present. Sections 20 and 25 shall remain unaffected thereby.

Section 20 Majority of votes

Unless otherwise set out by the Statutes, all resolutions of the General Meeting shall be passed by a simple majority of Voting Members present.

§ 21 Satzungsänderungen

- (1) Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (2) Änderungen des Vereinszwecks bedürfen einer Mehrheit von vier Fünfteln aller stimmberechtigten Mitglieder.
- (3) Änderungen nach den Absätzen 1 und 2 werden erst mit Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in wirksam.

§ 22 Ergänzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung kann während der Mitgliederversammlung durch Dringlichkeitsanträge ergänzt werden; dies gilt nicht für Anträge auf Änderung der Satzung oder Auflösung des Vereins. Eine Ergänzung setzt voraus, dass zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder sich dafür aussprechen. Für Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen bedarf es keiner Ergänzung.

§ 23 Niederschrift

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die der/die Präsident/in und der/die Protokollführer/in unterzeichnen. Abweichende Meinungen sind auf Antrag zu Protokoll zu nehmen.

§ 24 Ausschluss von der Teilnahme

Ein Mitglied kann an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn es sich um seine persönlichen Angelegenheiten handelt.

§ 25 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten und der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder aufgelöst.
- (2) Zu einer Mitgliederversammlung, die über die Auflösung beschließen soll, muss das Kuratorium abweichend von § 13 Abs. 2 zwei Monate vor der Sitzung schriftlich einladen.
- (3) Zum Nachweis der Einladung kann der Vorstand in der Mitgliederversammlung versichern, dass er auf Veranlassung des Präsidenten/der Präsidentin den Mitgliedern eine Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch eingeschriebenen Brief zugesandt hat.

IV. Kuratorium

§ 26 Aufgaben

- (1) Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:
 1. Wahl der ordentlichen Mitglieder nach § 8 Nr. 1 und der fördernden Mitglieder des Vereins,
 2. Bestellung und Abberufung des Vorstands, die der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in bedürfen, und Überwachung der Tätigkeit des Vorstands,
 3. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins gegenüber dem Vorstand,

Section 21 Amendments to the Statutes

- (1) Amendments to the Statutes shall require a majority of three-quarters of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) Amendments to the objective of the Association shall require a majority of four-fifths of all Voting Members.
- (3) Amendments in accordance with paragraphs 1 and 2 shall not become effective until approved by the Federal Minister responsible for Justice.

Section 22 Addition to the agenda

The agenda may be added to during the General Meeting by virtue of privileged motions; this shall not apply to motions for amendments to the Statutes, nor to the dissolution of the Association. A supplement shall be conditional on the approval of two-thirds of the Voting Members present. No addition shall be required for motions to amend the existing motions.

Section 23 Minutes

Minutes shall be produced of the resolutions of the General Meeting, to be signed by the President and the Secretary. Derogating opinions shall be included in the minutes on request.

Section 24 Exclusion from participation

A Member may not participate in the deliberations or in voting if his/her personal affairs are concerned thereby.

Section 25 Dissolution of the Association

- (1) The Association shall be dissolved by a resolution of the General Meeting, passed with a three-quarters majority of the Voting Members present and half of all Voting Members.
- (2) In derogation from Section 13 paragraph 2, the Board of Trustees must issue written invitations to a General Meeting that is to decide on dissolution two months prior to the meeting.
- (3) In order to prove the invitation, the Board may confirm in the General Meeting that it sent by registered mail an invitation to the Members, stating the agenda, at the request of the President.

IV. Board of Trustees Section 26

Tasks

- (1) The Board of Trustees shall have the following tasks:
 1. to elect the Ordinary Members in accordance with Section 8 paragraph 1 No. 1 and the Ancillary Members of the Association,
 2. to appoint and dismiss the Board, which shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice, and to supervise the activities of the Board,
 3. to represent the Association in and out of court in respect of the Board,

4. Beschlussfassung über die Richtlinien für die Arbeit des Vereins,
 5. Beschlussfassung über die vom Vorstand vorbereiteten mittel- und langfristigen Planungen,
 6. Beschlussfassung über die vom Vorstand aufgestellten Entwürfe der Wirtschafts-, Finanz-, Stellen- und Investitionspläne,
 7. Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Jahresberichts des Vorstands sowie Empfehlung hinsichtlich der Entlastung des Vorstands an die Mitgliederversammlung,
 8. Erlass der Geschäftsordnung des Vorstands.
- (2) Der Vorstand hat auf Verlangen des Präsidenten/der Präsidentin oder des Kuratoriums diesem/r Auskünfte über alle Angelegenheiten zu geben, welche die Geschäftsführung des Vereins betreffen.

§ 27 Mitglieder des Kuratoriums

- (1) Das Kuratorium besteht aus:
1. dem Präsidenten/der Präsidentin,
 2. acht Mitgliedern, welche die Mitgliederversammlung aus dem Kreis der Vereinsmitglieder nach § 8 Nr. 1 auf die Dauer von zwei Jahren wählt, wobei anstelle eines Vereinsmitglieds, das eine juristische Person oder eine andere rechtsfähige Personenvereinigung ist, eines ihrer satzungsgemäß vertretungsberechtigten Organmitglieder oder eine auf die Dauer der Wahlperiode dazu bevollmächtigte Person wählbar ist; geheime Wahl findet statt, sofern ein Vereinsmitglied dies beantragt,
 3. dem/der Vorsitzenden des für Rechtsfragen zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
 4. dem/der Vorsitzenden des für Haushaltsfragen zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages oder einem/r von ihm/ihr benannten ständigen Vertreter/in,
 5. drei Mitgliedern, welche die Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für jeweils zwei Jahre benennt,
 6. zwei Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminister/in benennt,
 7. bis zu fünf Mitgliedern, die der/die für Justiz zuständige Bundesminister/in im Einvernehmen mit dem Präsidenten/der Präsidentin und den Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen jeweils für zwei Jahre benennen kann, und die aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Tätigkeitsfeldes oder ihrer beruflichen Erfahrung, insbesondere auf den Gebieten der Rechtswissenschaft oder der Wirtschaft, besonders geeignet erscheinen, den Vereinszweck zu unterstützen und
 8. vier Mitgliedern, die das Auswärtige Amt, der/die für die Finanzen zuständige Bundesminister/in, der/die für Wirtschaft zuständige Bundesminister/in und der/die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständige Bundesminister/in jeweils für zwei Jahre benennen.
Ein Mitglied kann sich nur durch ein anderes Mitglied vertreten lassen.
- (2) Sind Mitglieder nach Absatz 1 Nr. 5 nicht benannt, so werden ihre Aufgaben einstweilen von dem/der Vorsitzenden der Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit bis zu einer solchen Benennung wahrgenommen.

4. to adopt resolutions regarding the guidelines for the work of the Association,
 5. to adopt resolutions regarding medium- and long-term planning prepared by the Board,
 6. to adopt resolutions regarding the draft economic, financial, staff and investment plans formulated by the Board,
 7. to establish the Annual Financial Statements and approve the Annual Report of the Board, as well as to make recommendations to the General Meeting as to approval of the actions of the Board,
 8. to issue Rules of Procedure of the Board.
- (2) At the request of the President or of the Board of Trustees, the Board shall provide the former with information regarding all matters concerning the management of the Association.

Section 27 Members of the Board of Trustees

- (1) The Board of Trustees shall consist of:
1. the President,
 2. eight Members to be elected by the General Meeting from among the Members of the Association pursuant to Section 8 No. 1 for the period of two years; instead of a Member of the Association who is a legal person or another association of individuals with legal capacity, it is possible to elect one of the members of their executive board, who is authorized to act as a representative pursuant to the Statutes, or a person who is authorised to represent such legal person or association for the election period; the election shall be held by secret ballot if a Member of the Association so requests,
 3. the Chairperson of the Committee in charge of Legal Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
 4. the Chairperson of the Committee in charge of Budgetary Issues of the German Federal Parliament or a permanent representative nominated by the latter,
 5. three Members nominated by the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for two years each,
 6. two Members nominated by the Federal Minister responsible for Justice,
 7. up to five Members who may be nominated by the Federal Minister of Justice, in agreement with the President and the Vice-Presidents, for two years each, and who by virtue of their personality, field of activity or professional experience, in particular in the areas of law or of the economy, appear especially well suited to support the objective of the Association, and
 8. four Members nominated by the Federal Foreign Office, the Federal Minister responsible for Finance, the Federal Minister responsible for Economics and the Federal Minister responsible for Economic Cooperation, for two years each.
A Member may only be represented by another Member.
- (2) If no Members have been nominated in accordance with paragraph 1 No. 5, their tasks shall be carried out in the intervening period by the Chairperson of the Conference of Ministers of Justice of the Länder of the Federal Republic of Germany for the period until such nomination.
- (3) All necessary subsequent elections or nominations shall be effected for the remaining duration of the respective term of office.

- (3) Alle erforderlich werdenden Nachwahlen oder Nachbenennungen erfolgen für die verbleibende Dauer der jeweiligen Wahlperiode.
- (4) Die Mitglieder des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig. Entstehende Aufwendungen werden nach Maßgabe der Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes ersetzt.

§ 28 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin

- (1) Das Kuratorium wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Präsidenten/eine Präsidentin, der/die nicht dem Verein anzugehören braucht und zwei Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen.
- (2) Die Wahl des Präsidenten/der Präsidentin und der Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bedarf der Zustimmung der/des für Justiz zuständigen Bundesministers/in.
- (3) Im Falle einer Neuwahl bleiben der bisherige Präsident/die bisherige Präsidentin bzw. die Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen bis zur Bestätigung der Amtsnachfolge durch den/die für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Amt.

§ 29 Aufgaben des Präsidenten/der Präsidentin

Der Präsident/Die Präsidentin hat – außer den sonstigen in der Satzung genannten – folgende Aufgaben:

1. Er/Sie repräsentiert den Verein unbeschadet der gesetzlichen Vertretungsmacht des Vorstands.
2. Er/Sie beruft die Sitzungen des Kuratoriums ein und leitet sie.
3. Er/Sie vertritt das Kuratorium zwischen den Sitzungen.
4. Bei unaufschiebbaren Entscheidungen des Vorstands, die der Zustimmung des Kuratoriums bedürfen, kann er/sie die Zustimmung anstelle des Kuratoriums erteilen. In diesem Fall hat er/sie dem Kuratorium unverzüglich zu berichten.
5. In besonderen Eilfällen kann er/sie Entscheidungen des Kuratoriums im Umlaufverfahren herbeiführen. Er/Sie stellt fest, dass ein Beschluss des Kuratoriums zustande gekommen ist, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums schriftlich zugestimmt hat.
6. Er/Sie kann an Sitzungen der Ausschüsse und Beiräte teilnehmen.

§ 30 Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Kuratoriums sollen zweimal jährlich stattfinden.
- (2) Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Präsident/in. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder anwesend sind.
- (3) Ein Mitglied des Kuratoriums nimmt an den Beratungen und Abstimmungen nicht teil, wenn es sich um seine/ihre persönliche Angelegenheit handelt.
- (4) Die Mitglieder des Vorstands nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teil. Der/Die Präsident/in kann auch andere Personen zu den Sitzungen des Kuratoriums einladen.

§ 31 Ausschüsse

- (1) Zur Vorbereitung seiner Sitzungen kann das Kuratorium aus seiner Mitte Ausschüsse bilden.

- (4) The Members of the Board of Trustees shall act on an honorary basis. All and any expenses incurred shall be reimbursed in accordance with the provisions of the Federal Travel Expenses Act (Bundesreisekostengesetz).

Section 28 Election of the President

- (1) The Board of Trustees shall elect its President, who need not belong to the Association, and two Vice-Presidents, for a period of two years.
- (2) The election of the President and the Vice-Presidents shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.
- (3) In the event of a re-election, the previous President and the Vice-Presidents shall remain in office until confirmation of the successors by the Federal Minister responsible for Justice.

Section 29 Tasks of the President

The President shall have the following tasks in addition to the other tasks named in the Statutes:

1. He/she shall represent the Association, irrespective of the statutory power of the Board to represent it.
2. He/she shall call and chair meetings of the Board of Trustees.
3. He/she shall represent the Board of Trustees between the meetings.
4. In the event of decisions of the Board that cannot be postponed requiring the approval of the Board of Trustees, he/she may give approval in place of the Board of Trustees. In such cases he/she shall inform the Board of Trustees without delay.
5. In particularly urgent cases, he/she may effect decisions of the Board of Trustees by circulating the agenda amongst the members of the Board. He/she shall decide that a resolution of the Board of Trustees has come into being if the majority of the Members of the Board of Trustees has approved in writing.
6. He/she may attend meetings of the committees and advisory councils.

Section 30 Meetings

- (1) The meetings of the Board of Trustees shall take place twice annually.
- (2) The Board of Trustees shall effect its resolutions with the majority of votes of the Members present. In the event of a draw, the President shall have the casting vote. The Board of Trustees shall be quorate if at least four Members are present.
- (3) A Member of the Board of Trustees shall not attend the deliberations or the voting if his/her personal affairs are concerned.
- (4) The Members of the Board shall attend the meetings of the Board of Trustees in an advisory capacity. The President may also invite other persons to attend the meetings of the Board of Trustees.

Section 31 Committees

- (1) The Board of Trustees may form committees from its members for the preparation of its meetings.

- (2) Das Kuratorium kann ferner aus seiner Mitte einen besonderen Ausschuss bilden, dem der Präsident/die Präsidentin, die Vizepräsidenten/die Vizepräsidentinnen, je ein von dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in und von dem/der für Finanzen zuständigen Bundesminister/in benanntes Mitglied angehören, und diesen Ausschuss von Fall zu Fall ermächtigen, anstelle des Kuratoriums Entscheidungen zu treffen, soweit dies zwischen den Sitzungen des Kuratoriums erforderlich ist.

§ 32 Beiräte

Das Kuratorium kann zu seiner Beratung und derjenigen des Vorstands Beiräte berufen, deren Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise es in einer Geschäftsordnung niederlegt. An den Sitzungen der Beiräte können Vertreter/innen des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/in teilnehmen.

§ 33 Prüfung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts, soweit er die Buchführung erläutert, durch eine/n Wirtschaftsprüfer/in zu prüfen, bevor er dem Kuratorium vorgelegt wird.

V. Vorstand

§ 34 Aufgaben

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Aufgaben und Befugnisse der Mitglieder des Vorstands regelt die Geschäftsordnung des Vorstands. Er ist für alle Rechtsgeschäfte zuständig, die nicht gemäß § 26 dem Kuratorium vorbehalten sind.

§ 35 Zusammensetzung

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem/der Hauptgeschäftsführer/in und dem/der Geschäftsführer/in. Bei Meinungsverschiedenheiten gibt die Stimme des Hauptgeschäftsführers/der Hauptgeschäftsführerin den Ausschlag. Die Mitglieder des Vorstands vertreten den Verein je einzeln gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus dem Amt aus, so kann der/die Präsident/in jeweils bis zur Bestellung eines/einer Nachfolgers/Nachfolgerin eine/n kommissarische/n Vertreter/in berufen. Die Berufung bedarf der Zustimmung des/der für Justiz zuständigen Bundesministers/Bundesministerin.
- (3) Soweit ein Vorstandsmitglied hauptberuflich tätig ist, erhält es eine angemessene Vergütung. Die Einzelheiten des Anstellungsverhältnisses werden von dem Präsidenten/der Präsidentin im Einvernehmen mit dem/der für Justiz zuständigen Bundesminister/in im Rahmen des Zuwendungs- und Tarifrechts festgelegt.

§ 36 Haftung

Die Mitglieder des Vorstands haften dem Verein für einen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- (2) The Board of Trustees may, furthermore, form a special committee from its members, consisting of the President, the Vice-Presidents, and a further two Members, one each nominated by the Federal Minister responsible for Justice and by the Federal Minister responsible for Finance, and may empower such committee to take decisions in place of the Board of Trustees on a case-by-case basis, where such decisions are required between the meetings of the Board of Trustees.

Section 32 Advisory councils

The Board of Trustees may appoint advisory councils to advise it and the Board, the composition, tasks and functioning of which it shall set out in rules of procedure. Representatives of the Federal Minister responsible for Justice may attend the meetings of the advisory councils.

Section 33 Audit of the Annual Financial Statements

The Annual Financial Statements shall be audited by an auditor, including the accounting and the business report, where the latter refers to accounting, prior to submission to the Board of Trustees.

V. Board Section 34

Tasks

The Board shall manage the business of the Association. The tasks and powers of the members of the Board shall be governed by the Rules of Procedure of the Board. It shall be competent in respect of all and any legal transactions not reserved to the Board of Trustees in accordance with Section 26.

Section 35 Composition

- (1) The Board within the meaning of Section 26 of the Civil Code (BGB) shall consist of the General Director and the Director. In the event of differences of opinion, the General Director shall have the casting vote. The members of the Board shall represent the Association individually, both in and out of court.
- (2) In the event of a member of the Board leaving office early, the President may appoint a temporary deputy until such time as a successor is appointed. The appointment shall require the approval of the Federal Minister responsible for Justice.
- (3) Where a member of the Board acts full-time, he/she shall receive adequate payments. The details of the employment shall be defined by the President in agreement with the Federal Minister responsible for Justice pursuant to the benefits and collective bargaining law (Zuwendungs- und Tarifrecht).

Section 36 Liability

The members of the Board are only liable toward the Association for damages caused in the discharge of their duties in cases of wilful intent or gross negligence.

Ublerstraße 92
D-53173 Bonn
Deutschland

Ublerstraße 92
D-53173 Bonn
Deutschland

**Konzeption,
Gestaltung und Redaktion**

Atelier Hauer+Dörfler GmbH
Charlottenstraße 17
10117 Berlin
Deutschland
www.hauer-doerfler.de

**Concept, design and
editing**

Atelier Hauer+Dörfler GmbH
Charlottenstraße 17
10117 Berlin
Deutschland
www.hauer-doerfler.de

**Informationen zu den
Partnerstaaten der IRZ**

Auswärtiges Amt
der Bundesrepublik Deutschland

**Informations on the partner
states of IRZ**

Federal Foreign Office of the
Federal Republic of Germany

Fotos (Organigramm)

Bildkraftwerk
Peter-Paul Weiler
www.bild-kraftwerk.de

Photos (Organigramme)

Bildkraftwerk
Peter-Paul Weiler
www.bild-kraftwerk.de

Übersetzung

Toptranslation GmbH
Ferdinandstraße 29–33
20095 Hamburg
Deutschland

Translated by

Toptranslation GmbH
Ferdinandstraße 29–33
20095 Hamburg
Germany

Druck

bud, Potsdam

Printed by

bud, Potsdam